

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt:

Klaus Hildebrand
Probleme und Perspektiven der Forschung
zur deutschen Einheit 1989/90

Manfred Zeidler
Der Minsker Kriegsverbrecherprozeß
vom Januar 1946

Shlomo Aronson
Israelische Atomwaffen und
der Sechs-Tage-Krieg von 1967

Ahrich Meyer
Anmerkungen zu Ernst Jüngers Denkschrift
„Zur Geiselfrage“

Sönke Neitzel
Deutsche Generäle in britischer
Gefangenschaft 1942–1945

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

■ Wie international war die nationale Frage?

Klaus Hildebrand

- Wiedervereinigung und Staatenwelt** **193** Aufsätze
 Probleme und Perspektiven der Forschung
 zur deutschen Einheit 1989/90

■ Vergangenheitsbewältigung oder Propaganda?

Manfred Zeidler

- Der Minsker Kriegsverbrecherprozeß
 vom Januar 1946** **211**
 Kritische Anmerkungen zu einem sowjetischen
 Schauprozeß gegen deutsche Kriegsgefangene

■ Löste das Atomprogramm Israels den Sechs-Tage-Krieg aus?

Shlomo Aronson

- Israelische Atomwaffen und
 der Sechs-Tage-Krieg von 1967** **245**

■ Neue Quellen zu einem alten Streit.

Ahlrich Meyer

- Kleistische Prosa oder Polizeibericht?** **281** Diskussion
 Anmerkungen zu Ernst Jüngers Denkschrift
 „Zur Geiselfrage“

■ Was dachten die deutschen Generäle über den Holocaust
 und den 20. Juli 1944?

Sönke Neitzel

- Deutsche Generäle in britischer
 Gefangenschaft 1942–1945** **289** Dokumentation
 Eine Auswahledition der Abhörprotokolle
 des Combined Services Detailed Interrogation Centre UK

349 Abstracts**353** Autoren

■ Was kann man heute schon über die deutsche Wiedervereinigung sagen? Über die innerpolitischen Voraussetzungen? Über die Bedingungen der Staatenwelt, die entschieden dazu beitrugen, daß Deutschland eine „zweite Chance“ erhielt? Klaus Hildebrand, einer der besten Kenner der Materie, beschreibt die Wege der bisherigen Forschung, benennt die Probleme, die sich dabei stellten, und eröffnet neue Perspektiven. Vor allem, so Hildebrand, hätten nach der Erfahrung der Wiedervereinigung biographische und politikgeschichtliche Ansätze eine Aufwertung erfahren, während „kulturalistische“ Zugänge zur Geschichte ihm wenig erfolgversprechend erscheinen. ■■■■

Klaus Hildebrand

Wiedervereinigung und Staatenwelt

Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90

Wege und Erträge der Forschung

„Die Tragödie der Einzelnen endet mit dem Tode“, schreibt der Romanist Ernst Robert Curtius in einer am 9. Oktober 1925 in der „Luxemburger Zeitung“ veröffentlichten Rezension über die Biographie Kaiser Wilhelms II. aus der Feder von Emil Ludwig, „die Tragödie der Nationen kennt Auferstehungen“¹. Diese „zweite Chance“² ist den Deutschen am Ende des zurückliegenden Jahrhunderts zuteil geworden. Kein Wunder, daß die säkularen Begebenheiten der Jahre 1989/90 umgehend die bevorzugte Aufmerksamkeit der Geschichts- und Politikwissenschaft gefunden haben. Im Verlauf eines „Annus Mirabilis“³, in jenen „329 Tage[n]“⁴ zwischen dem 9. November 1989, als die Berliner Mauer geöffnet wurde, und dem 3. Oktober 1990, als die Deutschen ihre Wiedervereinigung feiern konnten, trug sich in der Tat mehr zu „als üblicherweise in zehn Jahren“⁵. Mit Recht ist daher festgestellt worden, daß „wohl kaum ein Thema [...] in den neunziger Jahren so ausführlich Gegenstand von Dokumentationen, Memoiren und Monographien gewesen [ist] wie die Frage der Überwindung der Spaltung

¹ Ernst Robert Curtius, Goethe, Thomas Mann und Italien. Beiträge in der „Luxemburger Zeitung“ (1922–1925), hrsg. von Romain Kirt, Bonn 1988, S. 133.

² Fritz Stern, Die zweite Chance. Die Wege der Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 7. 1990.

³ Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992, Stuttgart 1992, S. 329; vgl. auch Wolfgang Mantl (Hrsg.), Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt, Wien/Köln/Graz 1991, S. 285 („Erklärung von Stainz. 15. September 1990“), sowie Elizabeth Pond, Beyond the Wall. Germany's Road to Unification, New York 1993, S. 85.

⁴ Vgl. Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

⁵ Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 502.

■ VZ 2/2004 © Oldenbourg 2004

Europas und der deutschen Einheit⁶. Ebenso zutreffend ist freilich auch die Feststellung, wonach „viele Schlüsselfiguren und Zeugen [...] ihre Version der Vorgänge noch nicht abgeliefert“ haben und „die meisten Dokumente [...] unzugänglich“⁷ sind.

Daß die Erforschung der beinahe noch zur Gegenwart gehörenden Vergangenheit, die nur auf eine arg begrenzte Benutzung staatlicher Archivalien zu zählen vermag, unmittelbar einsetzt, während die umfassende Auswertung dieser Quellen, die dann auch im internationalen Kontext heranzuziehen sind, erst Jahrzehnte später beginnen kann, ist für den Historiker allerdings gar nichts Außergewöhnliches. Als beispielsweise Heinrich von Sybel im Jahr 1889 den ersten Band seiner siebenbändigen, bis 1894 vollendeten Darstellung „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten“ vorlegte, da informierte er, nicht ohne spürbare Genugtuung, den geneigten Leser darüber, daß ihm Fürst Bismarck unter dem Datum des 19. März 1881 „die Erlaubniß“ erteilt habe, „die Bestände der Staatsarchive, sowie die Registratur des Auswärtigen Amtes zu benutzen“⁸. Mehr noch: Der preußische Historiker des vorletzten Jahrhunderts wußte sich zudem, wie es in der Zeitgeschichtsschreibung seit den Tagen des Thukydides üblich ist, der Möglichkeiten von Zeugeinlassungen zu bedienen. Was uns heute als „oral history“ vertraut ist, wurde damals als Auswertung „mündliche[r] Mittheilungen der an den Ereignissen mitwirkenden oder ihnen nahestehenden Personen“⁹ vorgestellt. Und für Heinrich von Sybel ebenso selbstverständlich wie für uns heißt es sodann im Hinblick auf das vorläufige Veto der amtlichen Sperrfristen ganz lapidar weiter: „Um die Benutzung anderer Archive habe ich mich aus dem einfachen Grunde nicht bemüht, daß für die Gewährung eines solchen Gesuchs nicht die mindeste Aussicht vorhanden war.“¹⁰ Das ist in unseren Tagen, mit gewissen Ausnahmen im einzelnen, auch noch so, ohne Rücksicht übrigens auf den elementaren Unterschied der historischen Vorgänge, wonach sich „im Gegensatz zu Bismarcks Vereinigung von 1871 [...] die Entwicklung der Jahre 1989 und 1990 ohne ‚Blut und Eisen‘“¹¹ vollziehen konnte.

Im Hinblick auf das eine ebenso wie im Hinblick auf das andere Großereignis der neueren Geschichte, die so eng miteinander verwandt und gleichwohl durch Welten voneinander getrennt sind, schreitet die Geschichtswissenschaft also nach der Methode voran, die seit eh und je gültig ist. Mit anderen Worten: Ungeachtet der erst allmählich verfügbaren Archivalien geht es darum, sich umgehend an

⁶ Stefan Fröhlich, „Auf den Kanzler kommt es an“: Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung, Paderborn u. a. 2001, S. 262.

⁷ Garton Ash, Im Namen Europas, S. 502 f.

⁸ Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten, Erster Band, München/Leipzig 1889, S. XI.

⁹ Ebenda, S. XII.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Mit den wichtigen Dokumenten, bearbeitet von Klaus Becher, Bergisch Gladbach 1991, S. 30.

die Sammlung der einschlägigen Quellen, an die Rekonstruktion der historischen Tatsachen und an die Deutung der geschichtlichen Zusammenhänge zu begeben.

Dabei pflegen sich die sattsam bekannten Argumente über die Erforderlichkeit von Nähe oder Distanz des Historikers zu seinem Untersuchungsobjekt gleichfalls ein um das andere Mal zu wiederholen: Die einen nämlich behaupten, über den Gegenstand könne nur urteilen, wer dabeigewesen sei, während die anderen dagegenhalten, ein Urteil sei überhaupt erst möglich, wenn eine genügend lange Zeit verstrichen sei. Das eine ist wohl so richtig und so falsch wie das andere. Zutreffend, weil seit langem bewährt, ist vielmehr dies: Das späte Urteil, das in zuweilen überlegener Manier bis dato unbekannte Fragen sowie unvermutete Perspektiven zu berücksichtigen imstande ist, setzt die frühe Forschung einfach als notwendig voraus, die im gegenwartsbezogenen Rahmen so viel wie eben möglich und sinnvoll an verfügbarem Material zu sichern bemüht war.

Für diese Art der geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung sind im übrigen die augenfälligen Parallelen ebenso wie die wesentlichen Unterschiede der beiden Nationalstaatsgründungen, der von 1870/71 und der von 1989/90, erst einmal gar nicht weiter maßgeblich, so aufschlußreich sie im übrigen für die historiographische Deutung auch sein mögen¹²: Im 19. Jahrhundert wurde die deutsche Reichsgründung bereits lange erwartet und kam schließlich doch mit unvermuteter Plötzlichkeit daher; im 20. Jahrhundert galt die deutsche Wiedervereinigung im Grunde längst als unwahrscheinlich und vollzog sich dann doch wie ein unaufhaltsames Naturereignis gleichsam von heute auf morgen. Beide Male setzte sogleich eine Debatte darüber ein, wie man das Ergebnis dieser säkularen Entwicklung bzw. den damit verbundenen Vorgang nun eigentlich benennen solle. Im 19. Jahrhundert wurde der Begriff vom Reich vor allem von konservativer Seite aus argwöhnisch betrachtet; gut 100 Jahre später traf der Begriff der Wiedervereinigung dagegen eher auf Vorbehalte von seiten „fortschrittlicher“ Zeitgenossen. Einwände gegen die erste Nationalstaatsgründung wurzelten eher im Umfeld der Tradition, Einwände gegen die zweite Nationalstaatsgründung gab es dagegen stärker im Lager der Linken.

Und das Volk, das bei der „unbeabsichtigten Selbstauflösung“¹³ der DDR ebenso wie im Zusammenhang mit der forcierten Einheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Staatenwelt eine bewegende Rolle gespielt hat, ist als geschichtsmächtiger Faktor auch schon im Verlauf der deutschen Reichsgründung im 19. Jahrhundert auf spezifische Art und Weise hervorgetreten: Seit den denkwürdigen Begebenheiten der Luxemburger Krise vom Jahr 1867, als Bismarck unter dem Druck des Norddeutschen Reichstags und der nationalen Öffentlichkeit das preußische Element seiner äußeren Politik hinter das deutsche

¹² Vgl. dazu auch Horst Möller, Die Überwindung der Teilung Deutschlands: Zukunftschancen in historischer Perspektive, in: Angela Merkel (Hrsg.), Europa und die deutsche Einheit, Freiburg/Basel/Wien 2000, bes. S. 67–71.

¹³ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen/Wiesbaden, 2., durchgesehene Auflage, 1999.

zurücktreten ließ und die zukunftsweisende Koalition mit der nationalen Bewegung einging, war der populäre Einfluß auf das staatliche Handeln gar nicht mehr zu verkennen, geschweige denn zu unterschätzen¹⁴.

Gleichwohl blieben, im 19. ebenso wie im 20. Jahrhundert, die Aktionen und Reaktionen der großen Mächte für den Gang der Dinge letztlich ausschlaggebend. Das waren – neben Preußen bzw. Preußen-Deutschland selbst, das damals zum Areopag der Staatenwelt gehörte – zum einen die Franzosen, die sich der Reichsgründung schließlich sogar mit kriegerischen Mitteln entgegenstellten und die sich zur Wiedervereinigung nur ein bedingtes Einverständnis abringen ließen. Das waren zum anderen die Briten, die 1870/71, voll Vertrauen in die eigene Stärke und in ihre zivilisatorische Überlegenheit, dem deutschen Einigungsvorgang schöpferisch begegneten, während sie in unseren Tagen, unverkennbar viel schwächer und durch leidvolle Erfahrungen mit den Deutschen argwöhnisch geworden, die fundamentale Veränderung in der Mitte Europas ablehnten. Das waren zum dritten die Russen, die den preußischen Nachbarn damals aus dem Empfinden selbstgewisser Überlegenheit heraus erst einmal ruhig gewähren ließen und denen am Ende des darauf folgenden Jahrhunderts angesichts voranschreitender Unterlegenheit gegenüber dem Westen, wollten sie es im Inneren und nach außen nicht zum Äußersten kommen lassen, nichts anderes als Zustimmung zu bekunden übrig blieb. Und das waren schließlich die Amerikaner, die seinerzeit aus desinteressierter Unbetroffenheit heraus den Vollzug der nationalen Einheit in Deutschland verfolgten und die im Saeculum darauf mit nicht zu überbietendem Interesse und durch den klugen Einsatz ihrer singulären Macht den Prozeß der Wiedervereinigung entscheidend gestaltet haben. Dagegen ist von der fünften Großmacht der Pentarchie des späten 19. Jahrhunderts, von Österreich-Ungarn, die 1870/71 aus inneren und internationalen Gründen gar keine andere Chance hatte, als sich mit dem abzufinden, was sich bei dem übermächtigen Nachbarn im Norden tat, nur noch ein in vielfach gewandelter Form existierender Kleinstaat übrig geblieben, der auf seine Unabhängigkeit und Neutralität bedacht, mit gespannter Aufmerksamkeit, aber auch mit verständlichem Mißtrauen das beobachtet hat, was sich im Zentrum des alten Kontinents so abrupt vollzog.

Doch wie gesagt: Jenseits dieser Unterschiede und Gemeinsamkeiten zweier Nationalstaatsgründungen in Deutschland, welche „Die Historiker und die deutsche Frage“¹⁵ so zentral beschäftigen, geht die Grundlagenforschung in bezug auf das eine ebenso wie in bezug auf das andere Gründungsereignis ihren normalen Weg, der freilich im Hinblick auf „1870/71“ und „1989/90“ charakteristische Unterschiede aufweist: In weit fortgeschrittener und zunehmend differenzierter Form untersucht die Geschichtswissenschaft inzwischen Otto von Bismarcks Reichsgründung, wenn man sich beispielsweise vor Augen führt, daß der wissen-

¹⁴ Vgl. dazu Winfried Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878*, Paderborn u.a. 1999, S. 391.

¹⁵ Wilfried Loth, *Die Historiker und die Deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges*, in: *Historisches Jahrbuch 112* (1992), Zweiter Halbband, S. 366.

schaftliche Fortschritt es mittlerweile erforderlich gemacht hat, die klassische „Friedrichsruher Ausgabe“ der Schriften des Reichskanzlers neu zu edieren¹⁶. In gerade erst einsetzender und bevorzugt sammelnder sowie rekonstruierender Form nähert sich die Historiographie dagegen der Geschichte der Wiedervereinigung, deren vorläufige Resultate es nunmehr näher zu betrachten gilt.

Der Ertrag dieser seit einer Dekade aufgenommenen Arbeit der Geschichts- und Politikwissenschaft ist, lediglich auswahlweise und beileibe nicht vollständig erwähnt, durchaus stattlich. An erster Stelle zu nennen ist ohne Zweifel die von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann „Aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90“ publizierte Sonderedition „Deutsche Einheit“¹⁷. Nicht zuletzt die von Hanns Jürgen Küsters verfaßte „Einführung“: „Entscheidung für die deutsche Einheit“, die monographischen Charakter besitzt, ist für die Entwicklung der einschlägigen Forschung wegweisend. Daß dieser Aktenedition aus den amtlichen Beständen der Bundesrepublik Deutschland bis dato keine entsprechenden Veröffentlichungen anderer Staaten, die am Vorgang der Wiedervereinigung beteiligt waren, zur Seite zu stellen sind, unterstreicht ihren vorläufig ausnahmehaften Wert.

Von den reichhaltigen, in sich ganz unterschiedlichen Materialien veröffentlichter Herkunft einmal abgesehen¹⁸, stehen inzwischen zahlreiche Selbstzeugnisse und Zeugnisse der 1989/90 für die Weltpolitik Verantwortlichen zur Verfügung – das gilt für George Bush¹⁹ und Michail Gorbatschow²⁰, für François Mitterrand²¹, Margaret Thatcher²² und Helmut Kohl²³; für die Außenminister James Baker²⁴, Eduard Schewardnadse²⁵ und Hans-Dietrich Genscher²⁶; für einflußreiche Mitarbeiter und Berater, die nur ganz beispielhaft aufgeführt werden, wie Robert L. Hut-

¹⁶ Die „Neue Friedrichsruher Ausgabe“ wird von der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh, vorbereitet.

¹⁷ Vgl. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998. – Da Quellen und Literatur im folgenden nur beispielhaft erwähnt werden, sei auf die entsprechenden Berichte und Belege vor allem in der unter den Anmerkungen 17, 42, 45, 48, 49, 50, 53, 68 und 78 benannten Literatur verwiesen.

¹⁸ Vgl. dazu beispielsweise Ines Lehmann, Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse, 3 Bände, Frankfurt a. M. u. a. 1996–2001.

¹⁹ Vgl. George Bush/Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1998, und George Bush, All the Best, George Bush. My Life in Letters and Other Writings, New York 1999.

²⁰ Vgl. Michail Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995, und ders., Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000.

²¹ Vgl. François Mitterrand, Über Deutschland, Frankfurt a. M./Leipzig 1996.

²² Vgl. Margaret Thatcher, Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Gordon A. Craig, Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen, in: VfZ 39 (1991), S. 611–623.

²³ Vgl. Helmut Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996.

²⁴ Vgl. James A. Baker, Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996.

²⁵ Vgl. Eduard Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991.

²⁶ Vgl. Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.

chings²⁷ und Vernon Walters²⁸ auf amerikanischer, Anatoli Tschernajew²⁹ und Valentin Falin³⁰ auf sowjetischer, Jacques Attali³¹ und Hubert Védrine³² auf französischer, George Urban³³ auf britischer und Horst Teltchik³⁴ auf deutscher Seite – ohne auf die diversen Äußerungen aus der Feder jener Statthalter der Sowjetunion in deren deutscher Satrapie im einzelnen einzugehen, die mit jeweils ganz unterschiedlichen Empfindungen auf den „Absturz“³⁵ dieses staatlichen Kunstgebildes der zweiten Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurückgeblickt haben.

Nicht zu vergessen sind schließlich auch die Darstellungen von seiten jener Staatsmänner und Politiker, die zwar nicht unmittelbar am großen Geschehen beteiligt waren und dieses gleichwohl so maßgeblich durch ihr teilweise beherrschtes Handeln mit beeinflusst haben – allen anderen voran erwähnt seien in diesem Zusammenhang die „Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete“, also die Memoiren von Gyula Horn³⁶. Gleichfalls zu beachten sind, im Rahmen einer Betrachtung über die deutsche Frage vor dem Hintergrund, ja im Banne der internationalen Politik allerdings nur in nachgeordneter Art und Weise, diejenigen Beiträge von Verantwortlichen, die über den inneren Vorgang der Einheit, über jene „Tage, die Deutschland und die Welt veränderten“³⁷, Auskunft geben: Sie berichten beispielsweise davon, wie „Der Vertrag“³⁸ über die Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten zustande gekommen und durch welche Verhandlungen „die Deutsche Einheit“ im einzelnen ermöglicht worden ist.

Unverzichtbar für das Verständnis des Gesamten sind schließlich die Überlieferungen von Beteiligten, die zum „2 + 4“-Prozeß vorgelegt worden sind und „Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit“³⁹ dokumentieren: Sie sind, was die operationalen Probleme angeht, geeig-

²⁷ Vgl. Robert L. Hutchings, *Als der kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht*, Berlin 1999.

²⁸ Vgl. Vernon A. Walters, *Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters*, Berlin 1994.

²⁹ Vgl. Anatoli Tschernajew, *Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen*, Stuttgart 1995.

³⁰ Vgl. Valentin Falin, *Politische Erinnerungen*, München 1993, und ders., *Konflikte im Kreml. Zur Vorgeschichte der Deutschen Einheit und Auflösung der Sowjetunion*, München 1997.

³¹ Vgl. Jacques Attali, *Verbatim, Band 3: Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995.

³² Vgl. Hubert Védrine, *Les mondes de François Mitterand. À l'Élysée 1981–1995*, Paris 1996.

³³ Vgl. George R. Urban, *Diplomacy and Disillusion at the Court of Margaret Thatcher. An Insiders View*, London/New York 1996.

³⁴ Teltchik, 329 Tage.

³⁵ Vgl. Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991.

³⁶ Vgl. Gyula Horn, *Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete*, Hamburg 1991.

³⁷ Vgl. Theo Waigel/Manfred Schell, *Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion*, München 1994.

³⁸ Vgl. Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte*, Aktualisierte Taschenbuchausgabe, München 1993.

³⁹ Vgl. „2 + 4“. *Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit. Eine Dokumentation*, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1991.

net, die Verwirklichung der strategischen Grundentscheidungen zu illustrieren, also jene Meisterleistung der Diplomatie anschaulich zu machen, die Karl Kaiser in seiner früh veröffentlichten Abhandlung „Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte“⁴⁰ so eindrucksvoll erklärt hat und die tatsächlich als ein „Glücksfall von Staatskunst“⁴¹ gelten darf.

Überhaupt können wir binnen erstaunlich kurzer Frist bereits auf Darstellungen zählen, die den Stand unserer Kenntnis verlässlich, wenn auch nicht im entfernten definitiv, reflektieren. Das gilt vor allem für Philip Zelikows und Condoleeza Rices Klassiker „Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas“⁴², aber auch für Elizabeth Ponds Werk „Beyond the Wall. Germany's Road to Unification“⁴³, die beide der amerikanischen Haltung zum deutschen Problem intensive Beachtung schenken. Dazu gehören ebenso Hannes Adomeits eingehende Untersuchung „Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev“⁴⁴ und Rafael Biermanns wegweisende Studie „Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang“⁴⁵, welche die Entwicklung der deutschen Frage aus der sowjetischen Perspektive betrachten. Dazu zählt auch, nicht zuletzt weil ihm ansonsten verschlossene Akten aus dem „Serail der Macht“ des französischen Staatspräsidenten zur Verfügung standen, Tilo Schaberts Monographie „Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit“⁴⁶. Sie interpretiert François Mitterrands zwischen der Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung und ihrer Befürwortung heftig schwankende Politik, einige Grade zu stark, im Sinne eines langfristig entworfenen Plans, wonach die „Sphinx“ im Élysée-Palast schon vergleichsweise früh mit dem sich wie natürlich vollziehenden Vorgang der deutschen Einheit einverstanden gewesen sei. Bleibt schließlich noch der Hinweis auf Norbert Himmlers Dissertation „Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges“⁴⁷, die dem erbitterten Abwehrkampf der englischen Premierministerin Margaret Thatcher gegen das am Ende dennoch Unvermeidliche ihre zentrale Aufmerksamkeit schenkt.

⁴⁰ Vgl. Kaiser, *Deutschlands Vereinigung*.

⁴¹ Richard Kiessler/Frank Elbe, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken: Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S. 14.

⁴² Vgl. Philip Zelikow/Condoleeza Rice, *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997.

⁴³ Vgl. Pond, *Beyond the Wall*.

⁴⁴ Vgl. Hannes Adomeit, *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews*, Baden-Baden 1998.

⁴⁵ Vgl. Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997.

⁴⁶ Vgl. Tilo Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit*, Stuttgart 2002.

⁴⁷ Vgl. Norbert Himmler, *Zwischen Macht und Mittelmaß. Großbritanniens Außenpolitik und das Ende des Kalten Krieges. Akteure, Interessen und Entscheidungsprozesse der britischen Regierung 1989/90*, Berlin 2001.

Wie aus revolutionären Unberechenbarkeiten politische Evolution wurde, wie die kriegerischen Gefahren, die besonders dann drohen, wenn Imperien zerbrechen, gezähmt und gestaltet, ja für die Lösung der deutschen Frage schöpferisch genutzt wurden, hat vor allem die deutsche Geschichts- und Politikwissenschaft beschäftigt: Die Veröffentlichungen zählen inzwischen Legion. Wegen ihres privilegierten Zugangs zu den Materialien des Bundeskanzleramtes hervorzuheben ist zum einen die „Geschichte der Deutschen Einheit“, die in vier qualitativ sehr unterschiedlichen Bänden vorliegt: Was die Frage der Wiedervereinigung im Kontext der Staatenwelt angeht, so hat Karl-Rudolf Korte in dieser Serie die „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft“⁴⁸ und Werner Weidenfeld die „Außenpolitik für die deutsche Einheit“⁴⁹ dargestellt. Hinzuweisen ist aber auch auf die einschlägigen Teile der gedankenreichen Monographie von Hanns Jürgen Küsters „Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990“⁵⁰, welche die spezifische Lösung der deutschen Frage jenseits der herkömmlichen Konzepte eines Friedensvertrages umfassend untersucht. Zu beachten sind ferner, weil sie den einschlägigen Stand unserer Kenntnis perspektivenreich und deutungsstark abhandeln, die entsprechenden Passagen in den Werken von Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen“⁵¹, von Peter Graf Kielmansegg „Nach der Katastrophe“⁵² und, last but by no means least, von Andreas Rödder „Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990“⁵³. Daß sich die geschichtswissenschaftliche Aufgabe zu sammeln, zu rekonstruieren und zu interpretieren beileibe nicht nur nacheinander und getrennt voneinander vollziehen muß, sondern vielmehr gleichzeitig und uno actu voranschreiten kann, wird in dieser letztgenannten Darstellung überzeugend demonstriert – zumal sie ungeachtet ihrer luziden Interpretation immer wieder zu erkennen gibt, was die österreichische Historikerin Grete Klingenstein unlängst so umschrieben hat: „Der Diskurs der Wissenschaft lebt im wesentlichen vom Rekurs auf die Quellen.“⁵⁴

⁴⁸ Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998; Dieter Grosser, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln*, Stuttgart 1998; Wolfgang Jäger, *Die Überwindung der Teilung: Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, Stuttgart 1998.

⁴⁹ Vgl. Werner Weidenfeld mit Peter M. Wagner und Elke Bruck, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, Stuttgart 1998.

⁵⁰ Vgl. Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 801–898.

⁵¹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Band 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 481–639.

⁵² Vgl. Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 661–674.

⁵³ Vgl. Andreas Rödder, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 95–105 u. S. 142–156.

⁵⁴ Grete Klingenstein/Fritz Fellner/Hans Peter Hye (Hrsg.), *Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Wien 2003, S. 11.

Probleme der Forschung

Welche zentralen Probleme der Geschichte der deutschen Einheit, deren Verlauf inzwischen, so weit wie möglich, nachgezeichnet worden ist, stehen im Zentrum der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte?

1. Hin und her geht die Auseinandersetzung um die Begrifflichkeit dessen, was sich 1989/90 in Deutschland vollzog. Um die Distanz zur schwierigen, ja belasteten Vergangenheit des Bismarck-Reiches zu betonen, wird anstelle von Wiedervereinigung zuweilen ganz bewußt von „Neu-Vereinigung“ oder einfach nur von „Vereinigung“ und auch, neutral sowie unbestreitbar, von „deutscher Einheit“⁵⁵ gesprochen. Obwohl die Motive für eine solche Wortwahl verständlich sind, erfassen diese Begriffe doch kaum den „konstitutiven Rückbezug“ des nationalstaatlichen Einigungsvorgangs, nämlich „die wenn auch partielle Wiederherstellung eines früheren territorialen Zustands“⁵⁶. Er hat ungeachtet der sich seit 1871 stetig wandelnden und inzwischen gründlich veränderten inneren Verfaßtheit Deutschlands nichts zu tun mit einem „neuartigen Zusammenschluß“⁵⁷. Im Gegenteil: Die Wiederherstellung des gespaltenen Nationalstaats hat dem deutschen Einigungsvorgang „seine innere wie äußere Legitimität“⁵⁸ verliehen und findet im Begriff der Wiedervereinigung angemessenen Ausdruck – zumal nach der endgültigen Anerkennung der deutschen Ostgrenze und dem definitiven Verzicht auf die Polen und der Sowjetunion bzw. Rußland im Gefolge des Zweiten Weltkriegs zuerkannten Ostgebiete des „Vergangenen Reiches“ der Begriff auch in politischer Hinsicht inzwischen als korrekt gelten kann⁵⁹.
2. Ob sich die deutsche Wiedervereinigung gegen den Strom der Zeit, gegen Globalisierung, Europäisierung und Westernisierung vollzogen habe, hat Andreas Rödder als eine weit in zukünftige Erörterungen der Wissenschaft reichende Frage frühzeitig aufgeworfen⁶⁰: Hat sich die Geschichtsmacht des Nationalen gleichsam quer zu den Strömungen der Moderne noch einmal behauptet? War die Wiedervereinigung vielleicht nur ein politisches Ziel und somit auch eine historische Zäsur für die sogenannte „classe politique“ in der Bundesrepublik Deutschland, aber kaum für deren Bevölkerung, die längst jenseits der Enge des alten Nationalstaats im breiten Strom der Postmoderne mitschwimmt?
Mit diesen Fragen wird ohne Zweifel ein zentrales Problem benannt. Gerade in seinem Kontext sind freilich drei maßgebliche Tatbestände nicht zu übersehen: Zum einen hat die Mehrheit der Bevölkerung der inzwischen untergegan-

⁵⁵ Vgl. dazu Rödder, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 152.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. dazu Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt*, S. 17.

⁶⁰ Vgl. Andreas Rödder, „Durchbruch im Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung, in: *Jahrbuch des Historischen Kollegs* 2002, S. 137–140.

genen DDR über ihre Forderungen nach den Segnungen der westlichen Zivilisation hinaus die nationale Einheit geradezu stürmisch verlangt. Zum anderen ist die Wiedervereinigung auch vor dem Entscheidungsjahr 1989/90 in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland „ein latentes Thema geblieben: aktualisierbar“⁶¹ also. Und zum dritten steht für die alten Nationalstaaten Europas ebenso wie für die neue Weltmacht der Vereinigten Staaten von Amerika die Vereinbarkeit von Nation und Moderne ganz außer Frage. Mehr noch: Es ist gerade jene Identität von Macht und Kultur, von Herrschaft und Idee, von Ausdehnungstrieb und Missionsauftrag, die seit den Tagen der spanischen Universalmonarchie über die hegemonialen Anläufe der Franzosen, über das britische Empire bis hin zur Pax Americana den in der Welt führenden Rang einer großen Macht konstituiert.

3. Was aber die Vereinigten Staaten von Amerika angeht, so gab es für ihre politischen Führer im Zeichen der imperialen Präsidentschaft von George Bush keinen Zweifel mehr daran, „das Spiel gewinnen“⁶² zu wollen, also das „Great Game“ der globalen Kontrahenten in die „Great Transition“⁶³ der Welt zu überführen, Europas Spaltung auf friedlichem Weg zu überwinden und das geteilte Deutschland wieder zu vereinen – ohne Wenn und Aber und zu amerikanischen Bedingungen, also innerhalb des um nichts, es sei denn um den unwahrscheinlichen Fall des Krieges, aufzugebenden Rahmens der NATO, auf gar keinen Fall aber als einen neutralen Faktor der Staatenwelt.
4. Und die Deutschen mit Bundeskanzler Helmut Kohl an ihrer Spitze zeigten sich, anders als oftmals zuvor im Verlauf ihrer windungsreichen und problematischen Geschichte, in der Entscheidungslage des Jahres 1989/90 einmal nicht zögernd, zaudernd und unentschlossen. Vielmehr handelte der verantwortliche Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, der seit seinem unbeirrten Festhalten am sogenannten NATO-Doppelbeschluss zu Beginn seiner Regierungszeit die Grundlagen für das Kommende gelegt hatte⁶⁴, nach tastenden Anfängen und in engem Einvernehmen mit den Amerikanern, auf die fast alles ankam, ebenso überlegt wie entschlossen und zielgerichtet. Durch keine „Nebenaußenpolitik“ oppositioneller Kräfte von seinem Weg abzubringen⁶⁵, wurde die anfänglich unklare Idee der „konföderative[n] Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland [...] mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaf-

⁶¹ Tilman Mayer, Warum es zur Wiedervereinigungschance kam, in: Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, hrsg. von Karl Eckart, Jens Hacker und Siegfried Mampel, Berlin 1998, S. 234.

⁶² Zelikow/Rice, Sternstunde der Diplomatie, S. 302 f.

⁶³ Vgl. Raymond L. Garthoff, The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War, Washington 1994.

⁶⁴ Vgl. dazu Hanns Jürgen Küsters, Mit Naturnotwendigkeit eintretende Veränderungen – Oder: Was die Regierung Kohl zum Mauerfall beitrug, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 9 (2002), S. 141–160.

⁶⁵ Rödder, Bundesrepublik Deutschland, S. 151.

fen“⁶⁶, von der noch im berühmten „Zehn-Punkte-Programm“ vom 28. November 1989 die Rede war, binnen erstaunlich kurzer Zeit mehr und mehr aufgegeben zugunsten des erklärten Ziels der nationalen Wiedervereinigung. „Aus dem Taktiker der Macht“, urteilt der Helmut Kohl alles andere als unkritisch begegnende Historiker Heinrich August Winkler, „war ein Staatsmann geworden: Im entscheidenden Augenblick handelte er derart zielbewußt, instinktsicher und souverän, daß die Erinnerung an seine zahlreichen Ungeschicklichkeiten, Fehler und Schwächen dahinzuschwinden begann.“⁶⁷

Geraume Zeit noch bestehende Zweifel über den zukünftigen Status der untergehenden DDR im Rahmen eines wiedervereinigten Deutschland – integrierte oder differenzierte NATO-Mitgliedschaft – wurden durch die resolute Entscheidung der Amerikaner, die Helmut Kohls prinzipieller Disposition in dieser zentralen Frage so vorteilhaft entgegenkam, für eine volle, uneingeschränkte Zugehörigkeit der Deutschen zur NATO definitiv ausgeräumt: Die Westbindung hatte zur Wiedervereinigung geführt, Helmut Kohl war zu vollen Vergnügen, was unter Konrad Adenauer eingeleitet worden war, nämlich „Einheit in Freiheit“ zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Rolle im internationalen Vorgang der nationalen Wiedervereinigung werden immer wieder zwei Deutungen des Gesamten erörtert, die inzwischen als problematisch, weil nur in bedingtem, aber nicht im wesentlichen Maße zutreffend, entlarvt worden sind: Das ist zum einen, wie Andreas Rödder abgekürzt formuliert hat⁶⁸, die „Bürgerbewegungs-Legende“, und das ist zum anderen die „Kaukasus-Legende“. Der ersten zufolge trat, wie es beispielsweise Heinrich Potthoff erscheint, „für eine kurze Zeit [...] das Volk aus seiner passiven Rolle heraus, bestimmte weitgehend das Gesetz des Handelns und riß wie ein reißender Strom Politik und Politiker mit“⁶⁹. Der anderen zufolge sei „der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands“ bei dem Treffen zwischen Gorbatschow und Kohl am 15./16. Juli 1990 im kaukasischen Archys getan worden. In diesem Sinne hat der seinerzeit eng am Geschehen beteiligte Bundesminister für besondere Aufgaben und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Hans Klein, sein Urteil in die titelwirksamen Worte gefaßt: „Es begann im Kau-

⁶⁶ Kohl, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, S. 159, sowie: „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, vorgelegt von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. November 1989 (gekürzt), in: Europa-Archiv 44 (1989), S. D 732.

⁶⁷ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, S. 526.

⁶⁸ Rödder, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 153; vgl. dazu auch ders., *Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive*, in: *Historisches Jahrbuch* 118 (1998), S. 223–260, sowie ders., *Zeitgeschichte als Herausforderung: Der Weg zur deutschen Einheit*, in: *Historische Zeitschrift* 270 (2000), S. 669–687, und ders., „Breakthrough in the Caucasus“? German Reunification as a Challenge to Contemporary Historiography, in: *German Historical Institute London, Bulletin* XXIV (2002), S. 735. Vgl. zudem Anmerkung 60.

⁶⁹ Heinrich Potthoff, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999, S. 343.

kasus.“⁷⁰ Beide Interpretationen sind von Andreas Rödder überzeugend in Frage gestellt und differenziert widerlegt worden⁷¹; als das zum einen verständliche Verlangen nach „der endlich geglückten demokratischen Revolution von unten“ und als der zum anderen plausible Wunsch nach der schließlich auch einmal „geglückten ‚großen Politik‘ in Deutschland“⁷². Ohne die partielle Bedeutung beider Elemente für den Verlauf der Geschichte auch nur im entfernten zu unterschätzen, ist doch gar nicht zu übersehen, daß jenseits einer auf Deutschland fixierten Betrachtung der Dinge, wie eh und je für die Entwicklung der deutschen Frage, die Bewegungen der Staatenwelt für den Prozeß der nationalen Wiedervereinigung ausschlaggebend gewesen sind: In diesem Sinne hat die amerikanisch-sowjetische Einigung über Deutschlands Zukunft als geeinter Nationalstaat und als integriertes Mitglied der NATO, die nicht zuletzt beim Gipfelgespräch in Washington am 31. Mai 1990 erzielt worden ist, entscheidend gewirkt.

5. Aus welchen Gründen die DDR zusammengebrochen ist und warum sich ihre verunsicherte Führung nicht mehr zu einer „chinesischen Lösung“ des gewaltsamen Vorgehens gegen die sich erhebende Bevölkerung ihres Staates entschließen konnte⁷³, verweist umgehend auf
6. die Frage nach den Gründen für die entsprechenden Entscheidungen der zusammenbrechenden Sowjetunion, für ihr allmählich artikuliertes Einverständnis mit der deutschen Wiedervereinigung und für ihre schließlich bekundete Nachgiebigkeit gegenüber einer Zugehörigkeit des gesamten Deutschland zur NATO: Amerikanischer Druck im neu entfachten Kalten Krieg; das demokratische bzw. nationale Aufbegehren in den ostmitteleuropäischen Staaten und bald darauf bei den unter sowjetische bzw. russische Herrschaft gezwungenen Völkern des kolonialen Reiches; das wirtschaftliche Versagen; die technologische Unterlegenheit, nicht zuletzt im Bereich der Waffentechnik; die freiheitliche Einflüsse unaufhaltsam transportierenden Kommunikationsmittel; kurzum: die unwiderstehliche Mischung aus Macht und Ideen, die zermürbende Abfolge von Entspannung und Attacke, mit der die Vereinigten Staaten von Amerika ihren globalen Konkurrenten überzogen, zwangen die Sowjetunion in die Knie. Diese historische Tatsache und Michail Gorbatschows damit zusammenhängende, gleichwohl autonome Entscheidung, auf Gewalt zur Behauptung der äußeren Grenzen des sowjetischen Imperiums zu verzichten, erklären im übrigen, jedenfalls weitgehend, warum es in der wankenden DDR nicht zu einem Massaker wie dem vom Peking Tienanmen-Platz gekommen ist⁷⁴.

⁷⁰ Vgl. Hans Klein, *Es begann im Kaukasus. Der entscheidende Schritt in die Einheit Deutschlands*, Berlin/Frankfurt a. M. 1991.

⁷¹ Vgl. dazu Anmerkung 68.

⁷² Rödder, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 153.

⁷³ Vgl. dazu Joachim Scholtyssek, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003, S. 46–52 u. S. 123–134.

⁷⁴ Vgl. zu einer anderen Deutung für den Verzicht der DDR-Führung auf eine „chinesische Lösung“ Hermann Wentker, *Die Staatsräson der DDR*, in: *Staatsräson in Deutschland*, hrsg. von

Daß ein großer Plan im Sinne intentionalen Handelns die sowjetische Führung und Michail Gorbatschow allen voran geleitet habe, nämlich die zur Last gewordenen Satrapien des längst überbürdeten Reiches bewußt aufzugeben und den Deutschen die Wiedervereinigung zu gewähren, um auf diesem Weg, ganz kalkuliert also, entlastenden Vorteil zu nehmen, ist, jedenfalls nach dem gegenwärtigen Stand unserer Kenntnis, eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist vielmehr, daß die in sich alles andere als einige Führung der Sowjetunion von den sich überstürzenden Ereignissen, vom Unkontrollierbaren der Entwicklung getrieben worden ist und in hastiger Improvisation versucht hat, von Rückschlag zu Rückschlag sozusagen, das jeweils Beste aus den sich überschlagenden Situationen zu machen.

Das festzustellen darf freilich nicht einer neuen Legende den Boden bereiten: Die deutsche Wiedervereinigung, die mit der Transferierung von viel Geld, von knapp 60 Milliarden DM, einherging, ist gleichwohl alles andere als ein gigantischer Kaufakt der Weltgeschichte gewesen. Denn mit Geld läßt sich Macht, solange sie mit dem entschiedenen Willen zu ihrem Einsatz verbunden ist, niemals zum Verschwinden bringen. Mit anderen Worten: Der Sowjetunion war der politische Wille, ihre im Gefolge des Zweiten Weltkriegs gemachte Beute, ihre deutsche ebenso wie ihre europäische, zu behaupten, längst abhanden gekommen, so daß der bereits vollzogene Verzicht schließlich und endlich nur noch vergoldet wurde⁷⁵. Das heißt aber auch: Die Debatte um Michail Gorbatschows Rolle und „Charakterbild“ in der Geschichte des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts wird andauern. Die einen verurteilen ihn als denjenigen, der ein Weltreich verspielt, und die anderen würdigen ihn als denjenigen, der den Weltfrieden gerettet habe. Daß das eine, die Opferung des Imperiums, mit dem anderen, der Abwendung eines möglichen Krieges, ohne Zweifel zu tun gehabt hat, liegt dabei auf der Hand.

7. Frankreichs Haltung gegenüber der in den achtziger Jahren erneut in Bewegung geratenen deutschen Frage, konkret: François Mitterrands uneindeutiger Kurs im Banne der auf die Wiedervereinigung zueilenden Weltgeschichte wird die Forschung mit Sicherheit noch lange und intensiv beschäftigen. Das Erbe der großen Revolution von 1789, Freiheit und Selbstbestimmung der Völker als verpflichtend anzuerkennen sowie Demokratie und Nation als unteilbar zu begreifen, veranlaßten den französischen Staatspräsidenten zu einer grundsätzlichen Befürwortung der deutschen Einheit; machtpolitisches Interesse und historische Erfahrung seines Landes aber sprachen dagegen. So lange wie die Sowjets bei ihrem unumstößlichen „Njet“ zur deutschen Wiedervereinigung blieben, konnte Frankreich, vergleichsweise problemlos, scheinbar dafür sein.

Günther Heydemann und Eckart Klein, Berlin 2003, S. 157, wo es heißt: „Ihre ökonomische Abhängigkeit vom Westen trug zweifellos dazu bei, daß die DDR-Führung aufgrund der unkalkulierbaren finanziellen Folgen im Herbst 1989 nicht zu einer ‚chinesischen Lösung‘ griff.“

⁷⁵ Vgl. dazu auch Ulrich Albrecht, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“ Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40/96 vom 27. 9. 1996, S. 10 f.

Als die Russen davon abrückten und schwach wurden, fühlten die Franzosen sich ihrerseits nicht stark genug, um – gegen den Willen der Amerikaner zumal – allein mit den Briten gegen Deutschland Front zu machen. Aus Furcht davor, am Ende isoliert dazustehen und mit den nach wie vor gefürchteten Deutschen allein gelassen zu werden, willigte François Mitterrand in das Unvermeidliche ein. Und mit dieser historischen Entscheidung gelang es ihm immerhin, Idee und Macht, Deutschlands Selbstbestimmung und Frankreichs Sicherheit vorteilhaft miteinander auszugleichen, indem er das wiedervereinigte Deutschland über die auch für ihn elementare NATO-Bindung hinaus im französischen Interesse, nicht zuletzt im währungspolitischen Zusammenhang, fest an die Europäische Union gebunden hat.

8. Ganz anders verhielt sich das einer Wiedervereinigung gegenüber unversöhnliche England unter Führung seiner Premierministerin Margaret Thatcher. Ohne Wenn und Aber kämpfte die „Eiserne Lady“, anders als ihr sich viel früher ins Übermächtige der Entwicklung schickender Außenminister Douglas Hurd, beinahe bis zur letzten Stunde gegen den Vollzug der deutschen Einheit. Vergeblich spekulierte die britische Regierungschefin darauf, es könne ihr gelingen, Demokratie und Nation, das siamesische Zwillingsspaar der westlichen Moderne, voneinander zu trennen, also der DDR die erforderliche Freiheit zu schenken, den Deutschen aber die nationale Einheit vorzuenthalten. Allein, die Wirkungskraft der doppelten Idee war unteilbar; die Macht Englands dagegen, ohne ein sich der deutschen Wiedervereinigung widersetzendes Rußland, ohne die von London angestrebte Achse mit den Franzosen und ohne amerikanisches Einverständnis mit der britischen Position, reichte längst nicht mehr aus, um dem Rad der Entwicklung in die Speichen zu greifen. Daher gab sich Margaret Thatcher mit der gelungenen NATO-Integration des wiedervereinigten Deutschland, ohne es im Grunde so recht sein zu können und zu wollen, am Ende insofern zufrieden, als die westliche Allianz den Briten vor den möglichen, ja von der Premierministerin als sicher erwarteten Herausforderungen des neuen Deutschland, in dessen Existenz sie bevorzugt die verdächtige Tradition des alten Bismarck-Reiches erblickte, Schutz zu bieten versprach.

Daß schließlich auch die Europäische Union mit ihrem französischen Präsidenten Jacques Delors an der Spitze ebenso wie andere Staaten im alten Europa, jene der deutschen Wiedervereinigung so freundlich entgegenkommenden Spanier etwa, die allerdings weit weg waren vom Geschehen im Zentrum des Kontinents, oder die sperrig reagierenden Polen, die lange um ihre Westgrenze fürchteten, ihre historische Rolle im säkularen Zusammenhang gespielt haben, sei der Vollständigkeit halber erwähnt: Das zu tun verweist gleichzeitig auf Desiderate und Perspektiven, die abschließend benannt seien, wenn es darum geht, Stand und Erträge der Forschung zur Geschichte der deutschen Wiedervereinigung kursorisch zu resümieren.

Perspektiven und Desiderate der Forschung

1. Die internationale Entwicklung während der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, vor allem im Epochenjahr 1989/90, kann vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der amerikanisch-sowjetischen Konkurrenz im 20. Jahrhundert und der Auseinandersetzung um Hegemonie und Gleichgewicht in der europäischen und atlantischen Neuzeit als ein Lehrstück für das gelten, was Geschichte konstituiert, nämlich das Unvorhersehbare und schwer Verfügbare durch Entscheidungen und Handeln allmählich zu gestalten, also Zufall und Absicht, Notwendigkeit und Freiheit, Struktur und Individualität miteinander auszugleichen.
2. Macht und Idee, das zeigt diese historische Parabel aus jüngster Zeit, sind wie eh und je diejenigen Elemente, welche die Geschichte bewegen: Macht ohne Idee ist blind, Idee ohne Macht bleibt wirkungslos. Der Sowjetunion kam zuerst ihre Idee abhanden, dann folgte die Macht; zurück blieben Ohnmacht und Ideenarmut; gefüllt aber wurde dieses geschichtliche Vakuum durch eine Besinnung auf die Nation und Tradition Rußlands.
Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen haben es verstanden, die Idee der unteilbaren Freiheit mit ihrer Macht zur friedlichen Expansion zu verbinden, so daß sie im säkularen Ringen der historischen Potenzen obsiegten, vorläufig jedenfalls. Denn auf Dauer ruft jede große, geschweige denn universale Macht gleichsam selbsttätig Gegenmacht auf den Plan; taucht regelmäßig die Versuchung auf, der eigenen Hybris zu erliegen, weil das Überdauern einer sich ins Imperiale erweiternden Hegemonie zunehmend schwierig wird: „Wer [...] einer Gesamtheit Größe, Macht, Glanz verschafft“, hat bereits Jacob Burckhardt warnend festgestellt, „dem wird das Verbrechen nachgesehen, namentlich der Bruch abgerungener politischer Verträge, [...] nur muß man dann fortfahren, groß zu sein, und wissen, daß man auch den Nachfolgern das fatale Legat hinterläßt, Genie haben zu müssen, um das gewaltsam Gewonnene so lange zu behaupten, bis alle Welt daran als ein Recht gewohnt ist.“⁷⁶
Vor diesem so gründlich veränderten Hintergrund der Weltpolitik aber muß der Nationalstaat des wiedervereinigten Deutschland, souverän und integriert in einem, mit den Notwendigkeiten der Staatenwelt und der Moderne zum Ausgleich finden; muß sich, wenn es darauf ankommt, unzweideutig entscheiden und die außenpolitische Option der Neutralität um beinahe jeden Preis vermeiden. Nur so, im integrierten Zusammenhang der westlichen Welt, läßt sich, auf absehbar lange Zeit jedenfalls, die den Erfordernissen der modernen Zeit angepaßte, gezähmte und eingehegte Souveränität als das kostbare Ergebnis der wiedervereinigten Nation auch zukünftig bewahren.
3. Auch im Zeichen der sogenannten Globalisierung ist und bleibt die Nation, ja der Nationalstaat – das ist die Lehre, die sich vor dem Hintergrund des „Pluri-

⁷⁶ Jacob Burckhardt, *Die Historische Größe*. Mit einem Nachwort von Rudolf Stadelmann, Krefeld 1947, S. 50.

versums⁷⁷ der Staatenwelt aus den historischen Begebenheiten der deutschen Wiedervereinigung ableiten läßt – verbindlicher und letzter Maßstab staatlichen und internationalen Handelns. Die Auseinandersetzung der überkommenen, traditionellen Werte des Nationalen mit den mannigfachen, verwirrenden Tendenzen der Moderne repräsentiert dabei den zentralen Gegenstand politischer Aktion und historischer Betrachtung.

4. Obwohl Deutschland und das deutsche Problem 1989/90 wieder einmal im Zentrum der Weltpolitik gestanden haben, sind die Deutschen doch, alles in allem jedenfalls, diesmal eher Objekte als Subjekte der Weltgeschichte gewesen. Diese Feststellung gilt allerdings nur der vorwaltenden Tendenz nach und bedarf der einschränkenden Ergänzung: Zu mehr als nur zu abgeleiteter, sondern vielmehr zu eigenständiger, mithin autonomer Bedeutung, zu einem Subjekt im weltgeschichtlichen Prozeß der Wiedervereinigung stieg Bundeskanzler Helmut Kohl ohne Zweifel dadurch auf, daß er sich dafür entschied, die von der historischen Entwicklung, durch das Handeln, Gewährenlassen und Unterlassen der großen Mächte, durch ihre Aktionen und Reaktionen so überraschend gebotene Chance tatsächlich zu nutzen, daß er also die geschichtlich einmalige Gelegenheit, beherzt und entschlossen, ergriffen hat. In diesem Zusammenhang avancierte er zu einer unverwechselbaren, gewiß auch unersetzbaren Potenz *sui generis* – und das nicht zuletzt deshalb, weil ein anderer an seiner Stelle auf diese unerwartete Herausforderung der Weltgeschichte möglicherweise anders, vielleicht sogar ganz anders reagiert hätte: Angesichts der innenpolitischen Lage in der alten Bundesrepublik wäre die deutsche Reaktion auf die historische Chance, welche die Staatenwelt für einen geschichtlichen Augenblick so unvermutet bereitgestellt hat, wahrscheinlich so ausgefallen, daß die nationalstaatliche Wiedervereinigung eher unterblieben und die Singularität der außergewöhnlichen Konstellation ungenutzt verstrichen wäre.

Allein, von dieser maßgeblichen, bis in das Wesentliche der Vorgänge reichenden Rolle des verantwortlichen Staatsmannes in Deutschland einmal abgesehen, wurden die Bedingungen für die Lösung der deutschen Frage jedoch weitgehend von außen präformiert, also durch die Entscheidungen anderer im Rahmen der Staatenwelt. Gewiß, es waltete keine blinde Zwangsläufigkeit einer internationalen Mechanik, wohl aber gab es eine spürbare Abhängigkeit von deren Entwicklungen, die den Repräsentanten in Deutschland, allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl, jedoch nicht nur frei zu entscheiden erlaubten, sondern ihnen dazu gerade die Möglichkeit einräumten, die diese genutzt und nicht vertan haben.

5. Wie nach seiner Begründung im Jahr 1871 sieht sich der deutsche Nationalstaat auch nach seiner Wiedervereinigung im Jahr 1990 einem Grundproblem der all-

⁷⁷ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1954 (Text von 1932), S. 54: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum.“ Vgl. dazu Josef Isensee, *Die vielen Staaten in der einen Welt – eine Apologie*, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 1 (2003), S. 7–31.

gemeinen Geschichte gegenüber, das im Verlauf der deutschen Entwicklung auf ihrem Weg von Bismarck zu Hitler in spezifischer Form, nämlich nicht selten verhängnisvoll, zutage getreten ist: Dabei geht es um das zentrale Verhältnis von gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Entscheidungen.

Beim Übergang vom Bismarck-Reich zum Wilhelminischen Deutschland beispielsweise machten sich unverkennbar mächtige Tendenzen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Provenienz bemerkbar, die den bis dahin respektierten Rahmen innen- und außenpolitischer Verfaßtheit sprengten, ja die im Rahmen der Staatenwelt eine fatale Neigung zum Expansiven, zum Revolutionären, zum Kriegerischen entwickelten. Gleichwohl führte diese prima vista so übermächtige Struktur alles andere als zwangsläufig zu jener unruhigen Kraftmeierei der äußeren Politik des Kaiserreichs, die vielmehr, natürlich im Rahmen der zeittypischen Verhältnisse, letztlich doch auf den Entscheidungen Verantwortlicher beruhte.

Heute lassen sich, was die Vereinbarkeit von Innen- und Außenpolitik, von innerer und internationaler Disposition angeht, vorteilhafte Aussichten beobachten, die eine Kongruenz von Nation, Gesellschaft und Demokratie, von Freiheit, Einheit und Frieden begünstigen können. Allein: auch eine solche Struktur des Gesamten garantiert keineswegs automatisch das künftige Heil, das ebenso wie das jederzeit mögliche Unheil, zu maßgeblichen Teilen jedenfalls, politischen Entscheidungen unterliegt.

Für die längst vergangene Zeit ist also ebenso wie für unsere Gegenwart dies nach wie vor gültig: Nicht die Existenz überpersönlicher Bedingungen ist in einem gleichsam selbsttätigen, sozusagen blinden Verfahren für die Entwicklung äußerer Politik verantwortlich; vielmehr wird darüber, wie stets zuvor in der Geschichte und überall anders auf der Welt, durch Entscheidungen bestimmt – nicht unabhängig von den allgemeinen Verhältnissen, aber auch nicht durch diese determiniert, sondern in dem einmal großzügiger und einmal sparsamer zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum zwischen Notwendigkeit und Freiheit. Mit der Klugheit und Richtigkeit solcher Entscheidungen aber hat es maßgeblich zu tun, ob sich Wünsche, die in Erfüllung gegangen sind, nach geraumer Zeit als eine Vollendung des Erhofften oder als das Gegenteil davon zu erkennen geben.

6. Um – nicht zuletzt auch im vergleichenden Blick auf die Geschichte der Reichsgründung von 1870/71 – einen entsprechenden Kenntnisstand über die Geschichte der Wiedervereinigung von 1989/90 zu erlangen, ist noch sehr viel Forschung zu leisten erforderlich: in bezug auf die Veröffentlichung und Bearbeitung der einschlägigen Archivalien; in bezug auf die Sichtung und Auswertung der bereits publizierten Materialien; und schließlich in bezug auf die kaum abschätzbare Vielzahl noch ausstehender Monographien über die diversen bilateralen und multilateralen Staatenbeziehungen sowie über die Absichten und Aktionen der dramatis personae.
7. Aus den Herausforderungen des Entscheidungsjahres 1989/90 ergeben sich für die Orientierung der Geschichtswissenschaft wesentliche Konsequenzen,

auf die schon sehr früh Gerhard A. Ritter hingewiesen hat: „Die Offenheit, die Unberechenbarkeit der Geschichte ist in einer Weise deutlich geworden“, gibt der Münchener Historiker zum einen zu bedenken, „die die Historiker zu mehr Demut bei der Darstellung und der Analyse von Geschichtsabläufen veranlassen sollte. Allzu oft neigen wir dazu, das, was geschah, als das einzig mögliche anzusehen und die Geschichte in diesem Lichte zu deuten. Die Ereignisse von 1989/91 zeigen dagegen, daß in der Geschichte Zufälle eine große Rolle spielen und daß krasse Richtungsänderungen, die man vorher für undenkbar hielt, durchaus möglich sind. Geschichte geht nicht auf; sie läßt sich auch nicht hochrechnen. Die Wirklichkeit ist widersprüchlich, sie ist durch Überlagerungen und Verschränkungen, durch Vereinbarung des scheinbar nicht zu Vereinbarenden gekennzeichnet, und sie ist voller Überraschungen.“⁷⁸

Und zum anderen stellt der weitblickende Autor fest, daß „die Rolle der politischen Geschichte und der Ereignisgeschichte, aber auch die der Biographie [...] durch den Umbruch 1989/91 eine Aufwertung erfahren“⁷⁹ haben, der die künftige Akzentuierung der Forschung dringend Rechnung tragen muß – so lange jedenfalls, bis die wesentlichen Probleme und Zusammenhänge geklärt sind und bevor eine „kulturalistische“ Geschichtsschreibung sodann dazu übergehen kann, auf ihre selbstverständlich „innovative“ Art und Weise zu zeigen, wie es eigentlich nicht gewesen ist.

⁷⁸ Gerhard A. Ritter, *Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft*, München 1995 (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Sitzungsberichte – Jahrgang 1995, Heft 5), S. 23.

⁷⁹ Ebenda.

Der Minsker Prozeß war mehr als nur ein Prozeß. Er war ein Symbol für das Ausmaß der deutschen Kriegs- und NS-Verbrechen in der Sowjetunion, aber auch für die Ahndung dieser Untaten. Konnte dieser Prozeß diesem Anspruch wirklich gerecht werden? Wie weit ist er Teil der stalinistischen Schauprozesse? Und wie weit sind die Prozeßunterlagen brauchbar als Quelle für die Verbrechen der Wehrmacht?

Manfred Zeidler

Der Minsker Kriegsverbrecherprozeß vom Januar 1946

Kritische Anmerkungen zu einem sowjetischen Schauprozeß gegen deutsche Kriegsgefangene

Einleitung

Im Zeichen einer verstärkten Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für das Thema der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg sowie der Rolle der Wehrmacht sind seit einigen Jahren alliierte Prozesse zur Aburteilung deutscher Kriegs- und NS-Verbrechen verstärkt ins Blickfeld der deutschen Zeitgeschichtsforschung gerückt. Die Literatur über den internationalen Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß von 1945/46 sowie die insgesamt 12 Nachfolgeverfahren unter amerikanischer Regie bis 1949 ist inzwischen schon von ihrer Zahl her kaum noch zu überblicken¹. Anders verhält es sich mit den Prozessen vor Gerichten europäischer Länder, die eine deutsche Besatzungsherrschaft erlebt hatten und nach Kriegsende Verantwortliche aus der deutschen Militär- oder Zivilverwaltung zur Rechenschaft zogen².

Die letzteren Verfahren, bei denen, anders als bei den Nürnberger Prozessen, „ein geographisch bestimmter Tatort“ gegeben war, gründeten auf der „Erklärung über Grausamkeiten“ (Statement of Atrocities) der Regierungen Großbritanniens, der USA und der UdSSR während der Moskauer Außenministerkonferenz Ende Oktober 1943. Darin wurde allen Deutschen, die sich an Kriegs- und Besatzungsverbrechen auf dem Boden anderer Staaten beteiligt hatten oder noch

¹ Unter Verzicht auf eine umfängliche Literaturliste sei auf das Literaturverzeichnis des Sammelbands hingewiesen: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, hrsg. von Gerd R. Ueberschär, Frankfurt a. M. 1999.

² Vgl. ebenda. Zu Verfahren in Westeuropa siehe vor allem Bernd Boll, Wehrmacht vor Gericht. Kriegsverbrecherprozesse der Vier Mächte nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 570–594. Speziell zu Polen vgl. Bogdan Musiał, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: VfZ 47 (1999), S. 25–56. Ein besonderes Kapitel, dessen systematische Behandlung noch weitgehend aussteht, ist Jugoslawien, durch dessen Gerichte nach 1945 die meisten Hinrichtungen deutscher Generale erfolgt sind. Vgl. allgemein dazu Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1991.

beteiligten, angedroht, „daß sie an den Schauplatz ihrer Verbrechen zurückgebracht und an Ort und Stelle von den Völkern abgeurteilt werden, denen sie Gewalt angetan haben“³.

Der Staat, der auf der Grundlage der Moskauer Deklaration von 1943 die mit Abstand meisten Prozesse gegen Deutsche im eigenen Land durchgeführt hat, war die Sowjetunion, auf deren Territorium in den Jahren zwischen 1941 und 1944 auch die meisten Kriegs- und NS-Verbrechen geschehen waren. Das juristische Vorgehen der UdSSR, dessen gründliche wissenschaftliche Aufarbeitung erst begonnen hat⁴, verlief im wesentlichen in den folgenden drei Phasen:

1. Die öffentlichen Verfahren, die noch während des Krieges mit dem Charkover Prozeß vom Dezember 1943 gegen vier Angeklagte begannen und nach Kriegsende mit zwei Prozeßserien, die erste an der Jahreswende 1945/46, die zweite im Herbst 1947, mit insgesamt 17 Verfahren und 221 Angeklagten ihre Fortsetzung fanden⁵.
2. Die nichtöffentlichen Einzel- und Gruppenverfahren der Jahre 1945 bis 1948, deren Verurteiltenzahl sich auf rund 1000 bemessen dürfte⁶.
3. Die Massenprozesse zwischen November 1949 und April 1950, deren Größenordnung sich auf rund 20000 Verurteilte belief⁷.

Über die letzteren, jene oft nur wenige Minuten dauernden „Fließbandverfahren“ vor einem Dreierkollegium des regional zuständigen Militärtribunals der

³ Zit. nach Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, hrsg. von Herbert Michaelis u. a., Bd. XXIV, Berlin o. J., Nr. 3711. Die Erklärung basierte auf der von neun europäischen Exilregierungen verabschiedeten Deklaration während der 3. Interalliierten Konferenz in London vom 13. 1. 1942. Siehe Archiv der Gegenwart (künftig: AdG), Jg. XV (1945), 70 G.

⁴ Die neueste Veröffentlichung dazu ist der am Dresdner Hannah-Arendt-Institut entstandene Sammelband: Sowjetische Militärtribunale, Bd. I: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953, hrsg. von Andreas Hilger, Ute Schmidt und Günther Wagenlehner, Köln/Weimar/Wien 2001. In allerjüngster Zeit hat ein amerikanischer Autor den Wert der sowjetischen Militärverfahren für die Dokumentation des Holocaust untersucht. Vgl. Alexander V. Prusin, „Fascist Criminals to the Gallows!“, The Holocaust and Soviet War Crimes Trials, December 1945–February 1946, in: Holocaust and Genocide Studies, Spring 2003, S. 1–30.

⁵ Vgl. die statistische Übersicht über die Verfahren bei Viktor B. Konasov, Sudebnoe presledovanie nemeckich voennoplennych v SSSR. Vnešnepolitičeskij aspekt problemy, Moskau 1998, Anlage, Tabellen 1–3 (S. 128–130). Konasov zählt für den Vitebsk-Prozeß Anfang Dezember 1947 nur sieben Angeklagte. Geht man dagegen von den 10 Namen aus, die noch das Protokoll der vorbereitenden Gerichtssitzung vom 25. 11. 1947 ausweist, würde sich die Gesamtzahl der Angeklagten beider Prozeßwellen auf insgesamt 224 erhöhen.

⁶ Eine durch Außenminister Molotov vom Innenministerium erbetene Bilanz wies bis zum April 1948 genau 1112 Verurteilungen deutscher Militärangehöriger aus. Siehe Lew Besymenski, Kriegsverbrecher oder Kriegsgefangene?, in: Sowjetunion heute, Nr. 10, 1990, S. 39.

⁷ Zum Komplex der Massenprozesse siehe Manfred Zeidler, Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, Dresden 1996, S. 34–46.

Truppen des sowjetischen Innenministeriums (MVD), herrscht heute im allgemeinen Einigkeit im Hinblick auf ihre höchst fragwürdige rechtsstaatliche Qualität. Viele Verurteilte dieser Verfahren werden heute auf Antrag der Betroffenen oder ihrer Angehörigen von der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert⁸.

Doch wie steht es mit den Verurteilten der ersten Gruppe, der öffentlichen Prozesse der Jahre 1945 bis 1947, Verfahren, die aufgrund einer scheinbar überzeugenden Beweislage demonstrativ vor der Öffentlichkeit abliefen und deren stenographische Protokolle in einigen Fällen als Prozeßberichte publiziert wurden? Erfüllten diese Prozesse die Mindestkriterien von Rechtsstaatlichkeit in einem Sinne wie sie im Rußland von heute, das sich erklärtermaßen den Traditionen der europäischen Rechtskultur verpflichtet fühlt, als allgemein gültig erachtet werden?

In seinem Beitrag „Der Minsker Prozeß. Gedanken zu einem sowjetischen Kriegsverbrechertribunal“, in einem von Hannes Heer und Klaus Naumann besorgten Sammelband über „Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“⁹, hat Manfred Messerschmidt vor einigen Jahren eine juristisch-historische Würdigung eines dieser Verfahren unternommen, einen von jenen insgesamt 17 öffentlichen Prozessen gegen deutsche Wehrmachts- und SS-Angehörige zwischen Dezember 1945 und Dezember 1947 vor sowjetischen Militärtribunalen.

Jener Minsker Prozeß, der fast zeitgleich zu einem ähnlichen Verfahren in Kiev¹⁰ vom 15. bis zum 29. Januar 1946 in der Hauptstadt der weißrussischen Sowjetrepublik stattfand, gehörte zeitlich zur ersten Prozeßwelle der Jahreswende 1945/46 und endete mit 14 Todesurteilen (darunter die drei angeklagten Generale) und vier Zeitstrafen zwischen 15 und 20 Jahren Arbeitsbesserungslager (russ. ispravitel'no-trudovoj lager, Abk. ITL)¹¹.

Für Messerschmidt gehörte das Verfahren „zu den Rechnungslegungen für verbrecherische Befehle von Staat und Wehrmacht und für individuelles Handeln im Rahmen des Unrechtssystems“¹². Sein hervorstechendes Merkmal bestünde in

⁸ Vgl. dazu Leonid Kopalin, Die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Verfolgung, Bonn 1995, S. 34–36; Günther Wagenlehner, Die russischen Bemühungen um die Rehabilitierung der 1941–1956 verfolgten deutschen Staatsbürger. Dokumentation und Wegweiser, Bonn 1999.

⁹ Vgl. Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, hrsg. von Hannes Heer und Klaus Naumann, Hamburg 1995, S. 551–568.

¹⁰ Der Kiever Prozeß gegen insgesamt 15 Angeklagte lief in der Zeit vom 17. bis zum 28. I. 1946. Siehe dazu die Dokumentation in ukrainischer Sprache: Kyivskij proces. Dokumenty ta materialy, Kyiv 1995.

¹¹ Minsk war Prozeßort in mehreren Verfahren ab 1946, von denen das hier behandelte nur den zeitlichen Anfang machte. So standen dort am 9. 4. 1946 vier Angehörige des Minsker SD, alleamt Österreicher, vor Gericht. Am 15. 9. 1948 folgte ein Prozeß gegen den ehemaligen Angehörigen einer Einheit, die Kriegsgefangene bewacht hatte, und am 4. 4. 1949 ein Verfahren gegen einen Bediensteten der Minsker Feldkommandantur. Vgl. Zentrale Stelle Ludwigsburg (künftig: ZSL), 202 AR-Z 184/67, Dok. Bd. I, Bl. 489–498 u. Bl. 523–527. Über einen weiteren Prozeß aus dem Jahre 1946 berichtet Karl Bauer, Gedächtnisprotokoll. Ein Prozeß in Minsk, Herford 1990.

¹² Manfred Messerschmidt, Der Minsker Prozeß. Gedanken zu einem sowjetischen Kriegsverbrechertribunal, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 566. Vgl. dazu die knappen

seinem hohen Grad an Rechtsförmlichkeit, wörtlich: „Im Verfahren wurden die Prinzipien der Mündlichkeit und Öffentlichkeit beachtet. Die Angeklagten hatten die Wahl zwischen gestellten Verteidigern oder der persönlichen Wahrnehmung des Rechts auf Verteidigung. Das mir vorliegende Prozeßmaterial enthält keinen Hinweis darauf, ob einzelne Angeklagte Aussagen oder Geständnisse aus der Voruntersuchung widerriefen. In der Hauptverhandlung bekannten sie sich in nahezu sämtlichen Anklagepunkten schuldig.“¹³

Das Gerichtsverfahren, so heißt es weiter, „bot theoretisch mehr Rechtsgarantien als in der deutschen Kriegsstrafverfahrensordnung (KStVo) vorgesehen waren. Vor deutschen Militärgerichten trat häufig ein Verteidiger gar nicht in Erscheinung.“¹⁴ Im Hinblick auf die „verfahrensrechtliche Qualität des Minsker Prozess[es]“ verwirft Messerschmidt in seiner abschließenden Würdigung jeden Vergleich mit jenen Massenverfahren der Jahre 1949/50 und ihrem „Mangel an Rechtmäßigkeit“ aufgrund „konstruierter Schuldvorwürfe“, der heute verständlicherweise „die Frage nach der Rehabilitierung betroffener Kriegsgefangener“ aufwerfe. Auf den Minsker Prozeß bezogen, so sein Fazit, sei „eine solche Überlegung hingegen völlig unangebracht“, und: „Es sollte nicht versucht werden, die gravierenden Unterschiede zwischen diesen Prozessen mit einer pauschalen Argumentation zu verwischen, die letztlich dem revisionistischen Vorhaben einer möglichst summarischen Entschuldung dient.“¹⁵

Aus diesem Grund vermied es Messerschmidt wohl auch bewußt, im Zusammenhang mit dem Minsker wie den anderen öffentlichen Tribunalverfahren jener Jahre von Schauprozessen zu sprechen.

Ermittlungsergebnisse aus dem Minsker Prozeß hinsichtlich deutscher Verbrechen an sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen sind in jüngerer Zeit sowohl im Rahmen der ersten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung als auch von anderen Autoren ungeprüft als erwiesene Tatsachen übernommen worden¹⁶, obwohl Alfred Streim bereits 1981/82 aufgrund von Ermittlungen der bundesdeutschen Justizbehörden in zwei wichtigen Tatkomplexen die behaupteten Verbrechen für unglaubhaft erklärt hatte¹⁷. Erst kürzlich hat der Düsseldorfer Rechtsanwalt Wolf Stoecker in einem kurzen Zeit-

kritischen Anmerkungen zu Messerschmidt und seiner Quellengrundlage bei Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998, S. 24.

¹³ Messerschmidt, *Der Minsker Prozeß*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 559.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda, S. 566 f. Er wiederholte damit Kopalins Votum vom Mai 1995, der zum Minsker Prozeß festgestellt hatte: „Diese Verurteilung erfolgte nach sorgfältiger Prüfung des Falles zu Recht. Eine Rehabilitierung kommt daher nicht in Frage.“ Kopalín, *Die Rehabilitierung*, S. 36.

¹⁶ Vgl. *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog*, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996, S. 122, S. 134, S. 152 u. S. 165; ferner Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 848–855.

¹⁷ Vgl. Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“*. Eine Dokumentation, Heidelberg, 1981, S. 284 f.; ders., *Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg. Berichte und Dokumente*, Heidelberg 1982, S. 186–188.

schriftenaufsatz das Thema des Minsker Prozesses von neuem aufgenommen und anhand eines der beiden bereits von Streim in Zweifel gezogenen Verurteilungsfälle die Fragwürdigkeit des gesamten Verfahrens zu belegen versucht¹⁸.

Was sagt uns eine kritische Prüfung der Prozeßmaterialien im Minsker Falle? Lassen sie Urteile über dessen juristische Qualität im Sinne rechtsstaatlicher Maßstäbe zu; inwieweit begründen sie Zweifel daran? Vor allem: Ist es statthaft, das Minsker wie auch die anderen öffentlichen Verfahren jener Jahre gegen deutsche Kriegsgefangene als Schauprozesse stalinistischen Musters zu bezeichnen?

Eine Antwort darauf muß zunächst versuchen, von einer allgemeineren Warte aus das Thema jener Prozesse zu beleuchten, in deren Gesamtzusammenhang das Minsker Verfahren gehörte, um sich dann näher auf dessen prozessuale Details zu konzentrieren. Das erklärte Vorhaben einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema erfordert es, nicht die klaren und unzweifelhaften Anklage- und Beweismomente ins Zentrum der Untersuchung zu stellen, sondern die dubiosen und bedenklichen.

Die angesprochenen Prozeßmaterialien, soweit sie Minsk selber betreffen, beschränken sich auf solche, die in der Bundesrepublik zugänglich sind, d.h. auf Dokumente der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (inzwischen Teil des Bundesarchivs), im wesentlichen russisch- und deutschsprachige Vernehmungsprotokolle einiger Verurteilter aus dem Ermittlungsverfahren, die im Zuge eines Rechtshilfeersuchens in den siebziger Jahren in die Bundesrepublik gelangt sind¹⁹. Dieses Material reicht beileibe nicht aus, um alle Fragen im Zusammenhang mit dem Minsker Prozeß zu klären, oder auch nur eine halbwegs vollständige Darstellung des Verfahrens zu bieten. Eine solche würde schon aufgrund der Zahl der Angeklagten und der vielen Dutzend behandelte Tatkomplexe eine eigene Monographie erfordern. Es reicht aber aus, um Fragen zu stellen, Indizien zusammenzutragen und Verbindungen herzustellen, die sowohl die generelle Natur dieses Verfahrens wie eine Reihe von Unstimmigkeiten aufzeigen, welche die Stichhaltigkeit einiger seiner Anklagen und Schuldsprüche

¹⁸ Vgl. Wolf Stoecker, Der Minsker Schau-Prozeß 1946. Sowjets beeinflussten Vorverfahren und Prozeßergebnis, in: Deutsche Militärzeitschrift, Nr. 24, 2000, S. 60–64.

¹⁹ Sie werden um die Ermittlungsergebnisse bundesdeutscher Staatsanwaltschaften zu einigen der in Minsk abgeurteilten Tatkomplexe ergänzt. Hinzu kommt das 1947 publizierte stenographische Protokoll der vierzehntägigen Hauptverhandlung im Umfang von 472 Seiten unter dem Titel: Sudebnyj process po delu o zlodejanijach soveršennych nemecko-fašistskimi zachvatčikami v Belorusskoj SSR, Minsk 1947 (künftig: Sudebnyj process). Eine Auswahl daraus brachte die 1965 in Minsk erschienene Dokumentensammlung: Prestuplenija nemecko-fašistskich okkupantov v Belorussii 1941–1944, hrsg. von Z. I. Beluga u. a. Auszüge aus dem Prozeßprotokoll in deutscher Übersetzung hat der Journalist Paul Kohl erstmals in vier aufeinanderfolgenden Wochenbeilagen der Berliner Tageszeitung „Die Wahrheit“, vom 3./4. bis 24./25. 9. 1988 veröffentlicht; vgl. auch ders., Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941–1944. Sowjetische Überlebende berichten, Frankfurt a. M. 1995, S. 267–269. Im Jahr zuvor hatte die Zeitschrift Mittelweg 36 (1994), Heft 3, S. 32–37, unter dem Titel „Der Minsker Prozeß gegen Verbrechen der deutschen Wehrmacht und anderer Besatzungsorgane; 15. bis 26. Januar 1946“ aus den Materialien von Kohl ebenfalls einige wenige Auszüge aus der offiziellen Verhandlungsmitschrift sowie aus Vernehmungsprotokollen des Untersuchungsverfahrens publiziert.

einem ernstem Zweifel aussetzen. Damit würde sich das Problem der Gesamtwürdigung dieses Kriegsverbrecherprozesses wieder neu stellen.

Zur Typologie stalinistischer Schauprozesse im allgemeinen

Bevor auf das Minsker Verfahren selbst einzugehen ist, einige Überlegungen allgemeiner Natur vorweg. Sie betreffen die Frage nach den charakteristischen Merkmalen eines Schauprozesses stalinistischen Musters, um den Minsker Prozeß sowie die anderen Verfahren in diesen Kontext einordnen zu können.

Schauprozesse (russ. pokazatel'nye processy) sind Mittel zur beispielhaften Belehrung und politischen Erziehung der Massen. Im Verständnis ihrer Initiatoren sind sie dort angebracht, wo die Situation eine solche erfordert²⁰. In einer Studie über den „Sachsenhausen-Prozeß“ vom Herbst 1947 gegen die Angehörigen des Bewachungspersonals jenes nationalsozialistischen Konzentrationslagers vor einem sowjetischen Militärtribunal in Berlin hat Winfried Meyer die folgenden fünf charakteristischen Merkmale eines stalinistischen Schauprozesses definiert²¹:

1. Die Geständnisse bzw. Schuldbekennnisse der Angeklagten bilden die nahezu ausschließliche Grundlage des Schuldspruchs.
2. Die Anklage stützt sich auf deduzierte Indizien und den Grundsatz der „größten Wahrscheinlichkeit“ bzw. der „objektiven Möglichkeit“ der behaupteten Tat.
3. Eine mehr oder weniger detaillierte Präparierung der Angeklagten vor Beginn des Verfahrens gemäß der ihnen im Rahmen der Prozeßregie jeweils zugeordneten Rolle.
4. Die peinlich genaue Befolgung der von der Strafprozeßordnung geforderten formalen Verfahrensprozedur mit einer streng neutralen Prozeßführung durch das Gericht (im Gegensatz etwa zu den Freislerschen Verfahren vor dem Volksgerichtshof gegen die Verschwörer des 20. Juli).
5. Ablauf des Verfahrens vor der (auch internationalen) Öffentlichkeit mit großangelegter publizistisch-propagandistischer Verwertung der Ergebnisse zum Zwecke einer maximalen Breitenwirkung.

Das, was eine vordergründige Betrachtung dem Verfahren zugute halten würde, wie den hohen Grad an Rechtsförmlichkeit und die volle Wahrung der Angeklagten- und Verteidigerrechte, macht gerade ein wesentliches Kriterium eines Schauprozesses nach stalinistischem Muster aus. Zum Schauprozeß gehört schließlich

²⁰ Ein Beispiel für die Handhabung solcher Prozesse aus der Praxis der sowjetischen Militärjustiz gegenüber den eigenen Soldaten in der Endphase des Krieges bei Manfred Zeidler, *Kriegs-ende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45*, München 1996, S. 157.

²¹ Vgl. Winfried Meyer, *Stalinistischer Schauprozeß gegen KZ-Verbrecher? Der Berliner Sachsenhausen-Prozeß vom Oktober 1947*, in: *Dachauer Hefte* 13 (1997), S. 153–180, hier S. 154 f. Vgl. auch *Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938*, hrsg. von Theo Pirker, München 1963, S. 47 ff.

auch ein bestimmtes Maß an Differenziertheit der Urteilssprüche gemäß unterschiedlicher Schuldgrade, ebenso ein gewisses, wenngleich sehr eingeschränktes Maß an Dispositionsfreiheit des Gerichts, soweit es sich nicht um Angeklagte handelt, die bereits im Vorfeld als Haupttäter „fixiert“ worden sind. So gesehen ist demonstrative Rechtsförmlichkeit noch lange nicht mit Rechtsstaatlichkeit gleichzusetzen. Grundsätzlich bleibt der politische Auftrag an die Justiz, bestimmte Leute für bestimmte Taten abzuurteilen.

Hinzu kommen andere äußerliche Dinge wie der auffällig gute körperliche Zustand der Beschuldigten in der öffentlichen Verhandlung, ganz im Gegensatz zum vorhergegangenen Untersuchungsverfahren, das sich durch einen hohen physischen und psychischen Zermürbungsgrad der Angeklagten auszeichnete, die schon allein durch die zahllosen Nachtverhöre ausgelöst wurden. Schon dadurch läßt sich ein Schauprozeß stalinistischer Art nicht allein nach den äußerlich im Gerichtssaal ablaufenden Geschehnissen beurteilen. Wichtiger ist die im Vorfeld einstudierte Prozeßregie. Ein Vergleich sei erlaubt: Wer etwa allein die vom sowjetischen Justizministerium in allen Weltsprachen herausgegebenen stenographischen Protokolle der Moskauer Schauprozesse Ende der dreißiger Jahre gegen die „antistalinistische Opposition“ heranzieht²², wird, wenn er nicht sehr genau zwischen den Zeilen zu lesen versteht, von der weitgehenden Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren überzeugt sein müssen; ein Eindruck, der sich nicht wenigen damaligen Prozeßbeobachtern aus dem Ausland aufdrängte²³. Der Sinn eines Schauprozesses besteht nun einmal in der Wirkung nach außen. Es gilt vor aller Augen zu demonstrieren, wie verbrecherisch und gefährlich die Angeklagten sind (insbesondere wenn es sich um politische Gegner handelt), und, dessen ungeachtet, wie streng nach Recht und Gesetz man mit ihnen verfährt. Nur durch das Exempel dieser Prozesse gewinnen dann all die darunter gelagerten unzähligen nichtöffentlichen Verfahren im Vollzug eines politischen Säuberungsprozesses oder anderer Zwecksetzungen ihre Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit.

Auch einer allein auf der Basis der publizierten offiziellen Prozeßmaterialien vorgenommenen Betrachtung muß auffallen, daß sich Prozesse dieser Art durch Dinge auszeichnen, die in rechtsstaatlichen Verfahren als höchst ungewöhnlich gelten müssen: Wie oben bereits angesprochen, besteht das wichtigste Merkmal darin, daß, obwohl es um Kapitalverbrechen mit der höchsten Strafandrohung geht, sämtliche Angeklagten nicht nur durch Geständnisse, sondern durch darüber hinausgehende, zum Teil theatralische Selbstbezeichnungen aktiv an ihrer eigenen Verurteilung mitwirken. Leo Trockij sprach 1937 im Hinblick auf die Moskauer Schauprozesse vom geradezu „epidemischen Charakter der Reuebekenntnisse“²⁴.

²² Zur Frage der Verlässlichkeit der publizierten Prozeßprotokolle am Beispiel eines der Verfahren siehe Wladislaw Hedeler, Der Moskauer Schauprozeß gegen den „Block der Rechten und Trozkisten“. Von Jeshows Szenario bis zur Verfälschung des Stenogramms zum „Prozeßbericht“, Berlin 1998, S. 48–55.

²³ Pirker (Hrsg.), Moskauer Schauprozesse, S. 80, urteilte mit dem Hinweis auf Beispiele: „Der massenpädagogische und propagandistische Erfolg der Prozesse im In- und Ausland war vollkommen.“

²⁴ Leo Trotzki, Stalins Verbrechen, Zürich 1937, S. 202.

Dagegen spielen objektive Sachbeweise wie Dokumente oder Indizien in den Verfahren fast gar keine Rolle. Hinzu kommt eine besondere Auswahl der Angeklagten, ein Phänomen, das gleichfalls schon Trockij in seiner Analyse der Technik der Stalinschen Prozesse mit dem Begriff der „Amalgamierung“ gekennzeichnet hat. Damit war gemeint, daß eine sorgfältig ausgewählte, jedoch reichlich heterogene Gruppe von Beschuldigten, die sich nicht selten im Gerichtssaal erstmals zu sehen bekamen, zu einer verbrecherischen „Gang“ verbunden und als solche präsentiert wurden. Dabei wurden gezielt Personen, die in der Öffentlichkeit noch über ein gewisses persönliches Ansehen verfügten, zum Zwecke ihrer Diskreditierung mit einigen ausgesprochen kriminellen Naturen in enge Gemeinschaft gebracht, wobei zur „Abrundung des Amalgams“ dem ganzen noch einige „Hilfsfiguren“, jene „so problematischen Unbekannten“²⁵, oftmals Agenten des Sicherheitsapparats, beigegeben wurden. Letztere, Agenten und Kriminelle, wirkten auf die Psyche und Widerstandskraft der übrigen „wie Quecksilber auf härtere Metalle in einem Amalgam“ und machten so im Sinne der Anklage „die ganze Verbindung knetbar und weich“²⁶. Auf diese Weise bewirkte das „Amalgam“ besonders zweierlei: es erschwerte dem äußeren Beobachter, zwischen den Beschuldigten noch wesentlich zu differenzieren, und verhinderte zugleich eine Solidarisierung unter den Angeklagten. Ergänzend hinzu kam jene Theorie einer verbrecherischen Bande, wie sie Andrej Vyšinskij in seiner berüchtigten Gerichtsrede als Ankläger im 3. Moskauer Schauprozeß entwickelt hatte („ein alle Komplizen des gegebenen Verbrechens vereinigendes Prinzip, ein gemeinsamer verbrecherischer Vorsatz“)²⁷. Trockij hat den Angeklagtentypus des stalinistischen Schauprozesses und sein Verhalten vor Gericht gekennzeichnet als einen Menschen in einem Zustand, „bei dem alle normalen menschlichen Reflexe zertreten sind“, wo selbst der einfachste Selbsterhaltungstrieb, der sie „hätte zwingen müssen, um ihre Persönlichkeit, um ihre Interessen, um ihr Leben zu kämpfen“, zerbrochen war²⁸.

Letzteres schloß nicht aus, daß es einzelnen Angeklagten an gewissen Stellen des Verfahrens gelang, mit bestimmten Äußerungen gewissermaßen kryptische Signale an die Öffentlichkeit zu senden, die sogar die veröffentlichten Protokolle vermerkten. Man denke etwa an die im zweiten Moskauer Schauprozeß von Karl Radek in seinem Schlußwort gemachte Bemerkung, daß der Wahrheitsgehalt der ganzen zur Aburteilung anstehenden Verschwörung schließlich allein auf den Geständnissen zweier Angeklagter, darunter seinem eigenen, gründe²⁹.

²⁵ Ebenda, S. 131.

²⁶ Zit. nach Pirker (Hrsg.), Moskauer Schauprozesse, S. 83 f.

²⁷ Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzlisten“. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.–13. 3. 1938, Moskau 1938, S. 752; vgl. auch A. J. Wyschinski, Gerichtsreden, (Ost)Berlin 1952, S. 715.

²⁸ Trotzki, Stalins Verbrechen, S. 148.

²⁹ Radek hatte in seinem Schlußwort ausgeführt: „Alle anderen Aussagen der übrigen Angeklagten – sie beruhen auf unseren Aussagen. Wenn Sie es mit reinen Kriminalverbrechern, mit Spitzeln zu tun haben, worauf können Sie dann Ihre Überzeugung begründen, daß das, was wir gesagt haben, die Wahrheit, die unerschütterliche Wahrheit ist?“ Zit. nach Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem

Über die „Vorfeldregie“ der Moskauer Schauprozesse wie auch anderer politischer Verfahren der Stalinära aus der Nachkriegszeit kennen wir inzwischen genügend Details, die uns ihren Charakter hinreichend erhellen und uns unser Urteil von heute leicht machen³⁰. Doch wie steht es mit Prozessen sowjetischer Gerichte derselben stalinistischen Epoche gegen deutsche Kriegs- und NS-Täter? Gewiß kann die Bewertung einer Justiz und des Rechtssystems, auf dessen Grundlage sie arbeitet, nicht von denjenigen abhängen, mit denen sie es zu tun bekommt, sondern allein davon, wie sie mit letzteren verfährt. Um eine pauschale Exkulpierung der Angeklagten kann es dabei gewiß nicht gehen. Entscheidend ist jedoch nicht die Frage, ob objektiv Verbrechen begangen wurden – letzteres wird in bezug auf die deutsche Kriegführung und Besatzungspolitik im Osten wohl niemand bestreiten –, sondern, ob die Angeklagten die Verbrechen, für die sie abgeurteilt wurden, auch tatsächlich begangen haben. Das Dilemma der sowjetischen Ermittlungsorgane bestand ganz offensichtlich darin, daß sie zwar einer großen Zahl von Gewalttaten, welche die Außerordentliche Staatskommission, jene „große Datenbank über die Greuelthaten der Faschisten und ihrer ausführenden Personen“³¹, in jahrelanger Arbeit ermittelt hatte, gegenüberstanden, aber unter den gut 2,5 Millionen deutschen Kriegsgefangenen im eigenen Gewahrsam kaum Täter namhaft machen konnten.

Die folgende Untersuchung konzentriert sich auf drei Komplexe. Als erstes geht es darum, gewisse Auffälligkeiten zu markieren, welche die öffentlichen Prozesse gegen Wehrmachtangehörige zwischen 1945 und 1947 im allgemeinen und das Minsker Verfahren im besonderen mit jenem Charakter eines Schauprozesses gemein haben, wie wir ihn zwischen 1928 und 1952 quasi als prozessuales Standardmodell im sowjetischen Einflußbereich antreffen. Der zweite zielt auf die Verfahrensumstände sowie die Anklagen und Geständnisse im Minsker Fall

Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.–30. Januar 1937, Moskau 1937, S. 594. Noch eindrucksvoller Christian Rakovskij in seinem Schlußwort während des 3. Moskauer Schauprozesses am 12. 3. 1938: „Ich gestehe alle Verbrechen. Welche Bedeutung hätte es für das Wesen der Sache, wenn ich hier vor Ihnen beginnen würde, die Tatsache festzustellen, daß ich von vielen Verbrechen und von den schrecklichsten Verbrechen des ‚Blocks der Rechten und Trotzkisten‘ hier vor Gericht erfahren habe und mit einigen Teilnehmern zum erstenmal hier bekannt wurde.“ Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten“, S. 824. Zur Theorie der Geständnispressung siehe auch die Untersuchung von F. Beck/E. Goodin, *Russian Purge and the Extraction of Confession*, New York 1950.

³⁰ Unter der inzwischen beträchtlichen Literatur dazu sei hier nur verwiesen auf: Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990; Georg Hermann Hodos, *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954*, Berlin 1990; Oleg W. Chlewnjuk, *Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre*, Hamburg 1998; ders. u.a., *Stalinskoe politburo v 30-e gody. Sbornik dokumentov*, Moskau 1995. Vgl. auch Dmitri Wolkogonow, *Triumph und Tragödie. Politisches Portrait des J. W. Stalin*, 2 Bde., Berlin 1990.

³¹ A. E. Epifanov, *Die Außerordentliche Staatliche Kommission*, Wien 1997, S. 54. Gemeint ist die am 2. 11. 1942 durch ein Dekret des Obersten Sowjet geschaffene „Außerordentliche Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge [...]“.

selber und ihren Stellenwert für die Schuldsprüche. Anschließend daran sei am Beispiel zweier ausgesuchter Tatkomplexe die Problematik der Beschuldigungen in der Sache selbst aufgezeigt.

Allgemeines zu den sowjetischen Schauprozessen gegen Wehrmachtangehörige zwischen 1943 und 1947

Die erste Prozeßwelle an der Jahreswende 1945/46, zu der auch das Minsker Verfahren gehörte, verlief zeitgleich zur ersten Hälfte des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses. Sie endete mit 67 Todesurteilen (darunter alle 18 angeklagten Generale) und 19 Zeitstrafen, fast durchweg über 15 oder 20 Jahre³². „Alle diese Gerichtsverhandlungen“, schrieb die Tägliche Rundschau, das Presseorgan der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland, am 31. Januar 1946 in einem Kommentar, „bilden zusammen mit dem Nürnberger Prozeß eine große Einheit. Sie ergänzen einander und zeigen geschlossen, die furchtbare Gefährlichkeit des Nazismus“. Im Sinne dieser Logik lag es, daß die Sowjetunion über ihre eigenen Prozesse auf das Nürnberger Verfahren einzuwirken versuchte. Bereits am 14. Februar 1946 präsentierte der stellvertretende Hauptankläger der UdSSR in Nürnberg, Oberst Pokrowskij, das Urteil des sowjetischen Militärtribunals im Smolensker Prozeß vom 19. Dezember 1945 als eigenes Anklagedokument (USSR-87)³³. Dem folgte am 22. Februar durch den Hilfsankläger Raginskij die Übergabe der Urteile im Brjansker und im Leningrader Verfahren an den internationalen Gerichtshof (USSR-90 und USSR-91)³⁴. Daß, wie die Nachrichtenagentur TASS schon Ende Dezember 1945 gemeldet hatte, im letzteren Verfahren zwei der Angeklagten die Schuld für die Morde an den polnischen Offizieren im Wald von Katyn der SS zuschoben³⁵, paßte gut zu der eine Woche zuvor, am

³² Vgl. Konasov, *Sudebnoe presledovanie*, S. 128 (Tabelle 1). Die Angeklagten der ersten Prozeßserie setzten sich aus 18 Generalen, 28 Offizieren sowie 39 Unteroffizieren und Mannschaften zusammen. Vgl. ebenda, S. 43. Die Zwangsarbeitsstrafen mußten, genau wie die der zweiten Prozeßwelle, gemäß zweier Anordnungen des Innenministeriums vom 31. 8. 1946 und vom 21. 11. 1947 im Polarlager von Vorkuta abgeleistet werden, wodurch de facto die aus der Zarenzeit berüchtigte Katorga-Strafe auch für Kriegsgefangene restituiert wurde. Staatsarchiv der Russischen Föderation, Fond 9401 (Sonderakten des Sekretariats des NKVD/MVD), Bestand (opis) 12, Themensammlung 205, Bd. 14, Bl. 94, und Bd. 16, Bl. 232 f.

³³ Vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. 11. 1945 – 1. 10. 1946 (künftig: IMT), Bd. VII, Nürnberg 1947, S. 468.

³⁴ Vgl. ebenda, Bd. VIII, S. 122 u. S. 136. Fotokopien der Dokumente USSR-87, USSR-90 und USSR-91 befinden sich heute in der Bestandsgruppe Kriegsverbrecher(KV)-Anklagedokumente des Nürnberger Staatsarchivs.

³⁵ Hauptmann Karl Hermann Strüfing und der Gefreite Arno Dühre. Vgl. AdG, Jg. XV(1945), 593 B, u. Jg. XVI. (1946/1947), 606 H; „The Leningrad-Trial“, in: *Soviet News* (englischsprachig) vom 7. 1. 1946, S. 2 f. Während Strüfing vom Gericht zum Tode verurteilt wurde, kam Dühre mit einer 15jährigen Haftstrafe davon. In dem als deutschsprachige Abschrift vorhandenen Leningrader Urteil vom 4. 1. 1946 (USSR-91) ist von einem Anklagepunkt Katyn in keinem der 11 Anklagepunkte die Rede. Gemäß der von den Alliierten im Oktober 1943 in Moskau vereinbarten regionalen Zuständigkeit der Militärgerichte für die Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen hätte ein Anklagefall Katyn im Smolensk-Prozeß vom 16. bis 19. 9. 1945

14. Februar, durch Oberst Pokrovskij erfolgten Vorlage des sowjetischen Untersuchungsberichts zu den Katyner Massengräbern als weiteres Anklagedokument der UdSSR in Nürnberg (USSR-54)³⁶.

Neben der gezielten Beeinflussung der Öffentlichkeit gehört zu Schauprozessen stalinistischer Art eine detaillierte Vorbereitung, die von der politischen Führung ausgeht und von dieser ständig überwacht und gesteuert wird. Zur internen Vorbereitung des ersten öffentlichen Gerichtsverfahrens der UdSSR gegen Wehrmachtsangehörige auf der Grundlage der Moskauer Deklaration vom Oktober 1943, des Charkover Prozesses vom 15. bis 18. Dezember 1943, hat der Moskauer Memorial-Historiker Nikita Petrov bereits vor Jahren seine auf der Basis intensiver Quellenarbeit gewonnenen Forschungsergebnisse präsentiert und die damals auf der politischen Ebene angestellten Erwägungen vorgestellt³⁷. In diesem Fall war es der Chef der Hauptverwaltung für die Spionageabwehr, der spätere Staatssicherheitsminister Viktor Abakumov, gewesen, der bereits am 28. September 1943 in einem Brief an Stalin und Molotov, und damit einen guten Monat vor der Moskauer Deklaration, die Idee entwickelt hatte, „einen Schauprozess mit Aufklärung durch die Presse zu organisieren“. Seinem Grundsatzvorschlag ließ Abakumov die Berichterstattung über den Stand der Vorbereitungen und die wechselnden Prozeßvarianten in puncto Anklageformulierung und Zusammenstellung der Anklagebank folgen. Anschließend verschickte er unmittelbar vor dem Prozeßende „in Übereinstimmung mit Ihren Weisungen“ den vorgesehenen Wortlaut des Gerichtsurteils mit der Bitte um Zustimmung an Stalin und Molotov, die im wesentlichen nur noch redaktionelle Änderungen am Urteilstext vornahmen³⁸. Petrovs Quintessenz: „Wie dieses Beispiel [gemeint ist Charkov] belegt, hatten die Schauprozesse keinen spontanen Charakter, die Entscheidungen zu ihrer Durchführung fielen ganz oben, sie wurden exakt vorbereitet und jedes Detail wurde mit der Parteiführung abgestimmt. Ohne eine Entscheidung von oben passierte gar nichts.“

zur Verhandlung kommen müssen. Das im russischen Original 13 Seiten umfassende Urteil dieses Verfahrens (Anklagedokument USSR-87) enthält jedoch gleichfalls keinen Hinweis auf einen „Fall Katyn“.

³⁶ Abgedruckt in: IMT, Bd. XXXIX, Nürnberg 1949, S. 290–332. Zur Behandlung des Falles Katyn im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß siehe Franz Kadell, *Die Katyn-Lüge. Geschichte einer Manipulation. Fakten, Dokumente und Zeugen*, München 1991, S. 168. Im Kiever Prozeß Ende Januar 1946 kamen die Massenerschießungen von ukrainischen Professoren und Wissenschaftlern Ende Juni 1941 in L'vov (Lemberg) zur Sprache, die wie im Fall Katyn ebenfalls auf das Konto der sowjetischen Sicherheitsorgane gingen. Vgl. „They Murdered 4000000 People in the Ukraine alone“, in: *Soviet News* vom 29. 1. 1946, S. 2 f.

³⁷ Nikita Petrov, *Deutsche Kriegsgefangene unter der Justiz Stalins. Gerichtsprozesse gegen Kriegsgefangene der deutschen Armee in der UdSSR 1943–1952*, in: „Gefangen in Rußland“. Die Beiträge des Symposiums auf der Schallaburg 1995, hrsg. von Stefan Karner, Graz/Wien 1995, S. 176–221. Das folgende Zitat S. 192.

³⁸ Andreas Hilger/Nikita Petrov/Günther Wagenlehner, *Der „Ukaz 43“: Entstehung und Problematik des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943*, in: Hilger/Schmidt/Wagenlehner (Hrsg.), *Sowjetische Militärtribunale*, Bd. 1, S. 177–209, hier S. 203.

Ähnliches geschah, wengleich durch das inzwischen eingetretene Kriegsende in einem veränderten politischen Klima, zwei Jahre später, bei der Vorbereitung der ersten Welle von acht Schauprozessen zwischen dem 16. Dezember 1945 und dem 3. Februar 1946, zu denen auch der Minsker Prozeß – vom 15. bis zum 29. Januar 1946 in der zeitlichen Reihenfolge das fünfte dieser Verfahren – gehörte. Diesmal war es wesentlich Innenkommissar Berija, der zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern und in ständiger Abstimmung mit Außenminister Molotov die Vorbereitungsregie übernahm³⁹. Dasselbe wiederholte sich bei der zweiten Prozeßwelle 1947, die durch einen Beschluß des Politbüros vom 10. September 1947 „Über die Durchführung von Gerichtsprozessen gegen ehemalige Angehörige feindlicher Armeen“ eingeleitet wurde⁴⁰. Sie unterschied sich von der ersten im wesentlichen dadurch, daß die durch ein Dekret vom 26. Mai 1947 abgeschaffte Todesstrafe in den Urteilen durch eine 25jährige Zwangsarbeit ersetzt wurde⁴¹.

Zur Rolle von Stalins berüchtigtem „Kronjuristen“, Andrej Vyšinskij, zur damaligen Zeit stellvertretender Außenminister der UdSSR, bemerkt Petrov: „Das Drehbuch für die Prozesse und die Auswahl der Darsteller basierten auf Vyšinskij's Vorgaben – einige Generäle und höhere Offiziere, und als Ergänzung unbedingt zwei bis drei einfache Soldaten, die an Greuelthaten ebenfalls beteiligt waren. Dadurch wurde im Laufe des Prozesses der Eindruck erweckt, es handele sich hier um eine Art verbrecherischer Gemeinschaft – eine Bande, die aus einfachen Befehlsausführenden und verantwortlichen Chefs bestand.“⁴²

Damit wären wir beim oben beschriebenen Merkmal der „Amalgamierung“. Es begegnet uns in fast allen Schauprozessen gegen Kriegsgefangene der Jahre 1945

³⁹ Am 10. 11. 1945 erließ das Politbüro eine Verfügung (Postanovlenie) über „Die Beauftragung einer Kommission, Vorschläge für die Organisation und Durchführung öffentlicher Prozesse zu machen“. Dieser folgte am 21. 11. 1945 eine weitere Anordnung „Über die Durchführung von Gerichtsverfahren gegen frühere Angehörige der deutschen Armee und deutscher Straforgane“, in: Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (künftig: APRF), Bestand (opis) 50, Akte 552, Bl. 49 u. Bl. 85. Zur politischen Vorbereitung der ersten Prozeßserie 1945/46 siehe auch Konasov, *Sudebnoe presledovanie*, S. 42–44; A. E. Epifanow/Hein Mayer, *Die Tragödie der deutschen Kriegsgefangenen in Stalingrad von 1942 bis 1956 nach russischen Archivunterlagen*, Osnabrück 1996, S. 160 f.; Epifanov, *Die Außerordentliche*, S. 64–66, sowie Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000, S. 266.

⁴⁰ APRF, Bestand 50, Akte 552, Bl. 128 f.

⁴¹ Petrov, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 198: „Genauso wie die erste Serie wurde 1947 die zweite Serie von Schauprozessen organisiert. Der Innenminister Kruglov stellte am 18. 5. 1947 einen Entwurf des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR über die Durchführung von Schauprozessen in Sevastopol', Kišinev, Černigov, Vitebsk, Bobrujsk, Stalino, Poltava, Gomeľ' und Novgorod – insgesamt neun Städte – vor. Kruglov erklärte, daß er gemäß Vyšinskij Brief Nr. 260-B vom 29. 4. 1947 handle, und wies darauf hin, daß wohl nicht alle künftigen Angeklagten ihre Schuld gestehen werden. Dies bereite ihm allerdings keine Sorgen, da die Angeklagten anhand von Zeugenaussagen und Akten der ČGK [Außerordentliche Staatskommission] überführt werden könnten. Er schlug vor, für die Vorbereitung und Durchführung der Prozesse eine spezielle Kommission aus Vertretern des MID [Außenministerium], MVD [Innenministerium], MGB [Staatssicherheitsministerium], des Justizministeriums und der Staatsanwaltschaft der UdSSR zu gründen [...]“

⁴² Ebenda, S. 197.

bis 1947. Vom General über den Stabs- und Truppenoffizier, bis zum Sonderführer oder Gendarmeriewachtmeister, dazu eine Hand voll Unteroffiziers- und Mannschaftsdienstgrade, reichte die Besetzung der Anklagebank. Die Auswahl sollte offensichtlich die gemeinsame Verantwortung der Deutschen aller sozialen Schichten und Verantwortungsbereiche für die Verbrechen ihres Regimes demonstrieren. In extremer Form begegnet sie uns beim Brjansker Prozeß Ende Dezember 1945, wo je zwei Generale und zwei Gefreite der Wehrmacht gemeinsam unter Anklage standen⁴³. Zumeist treten bei den Verfahren Wehrmachts-, Polizei- und SS-Dienstgrade in guter Durchmischung auf⁴⁴.

Kommen wir von den Angeklagten zum Justizpersonal, das die Verfahren abwickelt. Bei den Gerichten handelt es sich um hohe Militärtribunale auf der Ebene von Wehrbezirken oder Unionsrepubliken, die auf der Grundlage einer unionsweiten Strafvorschrift, des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR vom 19. April 1943⁴⁵ (sogenannter Ukaz 43), sowie der am jeweiligen Verhandlungsort gültigen Strafprozeßordnung⁴⁶ verhandeln.

Die Vorsitzenden sind zum Teil bereits in den Säuberungsprozessen der Vorkriegsjahre bewährte Militärjuristen, wie beispielsweise A. D. Gorjačev, der bereits seit dem Januar 1936 im Range eines Divisionsmilitärjuristen als Mitglied des Militärkollegiums beim Obersten Gericht der UdSSR amtiert und zusammen mit dessen Vorsitzendem, Vasilij Ul'rich, u.a. 1938 den früheren Volkskommissar für Justiz Krylenko verurteilt hatte⁴⁷. Gorjačev begegnet uns wieder als Generalmajor der Justiz und Gerichtsvorsitzender im ersten Verfahren der 1945/46er Prozeßwelle, dem Smolensker Prozeß vom Dezember 1945⁴⁸. Auch auf der Verteidigerbank treffen wir auf „bewährte Vyšinskijische Kader“. Im Charkover Prozeß sind es neben N. P. Belov die Anwälte Nikolaj Kommodov und Sergej Kaznačev, die als

⁴³ Eine Ausnahme bildete in dieser Beziehung allein der Smolensk-Prozeß vom 16. bis 19. 12. 1945, in dem 10 Unteroffiziers- und Mannschaftsdienstgrade zweier Sicherungsbataillone die Anklagebank füllten.

⁴⁴ Petrov, Deutsche Kriegsgefangene, S. 200, schlüsselt die 221 Verurteilten der 17 Schauprozesse zwischen 1945 und 1947 nach Rängen folgendermaßen auf: 41 Generale, 14 Oberste, 11 Oberstleutnants, 22 Majore, 24 Hauptleute, 36 Leutnants und 73 Unteroffiziers- und Mannschaftsdienstgrade. Bei der zweiten Prozeßwelle von 1947 waren 119 der Angeklagten Deutsche, die übrigen vorwiegend ungarische und rumänische Militärangehörige. Siehe Epifanow/Mayer, Die Tragödie, S. 162.

⁴⁵ „Über Maßnahmen zur Bestrafung der deutsch-faschistischen Übeltäter, die der Tötung und Mißhandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und gefangener Rotarmisten schuldig sind sowie für Spione und Vaterlandsverräter unter den sowjetischen Bürgern und deren Helfern“, abgedruckt im Original wie in deutscher Übersetzung in: Zeidler, Stalinjustiz, S. 52–56. Zu seiner Entstehungsgeschichte sowie zu den beiden Ergänzungsbestimmungen vom 8. 9. 1943 und 24. 5. 1944 vgl. Hilger/Petrov/Wagenlehner, Der „Ukaz 43“, in: Hilger/Schmidt/Wagenlehner (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1, hier S. 187 f.

⁴⁶ Zumeist der Strafprozeßordnung der Russischen Föderation von 1924, die auch in einer Reihe anderer Unionsrepubliken galt. Eine eigene Strafprozeßordnung besaß die Ukraine.

⁴⁷ Vgl. O. F. Suvenirov, Voennaja kollegija Verchovnogo suda SSSR (1937–1939gg.), in: Voprosy istorii, Heft 4, 1995, S. 137–146, hier S. 138 u. S. 145; Arkadi Waksberg, Gnadenlos. Andrei Wschinski – Mörder im Dienste Stalins, Bergisch-Gladbach, 1991, S. 191 u. S. 198.

⁴⁸ Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage, Dok. USSR-87, S. 1.

Mitglieder des Moskauer Anwaltskollegiums bereits im 2. und 3. Moskauer Schauprozeß „verteidigt“ hatten⁴⁹. Kaznačeev und Belov begegnen uns im Smolensker Prozeß als Verteidiger wieder⁵⁰. Auch im Minsker Verfahren treffen wir auf Verteidiger, die bereits zuvor in politischen Verfahren tätig gewesen sind, wie im Moskauer Prozeß gegen 16 Offiziere und Funktionäre der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*) vom Juni 1945⁵¹.

Daß die Angeklagten fast durchweg die ihnen vorgeworfenen Taten gestehen und ihre im Ermittlungsverfahren gemachten Aussagen bestätigen, bedarf kaum der besonderen Erwähnung. Über die Art und Weise, wie diese Geständnisse erwirkt wurden, haben diejenigen, die als Überlebende fast durchweg erst an der Jahreswende 1955/56 zurückgekehrt sind, bei ihrer Befragung durch die bundesdeutschen Behörden nahezu einhellige Aussagen gemacht. Bei den von der Rechtsschutzstelle des Münchner Suchdienstes den Betroffenen unmittelbar nach ihrer Rückkehr in Herleshausen oder Hannoversch-Münden vorgelegten AeV-Fragebögen⁵² finden sich in der Rubrik „Vernehmungsmethoden“ fast regelmäßig Angaben wie die folgenden aus dem Vitebsk-Prozeß: „Wasser-Kältekarzer, Schläge, Essensentzug“ (Leonhard Butzbach); „Karzer, Wasserkarzer, Stehkarzer, Eiskarzer, 36-stündige Vernehmung stehend im überhitzten Raum, ohne zu trinken, polierter Stuhl mit schräger Sitzfläche, Schläge“ (Heinrich Klute) oder „durch Mißhandlungen wurde alles erlitten und erpreßt“ (Johann Dillmann)⁵³; „Karzer mit Essensentzug bis zu drei Tagen. Stehkarzer mit Soluxlampen-Bestrahlung“ berichtete ein Verurteilter aus dem Stalino-Prozeß. Ein anderer aus dem gleichen Verfahren sprach von „Temperaturkammer, Schläge und Stiefelbearbeitung“ sowie einer „Lichtzelle“ in der Moskauer Ljubjanka. „Nächtliche Vernehmungen zwecks Ermüdung“ nannte ein Angeklagter im Gomel'-Prozeß als wesentliches Merkmal der Vernehmungsmethoden⁵⁴. Auch die beiden im Bobrujsk-Prozeß verurteilten Generale Alexander Conrady und Hans Traut nannten „Verhöre oft den ganzen Tag oder die ganze Nacht“; ein Feldwebel aus demselben Verfahren sprach von „Einzelzelle, Kaltzelle, Schmakost“ ohne „Gelegenheit

⁴⁹ Deutsche Greuel in Rußland. Gerichtstag in Charkov, Wien o.J., S. 3. Zu Kaznačeev und Kommodov siehe Waksberg, *Gnadenlos*, S. 91, S. 103, S. 130 u. S. 142.

⁵⁰ Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage, Dok. USSR-87, S. 1. Vgl. auch „The Monsters of Smolensk“, in: *Soviet News* vom 17. 12. 1945, S. 2 f. Zu Kaznačeevs Auftreten in Smolensk siehe Prusin, *The Holocaust*, S. 15.

⁵¹ So V. I. Michal'skij und S. F. Plevako. Siehe das Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 21. 5. 1945 in: *Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otrošenij*, Bd. VIII: janvar' 1944g – dekabr' 1945g., Moskau 1974, S. 482–486 (Dokument 45).

⁵² AeV = Aussage zum eigenen Verurteilungsfall. Daneben benutzte der Suchdienst im Rahmen der Rechtsschutzbefragung von Heimkehrern auch sogenannte VEZ-Fragebögen (= Verurteilungserklärung über Zurückgehaltene).

⁵³ Hier wie im folgenden nach den im Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA) im Bestand der Zentralen Rechtsschutzstelle (B 305) gesammelten AeV-Bögen sowie ergänzenden Erklärungen der Heimkehrer von 1955/56. In der Reihenfolge der zitierten Aussagen handelt es sich um die Namensfälle B 305, 38311, 38446 und 38315.

⁵⁴ Ebenda, B 305, 34823 (Leonhard Kratsch), 35075 (Wolfgang Löbner), 38635 (Adolf Schütte).

zum Sitzen und Liegen“. Ein Verurteilter aus dem Poltava-Prozeß berichtete gar vom Ausbohren zweier Backenzähne mittels eines Handbohrers und von „Schlägen bis zur Besinnungslosigkeit“⁵⁵. Unter den heimgekehrten Verurteilten des Novgorod-Prozesses finden sich Aussagen wie „gefoltert mit Werkzeugen“ (Werner Findeisen), „Vernehmung vor heißem Ofen, Einschüchterungen, Karzer, Hunger, Prügel“ (Johann Keirath) oder „während der ganzen Vernehmungszeit im Lager schwerstens mißhandelt“ (Willi Moll)⁵⁶. Auch der einzige Überlebende des Brjansk-Prozesses von 1945, der ehemalige Meldefahrer und Obergefreite Karl Theodor Stein, gab an, bei seinem ersten Verhör geschlagen („der vernehmende Offizier [...] schlug mir mit dem Revolver die Vorderzähne ein“), beim zweiten „ohne Essen und Trinken“ eingesperrt worden zu sein⁵⁷. Eine Ursache für die verschärften Vernehmungsbedingungen mag in den außerordentlich knappen Terminvorgaben zu suchen sein. Die Prozeßtermine saßen den Untersuchungsführern förmlich im Nacken, zwischen dem Abschluß der Ermittlungsverfahren und dem Prozeßbeginn lagen selten mehr als zwei Wochen⁵⁸.

In diesen Zusammenhang fügt sich ein weiteres Phänomen, das für Schauprozesse auf Geständnisbasis als typisch gelten kann und darin bestand, daß sich die Anklage gegen viele Beschuldigte allein aus den Aussagen einiger weniger Zentralfiguren, in der Regel des ranghöchsten Befehlshabers, ableitete. So sagte ein im Novgorod-Prozeß verurteilter älterer Major nach seiner Rückkehr aus, seine Verurteilung sei allein auf der wahrheitswidrigen Behauptung seines militärischen Vorgesetzten, Generalmajor Josef Rupprecht, begründet gewesen, ihm einen bestimmten Befehl erteilt sowie dessen Ausführung unterstellt zu haben⁵⁹. Ein anderer, ebenfalls ein älterer Major der Reserve, resümierte, „daß die Durchführung des Novgorod-Prozesses, in dem Umfang, wie es geschehen ist, nur möglich war, weil Generalmajor Rupprecht, unser Feldkommandant, den Belastungen der Voruntersuchung nicht standgehalten hat und zugegeben hat, was die Russen von ihm verlangten“⁶⁰.

Um welche Schuldvorwürfe ging es durchgehend in diesen Verfahren? Im wesentlichen sind es drei Dinge:

1. Tötung von Zivilisten im Zuge von Partisanenkampfaktionen.

⁵⁵ Ebenda, B 305, 33517 (Conrady), 36604 (Traut), 38307 (Josef Burg) und 38434 (Wilhelm Kappes).

⁵⁶ Ebenda, in der Reihenfolge B 305, 38345, 38437 und 38534. Vgl. dazu auch die Selbstangaben der drei verurteilten Generale Kurt Röpke (Stalino-), Werner Schartow (Poltava-) und Günther Klammt (Gomel'-Prozeß), in: Ebenda, B 305, 35848, 37986 und 34673.

⁵⁷ Ebenda, B 305, 36439. Andere Beispiele bzw. ergänzende Aussagen der Zitierten finden sich in: Günther Wagenlehner, *Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen. Dokumentation und Analyse*, Bonn 1993, S. 71–75. Zu Karl Stein ebenda, S. 72.

⁵⁸ Vgl. Epifanow/Mayer, *Die Tragödie*, S. 160.

⁵⁹ BA, B 305, 38689 (Paul Willrodt).

⁶⁰ Ebenda, B 305, 38694 (Karl Winter). Josef Rupprecht (geb. 1897) starb nach langem Aufenthalt in Vorkuta am 19. 12. 1952 in der Lagerhaft. Siehe Irina V. Bezbododova, *Generäle des Dritten Reiches in sowjetischer Hand*, Graz/Moskau 1998, S. 184.

2. Die systematische Tötung von Juden (deren Hervorhebung als exklusive Opfergruppe unter der Sowjetbevölkerung damals, im Gegensatz zur Zeit nach 1948, noch möglich war).
3. Die unmenschliche Behandlung und gezielte Ermordung von Kriegsgefangenen.

Hinzu kamen die Konfiskation von Gütern oder Lebensmitteln sowie die Rekrutierung von einheimischen Zwangsarbeitern, die man nach Deutschland schickte. All diese Anklagepunkte beherrschen auch den Minsker Prozeß, der nunmehr in den Blick genommen werden soll.

Zum Minsker Verfahren und seinen Prozeßbeteiligten

Beginnen wir mit dem Gericht, dem Militärtribunal des Minsker Militärbezirks. Seiner Verhandlungsführung unter dem Vorsitz des Generalmajors der Justiz Kedrov und seinen beiden Beisitzern, Oberst Vinogradov und Oberstleutnant Sacharov, wird man im wesentlichen Neutralität und Sachlichkeit bescheinigen müssen. Anders verhält es sich mit dem Anklagevertreter, Generalmajor der Justiz Jačenin. Seine Auftritte, vor allem sein Plädoyer, in dem er ausnahmslos die Todesstrafe für alle Angeklagten forderte, dürfen als beste „Vyšinskij-Schule“ gelten. Typisch ist vor allem der ausgeprägt politische Charakter seiner Ausführungen. Er kategorisierte die Anklagebank in zwei Gruppen: die Vertreter der „alten preußischen Schule“, die sich um „faschistische Charakterzüge“ ergänzt hätten, und die „Pogromhelden der neuesten Hitlerschen Formation“⁶¹. Mit den ersteren sind die Generals- und Staboffiziersränge, mit den letzteren die übrigen, zumeist jüngeren und rangniederen Angeklagten gemeint. Selbstverständlich fehlen weder der weite Rückgriff in die preußisch-deutsche Vergangenheit noch Zitate aus „Mein Kampf“ oder solche von Hermann Göring; ebensowenig die obligatorischen byzantinistischen Stalinelogen, mit denen sich im übrigen auch die Verteidiger in ihren Plädoyers überbieten („Wir Sowjetmenschen sind glücklich, daß wir in der Stalinschen Epoche leben und stolz darauf, daß der größte Mensch der Gegenwart uns zum Sieg über die Finsternis und Grausamkeit des Faschismus geführt hat“ – „Die Liebe und Ergebenheit zum großen Führer beflügelten das Volk, und es begab sich in die Reihen der Partisanen“)⁶². Merkwürdig berührt bei der Argumentation der Widerspruch zwischen der Überheroisierung des Partisanenkampfes, Staatsanwalt Jačenin nennt 300 000 vernichtete deutsche Soldaten, darunter bis zu 30 Generale, sowie Tausende und Zehntausende zerstörter Lokomotiven und Eisenbahnwaggons,⁶³ und

⁶¹ Sudebnyj process, S. 369 f.

⁶² Ebenda, S. 404 u. S. 412 (Verteidiger Žudro).

⁶³ Vgl. ebenda, S. 372. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang der erfolgreiche Mordanschlag auf Reichskommissar Wilhelm Kube am 22. 9. 1943 in Minsk durch sein mit den weißrussischen Partisanen in Verbindung stehendes Dienstmädchen. Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 864 f. Zur tatsächlichen militärischen Bedeutung der weißrussischen Partisanenbewegung und ihrer Wirkung auf die deutsche Gesamtkriegsführung vgl. ebenda, S. 865–869. Vgl. auch die eigenwillige Charakterisierung des weißrussischen Partisanenkrieges durch Chiari, All-

der im gesamten Prozeß durchgängig verfolgten Tendenz, die Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht zur Partisanenbekämpfung als einen bloßen Vorwand für die Liquidierung sowjetischer Zivilisten hinzustellen. Ebenso werden Machinationen aus der eigenen Propagandaküche der Kriegsjahre zitiert, wie jener angeblich bei jenem legendären Leutnant Gustav Ziegel aus Frankfurt am Main aufgefundene Befehl des „deutschen Oberkommandos“, den Stalin in seiner Rede vom 6. November 1941 zitiert hatte, um den Widerstandswillen der eigenen Bevölkerung gegen die deutschen Angreifer zu mobilisieren⁶⁴. Auch das theatralische Moment kommt nicht zu kurz, wenn Jačenin etwa über General Richert äußert: „Welch einen blutigen Weg hat Generalleutnant Richert zurückgelegt. Was ist an ihm von einem Menschen? Nichts.“⁶⁵

Auch bei den Verteidigern finden wir lange historische Reminiszenzen zum deutschen Militarismus und seinen weit zurückreichenden preußischen Wurzeln⁶⁶. Im übrigen geht es nie darum, den Wahrheitsgehalt von Anklagepunkten in Zweifel zu ziehen, sondern die Angeklagten entweder als Befehlsempfänger ohne persönliche Initiative oder als schlichte Opfer ihres faschistischen Milieus darzustellen.

Kommen wir zu den Angeklagten und zum Merkmal der präparierten Reue- und Selbstbezüglichungsauftritte vor Gericht. Dazu hat Winfried Meyer für den bereits erwähnten Berliner Sachsenhausen-Prozeß vom Oktober 1947 in Berlin⁶⁷ an mehreren Beispielen interessante Beobachtungen präsentiert⁶⁸. Auch beim Minsker Prozeß begegnet uns das Phänomen der demonstrativen Selbstbezi-

tag hinter der Front, S. 175–194, als „in der Realität eine ununterbrochene Folge von Raubüberfällen“ (S. 181).

⁶⁴ Sudebnyj process, S. 369. Denselben Befehl zitiert auch Verteidiger Bedrosov, ebenda, S. 447. In seiner Ansprache am Vorabend der Revolutionsfeier 1941 hatte Stalin gesagt: „In einem der Appelle des deutsche Oberkommandos an die Soldaten, der bei dem gefallenen Leutnant Gustav Ziegel aus Frankfurt am Main gefunden wurde, heißt es: ‚Habe kein Herz und keine Nerven, man braucht sie im Kriege nicht. Vernichte in dir Erbarmen und Mitleid – töte jeden Sowjetrussen, mach nicht halt, auch wenn du einen Greis oder einen Jungen vor dir hast – töte, denn dadurch rettst du dich vom Untergang, sicherst die Zukunft deiner Familie und erwirbst dir ewigen Ruhm.“ J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 30. Vgl. dazu Dokumenty obvinjajut. Sbornik dokumentov o čudovišnych zverstvach germanskich vlastej na vremeno zachvacennyh imi sovetskich territorijach, vypusk I, Moskau 1943, S. 205.

⁶⁵ Sudebnyj process, S. 376. Ähnlich der Schlußsatz in seinem Plädoyer gegen Carl Languth, ebenda, S. 388.

⁶⁶ Besonders ausgeprägt bei den Verteidigerplädoyers von Michal'skij und Gavrilov, in: Ebenda, S. 413–420 u. S. 426–429.

⁶⁷ Petrov, Deutsche Kriegsgefangene, S. 199, charakterisiert ihn als die „Exportausführung“ eines Schauprozesses stalinistischen Musters.

⁶⁸ Vgl. Meyer, Stalinistischer Schauprozeß, S. 159. Bei der 1957 durch die bundesdeutschen Justizbehörden erfolgten Vernehmung des aus der sowjetischen Haft zurückgekehrten Gustav Sorge (des in Sachsenhausen berüchtigten „Eisernen Gustav“) hatte dieser zu der ihm durch seine Vernehmer zugewiesenen Rolle in der damaligen Prozeßregie erklärt: „Beispielsweise wurde mir tagelang eingehämmert, ich hätte zu sagen: ‚Ich bin die größte Bestie aller Zeiten.“ Tatsächlich titelte der Berliner „Telegraph“ in seiner laufenden Berichterstattung vom Prozeß am 26. 10. 1947, auf Sorge und dessen erstaunliche Geständnisfreudigkeit bezogen, die Schlagzeile „Die größte Bestie“.

gung von Angeklagten. Auch hier ist es typischerweise ein besonders „harter“ Vertreter des NS-Regimes, SS-Obersturmführer Hans Hermann Koch (geb. 1914), Offizier in einem Sonderkommando der Einsatzgruppe B und Sicherheitspolizeichef von Orša, Borisov und Slonim, welcher der obligatorischen Eingangsfrage des Gerichts nach der Bestätigung seiner Geständnisse aus der Voruntersuchung von sich aus eine eifertige Ergänzung hinzufügt. Sie besteht aus der Beteuerung, vom sowjetischen Staatssicherheitsministerium (NKGB) gut behandelt worden zu sein, inzwischen verstanden zu haben, „was für ein Verbrecher ich bin“, und nunmehr alles, was er im Untersuchungsverfahren noch verschwiegen habe, erzählen zu wollen.

Wie steht es mit kryptischen Signalen von der Anklagebank? Auch hier liefert uns der Minsker Prozeß einen interessanten Vorgang, wenngleich durch das allein überlieferte russische Verhandlungsprotokoll sprachliche Feinheiten der auf deutsch gemachten Originalaussagen möglicherweise verlorengegangen sind. Auf die Eingangsfrage nach der Bestätigung der Voruntersuchungsergebnisse verweigerte der angeklagte Hauptmann Paul Eick (geb. 1897), stellvertretender Ortskommandant von Orša, diese und antwortete auf die Vorhaltung des Gerichtsvorsitzenden, seinerzeit doch ein Schuldeingeständnis abgelegt zu haben, mit der bemerkenswerten Aussage: „Bei den Verhören hatte ich einen sehr schlechten Gesundheitszustand, heute fühle ich mich ausgezeichnet [prekrasno] und werde antworten, wie es sich gehört [kak sleduet] und die ganze Wahrheit erzählen.“⁶⁹ Dabei ist zu beachten, daß wie bei allen anderen auch bei Eick die Voruntersuchung sich bis Anfang Januar hinzog, also ca. ein bis zwei Wochen vor dem Prozeßbeginn endete⁷⁰. Mit welchem Aufwand die Beschuldigten unmittelbar vor der öffentlichen Verhandlung vorzeigbar gemacht wurden, berichtete ein anderer der Minsker Angeklagten, der Gefreite Karl Rodenbusch im Jahre 1989: „Während der Verhandlung – ganz zuvorkommend, gutes Essen, täglich rasieren, die Haare geschnitten [...]. Da war die Behandlung gut.“⁷¹

Doch zurück zu Eick, der in der Tat als einziger der Minsker Angeklagten im Verlauf seiner gerichtlichen Vernehmung am 19. Januar 1946 sowohl durch den Vorsitzenden wie den Staatsanwalt seine früheren Aussagen, selbst solche, die er noch am 22. Dezember gemacht hatte, revidiert („Damals hatte ich ausgesagt [...]. Aber heute bestätige ich das nicht mehr“)⁷². Auch sein Schuldeingeständnis wegen der direkten Teilnahme an der Erschießung von 1750 Juden im Oršaer Getto wies er nunmehr zurück („Nein, ich habe nur 10 Wachleute für die Bewachung des Erschießungsortes zur Verfügung gestellt“)⁷³. Die daraufhin vor dem

⁶⁹ Sudebnyj process, S. 150.

⁷⁰ Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene*, S. 266 (Anm. 1663), berichtet, daß Eick allein zwischen dem 16. und 19. 12. 1945 täglich 11 bis 14 Stunden verhört worden sei, am 22. 12. nochmals 16 Stunden lang.

⁷¹ So im Hörfunkfeature „Wir haben unseren Dienst getan.“ *Der Minsker Kriegsverbrecherprozeß 1946 des Journalisten Paul Kohl aus dem Jahre 1990* (SFB); Stoecker, *Der Minsker Schau-Prozeß*, S. 62.

⁷² Sudebnyj process, S. 154.

⁷³ Ebenda, S. 159.

Gericht auftretenden Zeugen identifizieren Eick als einen „besonders eifrigen Ausführer der deutschen Besatzungsmacht“, ja als den eigentlichen „Herrscher von Orša“, dem gegenüber der eigentliche Stadtkommandant, dessen Namen nicht einmal fällt, völlig zurücktritt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er einen der ihm präsentierten Belastungszeugen wiedererkenne, reagiert Eick mit der piffigen Antwort: „Ja, ich kenne ihn. Während des Verhörs begegnete ich ihm, deshalb kenne ich ihn.“⁷⁴

Eicks Haltung unterscheidet sich auffällig von der ziemlich widerstandslosen Geständigkeit seiner Mitangeklagten, die allgemein in sehr pauschaler Form die Verantwortung für alle begangenen Verbrechen auf sich nehmen. Dies mag bei militärischen Verantwortungsträgern vielleicht mit der Absicht geschehen sein, untergeordnete Mitangeklagte dadurch zu entlasten. Ein bemerkenswertes Beispiel in dieser Richtung lieferte der Oberstleutnant der Polizei, Robert Weißig, der sich in seinem Schlußwort für den mitangeklagten Hauptmann Falk, Bataillonskommandeur in seinem Polizeiregiment, mit dem Satz verwendete: „Ich bitte nicht für mich, ich bitte in erster Linie für Falk, der meine Befehle ausgeführt hat. Falk ist noch sehr jung, das Leben steht noch vor ihm [...]“.⁷⁵ Einen der Angeklagten, den Gendarmeriewachtmeister, Franz Mittmann, charakterisiert sein Verteidiger als einen „Automatenmenschen“ (čelovek-avtomat), eine Einschätzung, die nicht weniger auch das Verhalten der meisten seiner Mitbeschuldigten vor dem Gericht zu kennzeichnen geeignet ist.

Einen geradezu monströsen Geständniseifer demonstriert der Angeklagte Franz Hess (geb. 1909), der einzige unter den Beschuldigten, der einen Verteidiger ablehnt. Der Gerichtsvorsitzende nennt ihn eingangs der Verhandlung „Unterscharführer des 32.[?] Sonderkommandos bei Polizei, SS und SD in Minsk“, während die Anklageschrift ihn als „Unteroffizier der SS, der Sicherheitspolizei und des SD in Diensten des Sonderkommandos 8 titulierte“.⁷⁶ Heß gesteht weitaus mehr, als die auftretenden Zeugen überhaupt belegen können. Nur eine der insgesamt sieben in der Hauptverhandlung gegen ihn aufgetretenen Zeugen beschuldigt ihn einer persönlichen Mordtat (im 16fachen Fall)⁷⁷. Sein Geständ-

⁷⁴ Ebenda, S. 166.

⁷⁵ Ebenda, S. 449. Ähnliches versucht der angeklagte Major Moll für den Sonderführer seiner Bobrujsker Kommandantur Burchardt, vgl. ebenda, S. 298.

⁷⁶ Seinen eigenen Einlassungen während der Hauptverhandlung gemäß, wonach er Mitte November 1941 in Riga eingetroffen und noch Anfang Dezember d. J. in Minsk dem damaligen Sturmbannführer Dr. Erich Ehrlinger sowie dem späteren SS-Obersturmführer Dr. Georg Heuser unterstellt gewesen sei, mußte er Angehöriger des Sonderkommandos 1b der Einsatzgruppe A gewesen sein und später der Minsker KdS [Kommandeur der Sicherheitspolizei]-Außenstelle Vilejka unter Obersturmführer Rudolf Grave, dessen Name im Prozeß an zwei Stellen fällt, angehört haben. Ebenda, S. 174 f., S. 185 u. S. 200. Zur Einsatzgruppe A siehe Wolfgang Scheffler, Die Einsatzgruppe A 1941/42, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hrsg. und eingeleitet von Peter Klein, Berlin 1997, S. 29–51.

⁷⁷ Der Anklagefall Hess ist besonders charakteristisch für die Verwendung von Zeugen in diesem Verfahren. Während nur eine von ihnen, die Zeugin Chodis aus Dolginovo, den Angeklagten konkret belastet, berichten die übrigen sechs in allgemeinen Worten von deutschen Ver-

nis umfaßt 80 persönlich durchgeführte Morde an Juden in Dolginovo/Region Vilejka – unter den Opfern Frauen und Kinder – im Juni 1942, anschließend 60 Tötungen in einem Schuppen nahe Il'ja Anfang Juli desselben Jahres und nochmals 120 individuelle Mordtaten gleichfalls an Juden (alle durch Genickschuß mit der Pistole) in Voložino in der Region Molodečno⁷⁸. Mehrfach, so vermerkt der Prozeßbericht, entwickelt sich bei seiner Vernehmung Erregung im Gerichtssaal. Seine Dialoge mit dem Gerichtsvorsitzenden sind von Sarkasmen geprägt⁷⁹. Man fragt sich unwillkürlich bei der Lektüre von Hess' scheinbar völlig teilnahmslos vorgebrachten Aussagen, ob sie aus einer totalen Lethargie oder einem makaber-zynischen Spiel mit dem Gericht angesichts des Schicksals, das ihn erwartete, resultierten. Daß sie einem ernsten Bemühen um die Aufklärung von Sachverhalten entspringen könnten, drängt sich am wenigsten auf. Dies gilt ebenso für andere Angeklagten-Aussagen, die zu gestanzten und einstudierten Klängen, als daß sie ein Bemühen um Wahrheit erkennen ließen, wie die folgenden: „Sie [die Verbrechen] geschahen unter dem Vorwand des Partisanenkampfes, aber in Wahrheit habe ich die friedliche Zivilbevölkerung erschossen“ (Ernst Falk); „Alle diese Befehle hatten nur ein Ziel – das sowjetische Volk zu vernichten“ (Carl Languth) oder „Ich war Nationalsozialist und das war mein Beitrag zur Verwirklichung der Rassentheorie“ (Hans Koch)⁸⁰.

Der schon erwähnte Gestapobeamte Koch ist neben Hess das Musterbeispiel eines geständniseifrigen Angeklagten, der sich nicht scheut, von seinen persönlichen „Vernichtungstrieben“ und eigenen sadistischen Grausamkeiten zu berichten, etwa den Unterleib eines schwerverwundeten Kriegsgefangenen mit einem „Ladestock“⁸¹ durchbohrt zu haben. Bei Erschießungsaktionen habe er stets die ersten drei bis fünf Tötungen selbst vorgenommen, um seinen Soldaten „moralischen Rückhalt“ zu geben. Insgesamt seien 500 Morde allein auf sein persönliches Konto gegangen⁸². Andere Angeklagte wie Reinhard Moll, ein älterer Major des Heeres und Stadtkommandant von Bobrujsk („Ich bin stets ein ehrenhafter deutscher

nichtungsaktionen an jenen Orten, an denen Hess seinem Geständnis nach als Mittäter aktiv gewesen war. Vgl. dazu die von Prusin, *The Holocaust*, S. 19 f., gemachten Beobachtungen hinsichtlich der Zeugenaussagen anhand des zeitgleichen Kiever Kriegsverbrecherprozesses.

⁷⁸ Vgl. *Sudebnyj process*, S. 181–184. Ein sogenannter Tätigkeitsbericht der Außenstelle Vilejka vom 27. 5. 1942 erklärte nach drei umfangreichen „Judenaktionen“ vom 28. und 29./30. 4. sowie vom 21. 5. 1942 in Dolginovo „die Judenfrage in dieser Stadt [für] endgültig gelöst“. Zit. in: *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945*, hrsg. von Peter Longerich, München/Zürich 1990, S. 134–136. Zu möglichen Vernichtungsaktionen in den in Frage stehenden Ortschaften Vilejka, Dolginovo und Il'ja ab dem Frühjahr 1942 siehe Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42*, Frankfurt a. M. u. a. 1996, S. 322–325; Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 694–700.

⁷⁹ *Sudebnyj process*, S. 184. Wie viele seiner Mitangeklagten war auch Hess während der Voruntersuchung stundenlangen Nachtverhören unterzogen worden; ZStL, 202 AR-Z 184/67, Bl. 171–175 (Vernehmung in der Nacht vom 27. auf den 28. 12. 1945).

⁸⁰ *Sudebnyj process*, S. 453, S. 450 u. S. 114.

⁸¹ Im russischen Original: šompol.

⁸² *Sudebnyj process*, S. 105, S. 108, S. 111 u. S. 115.

Offizier gewesen“), distanzieren sich demonstrativ von ihm und bitten das Gericht, mit einer Figur wie Koch nicht auf eine Stufe gestellt zu werden⁸³.

Die Schuldsprüche

Wenden wir uns als nächstes den Schuldsprüchen zu. Sie zu würdigen erfordert einen Vergleich zwischen der im Prozeßbericht 27seitigen Anklageschrift vom 14. Januar 1946 mit dem 23 Seiten umfassenden Urteil vom 29. Januar, ergänzt um das, was in der Hauptverhandlung selbst zu den einzelnen Anklagepunkten ausgeführt wurde. Obwohl das Gericht, wie auch Messerschmidt bemerkt⁸⁴, im allgemein gehaltenen Eingangsteil des Urteils feststellt, daß alle 18 Angeklagten „aktive Teilnehmer an den von den deutschen Eroberern auf dem Territorium der Weißrussischen Unionsrepublik verübten Greuelthaten“ gewesen seien, hat es doch in den nachfolgenden auf die Angeklagten persönlich bezogenen Passagen erkennbare Unterscheidungen vorgenommen, die vor allem im Hinblick auf die Abgrenzung der vier Zeitstrafen von den 14 Todesurteilen von Relevanz sind. Diese Unterscheidungen äußern sich zwar nicht in der Urteilsformel – die herangezogene Strafvorschrift, der Artikel 1 des Ukaz 43, ist in allen Fällen dieselbe, ohne daß, wie in den späteren Massenverfahren der Jahre 1949/50, der Mittäterschaftsparagraph 17 aus dem Strafgesetzbuch hinzutreten würde –, wohl aber in der Wortwahl bei der Behandlung der einzelnen Beschuldigten und ihrer individuell zu verantwortenden Taten. Wichtig war allen sowjetischen Prozeßbeteiligten, Gericht, Anklagevertretung und Verteidigung, den jeweiligen Grad der persönlichen Initiative jedes Beschuldigten, sei er mittelbarer Befehlsgeber oder reiner Befehlsempfänger gewesen, bei den in Frage stehenden Verbrechen darzustellen.

Generell ist dazu das folgende erkennbar: In allen 14 Fällen, in denen Todesurteile ergingen, sah das Gericht, unabhängig vom militärischen Dienstgrad der Betroffenen, der vom Generalleutnant bis zum Gendarmeriewachtmeister und SS-Obergefreiten reichte, mindestens *einen* der folgenden drei Punkte für erwiesen an:

⁸³ Ebenda, S. 457. Sein Angeklagten-Schlußwort endet Koch mit dem Satz: „Die Schwere meiner Verbrechen habe ich schon eingestanden. Viel Blut ist an meinen Händen, und in diesem Augenblick erwarte ich dafür die Todesstrafe.“ Zuvor noch hatte er in seiner Vernehmung dem Gericht die Mitbeteiligung der Wehrmacht an den Taten der Einsatzkommandos bestätigt („Ja sie wußten Bescheid, weil auch deutsche Wehrmachtsoffiziere und Soldaten bei der Vernichtung von Menschen anwesend waren“, ebenda, S. 116). Ein letztes, besonderes „Amalgam“ stellte die Gruppe der erst im Januar 1956 nach Deutschland repatriierten 749 „nichtamnestierten Kriegsverbrecher“ dar, über die der „Bericht über die Befragung der Nichtamnestierten aus dem Transport E 5/56 in Hannoversch-Münden durch die Rechtsschutzstelle München“ vom 31.1. 1956 abschließend feststellte: „Die Raffiniertheit bei der Auswahl der Gruppe der Nichtamnestierten liegt darin, daß durch die Zusammenstellung einiger weniger Krimineller [z. B. der Verurteilten im Sachsenhausen-Prozeß] mit dem Großteil der unschuldig Verurteilten auf diese ein Schatten der von den Erstgenannten begangenen Taten fallen soll.“ BA, B 141, 71130, Bl. 70.

⁸⁴ Messerschmidt, Der Minsker Prozeß, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 559.

1. Vorliegen einer Befehlsgewalt über Einheiten, die Straf- und Vernichtungsaktionen durchgeführt haben
2. Persönliche Befehle zu solchen Aktionen an Untergebene
3. Individuell begangene Tötungsdelikte an konkret benennbaren Opfern

Die über eine Befehlsgewalt verfügenden Angeklagten, neben den drei Generälen Richert, von Erdmannsdorff und Herf⁸⁵ auch der Regimentskommandeur Weißig, sein Bataillonskommandeur Falk und der Ortskommandant von Bobrujsk Moll⁸⁶, waren schon entweder aufgrund ihrer militärischen Gesamtverantwortung für die ihnen unterstellten Verbände oder als Gerichtsherrn ihres Kommandanturbereichs, um mit Manfred Messerschmidt zu sprechen, „kein Fall für eine milde Beurteilung“⁸⁷. Dasselbe galt neben Eberhard Herf für die anderen beiden Repräsentanten des Sip- und SD-Systems⁸⁸, Koch und Hess.

Bei den befehlsempfangenden Diensträngen stellte das Gericht eine große Zahl von „Beteiligungstaten“ im Rahmen von Tötungsaktionen ihrer jeweiligen Einheiten fest, was für sich genommen offenkundig für ein Todesurteil allein nicht ausreichte. Umgekehrt gab es jedoch Todesurteile für Beschuldigte, denen die Anklage weder individuell noch im Sinne einer kollektiven Beteiligung konkrete Tötungshandlungen vorgeworfen hatte, worauf auch von der Verteidigung ausdrücklich hingewiesen worden war. Letzteres betraf die beiden verurteilten Sonderführer Josef Bittner (geb. 1894) und Rolf Burchardt (geb. 1907). Ersterer hatte als Chef der Landwirtschaftsabteilung an der Bobrujsker Kommandantur gewaltsame Requirierungsaktionen innerhalb seines Dienstbereichs zu verantworten, was das Gericht aufgrund des expropriatorischen Charakters der gesamten deutschen Agrarpolitik in Weißrußland, die, wie der Angeklagte zugab, „die Bevölkerung bis zur völligen Armut getrieben und die Höfe ruiniert“ habe, wohl als besonders gravierend bewertete. Auf den letzteren, den wegen seiner balten-

⁸⁵ Johann Georg Richert, geb. 1890, Generalleutnant, 1942/43 Kommandeur der 286. Sicherungsdivision, anschließend der 35. Infanteriedivision; Gottfried Heinrich von Erdmannsdorff, geb. 1893, Generalmajor, im Frühjahr 1944 Kommandant des Festen Platzes Mogilev; Eberhard Herf, geb. 1887, SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei, 1943/44 Befehlshaber der Ordnungspolizei für Weißrußland. Zu den weißrussischen Partisanenkampf-Operationen, an denen Richerts 286. Sicherungsdivision beteiligt war, siehe die Aufstellung bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 89 f. Vgl. auch die unveröffentlichte Habilitationsschrift von V. F. Romanovskij, *Nernecko-fašistskaja okkupacionnaja politika i ee krach v Belorussii (1941–1944 gg.)*, Minsk 1974, S. 440–461, die für den gesamten Zeitraum der Besetzung insgesamt 125 deutsche Strafoperationen aufführt.

⁸⁶ Georg Robert Weißig, geb. 1896, Oberstleutnant der Polizei, 1943/44 Kommandeur des Polizeiregiments 26; Ernst August Falk, geb. 1917, Polizeihauptmann, Kommandeur des 2. Bataillons im Polizeiregiment 26; Reinhard Georg Moll, geb. 1891, 1942–1944 Ortskommandant von Bobrujsk und Palici. Moll erwähnte bei seiner Vernehmung im Hauptverfahren, als Leutnant im Ersten Weltkrieg mit Hermann Göring im selben Regiment gedient zu haben. Vgl. *Sudebnyj process*, S. 302.

⁸⁷ Messerschmidt, *Der Minsker Prozeß*, in: Heer/Naumann (Hrsg.), *Vernichtungskrieg*, S. 562.

⁸⁸ Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst, seit 1939 organisatorisch zusammengefaßt im Reichssicherheitshauptamt unter Reinhard Heydrich.

deutschen Herkunft als Dolmetscher an der Kommandantur von Bobrujsk eingesetzten Burchardt, richtete sich eine besondere Aggressivität und Gehässigkeit des Anklägers. Aufgrund seiner akademischen Bildung wie der Tatsache, daß seine als einziger von allen Angeklagten in Russisch vorgetragene Verteidigung wohl einen gewissen Eindruck auf die Zuhörerschaft nicht verfehlte – selbst Staatsanwalt Jačenin attestiert ihm hämisch die exzellente Beherrschung der russischen Sprache –, sah man in ihm offenkundig einen besonders wirkungsvollen und gefährlichen Exponenten deutscher Besatzungsinteressen. Hinzu kam seine Rolle als Leiter des Bobrujsker Arbeitslagers und, was das Urteil allerdings verschweigt, seine Anwerbungstätigkeit für deutsche Dienststellen wie auch für die Vlasov-Armee⁸⁹. Todesstrafen erhielten auch zwei der drei Hauptleute, die stellvertretende Kommandantenfunktionen bekleidet hatten: der erwähnte Paul Eick und der 1. Lageroffizier des Kriegsgefangenenenddurchgangslagers (Dulag) 131 in Bobrujsk, Carl Languth.

Einen Fall besonderer Art stellt der dritte von ihnen, der 1898 geborene Bruno Götze, dar, der als einziger unter den Offiziersdienstgraden mit einer 20jährigen Zeitstrafe davonkam. Sein Delikt bestand offenkundig allein darin, eine Zeitlang stellvertretender Ortskommandant von Bobrujsk gewesen zu sein. Das engagierte Plädoyer seines Verteidigers Gavrilov, der ihm bescheinigte, eine drittrangige Rolle gespielt zu haben („Wir sehen kein Blut an seinen Händen“) und sich im übrigen positiv von den übrigen Angeklagten abzuheben, mag seine Wirkung gehabt haben. Götze erscheint in gewissem Sinne als das Gegenbild zu seinem sowohl alters- wie ranggleichen Kollegen Eick aus Orša. Selbst das Gericht empfand offenbar die juristischen Grundlagen für eine Verurteilung Götzes angesichts der höchst kärglichen Anklageschrift als so dürftig, daß es etwas recht Ungewöhnliches tat: Es fügte in seinem Urteil von sich aus ein Delikt hinzu, das die Anklageschrift gar nicht enthalten hatte. Götze habe, so hieß es, „als stellvertretender [Stadt]Kommandant unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung Polizeiabteilungen ausgerüstet (snarjažal otrjady policii), die sowjetische Zivilisten beraubt haben“. Auch im zweiten Anklagepunkt verschärfte das Gericht die höchst vage gehaltene Formulierung der Anklageschrift zuungunsten des Betroffenen. Dort hatte es geheißen, daß „in der Zeit, in der Götze stellvertretender Kommandant gewesen war, ungefähr 10000 Bürger der Stadt Bobrujsk aus ihren Häusern ausgesiedelt, ihres Obdachs beraubt und ausgeplündert worden“ seien, ohne daß irgendeine Kausalbeziehung zwischen Götzes Dienststellung und den seinerzeitigen Geschehnissen in der Stadt hergestellt worden war. Im Urteil des Gerichts hieß es nunmehr, daß „unter der Leitung [pod rukovodstvom] Götzes und seiner persönlichen Beteiligung [s ličnym učastiem] in der Stadt Bobrujsk in der Winterzeit [!] ungefähr 10000 Sowjetbürger aus ihren Häusern auf die Straße ausgesiedelt und ihrer Habe beraubt worden“ seien⁹⁰.

⁸⁹ Sudebnyj process, S. 394 f.

⁹⁰ Als einziger unter den vier „Zeitstrafen“ hat Götze die Haft im Polarlager von Vorkuta nicht lebend überstanden und starb 1951 in der Lagerhaft.

Kommen wir zuletzt zu den fünf rangniedrigsten Dienstgraden, dem Wachtmeister der Gendarmerie in Minsk, Bruno Mittmann (geb. 1901), dem SS-Obergefreiten (Rottenführer) der 8. SS-Kavallerie-Division, Heinz Fischer (geb. 1923), den beiden Wehrmachtsgefreiten Hetterich und Höchtl sowie dem Soldaten Rodenbusch, von denen die drei letzteren ebenfalls mit dem Leben, d.h. mit Zeitstrafen zwischen 15 und 20 Jahren, davonkamen.

Bei den beiden ersteren sah das Gericht wesentlich aus persönlicher Initiative heraus begangene individuelle Tötungshandlungen für erwiesen an. Mittmann soll acht der Verbindung zu Partisanen verdächtige Personen, darunter auch Kinder, nach diversen Mißhandlungen erschossen und aufgehängt, ebenso eine dreiköpfige, namentlich genannte Bauernfamilie getötet und anschließend verbrannt haben. Fischer galt als überführt, ein 17jähriges jüdisches Mädchen und einen partisanenverdächtigen „sowjetischen Bürger“ erschossen zu haben⁹¹.

Bei den drei Mannschaftsdienstgraden der Wehrmacht, Hans Josef Höchtl (geb. 1924, Österreicher, Gefreiter im Feldausbildungsregiment 718), Alois Kilian Hetterich (geb. 1924, Gefreiter im Infanterieregiment 595) und Albert Johann Rodenbusch (geb. 1915, Soldat im Feldausbildungsregiment 635), vermerkte das Urteil nur Beteiligungstatbestände, obwohl die Anklageschrift auch in diesen Fällen persönlich zuzuordnende Tötungsverbrechen aufführte. Die Fälle Höchtl und Rodenbusch erscheinen besonders bemerkenswert. Letzterer hatte ausweislich des Prozeßprotokolls sogar noch während der Hauptverhandlung am 23. Januar 1946 auf Befragung durch den Hilfsankläger Oberst Polechin zwei konkrete Mordgeständnisse, darunter eines aus der Anklageschrift, bekräftigt („Ich selbst habe bei dieser ganzen Aktion 15 Häuser niedergebrannt und acht Menschen erschossen, darunter zwei Frauen. [...] In diesem Dorf habe ich vier Männer, zwei Frauen und drei Kinder erschossen“)⁹². Das Gericht nahm dies offenkundig nicht zur Kenntnis, sondern verurteilte ihn nur wegen der Teilnahme an Brandstiftungs- und Erschießungsaktionen in drei Fällen zu 15 Jahren, wobei auch die in der Anklageschrift behauptete Erschießung zweier diebstahlsverdächtigter Halbwüchsiger in eine Teilnahmehandlung umgeändert wurde⁹³.

Noch krasser liegt der Fall bei Höchtl, der sein 230faches (!) Mordgeständnis aus der Anklageschrift in der Hauptverhandlung sogar auf 280 steigerte. Bei einer Anti-Partisanen-Operation im Februar 1943, bei der sein Zug insgesamt 70 Häuser verbrannt und gut 2000 Zivilisten getötet habe, wollte er allein 40 Häuser angezündet und 280 Menschen erschossen haben, was selbst Hilfsankläger Polechin zu zweimaligem Nachfragen veranlaßt⁹⁴. Damit hätte Höchtl in seiner persönlichen Mordbilanz sogar noch das Niveau von Hess übertroffen. Auch hier

⁹¹ Das Urteil findet sich im Prozeßbericht (Sudebnj process) auf den Seiten 459–471, hier S. 467 u. S. 469. Eine maschinenschriftliche Ausfertigung des Urteils in: ZStL, 208 AR-Z 68/75.

⁹² Sudebnj process, S. 263. Dazu auch die deutsche Übersetzung einiger Protokollauszüge in: Der Minsker Prozeß, in: Mittelweg 36, S. 32–37, hier S. 36.

⁹³ Sudebnj process, S. 31 (Anklageschrift) u. S. 470 (Urteil). In letzterem hieß es: „Rodenbus v sostave vzvoda učastvoval v rastrele [...]“; dt.: „Rodenbusch beteiligte sich im Rahmen seines Zuges an der Erschießung [...]“.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 363.

weist das Urteil nur Beteiligungshandlungen auf und verhängt eine 20jährige Haftstrafe⁹⁵. Bei Hetterich, wo schon die Anklageschrift keine persönlich begangenen Tötungsdelikte aufführt, ignoriert das Gericht gleichfalls die von ihm in der Hauptverhandlung eingeräumten 15 (theoretischen) Tötungsakte („Wenn ich das Ziel getroffen hätte, hätte ich 15 Menschen erschossen, weil ich 15 Schüsse abgab“)⁹⁶.

Warum ignorierte das Gericht in diesen Fällen die Mordgeständnisse der Angeklagten? Gab es politische Vorgaben, die im Sinne einer höheren Glaubwürdigkeit des Verfahrens eine Differenzierung der Urteile verlangten, oder hielt es die vorgetragenen Geständnisse für schlichtweg unglaubwürdig? Beides mag hier zusammengekommen sein. Festzuhalten ist, daß das Gericht in den drei letzteren Fällen in einer auffällig unbestimmten Weise von Teilnahme (ausgedrückt durch Wendungen wie „učastvovat“ oder „prinimat učastie“) spricht, ohne die Art der Teilnahme irgendwie näher zu qualifizieren. Es fehlen auch alle modalen Ergänzungen in Form von Adverbien wie „lično“ (persönlich), „aktivno“ (aktiv) oder „neodnokratno“ (mehrfach), wie sie bei den Beteiligungstaten der zum Tode Verurteilten auffallen. Ebenso verzichtet das Urteil in diesen Fällen auf alle Zahlenangaben über Opfer, welche die Anklageschrift noch aufgeführt hatte⁹⁷.

Betrachtungen zu zwei ausgesuchten Anklagefällen

Als letztes sollen zwei Tatkomplexe des Minsker Verfahrens näher ins Auge gefaßt werden, zu denen schon vor fast zwei Jahrzehnten Alfred Streim Stellung genommen hat, wenngleich nur ganz andeutungsweise und ohne die Angeklagten namentlich zu nennen⁹⁸. Es sind die Anklagefälle Hetterich und Languth.

Beginnen wir mit dem Fall des Alois Hetterich, einem 1924 in der Nähe von Schweinfurt geborenen gelernten Möbelschreiner, der im September 1942 zur Wehrmacht eingezogen worden war. Als Gefreiter in der 12. Kompanie des III. Bataillons des Infanterieregiments 595 war er bereits im Februar 1943 in sowjetische Gefangenschaft geraten und am 14. Dezember 1945 in Minsk wegen des Verdachts, Verbrechen gemäß Artikel 1, Ukaz 43 begangen zu haben, in Haft genommen worden⁹⁹. In seinen drei ersten Verhören als Untersuchungshäftling am 15., 22. und 25. Dezember hatte er gestanden, an drei Vernichtungsaktionen gegen sowjetische Bürger teilgenommen zu haben, die sich innerhalb des kurzen Zeitraums zwischen seinem Eintreffen in Rußland Ende Januar 1943 und seiner Gefangennahme bereits vier Wochen später abgespielt hätten. Diese betrafen:

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 470.

⁹⁶ Ebenda, S. 256.

⁹⁷ Ebenda, S. 31 u. S. 470.

⁹⁸ Vgl. Streim, wie Anm. 17.

⁹⁹ ZStL, AR-Z 68/75, Verschiedenes 239, Bl. 29 f.

1. Die Erschießung von insgesamt 10000 Häftlingen des Lagers Masjukovščina im Bereich des Minsker Güterbahnhofs, Zivilisten und Kriegsgefangene, durch die vier Kompanien seines Bataillons innerhalb dreier Nächte zwischen dem 28. und 31. Januar 1943, wobei sein eigener Zug jede Nacht 500, insgesamt also 1500 Erschießungen, durchgeführt haben will.
2. Mitwirkung an der Tötung von 20000 (!) Sowjetbürgern innerhalb von vier Tagen ab dem 10. Februar 1943 mittels mehrerer Gaswagen (russ. dušegubki = Seelenvernichter) in einem Ort in der unmittelbaren Nähe von Krasnodar (!), wobei sein Bataillon die Menschen aus ihren Häusern geholt und in die Gaswagen eines dortigen SD-Kommandos getrieben habe.
3. Die Tötung von 500 der Verbindung zu Partisanen verdächtigter Zivilisten einer Ortschaft in ca. 20 km Entfernung der Stadt L'gov, westlich von Kursk, in den Tagen zwischen dem 21. und 25. Februar 1943 durch seinen Zug, wobei er persönlich an der Erschießung von zwei Gruppen zu je 50 männlichen Personen teilgenommen habe¹⁰⁰.

Alle drei Aktionen seien auf dem Transportweg seines Bataillons von Südfrankreich, wo es Ende Dezember 1942 verladen worden sei, an die russische Front geschehen. Bereits in der 4. Vernehmung am 27. Dezember – Hetterich ist inzwischen, der sowjetischen Strafprozeßordnung gemäß, vom Inhaftierten (arestovannyj) zum Beschuldigten (obvinjaemyj) geworden – kommen dem Untersuchungsführer, einem Hauptmann der Spionageabwehr („Smerš“), massive Zweifel an der Stichhaltigkeit des Krasnodar-Komplexes, worauf Hetterich einräumen muß, sich im Hinblick auf den Ort dieses Vorgangs im unklaren zu sein. Schon in der Vernehmung am darauffolgenden Tag spielen Krasnodar und die dušegubki keine Rolle mehr¹⁰¹. Die Fragen des Vernehmers konzentrieren sich nunmehr ganz auf die beiden Komplexe Minsk und L'gov; letzteres die Stadt, in der das Infanterieregiment 595 im Rahmen der 327. Infanteriedivision schließlich seinen russischen Frontabschnitt bezog, und wo Hetterich schon bei seinem ersten Einsatz am 26. Februar 1943 in Gefangenschaft gerät. Am 29. Dezember sagt ein kriegsgefangener Zeuge, ein früherer Angehöriger des Landeschützenbataillons 332, gegenüber Hetterichs Vernehmer aus, einige jüdische Mädchen aus dem Minsker Getto hätten ihm Ende Januar 1943 von der Ankunft einer „deutschen Polizei- oder SS-Abteilung“ berichtet, die im Bereich des Güterbahnhofs Quartier bezogen und eine große Zahl von Zivilisten aus dem Getto erschossen hätte¹⁰². Zwei einheimische Zeugen, Bewohner des Dorfes Masjukovščina, die später auch im Prozeß auftreten, berichten am 20. und 21. Dezember von ihren Beobachtungen in bezug auf Gefangenen- und Zivilistenhinrichtungen in größerer Zahl

¹⁰⁰ ZStL, 202 AR-Z 184/67, Bl. 80–88 (russische maschinenschriftliche Vernehmungsprotokolle), und ZStL, II 208 AR-Z 241/74, Bl. 33–36, Bl. 46 f. u. Bl. 52 f. (handschriftliche Protokolle vom 22., 25. und 27. 12. 1945 in deutsch).

¹⁰¹ ZStL, 202 AR-Z 184/67, Bl. 173–175 (russisch).

¹⁰² Vernehmung des Gustav Karl Häger, geb. 1902, in: ZStL, II 208 AR-Z 241/74, Bl. 128 f. (deutsch).

unweit des Dorfes, können aber auf Nachfrage keinerlei Angaben über die dort tätig gewesen deutschen Einheiten machen¹⁰³.

Am 31. Dezember räumt Hetterich gegenüber seinem Untersuchungsführer ein, daß bei der Erschießungsaktion in Minsk von ihm selbst möglicherweise „im Laufe von 3 Nächten 15 Mann erschossen wurden“, während es bei der Aktion im Gebiet von L'gov höchstens zwei gewesen sein könnten¹⁰⁴. Bei seiner letzten Vernehmung eine Woche vor Prozeßbeginn, am 7. Januar 1946, nennt Hetterich die Namen von insgesamt 12 Angehörigen seines Bataillons – teilweise sind sie ihm im Kriegsgefangenenlager von Aša (Gebiet Ufa) wiederbegegnet –, die aktiv an den erwähnten Taten teilgenommen hätten, und liefert von jedem eine knappe Personenbeschreibung. An erster Stelle steht sein Kompaniechef (12./III./I.R. 595) und stellvertretender Bataillonskommandeur, Oberleutnant Büchner, der sowohl die Erschießung der 10000 Zivilisten und Kriegsgefangenen unweit des Minsker Güterbahnhofs, als auch die „Vernichtung der 20000 friedlichen sowjetischen Bürger in den ‚Todeswagen‘“ geleitet hätte. Ebenfalls durch ihn sei der Befehl ergangen, „sämtliche Bewohner eines russischen Dorfes im Raum L'gov zu vernichten“, worauf „ca. 500 Leute erschossen wurden“¹⁰⁵.

Bei dem von Hetterich genannten Offizier handelte es sich um den 1916 in Offenburg geborenen Hans Büchner, der Anfang Februar 1945 in Ostpreußen als Major und Bataillonskommandeur in Gefangenschaft geraten war. Büchner verbrachte die russische Kriegsgefangenschaft seit Herbst 1947 als allseits geachteter deutscher Lagerführer im Kriegsgefangenenlager von Vitebsk und kehrte ein halbes Jahr nach dessen Auflösung (März 1949) Mitte September 1949 als Nicht-verurteilter nach Deutschland heim¹⁰⁶. Was hat Büchner gerettet? Haben die NKVD-Ermittler nicht nach ihm gesucht? Erschien ihnen die Verfolgung der Spur aufgrund der Zweifelhaftheit der in Frage stehenden Fälle obsolet? Oder haben sie sich von einer falschen Fährte Hetterichs täuschen lassen, der den Badener seinen Vernehmern als einen „mit ostpreußischem Dialekt“ sprechenden Bewohner einer Ortschaft „unweit von Königsberg“ beschrieben hatte¹⁰⁷? In jedem Fall bleibt festzuhalten: der Gefreite gerät auf die Minsker Anklagebank, erhält 15 Jahre Zwangsarbeit und kehrt erst im Herbst 1955 heim, während sein Kompaniechef und „verbrecherischer Befehlsgeber“ schon 1949 unbehelligt nach Hause fährt¹⁰⁸.

¹⁰³ Vernehmung des Konstantin P. Krupčič, geb. 1901, und des Adam F. Mal'kevič, geb. 1911, in: ZStL, 202 AR-Z 184/67, Bl. 232–240 (russisch).

¹⁰⁴ ZStL, II 208, AR-Z 241/74, Bl. 74 f.

¹⁰⁵ Ebenda, Bl. 81–85.

¹⁰⁶ Mündliche Auskunft der Witwe Frau Maria Büchner, Denzlingen, vom 22. 3. 2001 und seines Mitgefangenen im Lager Vitebsk, Herrn Erich Urbschat, Wesel, vom 4. 4. 2001.

¹⁰⁷ ZStL, II 208 AR-Z 241/74, Bl. 81.

¹⁰⁸ Besonders der Anklagefall Hetterich zeigt, wie fehlerhaft und oberflächlich der publizierte Prozeßbericht von 1947 durch die damaligen Herausgeber redigiert worden ist. Allein für die Nummer von Hetterichs Regiment, ein für die Schuldfeststellung schließlich entscheidendes Kriterium, finden sich mehrere, durchweg falsche Angaben: 395 und 359 in der Anklageschrift, 359 und 369 im Urteil sowie 559 im Prozeß selbst. Ankläger Jačenin bezeichnet ihn in seinem

Zwei Jahrzehnte nach Hetterichs Rückkehr gerät Hans Büchner Mitte der siebziger Jahre doch noch in die Mühlen justitieller Ermittlungen. Es ist die bundesdeutsche Justiz, die im Zuge eines Moskauer Rechtshilfeersuchens und der Übersendung von Materialien des Minsker Prozesses an die Ludwigsburger Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen ein Ermittlungsverfahren „u. a. wegen Mordes“ gegen ihn einleitet. Es wird am 7. Mai 1976 durch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Freiburg eingestellt. Was hatten die Ermittlungen ergeben? Vier ehemalige Angehörige des Bataillons, darunter zwei Unteroffiziere aus Büchners 12. Kompanie, hatten gleichlautend ausgesagt, daß das 3. Bataillon des Infanterieregiments 595 nach seiner Abreise aus dem südfranzösischen Raum um Montpellier und Sète auf direktem Wege zu seinem Einsatzort westlich von Kursk gebracht worden sei¹⁰⁹. Büchners damaliger Kompanietruppführer gab darüber hinaus an, aus seinem eigenen erhalten gebliebenen Wehrpaß gehe hervor, daß seine Einheit erst am 6. Februar 1943 nach Rußland verlegt worden und nach etwa zweiwöchigem Transport frühestens Mitte Februar an dem ihm zugewiesenen russischen Frontabschnitt eingetroffen sei. Ebenso bestritten alle Vernommenen, Büchner eingeschlossen, daß ihre Einheit, ein gewöhnliches Infanteriebataillon, jemals für die Bewachung von Kriegsgefangenen eingesetzt oder gar an Aktionen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt gewesen sei. Auch hätten sie sich nie in der Stadt Minsk aufgehalten. Ergänzend dazu schrieb der ermittelnde Oberstaatsanwalt in seiner Einstellungsverfügung: „Darüber hinaus ergibt sich aus den durchgesehenen Einsatzbefehlen und Aufzeichnungen in den KTB [Kriegstagebüchern] der I. D. 327 auch nicht, daß die mit besonderer Beschleunigung – Tempo 6 – vorgenommene Verlegung der Division in den Raum Kursk in Minsk oder Umgebung unterbrochen wurde und Einheiten der Division für mehrere Tage zur Teilnahme an Erschießungs- oder Vergasungsaktionen – eventuell auch unter einer Tarnbezeichnung – abgeordnet worden sind.“¹¹⁰

Im Zuge dieses Ermittlungsverfahrens waren am 24. Oktober und 21. November 1975 auch zwei Vernehmungen Alois Hetterichs durch die Kriminalpolizei Würzburg erfolgt, in denen er Aussagen darüber machte, wie es im Jahre 1945 zu seinen Geständnissen gekommen war¹¹¹. Diese seien ihm bereits im Frühjahr und Sommer 1944 als Gefangener im Lager Aša durch Schläge, Hitzebehandlung in der Entlausungskammer und, quasi als Höhepunkt, durch mehrmaliges Verbringen in die sogenannte „Tropfsteinhöhle“ abgepreßt worden. Bei letzterer habe es sich um „einen ganz kleinen Raum, in dem man gerade stehen konnte“ gehandelt, wo ihm eine Halsschelle, eine verschraubbare Holzklammer, umgelegt worden sei.

Plädoyer als einen Angehörigen der 370. Infanteriedivision. Ebenso finden sich falsche Zeitangaben. Die Anklageschrift nennt Februar 1944 für das Verbrechen bei L'gov und verwechselt den Ort darüber hinaus auch noch mit L'vov, dem galizischen Lemberg. Siehe Sudebnyj process, S. 4, S. 31, S. 255, S. 393, S. 461 u. S. 470.

¹⁰⁹ Im folgenden nach den Vernehmungen im Ermittlungsverfahren gegen Hans Büchner, in: ZStL, II 208 AR-Z 241/74, S. 218–233.

¹¹⁰ Einstellungsverfügung vom 7. 5. 1976, in: Ebenda, Bl. 235–239, hier Bl. 239.

¹¹¹ Ebenda, Bl. 209–217.

Hetterich weiter: „Die Bretterwände müssen dann irgendwie beheizt worden sein, so daß eine enorme Hitze entstand, die einem fast den Atem nahm. Anschließend wurde mir die Schädeldecke – etwa in der Schädelmitte – aus einem eiskalten Behälter betropft. Ich war nach meiner Erinnerung etwa 2–3 Stunden in der Tropfsteinhöhle und konnte zuletzt überhaupt nichts mehr denken. Ich war dem Wahnsinn nahe.“¹¹²

Etwa im August 1944 habe ihm ein älterer mitgefangener Offizier aus München angeraten, um „endlich den schweren Mißhandlungen entgehen zu können“, das gewünschte Geständnis abzulegen, was daraufhin auch geschehen und von ihm durch Unterschrift („daß ich mein Geständnis freiwillig und ohne Mißhandlungen abgelegt hätte“) bescheinigt worden wäre. In Minsk, wo er erst im Oktober 1945 eingetroffen sei, habe er dann gegenüber dem dortigen Untersuchungsführer dasselbe nochmals bestätigt. Hetterich schloß seine Vernehmung vom 21. November 1975 mit der folgenden Erklärung: „Ich möchte ausdrücklich betonen, daß weder ich noch ein anderer Angehöriger meiner Einheit, dem Inf. Reg. 595, an einer dieser mir zur Last gelegten Aktionen bei Minsk und in Likowo [gemeint ist offenkundig L'gov] beteiligt war. Die in Rußland von mir gemachten Angaben über diese Vorfälle geschahen nur deshalb, um mich vor dem bereits geschilderten Martyrium in Rußland zu bewahren. Auch die Beschuldigungen gegen meinen damaligen Kompaniechef Büchner u.a. Kompanieangehörige geschahen aus diesem Grund wider besseres Wissen.“¹¹³

Somit erscheint der gesamte Anklagekomplex Hetterich zumindest als äußerst dubios und rechtfertigt nicht die unbesehene Übernahme der hierin behaupteten Wehrmachtsverbrechen in Minsk oder anderswo als gesichertes Faktum¹¹⁴.

Einer kritischen Überprüfung wert erscheint auch ein zweiter Einzelfall, der des vom Minsker Gericht zum Tode verurteilten Hauptmanns Carl Max Languth. Im Zivilberuf Mitarbeiter der Kripo seiner Heimatstadt Leipzig¹¹⁵, war Languth,

¹¹² Ebenda, Bl. 214.

¹¹³ Ebenda, Bl. 217.

¹¹⁴ So durch Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 852 f., der zum in Frage stehenden Zeitpunkt offenbar sogar eine Verlegung der 327. Infanteriedivision nach Krasnodar am Kuban für möglich hält und die Glaubwürdigkeit von Hetterichs Widerruf in Zweifel zieht. Zum Einsatz der 327. Infanteriedivision an der russischen Front vgl. Georg Tessin, *Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945*, Bd. 9, Osnabrück 1974, S. 163 f. Die von Stoecker, *Der Minsker Schau-Prozeß*, S. 64, geäußerte Vermutung, ein Dokument aus der Spezialabteilung des Vorkuta-Lagers vom September 1948 in Hetterichs Kriegsgefangenenakte, in: *ZStL*, 208, AR-Z 68/75, Verschiedenes 299, Bl. 27, beweise eine Vorverurteilung bereits am 14. 12. 1945, erscheint nicht zwingend, da hier offenbar irrtümlich auf das Datum der Inhaftierung, dem Zeitpunkt, von dem an die Haftzeit zu rechnen war, Bezug genommen wurde. Alois Hetterich starb wie Hans Büchner 1995.

¹¹⁵ Im Prozeß bezeichnete er sich als ehemaligen Judenreferenten der Leipziger Gestapo, was sich allerdings schwerlich bestätigen läßt. Siehe dazu Adolf Diamant, *Gestapo Leipzig*, Frankfurt a. M. 1990, besonders die Mitarbeiterliste auf S. 213, wo sich nirgendwo der Name Languths findet. Judenreferent der Gestapo Leipzig war ab 1938 Kriminalsekretär Paul Zenner, ebenda, S. 13. Ebenso Hans-Dieter Schmidt, *Gestapo Leipzig. Politische Abteilung des Polizeipräsidiums und Staatspolizeistelle Leipzig 1933–1945*, Beucha 1997, S. 50.

der im Sommer 1940 eingezogen worden war, seit dem Spätsommer 1941 erster Lageroffizier des Kriegsgefangenen-Durchgangslagers (Dulag) Nr. 131 in Bobrujsk. In dieser Dienststellung erlebte er den großen Zustrom sowjetischer Kriegsgefangener, der sich im Zuge der Kesselschlacht von Brjansk-Vjazma (Unternehmen „Taifun“) ab Mitte Oktober d.J. im Mittelabschnitt der Ostfront ergeben hatte und in allen Gefangenenlagern oder Sammelpunkten des rückwärtigen Heeresgebiets zu unmenschlichen Zuständen führte¹¹⁶. Was war die zentrale Anklage in diesem Fall? Sie betraf neben den allgemeinen Zuständen im Dulag 131 in den kritischen Wintermonaten 1941/42 und dem Transport von Kriegsgefangenen in offenen Güterwaggons mit vielen Erfrierungsoptionen jenes Geständnis, das Languth in einer Vernehmung am 21. Dezember 1945 vor seinem Untersuchungsführer, Oberst Ščerbakov, abgelegt hatte. Darin hatte er ausgesagt, an einem perfiden Tötungsverbrechen an Tausenden von russischen Kriegsgefangenen, das, wie Manfred Messerschmidt urteilte, „noch sämtliche Befehle über Gefangenenbehandlung und Aussonderung in den Schatten [stellte]“¹¹⁷, beteiligt gewesen zu sein. Sein Lagerkommandant, Oberstleutnant von Roeder, habe ihn, so Languths Aussage¹¹⁸, wenige Tage vor dem 7. November 1941 mit der Ankündigung ins Vertrauen gezogen, daß an diesem Tag durch eine gezielte Brandstiftung von deutscher Seite im Lagerkomplex IV, einem dreistöckigen Kasernengebäude der Bobrujsker Zitadelle, ein Massenausbruch russischer Gefangener provoziert werden sollte. Zu diesem Zweck würde am Abend zuvor ein Sondertrupp, den er, Languth, in die Örtlichkeiten einweisen sollte, auf dem Dachboden des Gebäudes Brennstoffe deponieren, um dann am folgenden Tag den Brand zu zünden. Der Plan, so habe ihm sein Lagerkommandant berichtet, sei ihm „kürzlich“ in einer „streng vertraulichen Besprechung“ von einem Oberst Sturm unterbreitet worden, der für den Fall einer extremen Überbelegung des Lagers und mangelnder Abtransportmöglichkeiten „Anweisungen zur Vernichtung von K[riegs]g[e]f[angenen] vom OKW Berlin erhalten“ habe. Die Vernichtungsaktion hätte dann am 7. November, ein Datum (Jahrestag der Oktoberrevolution), das im Hinblick auf die Behauptung eines organisierten Ausbruchversuchs bewußt gewählt worden wäre, in der geplanten Form stattgefunden, wobei ein von der Kommandantur alarmierter Verband der 221. Sicherungsdivision das Gebäude umstellt und mit gezieltem MG-Feuer die in Panik geratenen Kriegsgefangenen beschossen hätte. Die ganze Aktion habe, wie Languth im Prozeß sagte, sowohl durch den Brand, als auch durch die anschließende Panik und das MG-Feuer verursacht, rund 4000 Opfer gefordert und sei ausschließlich zwischen ihm und seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Lagerkommandanten, abgesprochen gewesen¹¹⁹. Anschließend habe man „nach Berlin gemeldet, Kriegsge-

¹¹⁶ Vgl. dazu Christian Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa“. Aus dem Tagebuch eines Lagerkommandanten, in: VfZ 49 (2001), S. 97–158, besonders S. 15 ff.

¹¹⁷ Messerschmidt, Der Minsker Prozeß, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 563.

¹¹⁸ Im folgenden nach ZStL, V 319 AR 327/77, Bl. 101–105.

¹¹⁹ Sudebnyj process, S. 344 u. S. 350 f.

fangene hätten selber die Gebäude in Brand gesteckt, um eine Flucht aus dem Lager zu ermöglichen¹²⁰.

Soweit das Geständnis des Carl Languth. Messerschmidt hielt den Hergang der Aktion für „geklärt“, wobei allerdings unklar geblieben sei, „ob hierzu ein Befehl ‚von oben‘ vorlag“¹²¹. Ebenso wertete Christian Gerlach die Geständnisversion wie die angegebene Opferzahl von 4000 für „realistischer und schlüssiger“ als die später gewonnenen Erkenntnisse der bundesdeutschen Justiz, die Alfred Streim schon 1981 veröffentlicht hatte¹²². Auch die Initiatoren der ersten Wehrmachtsausstellung haben Languths Geständnis anstandslos der Öffentlichkeit präsentiert¹²³.

Im Unterschied zum Fall Hetterich gibt es hier keinen überlebenden Heimkehrer, der nachträglich Aussagen über die Hintergründe seiner Anklage hätte machen können. Languths damaliger direkter Vorgesetzter, Oberstleutnant Dr. August Egenolf Freiherr Roeder von Diersburg, starb im August 1968, Jahre bevor die zuständige Staatsanwaltschaft Stuttgart aufgrund der Minsker Prozeßmaterialien ein Ermittlungsverfahren gegen ihn einleitete¹²⁴. Oberst Carl Sturm, der ominöse Anstifter der Bobrujsker Tat, war bis zum 14. Oktober 1941 Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant K, unterstand in dieser Dienststellung dem OKH und war für die Region nördlich der Linie Minsk–Smolensk verantwortlich. Die Stadt Bobrujsk lag demnach nicht in seinem Zuständigkeitsbereich, sondern in dem seines Kollegen Oberst Otto Marschall, dem Kgf.-Bezirkskommandanten J¹²⁵. Ab dem 14. Oktober 1941 war Sturm Kommandant des Kriegsgefangenenstammlagers (Stalag) III A im brandenburgischen Luckenwalde; er starb im Juni 1956 in Berlin, ohne je belangt worden zu sein¹²⁶. Zwei entfernte deutsche Zeugen der damaligen Vorgänge in Bobrujsk, von Roeders Dolmetscher, Max Otto

¹²⁰ Ebenda, S. 347.

¹²¹ Messerschmidt, Der Minsker Prozeß, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 563.

¹²² Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 854; Streim, wie Anm. 17.

¹²³ Vgl. Vernichtungskrieg. Ausstellungskatalog, S. 134. Dasselbe gilt für das von ihm selbst am 19. 1. 1946 im Prozeß widerrufenes Geständnis Paul Eicks vom 18./19. 12. 1945, in: Ebenda, S. 122. Die Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ wertete in ihrem Bericht vom November 2000 (S. 64) das Geständnis Languths, „daß der Brand auf Weisung des OKW gelegt wurde, um die Gefangenen zu vernichten“ als „aus mehreren Gründen zweifelhaft“ und empfahl, diesen Teil aus der Ausstellung zu nehmen. Vgl. auch Bogdan Musial, Die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und der Bericht der Kommission zu ihrer Überprüfung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49 (2001), S. 712–731, hier S. 724.

¹²⁴ Staatsanwaltschaft Stuttgart, 15. 8. 1978. Ermittlungsverfahren gegen Dr. Egenolf Freiherr von Roeder-Diersburg u. a. wegen Mordes. Einstellungsverfügung, in: ZStL, V 319 AR 327/77, Bl. 723–737. Roeders Sohn, Dr. Arbo Freiherr Roeder von Diersburg, Stuttgart, bestätigt, daß sein Vater, gemäß eigener Erzählung, als Lagerkommandant in einem Falle hatte Sperrfeuer anordnen lassen müssen. Mündliche Auskunft vom 31. 3. 2001.

¹²⁵ Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 786 (dort Anm. 73).

¹²⁶ Datenblatt Generalmajor Carl Sturm (1879–1956), in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Msg. 109 (Personengeschichte deutscher Generale). Vgl. auch Auskunft der Deutschen Dienststelle/Berlin (frühere Wehrmachtsauskunftsstelle) vom 18. 10. 2001; Uwe Mai, Kriegsgefangen in Brandenburg. Stalag III A in Luckenwalde 1939–1945, Berlin 1999, S. 53–55.

Hahn, und ein Oberleutnant aus dem 122. Sicherungsbataillon¹²⁷, das am Abend des Brandtages den Kasernenkomplex abgeriegelt und Sperrfeuer geschossen hatte, waren im Jahre 1946 von einem sowjetischen Vernehmer in Kamenz verhört worden¹²⁸. Beide nannten eine Zahl von bis zu 1000 Getöteten. Der letztere Zeuge sprach von zwei Bränden, einem ersten am 7. November, der gelöscht, und einem zweiten, der zwei Tage später, also am 9. November, an zwei Enden desselben Kasernengebäudes ausgebrochen und von den Gefangenen selbst gelegt worden sei¹²⁹.

Von zwei am 25. und 27. Dezember 1945 vernommenen russischen Zeugen¹³⁰, zur fraglichen Zeit Gefangene im Dulag 131 nannte der eine den Abend vom 7. auf den 8., der andere den 9./10. November als das Datum des Brandes und der anschließenden Vorgänge. Das Feuer sei auf dem Dachboden an zwei Herden im Abstand von 100–150 Meter ausgebrochen¹³¹. Über die Brandursache konnten diese Zeugen keine Angaben machen¹³². Der Zeuge Vasilij Andreevič Soroko nannte im Prozeß den Vorabend der Oktoberfeierlichkeiten, also den 6. November abends, als den Zeitpunkt des Brandausbruchs¹³³. Ein anderer russischer Zeuge berichtete erst im Jahre 1975 von einem ihm durch damalige Kriegsgefangene zu Ohren gekommenen Gerücht, „die deutschen Faschisten [hätten] eine Kaserne der Bobrujsker Festung in Brand gesteckt“¹³⁴.

Wie unbesehen darf man Languths Geständnis als Wahrheit akzeptieren? Warum sollte ein Beschuldigter grundlos eine Tat, die ihm den Kopf kosten kann und für die es doch angeblich keine anderen Mitwisser gibt, gestehen? Kann Oberst Sturm aufgrund seiner damaligen Dienststellung und örtlichen Zuständigkeit überhaupt eine solche Anweisung vom OKW erhalten haben? Paßt generell

¹²⁷ Beide Vernommene, siehe die folgende Anmerkung, nennen diese Einheit unter dem Kommando eines Oberstleutnant Graf zu Münster. Vgl. dazu anderslautende Angaben bei Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 853 (dort Anm. 416).

¹²⁸ Vernehmung des Max Otto Hahn am 10. und 14. 12. 1946, in: ZStL, V 319 AR 327/77, Bd. 2, Bl. 378–383, und des Karl Klöppel am 3. 7. sowie am 3. 8. und 12. 8. 1946, in: Ebenda, Bl. 391–396.

¹²⁹ Vernehmung Klöppels vom 3. 8. 1946, in: Ebenda, Bl. 393.

¹³⁰ Vernehmung des A. T. Gavrilenko, geb. 1896, und des N. K. Michalenok, geb. 1910, in: ZStL, V 319 AR 327/77, Bl. 140–142 u. Bl. 153–155.

¹³¹ Michalenok am 27. 12. 1945. Zur Brandursache befragt, antwortete er, darüber könne er nichts genaues sagen (*točno pokazat' ne mogu*), in: Ebenda, Bl. 153.

¹³² Der Zeuge Michalenok bestätigte dies nochmals ausdrücklich am 26. 1. 1946 während der Hauptverhandlung. Siehe *Sudebnyj process*, S. 356.

¹³³ Ebenda, S. 358.

¹³⁴ Vernehmung des S. S. Besov, geb. 1910, am 20. 2. 1975, in: ZStL, V 319 AR 327/77, Bl. 147–152. Eine Vernehmung Besovs im Vorfeld des Minsker Prozesses am 26. 12. 1945, in: Ebenda, Bl. 145 f., ist im Hinblick auf das Brandgeschehen vom November 1941 ohne Belang. Zu Aussagen russischer Zeugen, die eine Brandstiftung durch die Deutschen vermuten oder behaupten, vgl. Streim, *Die Behandlung*, S. 284; ders., *Sowjetische Gefangene*, S. 186. Auch die Zeugenaussage des Kriegsgefangenen V. S. Perkalev, geb. 1911, in seiner Vernehmung vom 13. 11. 1945, in: ZStL, V 319 AR 327/77, Bl. 133–135, befand die Stuttgarter Staatsanwaltschaft in ihrer neuerlichen Einstellungsverfügung des wiederaufgenommen Ermittlungsverfahrens gegen v. Roeder u. a. vom 19. 7. 1978 als zu den gewonnenen Ermittlungsergebnissen „eindeutig im Widerspruch“. Ebenda, Bl. 724–737, hier Bl. 731.

ein solcher Vorgang der aktiven Gefangenenvernichtung zur strikt „unpolitischen“ Grundhaltung der meisten älteren Offiziere aus der Reichswehrzeit, die an verantwortlicher Stelle das Kriegsgefangenenwesen der Wehrmacht prägten, sich vorsätzlichen Vernichtungsaktionen von seiten politischer Stellen in der Regel zwar nicht entgegenstellten, jedoch von jeder aktiven Beteiligung daran bewußt Abstand wahrten¹³⁵? Warum beharrten alle sowjetischen Darstellungen des Vorgangs auf dem Datum des 7. November, wo doch der 9. November 1941 der eindeutig gesicherte Zeitpunkt ist¹³⁶.

Die Antwort darauf kann nur das Untersuchungsverfahren geben. Die beiden Vernehmungprotokolle Languths vom 21. und 24. Dezember 1945, in denen er die zentralen selbstbelastenden Aussagen machte, zeigen schon auf den ersten Blick einen interessanten Hinweis. Das erste vermerkt als Beginn 0.15 h und als Ende 7.10 h, das zweite 0.20 h und 8.10 h. Languth ist also in der Zeit seiner Vernehmung ähnlich wie Paul Eick, Johann Richert¹³⁷ und andere der Minsker Angeklagten intensiven Nachtverhören unterzogen worden, die seine psychische und physische Widerstandskraft brechen sollten. Ziel der Anklage in seinem Fall war ganz offensichtlich, die deutsche Kriegsgefangenenpolitik im Krieg gegen die Sowjetunion als Ausfluß eines von der politischen wie militärischen Führung bewußt geplanten und systematisch durchgeführten Vernichtungsprogramms darzustellen¹³⁸. Kurzum: Die ermittelnde bundesdeutsche Staatsanwaltschaft kam zu dem Ergebnis, es bestehe „Grund zu der Annahme, daß die Inbrandsetzung der Gefangenenunterkunft durch Rädelsführer unter den Gefangenen vorsätzlich bewirkt worden ist“, um durch einen Massenausbruch, der auf das nahegelegene Hauptlager übergreifen sollte, „die Kriegsgefangenen nach ihrer Flucht von den in den Wäldern um Bobruisk operierenden starken Partisanenverbänden aufnehmen und bewaffnen zu lassen“¹³⁹.

¹³⁵ Vgl. Reinhard Otto, *Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42*, München 1998, S. 207 f. Der 1879 geborene Carl Sturm war ein typischer Vertreter der Reichswehr-Generation in der Wehrmacht, der bereits zum 31. 3. 1931 als Oberst aus der Reichswehr ausgeschieden war. Der 1890 geborene Dr. v. Roeder war in den dreißiger Jahren Generalsekretär der „Internationalen Gesellschaft für Theosophie“ und nach dem Krieg Philosophiedozent an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Stephan in Augsburg. Vgl. dazu das Portrait eines anderen Dulag-Kommandanten im Mittelabschnitt der Ostfront zu jener Zeit bei Hartmann, *Massensterben oder Massenvernichtung?*, S. 105–110.

¹³⁶ Gerlach, *Kalkulierte Morde*, S. 854 (dort Anm. 417), konterkariert seine eigene Darstellung auf S. 600, wo er gerade aufgrund des Datums vom 7. November zusammen mit anderen deutschen Vernichtungsmaßnahmen an diesem Tag „eine koordinierte Aktion“ vermutet, „um Ernährungsschwierigkeiten zu beheben“. Dazu auch Streim, *Die Behandlung*, S. 284.

¹³⁷ Vgl. Prusin, *The Holocaust*, S. 16.

¹³⁸ In seinem Schlußwort schilderte Languth nochmals die schwierige Lage des Dulag 131 im Winter 1941/42 angesichts der Überfüllung durch einen weiter ungebremsten Gefangenenzustrom, worüber die „höhere Führung“ informiert gewesen sei, und schloß mit dem Satz: „Wir begannen zu verstehen, das dies mit dem Ziel geschah, die Kriegsgefangenen zu vernichten.“ Sudebnyj process, S. 453.

¹³⁹ Zit. nach Streim, *Die Behandlung*, S. 285.

Was ergibt sich nun aus dem Dargelegten? Ist der Minsker Prozeß wie die anderen öffentlichen Verfahren der Jahre 1945 bis 1947 in der UdSSR über jeden Zweifel erhaben¹⁴⁰? Haben Forderungen nach der Rehabilitierung in Einzelfällen von vornherein als unstatthaft zu gelten, weil sie „dem revisionistischen Vorhaben einer möglichst summarischen Entschuldung“ Vorschub leisten¹⁴¹, wie Manfred Messerschmidt meinte? Sind solch apodiktische Urteile wirklich haltbar, und sind sie geeignet, gleichermaßen der Gerechtigkeit wie der geschichtlichen Wahrheit zu dienen? Der Minsker Prozeß läßt zu viele Fragen offen, als daß man sich mit Pauschalurteilen in der einen oder anderen Richtung begnügen könnte.

Was die juristische Seite der Rehabilitierung Verurteilter angeht, nimmt die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation inzwischen auch Betroffene aus den Schauprozessen nicht mehr aus. Ein verurteilter Oberfeldwebel aus dem Kiever Prozeß vom Januar 1946 ist schon im Februar 1996 rehabilitiert worden¹⁴². Um so mehr bedarf der Minsker Prozeß wie alle vergleichbaren Verfahren dieser Zeit endlich einer vorurteilsfreien und kritischen Aufarbeitung von seiten der historischen Wissenschaft.

¹⁴⁰ Prusin, S. 16, bejaht den Charakter der Verfahren als Schauprozesse („merely show trials“), urteilt in seiner Bilanz jedoch etwas widersprüchlich: „The trials tell us volumes about the Soviet legal system of the 1940s and constitute a considerable source of valuable information on the Holocaust in the Soviet Union.“

¹⁴¹ Messerschmidt, Der Minsker Prozeß, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 567.

¹⁴² Oberfeldwebel August Schadel, geb. 1897, rehabilitiert am 26. 2. 1996 unter Anerkennung des in seinem Fall objektiv bestehenden Befehlsnotstands und der Tatsache, daß er selbst keine Gewalttaten begangen hatte, was das Gericht mit eigenen Beweismitteln nicht widerlegen konnte. Archiv Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Datensatz Nr. 1296. Für die Auskunft sei Dr. Klaus-Dieter Müller herzlich gedankt. Zum kritischen Urteil russischer Historiker von heute über die eigene Justiz im Zusammenhang mit der Aburteilung deutscher Kriegsverbrecher siehe Petrov, Deutsche Kriegsgefangene, S. 200 u. S. 219.

Shlomo Aronson, ein Historiker der Hebrew University Jerusalem, leuchtet neue Dimensionen des arabisch-israelischen Konflikts von 1967 aus. Er behandelt sowohl interne israelische und inter-arabische wie arabisch-amerikanische und israelisch-amerikanische Probleme und fragt vor allem danach, welche Rolle das israelische Nuklear- und Raketenprogramm bei der Auslösung des Sechs-Tage-Krieges spielte.

Shlomo Aronson

Israelische Atomwaffen und der Sechs-Tage-Krieg von 1967

Das Nuklearprogramm

Die wissenschaftliche Erörterung des israelischen Nuklearprogramms¹ hat eine Reife erreicht, die es erlaubt, einige grundlegende Feststellungen als gesichert zu betrachten. Wie bei allen anderen intensiv diskutierten politisch-moralischen und strategischen Sachfragen war die Rolle des Nuklearprogramms, ja anfänglich seine Existenz, umstritten oder eine Sache unterschiedlicher Interpretation². Jedoch herrscht jetzt Übereinstimmung in etlichen Grundfragen: Daß nämlich David Ben-Gurion ein israelisches Nuklearprogramm schon bei der Gründung Israels ins Auge faßte und daß ihn dabei die Lehren aus dem Holocaust und aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg gleichermaßen motivierten. „Der Erwerb technologischer Überlegenheit über den Feind und die Entwicklung modernster Mittel der Kriegführung“ waren, so sagt der offizielle Historiker des israelischen Sicherheitsapparats in einer jüngst erschienenen – sehr wichtigen – Publikation³, angesichts der demographischen und geographischen Unterlegenheit Israels in den Augen Ben-Gurions von „größter Bedeutung“. Yitzhak Greenberg, der Historiker, der diese Publikation vorgelegt hat, hat aber nicht nur die Natur und den Ursprung „der Entwicklung eines exklusiven Kampfmittels“ benannt, sondern uns zum ersten Mal einige Zahlen über die benötigten Geldmittel gegeben⁴.

Zum Teil von wohlhabenden Juden finanziert, ging es bei dem „exklusiven“ Projekt jedoch nicht einfach um „ein Kampfmittel“, sondern um einen von Frankreich gelieferten Nuklearreaktor. Als geheime Anlage bei Dimona in der Wüste Negev gebaut, ist die Geschichte des Erwerbs dieses Reaktors bereits von Shimon Peres erzählt worden, dem als Staatssekretär in Ben-Gurions Verteidi-

¹ Vgl. Shlomo Aronson, *Israel's Nuclear Programme, the Six-Day War and Its Ramifications*, London 1999.

² Siehe Avner Cohen, *Israel and the Bomb*, New York 1998.

³ Yitzhak Greenberg, *The Creation of the Foundations for the R & D and the Defense Production. Aspects of Policy and Budgeting*, *Iyunim Bitkumat Israel, Studies in Zionism, the Yishuv and the State of Israel, A research Annual*, Bd. 9, 1999, S. 167–187, hier S. 170.

⁴ Ebenda.

gungsministerium die Gesamtleitung des Projekts oblag, ebenso von seinem Biographen und anderen⁵. Aber wichtige Details des Vorgangs blieben im Dunkel und fügten sich damit zu der undurchsichtigen Nuklearpolitik, die Israel bis zum heutigen Tag verfolgt.

Der Reaktor selbst ist im Oktober 1957 beschafft worden, nach dem Scheitern der Suez-Sinai-Kampagne von 1956⁶. Der französische Autor Pierre Pean hat den Vorgang schon weitgehend geschildert. Danach war die von Guy Mollet und Maurice Bourges-Maunouri geleitete Koalition aus Sozialisten und Radikalsozialisten von einem „München-Reflex“ motiviert, das heißt, sie setzten Gamal Abd el Nasser, den Präsidenten Ägyptens, mit Führern der Achsenmächte der dreißiger Jahre gleich und sahen in ihm eine Art faschistischer Bedrohung, ähnlich der, die damals General Francisco Franco dargestellt hatte, dem von der Dritten Republik freie Hand zum Sieg im Spanischen Bürgerkrieg gegeben worden war. Die gleiche Nachgiebigkeit war dann im Herbst 1938 beim Münchner Abkommen am Werke, als Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei opfereten, um einen kurzfristigen Frieden mit Hitler zu erkaufen. Eine solche Beschreibung ist in den Augen von Pean natürlich eine Simplifizierung, da die Suez-Kampagne zu einer Wendemarke der französischen Außenpolitik wurde. Ihr Fehlschlag, unter dem Druck nuklearer Drohungen der Sowjetunion und der Opposition der USA, bewirkte eine ganze Reihe wichtiger französischer Entscheidungen: Erstens für die Schaffung von Euratom, die als Grundlage einer europäischen nuklearen Kooperation gedacht war, der Voraussetzung eines Gemeinsamen Marktes in Europa; zweitens sollte Frankreich – in Zusammenarbeit mit Westdeutschland, Italien und auch Israel – eine vollwertige militärische Atomkraft werden.

Der Entschluß, Israel das „Königsgeschenk“ einer kompletten Anlage zur Plutonium-Herstellung und Spaltung zu geben, wird von Pean als ein komplexer politisch-technologischer Handel geschildert, nicht einfach als ein von Gefühlen bedingter Akt. Angesichts der komplexen internen Verhältnisse Frankreichs half der Hinweis, Israel Hilfe zu leisten, den die Regierung Mollet tragenden Sozialisten bei der Überwindung der linkssozialistischen Opposition gegen die Entscheidung der Regierung, Frankreich auf den Weg zur Nuklearmacht zu führen. Zusammenarbeit mit Israel, einem belagerten sozialistischen Schwesterstaat, vermochte der französischen Entscheidung zumindest ein gewisses Maß an Legitimation zu verschaffen, vielleicht sogar eine Art internationalen Verständnisses unter Nuklearwissenschaftlern zu wecken, von denen ja viele jüdisch waren. Damals erreichte im Westen die moralisch-politische Kampagne gegen „die Bombe“ einen neuen Höhepunkt, und die Anti-Verbreitungs-Haltung der Vereinigten Staaten stand potentiellen Nuklearmächten wie Frankreich beim Erwerb wichtiger Instrumente, zum Beispiel modernster Computer, im Wege. So machte es Israel, nach der Unterzeichnung eines formellen Abkommens über nukleare

⁵ Vgl. Shimon Peres, *Battling for Peace. A Memoir*, London 1995; Michael Bar-Zohar, Ben-Gurion, Bd. III, Tel-Aviv 1977; Matti Golan, Peres, Tel-Aviv 1982.

⁶ Vgl. Pierre Pean, *Les Deux Bombes*, Paris 1982.

Kooperation im Oktober 1957, möglich, die Parameter der französischen Bombe durch Nutzung amerikanischer Computer-Einrichtungen, die im Weizmann-Institut für Wissenschaft in Rehovoth zur Verfügung standen, zu berechnen⁷. Kurz danach begannen französische Techniker mit dem Bau des Dimona-Reaktors, der, einschließlich der Anlage zur Plutoniumspaltung, bis Ende 1963 fertiggestellt sein sollte⁸.

Die Bombe war dazu gedacht, das isolierte Israel gegenüber Nassers Ägypten zu stärken, dem politischen Sieger des Suez-Sinai-Fiaskos von 1956 und Frankreichs Hauptfeind im Kampf um Algerien. Zugleich dachte man in Israel an eine zunehmend engere nukleare Zusammenarbeit mit Westdeutschland und möglicherweise Italien; von Bonn wurde zumindest eine geheime Militärhilfe erreicht⁹. Daß General Charles de Gaulle 1958 die Regierung übernahm, schien sich auf die französisch-israelische Kooperation nicht auszuwirken, jedenfalls nicht bis 1960, als mehrere Faktoren zusammentrafen und die Fertigstellung des israelischen Projekts gefährdeten: Erstens hatte Frankreich 1960 seine eigene Bombe getestet, es war nun offiziell in den Klub der Nuklearmächte eingetreten. Israelische Hilfe war somit entbehrlich geworden, im Konzept de Gaulles war die französische Bombe außerdem kein Exportgut. Ein solcher Standpunkt machte aus Euratom ein wesenloses Geschöpf, und Frankreich, nun atomare Großmacht, schloß sich jenen Staaten an, die sich der Weitergabe von Atomwaffen an kleine Länder außerhalb des Klubs widersetzen. Zweitens bewog General de Gaulle die Westdeutschen, seine politisch-strategische Führerschaft – statt partnerschaftlicher Zusammenarbeit – in nuklearen Fragen zu akzeptieren, wobei Bonns Zugang zum nuklearen Arsenal der NATO ein ständiges Problem dieser Organisation blieb¹⁰.

So teilte de Gaulle Mitte 1960 Jerusalem mit, das Geheimnis von Dimona sei gelüftet und Frankreich werde seine Rolle in dem Projekt beenden¹¹. Tatsächlich wurde der Bau zunächst eingestellt, zumindest offiziell. Drittens: Wir wissen noch nicht, ob der General sich schon damals entschlossen hatte, Algerien teilweise oder ganz zu räumen. Die algerische Sahara diente Frankreich als nukleares Testgelände, und die dortigen Experimentieranlagen für ballistische Raketen sind vor dem plötzlichen Entschluß, die französische Beteiligung am Dimona-Projekt einzustellen, von israelischen Militärs besucht worden, so vom ehemaligen Generalstabschef Moshe Dayan und vom stellvertretenden Verteidigungsminister Shimon Peres. Die beiden waren Ben-Gurions engste militärische Gehilfen und spielten wichtige Rollen bei der militärischen Zusammenarbeit zwischen Israel und Frankreich, die zur Suez-Sinai-Kampagne von 1956 geführt hatte. Seit damals hat-

⁷ Vgl. ebenda.

⁸ Vgl. ebenda.

⁹ Vgl. Bar-Zohar, Ben Gurion, Bd. III, S. 1522 ff.

¹⁰ Vgl. Susanna Scharfstetter, Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968, München 1999.

¹¹ Zur Krise mit Frankreich 1960 vgl. Pean, Les Deux Bombes, S. 102 u. S. 123–140; Golan, Peres, S. 72.

ten sich zwischen den Streitkräften der zwei Staaten derart enge Beziehungen entwickelt, daß de Gaulle hier eine Gefahr für seine algerischen Pläne gesehen und das Dimona-Projekt auch deshalb suspendiert haben könnte.

Die Krise wegen Dimona war nicht auf Frankreich und Israel beschränkt. Die Amerikaner bekamen Wind von dem Geheimnis, und es war zu erwarten, daß es, nach ernststen Debatten hinter den Kulissen, wie das israelische Unternehmen zu stoppen sei, an die Öffentlichkeit gebracht wurde¹². Israel bemühte sich verzweifelt, das Projekt zu retten. Ben-Gurion unternahm deshalb seinen ersten offiziellen Frankreichbesuch und führte dort Verhandlungen, die auf den ersten Blick recht irreführende Resultate brachten:

Erstens gab Ben-Gurion im Dezember 1960 in der Knesset bekannt, daß Israel „zur Entwicklung des Negev“ (also für friedliche Zwecke) einen Nuklearreaktor baue. Israel hat mithin unter äußerem Druck selber das Streben nach nuklearen Waffen delegitimiert. Zweitens ließ General de Gaulle angesichts solcher Umstände die Wiederaufnahme des Reaktorbaus zu, wobei er nach meiner Meinung die Erlaubnis an die Bedingung knüpfte, daß Israel oder das israelische Militär und der israelische Nachrichtendienst die französische Armee in jeder Hinsicht unterstützten, nachdem er sich zum Rückzug Frankreichs aus Algerien entschlossen hatte. Die offizielle französische Version – Jahre später formuliert – der weiterhin gegebenen Beteiligung Frankreichs am Reaktorbau lautete: Frankreich hat sich von dem Projekt zurückgezogen, aber Israel setzte es „allein fort“¹³.

Da der Bau des Reaktors fortgesetzt und – Ben-Gurions Biographie zufolge – 1963 abgeschlossen wurde, blieb nun die entscheidende Frage, ob Israel auch eine Plutoniumspaltanlage erworben hatte. Ben-Gurion hatte schon Mitte 1962 auf höchster Ebene über Israels künftige Nuklearstrategie beraten lassen¹⁴. Vorerst wurde dabei keine offene Abschreckungsposition beschlossen, worin Yair Evron und etliche andere Autoren eine damals also noch von Ben-Gurion selbst getroffene Entscheidung sahen, nukleare Abschreckung nicht als Existenzsicherung Israels zu wählen¹⁵. Später griffen die Amerikaner direkt in die israelische Innenpolitik ein und leisteten ihren Beitrag zu Ben-Gurions Rücktritt als Ministerpräsident und Verteidigungsminister¹⁶. Nach mündlichen Auskünften und nach veröffentlichten israelischen Quellen hat Ben-Gurion seine Ämter auf Grund einer inneren Krise und amerikanischer Anstrengungen zur Einfrierung des Dimona-Projekts aufgegeben. Die Amerikaner hofften dafür Konzessionen Ägyptens bei dessen – recht kläglichem – Raketenprogramm einhandeln zu können; auch waren ihnen die Verbindungen zwischen dem Dimona-Projekt und Westdeutschland zu eng geworden. Die sowjetische Rolle im Zusammenhang mit Dimona und den Beziehungen zwischen Jerusalem und Bonn bleibt, aus Mangel

¹² Vgl. hierzu Mordechai Gazit, *President Kennedy's Policy Toward the Arab States and Israel*, Tel-Aviv 1983, S. 40.

¹³ Bar-Zohar, *Ben-Gurion*, Bd. III, S. 1373.

¹⁴ Vgl. Yair Evron, *Israel's Nuclear Dilemma*, Tel-Aviv 1987, S. 17.

¹⁵ Vgl. ebenda.

¹⁶ Zu den Einzelheiten vgl. Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

an Primärquellen, dunkel. Doch hat der Krenl laut Shimon Peres während der Regierungszeit Ben-Gurions kräftig in Washington interveniert, was aber abgewehrt werden konnte, da kein Beweis für die Existenz einer Israel zur Verfügung stehenden Plutoniumspaltanlage zu finden war¹⁷.

Der Raketenkomplex – die frühen Entscheidungen

Hier kommen nun die neuen Quellen von Yitzhak Greenberg ins Spiel, die meine frühere Forschung stützen, welche auf Dimona konzentriert war und weniger auf das Raketenproblem. Danach ist „Ben-Gurions allgemeine Anschauung“ hinsichtlich des Baus einer eigenen Research-and-Development-Infrastruktur und der Produktion zu Verteidigungszwecken 1962 deutlich ausgedrückt worden. Das war das Jahr, in dem Ben-Gurion, wie der bereits erwähnte Yair Evron glaubt, sich entschlossen hat, keine nukleare Abschreckungsposition zu beziehen. Tatsächlich aber wird Ben-Gurion dahingehend zitiert, daß er sich dafür entschied, sowohl in Israel wie in Frankreich „Kampfmittel“ zu entwickeln, und zwar trotz der hohen Kosten und trotz der Belastung des Etats. Bei diesen „Kampfmitteln“ handelte es sich um Kurz- und Mittelstreckenraketen, die Atomsprenköpfe tragen konnten.

Zwei Gründe, so sagt uns die gleiche autoritative Quelle, zeichneten vor allem für die Entscheidung verantwortlich, die Kampfmittel parallel in beiden Ländern zu entwickeln. Erstens herrschte in Israel ein Gefühl der Dringlichkeit, da man annahm, Ägypten werde bald über moderne Kampfmittel verfügen, und zweitens gab es Zweifel daran, daß die israelische Behörde für die Entwicklung von Kampfmitteln (RAFAEL) in der Lage sei, die Aufgabe in kürzester Zeit zu bewältigen¹⁸.

Das ägyptische Raketenprogramm, an dem deutsche wie österreichische Wissenschaftler und Ingenieure beteiligt waren, wurde in Israel 1961 bekannt. Diese Enthüllung verursachte eine ernste innen- und außenpolitische Krise in Israel, die mit Ben-Gurions Ansehensverlust in den Augen vieler Angehöriger der israelischen Elite zusammentraf. Die innenpolitische Krise hatte schon 1960 begonnen. Als „Lavon-Affäre“ bezeichnet, war sie in erster Linie eine Erschütterung, die aus der Suche nach neuen Führern und dem Versuch der Wiederbelebung der Sozialdemokratie resultierte; die zentrale Figur war der ehemalige Verteidigungsminister Pinchas Lavon, der nun eine führende Rolle in den Gewerkschaften spielte. Die Nuklearfrage wurde alsbald Teil der Kampagne Lavons gegen die Regierung, jedenfalls implizit, da Shimon Peres – Ben-Gurions Gehilfe und politischer Rivale – das Dimona-Projekt leitete, das an sich schon Anlaß zu einer internen und öffentlichen Debatte war¹⁹. Aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können, gelang es Lavon, verschiedene Gruppen der israelischen Elite um sich zu sammeln. Ben-Gurions Zeit schien abgelaufen, auf Grund seines Alters, seines Führungsstils und der Kämpfe in der Mapai-Partei um seine Nachfolge. Das Nuklearprogramm konnte als eine Quelle ernster Schwierigkeiten mit beiden Super-

¹⁷ Vgl. Peres, *Batling for Peace*, S. 138 f.

¹⁸ Vgl. Greenberg, *The Creation*, S. 170 ff.

¹⁹ Vgl. Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

mächten hingestellt werden, als unverantwortliche Verschwendung von Ressourcen, als Herausforderung der Araber und der Sowjets, mit ihm gleichzuziehen, und als eine nur halblegale, weil geheime und willkürliche Operation außerhalb der parlamentarischen Kontrolle²⁰.

Doch Ben-Gurion gebot über genügend öffentliche Unterstützung und über eine ausreichend starke parlamentarische Stellung, um den Reaktorbau bis zum Abschluß im Jahre 1963 fortsetzen und um 1962 das doppelte Raketenprogramm in Gang setzen zu können. Wie schon erwähnt, war das Raketenprogramm Israels Antwort auf das ägyptische Programm; erstes Ergebnis war 1961 der Start einer behelfsmäßigen israelischen Rakete. Als Shimon Peres diese „response“ improvisierte, verfügte RAFAEL über keine Infrastruktur für die Produktion richtiger Raketen²¹, weshalb der Entschluß gefaßt wurde, die Entwicklung sowohl in Frankreich wie in Israel voranzutreiben. Das geschah unter strengster Geheimhaltung. Parallel dazu brach erneut ein öffentlicher Sturm los, der durch Ben-Gurions Politik der Kooperation mit Westdeutschland ausgelöst wurde, während gleichzeitig Deutsche Massenvernichtungsmittel in Ägypten bauten, obwohl nach dem Eichmann-Prozeß in Jerusalem israelischer Druck auf Bonn für das Verschwinden dieser Deutschen aus Ägypten hätte sorgen sollen. Als dann auch noch die Amerikaner eingriffen, um Dimona einzufrieren, war das Faß voll; Ben-Gurion sah sich im Sommer 1963 zum Rücktritt genötigt²².

Die Amerikaner hoffierten seit Anfang der sechziger Jahre Ben-Gurions designierten Nachfolger Levi Eshkol. Sie hofften, von ihm die Zustimmung zur Einstellung des Dimona-Projekts zu erhalten, falls sie als Gegenleistung eine geheime Garantie der Grenzen Israels anboten²³. Auch versprachen sie sich einige Konzessionen Kairo hinsichtlich des ägyptischen Raketenprogramms²⁴. Aber Eshkol, der General Moshe Dayan und Shimon Peres – Ben-Gurions engste Mitarbeiter – in seiner Koalition behielt, setzte das Dimona-Projekt fort, zumal auch ägyptische Konzessionen ausblieben. Doch traf Eshkol, als er die Ämter des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers übernahm, eine wichtige Entscheidung: den Stopp des Raketenprogramms *in Israel*. Wie uns Greenberg sagt, beruhte der Entschluß, die „Kampfmittel“ sowohl in Israel wie in Frankreich zu entwickeln, auf der Annahme, daß sich die Franzosen – nach der Krise von 1960 um den Reaktor – aus dem Projekt verabschieden oder Entwicklungsprobleme haben könnten. Nicht minder wichtig war die Entscheidung, in Israel „eine eigenständige Entwicklungsinfrastruktur [zu schaffen] und ein einheimisches Potential für die Entwicklung und die Produktion dieser Kampfmittel und noch modernere in der Zukunft aufzubauen“²⁵.

²⁰ Vgl. Greenberg, *The Creation*, S. 170.

²¹ Vgl. Munia Mardor, *Rafael*, Tel-Aviv 1981, S. 319.

²² Eingehende Erörterung bei Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

²³ Siehe Gazit, *President Kennedy's Policy*, S. 52.

²⁴ Dies bezieht sich auf den McCloy-Besuch in Ägypten und Israel im Sommer 1963. McCloy wollte auf ein Junktim zwischen Israels Nuklearprogramm und Ägyptens Raketen hinaus. John F. Kennedy Memorial Library, Boston, NSF (National Security Files), box 119.

²⁵ Greenberg, *The Creation*, S. 172, Anm. 11.

Eshkol war jedoch kein Verteidigungsexperte, auch hatte er sich bislang nicht sonderlich für Außenpolitik interessiert. Als ehemaliger Finanzminister und als einer der wichtigsten „Bosse“ der regierenden Mapai-Partei richtete er sein Augenmerk vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, auf die Erholung seiner Partei nach der Lavon-Affäre und auf die direkte und indirekte Kontrolle der Partei über die Allgemeine Arbeiterföderation und damit über die Preise, die Löhne und das Wachstum der Wirtschaft. Zu alledem waren diverse Aktivitäten erforderlich, darunter auch die enge Zusammenarbeit mit der links-nationalistischen Partei Achdut-Ha'Avoda. Deren Führer hielten die israelisch-deutschen Beziehungen für gefährlich, zumal angesichts der damaligen deutsch-sowjetischen Spannungen. In der Innenpolitik hofften sie die Stimmen jener Israelis zu gewinnen, die angesichts des Eichmann-Prozesses und des von ihm bewirkten „verspäteten Holocaust-Schocks“ über Ben-Gurions Deutschlandpolitik empört waren. Und 1962 nahmen ihre Repräsentanten eine recht skeptische, wenn nicht völlig negative Haltung zum Nuklearprogramm ein, weil sie amerikanische und sowjetische Kritik befürchteten²⁶. Abgesehen davon betrachtete Eshkol die militärische Forschung und Entwicklung auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, und zwar im Hinblick auf die Zeit und das Geld, die man benötigte, um Raketen aus eigener Produktion zu liefern, im Vergleich zu der Zeit, die eine Erwerbung in Frankreich beanspruchte²⁷.

Die Kosten stiegen, als die Budgets, die für die Entwicklung (der Rakete) und für den Ankauf amerikanischer „Hawk“ Boden-Luft-Raketen abgezweigt werden mußten, laufend größer wurden²⁸. Letztere waren zur Verteidigung des Dimona-Reaktors und anderer lebenswichtiger Ziele in Israel unbedingt erforderlich. Israel hatte sie erst nach langen Verhandlungen über amerikanische Besuche des Reaktors erhalten, der sich in diesem Stadium als „sauber“ erwies, das heißt nicht für die Produktion von Nuklearwaffen konstruiert²⁹. Die Aufnahmen, die der israelische Nuklearwissenschaftler Vaanunu machte und die von der Londoner „Sunday Times“ veröffentlicht wurden, haben aber später gezeigt, daß eine Spaltanlage unter dem Reaktorgebäude gebaut wurde, das amerikanische Experten damals wie auch noch danach inspizierten, ohne die Anlage zu bemerken³⁰. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung Eshkols, die Raketenentwicklung in Israel zu stoppen, zu erklären. Dabei müsse beachtet werden, schreibt Greenberg, daß diese Entscheidung gegen den stellvertretenden Verteidigungsminister Shimon Peres getroffen wurde und Ben-Gurion mißfiel³¹. „Es ist möglich, daß Ben-

²⁶ Vgl. Evron, *Israel's Nuclear Dilemma*, S. 17.

²⁷ Vgl. Greenberg, *The Creation*, S. 173.

²⁸ Vgl. ebenda.

²⁹ Vgl. Bar-Zohar, *Ben-Gurion*, Bd. III., S. 1393 ff.

³⁰ Vgl. *Sunday Times* vom 5. 10. 1986; hier auch das Interview mit Jean François Perrin, dem ehemaligen Generaldirektor der französischen Atomenergiekommission, dessen Zeugnis zufolge die Franzosen verpflichtet waren, zum Reaktor selbst eine chemische (Spalt-)Anlage zu liefern.

³¹ Vgl. *The New York Times* vom 16. 11. 1963, wo von Ben-Gurion behauptet wird, er habe angesichts ägyptischer Drohungen israelische Experimente in Dimona angedeutet; Ben-Gurions Dementi in: *The New York Times* vom 20. 11. 1963.

Gurion diese Entscheidung meinte, als er [später] Eshkol scharf kritisierte und ihn für einen groben Schnitzer in Sicherheitsfragen verantwortlich machte.“ Dieses Zerwürfnis bestimmte zu einem großen Teil die innere Verfassung Israels, die zur Eröffnung des Krieges von 1967 beitrug³². Tatsächlich wurde Ben-Gurion seit 1964 aus mehreren Gründen zum offenen Rivalen Eshkols: eine Rolle spielten die Bereitschaft Eshkols, Lavon zu rehabilitieren, und möglicherweise die amerikanischen Inspektionen von Dimona und die Raketenfrage. All das verband sich mit dem Programm zum Erwerb von Raketen, statt sie selbst zu bauen, und mit regionalen und weltweiten Entwicklungen; so kam jener Eskalationsprozeß in Gang, der zum Krieg von 1967 führte.

Die amerikanischen Präsidentschaftsakten

Die Quellenlage erlaubt uns, amerikanische Primärquellen, die, vielleicht zensiert oder gereinigt, seit Jahren in Presidential Libraries und in der Library of Congress zugänglich sind, mit israelischen Primär- und Sekundärquellen zu vergleichen und ferner arabische Quellen, wie sie sich in westlichen diplomatischen Berichten, in offiziellen Erklärungen und in arabischen Medien spiegeln, heranzuziehen. Auch britische Quellen – einige erst jüngst freigegeben – stehen zur Verfügung, während wir noch keine amtlichen sowjetischen Akten haben; doch sind sowjetische Drohungen, den Arabern „Schutz zu gewähren“, falls Israel Atommacht werden sollte, bereits Anfang 1966 öffentlich ausgesprochen worden.

Die relevanten Dokumente werden hier in chronologischer Folge präsentiert, wobei folgende Ereignisse von besonderer Wichtigkeit sind: Eshkols 1963 bei seinem Amtsantritt getroffene Entscheidung, dem Atomteststoppabkommen beizutreten, seine Anfang 1964 abgegebene offizielle, jedoch zweideutige Erklärung, Israel werde „nicht als erstes Land Nuklearwaffen in den Nahen Osten einführen“, sein Besuch in den USA zwischen dem 1. und 12. Juni 1964, der Wahlkampf von 1965, der zwischen Eshkol, Ben-Gurion, Dayan und Peres ausgefochten wurde, und Eshkols Entschluß vom April 1966, die israelische Atomenergiekommission zu einer „zivilen“ Einrichtung zu machen und ihren Leiter, Professor Ernst David Bergmann, abzulösen³³.

Betrachten wir zuerst die im State Department angefertigte Kopie eines Dokuments vom 12. Dezember 1964, das den Titel trägt „Hintergrundpapiere zu Faktoren, die nationale Entscheidungen hinsichtlich des Erwerbs von Nuklearwaffen beeinflussen könnten“³⁴. Daraus ergibt sich, daß Israels Atomenergieprogramm noch im Januar 1964 auf Forschung ausgerichtet schien, doch jederzeit in ein Programm zur Waffenherstellung umgewandelt werden konnte. Von Ministerpräsident Eshkol heißt es, er habe den Amerikanern mündlich gesagt, Israels

³² Greenberg, *The Creations*, S. 173, Anm. 20.

³³ Lyndon B. Johnson Library, Austin, Texas (künftig: LBJ Library), NSF, Israel, Bd. IV.

³⁴ „Background Paper on Factors Which Could Influence National Decisions Concerning Acquisition of Nuclear Weapons“, in: LBJ Library, NSF, Committee on Nuclear Proliferation, containers 1–2, Problem 2, item 1.

nukleare Aktivität sei friedlicher Natur. Indes hat weder er noch Ben-Gurion je ausgeschlossen, daß Israel eine Nuklearwaffe entwickeln werde, falls es die Situation im Nahen Osten erfordern sollte. Was die zeitliche Planung des israelischen Nuklearprogramms angeht, so wird in dem Papier geschätzt, daß es nach einer Entscheidung, sich auf nukleare Rüstung einzulassen, zwei bis drei Jahre bis zur ersten atomaren Detonation dauern werde; das heißt also bis 1967, falls der Entschluß bereits gefaßt war. Ohne auswärtige Hilfe müsse die Herstellung einer verfeinerten Bombe ein Jahr länger in Anspruch nehmen. Hinsichtlich der Raketenfrage wurde festgestellt, die USA besäßen mittlerweile überzeugende Beweise dafür, daß eine französische Firma für Israel eine zweistufige Rakete mit einer Reichweite von 250 bis 300 Meilen entwickle; der Gefechtskopf von 1500 bis 2000 Pfund sei für eine hochexplosive Ladung bestimmt.

Diese Beschreibung könnte auf die sogenannte MD 620 Kurzstreckenrakete zutreffen, die später „Jericho 1“ hieß und laut dem französischen Autor Pierre Pean in der Tat beim französischen Flugzeughersteller Marcel Dassault bestellt worden war. Wichtigster Teil des Geschäfts war jedoch eine IRBM (Intermediate Range Ballistic Missile) mit der Bezeichnung MD 660 oder „Jericho 2“. Ohne davon Kenntnis zu haben, fuhr der Verfasser des Dokuments vom 12. Dezember 1964 fort: Israel habe die Aufrechterhaltung einer eigenständigen militärischen Abschreckung als vital für sein Überleben angesehen. Während seines USA-Besuchs im Juni habe Eshkol diese Ansicht in einem Bericht, in dem er die „nuklearen“ Besprechungen zusammenfaßte, offen und nachdrücklich ausgesprochen³⁵. In dem Dokument vom Dezember 1964 wurde diese Haltung für gefährlich gehalten: Die Rüstungsrivalität im Nahen Osten habe deswegen ein bedenkliches Stadium erreicht. Es ist allerdings nicht klar, ob die Verfasser fürchteten, die arabischen Staaten würden zur Abwehr der israelischen Drohung sowjetische Hilfe erhalten, was eine viel brisantere Krise heraufbeschwören mußte als die relativ isolierte und genau definierte Raketenlage auf Kuba. Auf den ersten Blick kam die Gefahr ja nicht von der Sowjetunion, sondern von den Fortschritten in Richtung arabische Einheit und von der Verbesserung der ägyptischen Raketen-technologie, die wiederum Israel dazu drängte, eine „überlegene, erschwingliche Gegenabschreckung zu entwickeln. Dies schien zum Bau nuklearer Gefechtsköpfe für israelische Raketen führen zu müssen, die man in Frankreich zu kaufen hatte.“³⁶ Die Amerikaner hatten mithin seit Dezember 1964 eine recht klare Vorstellung von der israelischen Planung und waren genötigt, etwas zu tun. Auch durfte einige Aktivität der arabischen Seite erwartet werden, um die Vereinigten Staaten zu veranlassen, nach ihrer gegen die Verbreitung von Kernwaffen oder

³⁵ Rundschreiben 2447 nach Wien für IAEA [International Atomic Energy Agency], 26. 6. 1964, das in alle arabischen Hauptstädte ging, in: UPA microfilm, „Israel: National Security Files 1963–1969“, K4-128b [Kathy], Library of Congress (künftig: UPA/Library of Congress), Microfilm Reading Room, frames 86-892624 (85/4561 MICRR). Ich bin meinem Assistenten Oded Brosh für den Hinweis darauf zu Dank verpflichtet, ebenso für den Hinweis auf die anderen hier zitierten Akten aus den Kennedy- und Johnson-Archiven.

³⁶ LBJ Library, NSF, Israel, Bd. IV.

spaltbarem Material gerichteten Politik und entsprechend ihren Gesprächen mit der Sowjetunion und anderen über einen Atomsperrvertrag auch in diesem Fall zu handeln.

Nach dem Dokument vom 12. Dezember 1964 haben sich israelische Politiker und Beamte nicht nur über das Nuklearprogramm selbst, sondern auch über Nuklearraketen und deren Ziele ziemlich offen geäußert. Relativ niederrangige Beamte sprachen ungescheut über Israels Strategie gegenüber Ägypten: a) Boden-Boden-Raketen, gerichtet auf das Nil-Delta, und b) die Fähigkeit, den Assuan-Damm zu bombardieren und das hinter ihm gestaute Wasser freizusetzen. Die Zerstörung des Assuan-Damms würde einen Nuklearsprengkopf erfordern. „Von allen Ländern des Nahen Ostens ist die VAR [Vereinigte Arabische Republik, d.h. Ägypten] am verwundbarsten gegen einen Atomangriff. Eine einzige richtig plazierte Bombe würde eine 140 Meter hohe Wasserwand auf das enge Niltal hereinbrechen lassen, wo die ganze ägyptische Bevölkerung konzentriert ist. Israel ist auch verwundbar, aber angesichts der Besonderheiten seiner Grenzen würde ein Nuklearangriff die benachbarten arabischen Staaten fast ebenso stark in Mitleidenschaft ziehen. Daher sieht die VAR wahrscheinlich Vorteile darin, die Anwendung von Nuklearwaffen zu verhindern, mithin schon ihre Einführung in die Region.“³⁷

Letzteres Argument erhielt auch dadurch großes Gewicht, daß der amerikanische Botschafter in Ägypten, John S. Badeau, Anfang April 1964 nach Washington kablete, „die einzige Situation, in der die Ägypter dazu veranlaßt sein könnten, einen Überraschungsangriff auf Israel auch nur in Erwägung zu ziehen, wäre dann gegeben, wenn eindeutig klar werden sollte, daß die Israelis Nuklearwaffen besitzen oder bald besitzen werden. In einem solchen Fall bestünde das ägyptische Ziel darin, die israelischen Anlagen so schnell und so vollständig wie möglich zu zerstören und dann hinter die Grenze zurückzugehen, in der Erwartung, daß die internationale öffentliche Meinung und internationaler Druck die Israelis daran hindern würden, zurückzuschlagen. Dabei würden die Ägypter aus defensiven und nicht aus aggressiven Motiven handeln.“³⁸ Dann stattete Eshkol im Juni 1964 den USA einen Besuch ab und weigerte sich, das Nuklearprogramm Israels zu stoppen, aber wenn er auch keine Zugeständnisse machte, konnte ihn ein zusammenfassender amerikanischer Bericht über den Besuch doch dahingehend zitieren, daß „die Raketendrohung der VAR für den Mann auf der Straße in Israel real sei, indes Israel gleichwohl die Demonstration der eigenen Raketenfähigkeit ein bis zwei Jahre verschieben werde“³⁹. Am 26. Juli 1964 schrieb Präsident Gamal Abd el Nasser an den amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson, daß „die VAR keine Waffen der totalen Zerstörung einführen“ werde⁴⁰. Diese Versicherung mußte gegeben werden, da Israel den Vorwurf erhoben hatte, in

³⁷ Ebenda.

³⁸ Botschaft Cairo an State Department, 11. 4. 1964, in: LBJ Library, NSF, VAR, container 158, item 39.

³⁹ LBJ Library, NSF, Israel, Bd. IV.

⁴⁰ LBJ Library, NSF, VAR, containers 159–161, cables, Bd. 2, item 99a.

Ägypten seien deutsche Wissenschaftler dabei, atomare, biologische und chemische Gefechtsköpfe für Nassers Raketen zu entwickeln; schließlich wollte letzterer eine amerikanische Intervention gegen das israelische Nuklearprogramm. Er scheint das auch erreicht zu haben, da John J. McCloy, ein wichtiger Berater der amerikanischen Administration, in einer „Mission über Waffen im Nahen Osten“ nach Ägypten geschickt wurde. „Zweck der gegenwärtigen Sondierung ist die Untersuchung der Frage, wie die Rivalität zwischen der VAR und Israel hinsichtlich der Boden-Boden-Raketen eingeschränkt werden kann. Mr. McCloy's Absicht ist es, Nasser wissen zu lassen, daß wir glauben, Israel zu einem freiwilligen Verzicht auf die Atomwaffen- und Raketenrüstung bewegen zu können, sofern Nasser seine Ausstattung mit größeren offensiven Raketen auf den derzeitigen Stand oder doch auf ein niedriges Niveau beschränkt.“⁴¹ Die Vereinigten Staaten schlugen also Ägypten vor, gegen einige kleinere ägyptische Konzessionen das gesamte israelische Nuklearprogramm zu stoppen. In diesem Stadium kamen Israels Experten zu dem Schluß, daß den ägyptischen Raketen Lenksysteme fehlten und sie daher wertlos seien⁴². Jedoch schienen die Ägypter einen nicht unerheblichen Vorteil gewonnen zu haben, indem sie solche Systeme entwickelten: Die wertlosen Raketen wurden zu einem Instrument in ihrer Hand, die Amerikaner zu einem Versuch zur Beendigung des israelischen Nuklearprogramms zu veranlassen oder doch einen Keil zwischen Washington und Jerusalem zu treiben, was dann eine einseitige arabische Aktion, wenn die Zeit reif sein sollte, die Abrechnung mit einem konventionellen Israel, gedeckt genug von der Sowjetunion, ermöglichen würde.

Das Jahr 1964 endete mit zwei wichtigen regionalen Vorgängen: mit dem doppelten Wiederaufleben der Palästinenserfrage. Zuerst setzten organisierte Guerilla-Aktivitäten gegen Israel ein, die das Werk der vom baathistischen Syrien unterstützten el Fatah unter Jassir Arafat waren. Danach wurde, als Antwort auf die syrische Herausforderung, unter den Auspizien Ägyptens die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) geschaffen, die allerdings nicht vom ägyptisch kontrollierten Gazastreifen aus operieren durfte. Dies wurde zur Quelle von Friktionen zwischen den beiden panarabischen Zentren und Israel und führte noch 1964 zu einem arabischen Gipfeltreffen, dem ersten seiner Art. Die Quellen erlauben keine Antwort auf die naheliegende Frage, ob dort die nukleare Herausforderung Israels im Hinblick auf praktische Maßnahmen diskutiert wurde.

1964 gesellte sich China zum Kreis der Atommächte, und Anfang 1965 gewann die prekäre Lage im Nahen Osten eine neue Dimension: Nikita Chruschtschow war gestürzt worden, und seine Nachfolger im Kreml, zunächst Leonid Breschnew und Alexej Kossygin, waren neu und folglich unberechenbar. Bald sollten die Sowjets ihre Klienten in Indonesien und Algerien verlieren. Auf Gefährdungen ihrer Position in Syrien und Ägypten mußten sie danach empfindlicher reagieren. Außerdem wurde der Krieg in Vietnam intensiver und damit zum Beispiel für Befreiungsbewegungen in aller Welt, die sahen, wie konventionell bewaffnete

⁴¹ Ebenda.

⁴² Siehe Shlomo Aronson, *Nuclear Weapons in the Middle East*, Bd. 1, Jerusalem 1994, S. 316.

Guerillas, unterstützt von der nuklearen Supermacht Sowjetunion und von der Atommacht China, die andere nukleare Supermacht herausforderten und ihr einen Abnutzungskrieg aufzwingen, den sie auf längere Sicht nicht zu gewinnen vermochte. Solche Aussichten beflügelten das neue baathistische Regime, das Anfang 1966 die Macht in Syrien übernahm. Schließlich endete 1965, nach Eshkols Wahlsieg über Ben-Gurion, Peres und Dayan, mit einem zweiten arabischen Gipfel, dem die unmißverständliche Drohung folgte, Dimona werde zum *Casus belli*⁴³. Amerikanische Forderungen nach Inspektionen Dimonas wurden erneuert, woran sich Präsident Johnsons Vorschlag schloß, in Dimona IAEA(International Atomic Energy Agency)-Sicherungen zu installieren⁴⁴.

In diesem Zusammenhang unterzeichneten Israel und die Vereinigten Staaten 1966 das erste Abkommen über die Lieferung offensiver Waffen, das Washington dem jüdischen Staat gewährte; es sollte die sowjetische Rüstungshilfe an Ägypten, Syrien und den Irak ausgleichen, zumal Israel sich zu einer konventionellen, statt einer nuklearen, Sicherheitspolitik bekannt hatte⁴⁵. Doch all dies konnte die Araber nicht beruhigen, vor allem Ägypten nicht, das Israels Nuklearprogramm 1965 öffentlich zum Kriegsgrund erklärt hatte; auch hegten die Amerikaner nach wie vor Zweifel an Israels Absichten. Israel hat ja auch, den USA und Großbritannien gegenüber, seine Absichten nicht gänzlich verhehlt. 1965 hat eine offizielle amerikanische Mission, die nach Neu-Delhi reiste, um angesichts der chinesischen nuklearen Bedrohung das indische Nuklearprogramm zu erörtern, auch Israel besucht; an ihrer Spitze stand der amerikanische Sonderbotschafter W. Averell

⁴³ Am 19. 3. 1966 unterrichtete die amerikanische Botschaft in Kairo Washington folgendermaßen: „Konferenz enthüllte Besorgnis und tiefen arabischen Argwohn, daß Israel nukleare Bewaffnung entwickelt (wir haben bereits in Embtel 2363 Erklärung des irakischen Premiers Bazzaz mitgeteilt, daß ein Bericht, Israel sei im Begriff atomare Waffen zu produzieren, ersterster Tagesordnungspunkt der Konferenz sei).“ Nach einer zensierten halben Zeile fährt das Telegramm fort: „[...] sagte mir im strengsten Vertrauen ... [zensiert], habe ihm eine Unterhaltung zwischen ... [zensiert] Präsident Nasser [während der letzterer] seine Besorgnis über die israelische Bedrohung zum Ausdruck brachte und daran Bemerkungen knüpfte, daß die Israelis nun ‚acht Kilo Plutonium‘ hätten ... [zensiert] drückte die Ansicht aus, die er als in Kairo allgemein verbreitet darstellte, daß die Situation sehr gefährlich wäre, wenn Ägypten die amerikanischen Zusicherungen hinsichtlich der israelischen nuklearen Aktivität nicht akzeptierte.“ US-Botschaft in Kairo an das State Department, Telegramm Nr. 2389, in: LBJ Library, VAR, Container 159–161, item 20.

⁴⁴ Siehe Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1964–1968, Bd. XVIII, Arab-Israeli Dispute 1964–1967, Washington 2000, S. 597, Anm. 5 zu Dok. 298, 11. 6. 1966.

⁴⁵ Vgl. Yitzhak Rabin, A Service Record, Bd. 1, Tel-Aviv 1979, S. 129 f. Bericht über Botschafter Harrimans Treffen mit Premier Eshkol, 25. 2. 1965, in: UPA/Library of Congress (wie Anm. 35), bei dem Harriman Eshkol sagte, daß „der dahingeschiedene Präsident Kennedy immerhin Chruschtschew und Konsorten davon geheilt habe, die Drohung mit einem Nuklearkrieg zu benutzen“, wie das die UdSSR während der Suezkrise von 1956 getan hatte. Vgl. ferner den Bericht an die amerikanische Botschaft in Kairo über die Resultate des Harriman/Komer-Besuchs: „Harriman/Komer-Gespräche haben die Situation etwas entspannt, aber die Grundprobleme bleiben und sind noch immer ein potentieller Kriegsgrund. [...] Die amerikanische Regierung wird weiterhin Druck auf Israel ausüben, keine Atommacht zu werden. Wie Nasser sicherlich bekannt ist, hat die amerikanische Presse den jüngsten amerikanischen Besuch in Dimona enthüllt.“ In: LBJ Library, NSF, VAR, container 159–161, item 21a.

Harriman zur besonderen Verwendung, und eine Schlüsselrolle in ihr spielte Robert Komer, der Experte des Nationalen Sicherheitsrats für Israel und dessen Nuklearprogramm. Die von Harriman und Komer geführten Verhandlungen endeten zwar mit einer Vereinbarung über die Inspektion der Dimona-Anlage – als Gegenleistung erhielt Israel konventionelle Waffen –, aber die Amerikaner waren sich nicht sicher über die tatsächlichen Aktivitäten in Dimona und glaubten daher, die Kriegsgefahr sei noch nicht gebannt; die Araber würden die Inspektionsergebnisse erst recht nicht für bare Münze nehmen. Eine Inspektion in Dimona wurde von der amerikanischen Presse aufgedeckt, was in Israel Ärger, wenn auch nur inoffiziell ausgedrückt, provozierte⁴⁶. Im März 1966 führten die Amerikaner eine weitere Untersuchung in Dimona durch, die anscheinend überzeugend ausfiel; doch spielte die Raketenfrage für Israels wahre Absichten eine weitaus größere Rolle.

Einem jüngst erschienenen Band der Foreign Relations of the United States – „Die arabisch-israelische Kontroverse 1964–1968“ – zufolge war Ministerpräsident Eshkol jedoch bereit, die Aufstellung von Raketen französischer Provenienz zwei bis drei Jahre zurückzustellen. Ursprünglich sollten die Raketen 1967 geliefert werden. Wenn Eshkol zustimmte, sie nicht aufzustellen, oder wenn sie, wie noch zu sehen sein wird, auf Grund technischer Entwicklungsprobleme nicht aufgestellt werden konnten, hätte für Israel eine sehr gefährliche Situation entstehen können, wenn man ein paar Bomben produzierte und damit den Arabern einen sogar in amerikanischen, erst recht in sowjetischen Augen ausreichenden Casus belli lieferte, ohne über die Mittel zu verfügen, die atomare Drohung real und glaubhaft zu machen⁴⁷.

Die britischen Dokumente

Nach den neuerdings freigegebenen britischen Akten hat die in die Presse gelangte Tatsache, daß amerikanische Inspektoren 1965 Dimona inspizierten, eher die israelische Furcht vor einem arabischen Angriff auf Dimona geschürt als die

⁴⁶ Vgl. Moshe Dayan, *Germany, Dimona and the Jordan*, in: Ha'aretz vom 26. 3. 1965. Vgl. auch United States Arms Control and Disarmament Agency, *Memorandum of Conversation on Prospects of Non-Proliferation Agreement and Related Matters*, 13. 7. 1965, (limited official use) between Mr. Arieh Dissentchik, Editor in Chief, Ma'ariv Daily, Tel-Aviv, and Mr. William C. Foster, Director, ACDA, copies to the White House, to the American embassies in Moscow, Cairo, Paris, U.S. UN Mission, Mr. Harriman, in: UPA/Library of Congress (wie Anm. 35): „Mr. Dissentchik brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß durch das Fernsehen in den USA etwas über die amerikanische Kenntnis der Vorgänge in Dimona durchgesickert ist. Ohne eine Pause fuhr er fort, indem er sagte, Israel wolle keinen Krieg mit den Arabern, nicht einmal einen siegreichen, auf Grund seiner Kosten an Menschenleben und Vermögen. Wichtig sei, so glaubt er, daß die andere Seite wisse, daß Israel auf dem nuklearen Felde vier oder fünf Jahre Vorsprung hat und rasch die letzten Schritte zur Herstellung der Waffen tun könnte. Unter solchen Umständen, so sagte er, werden sie es sich zweimal überlegen, und daher verfüge Israel über ein vital wichtiges Abschreckungsmittel.“

⁴⁷ US Botschaft Tel Aviv an das State Department, 24. 5. 1966, in: FRUS 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 293.

arabische Seite beruhigt. Die amerikanische Inspektion vom März 1966 schien Klarheit zu schaffen, da keine Spaltanlage entdeckt wurde. Doch waren die Amerikaner nicht restlos überzeugt und befürchteten nach wie vor, daß die Dimona-Geschichte eine dunkle Seite habe. Am 7. Januar 1966 brachte die „New York Times“ einen Artikel von John W. Finney, demzufolge „die Vereinigten Staaten glaubten, [daß] Israel 30 ballistische Mittelstreckenraketen in Frankreich bestellt habe, ein Schritt, der die Absicht zur Entwicklung atomarer Waffen anzeige“. Im April 1966 trat Professor Ernst D. Bergmann, der legendäre Vorsitzende der israelischen Atomenergiekommission, von seinem Amt zurück. Von Bergmann hieß es, er sei der geistige „Vater der israelischen Bombe“ gewesen, doch fungierte er seit 1951 auch als Vorsitzender der Atomenergiekommission im Verteidigungsministerium. Nun berief Eshkol, eher in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident denn als Verteidigungsminister, einen neuen Kommissionsvorsitzenden.

Die im Public Record Office (PRO) liegenden Akten, die mit diesen Vorgängen und mit Geheimgesprächen zwischen Vertretern Großbritanniens, Israels und der USA zu tun haben, bieten ein konfuse Bild der israelischen Absichten, der amerikanischen Aktivitäten und der arabischen Reaktionen auf US-Manöver in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen: Nach dem Wahlsieg über Ben-Gurions neue Rafi-Partei schien Eshkols alt-neue Regierung mit Abba Eban, einer bekannten „Taube“, als Außenminister „den Amerikanern wasserdichte Sicherheiten über Dimona zu geben (vielleicht schon gegeben haben)⁴⁸ – Sicherheiten, die es den Amerikanern erlauben werden, angemessene Inspektionen durchzuführen und diese möglicherweise für vertrauliche Zusicherungen mit Ägypten zu verwenden“. Dieser Satz bedeutet, daß die Amerikaner versuchten, einen Krieg wegen Dimona zu vermeiden, indem sie für Israels Aktivitäten Verantwortung in einer Weise übernahmen, die ihnen selbst zweifelhaft erscheinen mußte. So wurde Bergmann im internen britischen Schriftverkehr als ein Mann zitiert, der glaubte, Eban habe die Sache in amerikanische Hände gelegt, während Bergmann weiterhin offen die Ansicht vertrete, daß Israel an der nuklearen Option festhalten solle. Eban wurde auch die Auffassung zugeschrieben, Israel könne auf Grund „parlamentarischer“ Widerstände zwar keine IAEA-Sicherheiten geben, doch werde ihn das nicht daran hindern, zufriedenstellende Arrangements für amerikanische Inspektionen zu treffen.

Die Briten kommentierten, daß jene „parlamentarischen“ Widerstände „real“ seien, womit das Zögern der Regierung begründet wurde, sich heftigen Angriffen Ben-Gurions, Peres' und der ganzen Rafi-Partei auszusetzen, die keine Gelegenheit auszulassen schienen, Eshkol und Eban Rückgratlosigkeit vorzuwerfen. In der Tat hat Ben-Gurion nach den Wahlen von 1965 und vor allem dann während des Jahres 1966 Eshkol offen diverser „Sicherheitsfehler“ bezichtigt und ihn für unwürdig erklärt, dem Land weiterhin als Verteidigungsminister zu dienen; in Einzelheiten ging er dabei nicht. Einer dieser Schnitzer könnte ein nachrichten-

⁴⁸ Kommentar von W. Morris, Ostabteilung, für den internen Dienstgebrauch im Foreign Office, 5. 4. 1966, zu den weiter unten zitierten Berichten aus Washington und Tel-Aviv, in: PRO, FO 371/186864.

dienstlicher Fehlschlag in Frankreich gewesen sein, der als „die Ben-Barka-Affäre“ bekannt wurde und General de Gaulle veranlaßte, eine Untersuchung des Umfangs und der Verästelungen der militärischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Israel anzuordnen, was die Lieferung der Raketen, sofern sie denn bereit standen, hätte gefährden können⁴⁹. Der andere Fehler dürfte entweder der Dimona-Inspektions-Handel von 1965, dem die zweite Prüfung im März 1966 und Bergmanns Rücktritt folgte – was in den Augen der Opposition den Abschreckungswert von Dimona minderte –, oder aber Eshkols Zusicherung gewesen sein, die Raketen zwei bis drei Jahre lang nicht aufzustellen. Konnten sie erst 1968 oder 1969 geliefert werden, ging von Israel praktisch bis dahin keine Abschreckung aus. Zugleich blieb aber Dimona ein plausibles Ziel für ägyptische Angriffe, da die Ägypter den „privaten“ Versicherungen der Amerikaner keinen Glauben zu schenken brauchten; schließlich waren ja auch Amerikaner und Briten nach wie vor mißtrauisch. Die amerikanischen Inspektionen erschwerten also die Lage von Schlüsselfiguren der israelischen Politik, ohne die Araber zufriedenzustellen, vor allem nicht die von Ägypten unterstützte PLO, die hysterisch Krieg forderte, ehe Israel Atommacht werde – wie die gut informierte libanesische Presse jener Jahre zeigt⁵⁰.

Den Briten sagte Komer vom Weißen Haus, nach seiner Meinung bestehe ein Weg, die Israelis vom Bau einer Atombombe abzuhalten, darin, sie großzügig mit konventionellen Waffen auszustatten. Daher machten sie denn auch Versuche, Israel britische Jagdbomber zu verkaufen, daher traf denn auch Washington die Entscheidung, amerikanische Jagdbomber zu liefern. Doch können all diese Hinweise auch anders interpretiert werden. Als einer, der die nukleare Option offenhalten möchte, „könne Bergmann keine bessere Taktik verfolgen, als uns davon zu überzeugen, daß die Sache tatsächlich aufgegeben ist und wir uns keine Sorgen mehr zu machen brauchen“. Mithin hat, so kann man sagen, selbst die Entfernung Bergmanns die Westmächte nicht zu täuschen vermocht – auch nicht die Araber und die Sowjets. Der britische Beamte Morris⁵¹ konstatierte ferner, die offenkundige Bedeutung der Erklärung Ebans bestehe darin, daß die bisherigen Inspektionen der Amerikaner alles seien, was getan werden müsse – „und wir wissen doch, daß sie unbefriedigend sind“ und daß Komers Bemerkungen fraglos implizieren, daß die Amerikaner zu diesem Zeitpunkt noch nicht davon überzeugt waren, die Israelis hätten die nukleare Option aufgegeben. Handschriftlich hat Morris oder einer seiner Leser im Foreign Office hinzugefügt: „Mister Komer meinte, sie würden das nie tun.“

So blieb als größeres Problem zwischen Israel, den Vereinigten Staaten, Ägypten und der Sowjetunion die Frage der Mittelstreckenraketen. Warum? Weil israel-

⁴⁹ Zur Ben-Barka-Affäre vgl. Aronson, *Israel's Nuclear Programme*, S. 41 f.

⁵⁰ Vgl. Filastin, Beirut vom 17. 11. 1966: „Vorbereitungen müssen getroffen werden, um die Nuklearreaktoren in Israel zu zerstören.“ Vgl. auch Al-Muharrar, Beirut vom 11. 11. 1966: „Gegen Israel muß ein Präventivkrieg geführt werden, und zwar mit Raketen und mit einem Überraschungsangriff aus der Luft auf den Reaktor in Dimona.“

⁵¹ PRO, FO 371/186864.

lische Mittelstreckenraketen nicht nur den Assuan-Damm zu erreichen vermochten, sondern auch Ziele in der Sowjetunion bedrohten, weshalb Israel nun zu einer Sorge Moskaus wurde. Wir sollten daher die neuen britischen Akten, die mit der Raketenfrage zu tun haben, im Zusammenhang mit den mündlichen Auskünften sehen, die ich von Efraim Evron erhielt, damals israelischer Gesandter in Washington⁵². Evron zufolge hat Komer den „ernsthaftesten Bruch“ zwischen den USA und Israel angedroht, „sollten die Raketen aufgestellt werden“. Daher wurden den Israelis A-4 Skyhawks Jagdbomber angeboten, die nur eine begrenzte Reichweite hatten und von sowjetischen Flakgeschützen und Raketen leicht abgewehrt werden konnten. Da die Vereinigten Staaten einen – 1968 tatsächlich zustande gekommenen – Atomsperrvertrag mit den Sowjets auszuhandeln hofften, war eine neue Atommacht – und sei sie noch so klein –, die mit Raketen eine Supermacht bedrohen konnte, weder in Washingtons noch in Moskaus Interesse. Aber eine solche Macht noch vor der Ratifizierung eines Sperrvertrags zu werden, konnte die dringendste Aufgabe israelischer Politik seit den Tagen Ben-Gurions sein.

Nachdem die „New York Times“ im Januar 1966 über die in Frankreich bestellten IRBMs berichtet hatte, fragte Morris bei der britischen Botschaft in Tel-Aviv an, was ihrer Ansicht nach passieren würde, wenn die Israelis diese Raketen ohne nukleare Gefechtsköpfe installieren sollten⁵³. Der Botschafter, Michael Hadow, fügte seiner Antwort eine Einschätzung bei, die von seinem Heer- und seinem Luftattaché stammte; sie besagte, es sei nicht zu erwarten, daß die Israelis in nächster Zukunft etwas Brauchbares von den Franzosen bekommen würden, auch stellten, vom psychologischen Effekt abgesehen, Raketen mit konventionellen Gefechtsköpfen keinen wirklich nützlichen Zuwachs der israelischen Rüstung dar. Im zweiten Teil des Schreibens von Hadow ist allerdings Brigadegeneral Aharon Jariv, der Direktor des militärischen Nachrichtendienstes Israels, mit der Bemerkung zitiert, Israel erwarte, schon Ende 1966 im Besitz einsatzfähiger französischer Raketen zu sein.

Die Briten nahmen jedoch an, daß die ganze Frage grobenteils eine Sache psychologischer Kriegführung sei und daß die Israelis glaubten, es könne nicht schaden, wenn sie London den Eindruck vermittelten, Israel werde schon bald über ein Raketensystem verfügen. „In ihren Augen wäre es nicht von Nachteil, wenn die Araber aus britischen Quellen erführen, daß wir das als Tatsache betrachten. Dies würde alles zur israelischen ‚Abschreckungs‘-Philosophie passen.“ Darüber finden sich in den gleichen Akten amerikanische Spekulationen, die Geschichte in der „New York Times“ sei dem Reporter Finney entweder von Abba Eban selbst zugespielt worden oder von Shimon Peres, der zur fraglichen Zeit gerade die Vereinigten Staaten besuchte. Peres hatte John Kimche, den Herausgeber der in London erscheinenden „Jewish Observer and Middle East Review“, benutzt, um seine Haltung zugunsten der kostengünstigeren Lösung der israelischen Nukle-

⁵² Interviews des Verfassers in den Jahren 1991/92.

⁵³ Botschafter Michael Hadow an W. Morris, Foreign Office, eingegangen am 30. 3. 1966, in: PRO, FO 371/86851.

arabschreckung kundzutun⁵⁴. In diesem Zusammenhang berichtete Botschafter Hadow⁵⁵, daß er kürzlich Kimche getroffen habe und daß sich dessen „Stimme dem großen Chor derer hinzugesellt [habe], die ihn beschwören, das Schreiben ‚nuklearer‘ Sachen über Israel zu unterlassen. [...] Das einzige Interessante, das er zu sagen hatte, war, daß er Jariv gesehen habe und daß Jariv sehr besorgt sei über die Möglichkeit, daß die Ägypter in irgendeinem Stadium eine Art Ausschaltungsexpedition gegen Dimona unternehmen. [...] Vielleicht wurde dieses Thema zu einer Zeit angeschlagen, als es so aussah, Nasser werde sich aus dem Jemen zurückziehen – und die Israelis prophylaktische Pläne für eine Situation schmiedeten, da die zurückkehrenden Helden des Jemen alle im Sinaigebiet stationiert sein würden. Doch all dies ist sehr spekulativ.“ Nachdem er auch General Jarivs Sorgen als unbegründet verworfen hatte, war der Botschafter somit fähig, die Ursprünge des Sechs-Tage-Krieges zu verfehlen.

Weiter steht uns eine britische Anfrage vom 11. April 1966 in Washington zur Verfügung, in der libanesische Presseberichte von Mitte 1965 zitiert werden, nach denen Israel französische Raketen kaufe; Morris vom Foreign Office hatte solche Berichte für zutreffend gehalten⁵⁶. Der britische Diplomat, Everett, fragte nun Harrison Symmes, Chef der Nahost-Abteilung im State Department, wie es sich mit den Raketen verhalte; er erhielt zur Antwort, daß zusätzlich zu den London bereits gegebenen Informationen „die Raketentests auf ein Problem gestoßen zu sein scheinen und daß die Lieferung wahrscheinlich nicht vor irgendeinem Zeitpunkt im Jahre 1967 beginnen wird“. Diese und andere britische Stimmen über Gespräche in Washington lassen kaum den massiven Druck erkennen, den die Amerikaner im Zusammenhang mit Dimona und dem Raketenproblem auf Israel ausübten und mit dem wir uns noch auf der Basis der einschlägigen FRUS-Dokumente beschäftigen werden.

Erhols Kompromisse

Auf den ersten Blick sah der amerikanische „Kompromiß“ nach einem Memorandum Komers an Präsident Johnson vom 22. Februar 1966 folgendermaßen aus⁵⁷: „In kurzen Worten: Wir werden Israel 48 A4Es (rund 50 Millionen Dollar) verkaufen und als Gegenleistung wird Israel 1. in aller Stille unseren Verkauf von 36 gebrauchten F-104s an Jordanien unterstützen; 2. sein Versprechen bekräftigen, nur dann Atommacht zu werden, wenn das andere tun; 3. die ganze Sache ruhig behandeln, bis wir uns entscheiden, an die Öffentlichkeit zu gehen; und 4. uns in den nächsten Jahren nicht weiter wegen Flugzeugen zu behelligen.“ Komer schien sich ganz sicher zu sein, daß sich Außenminister Eban, „im wesent-

⁵⁴ An Independent Israeli Deterrent, in: Jewish Observer and Middle East Review vom 28. 12. 1962.

⁵⁵ Hadow an W. Morris, Foreign Office, eingegangen am 30. 3. 1966, in: PRO, FO 371/86851.

⁵⁶ C.H.D. Everett, Britische Botschaft Washington, an W. Morris, Foreign Office, in: PRO, 11946 G.

⁵⁷ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 273.

lichen auf unsere Bedingungen eingelassen“ hatte, nachdem er von Verteidigungsminister Robert McNamara „in zwanzig schonungslosen Minuten abgebürstet“ worden war. Aber Komer war vorsichtig genug, dem hinzuzufügen, die Israelis hätten „genügend mündliche Vorbehalte angemeldet [...] so daß wir meinen, die Bedingungen sollten schriftlich fixiert werden“. Wie erwähnt, erklärte Komer den Briten, er wisse, daß die Israelis die Bombe niemals aufgeben werden. Daher mag er unter „Atommacht werden“ eine offene Nuklearpolitik oder den Erwerb von Nuklearraketen oder auch beides verstanden haben.

Am nächsten Tag hat Präsident Johnson persönlich Anwar al-Sadat, den Präsidenten der ägyptischen Nationalversammlung, versichert, daß „wir hinsichtlich des Erwerbs nuklearer Waffen durch Israel nicht so alarmistisch seien wie die Ägypter“. Die Amerikaner beobachteten die Situation genau, sie seien schon wegen ihrer festen Politik gegen die Verbreitung nuklearer Waffen gegen eine derartige Entwicklung⁵⁸. Daraus können wir zumindest entnehmen, daß die Ägypter in den Augen Johnsons „Alarmisten“ waren, was wiederum die Israelis in Alarmstimmung versetzte, wenn sie einen Bericht über das Treffen Sadat-Johnson lasen, der nach einer weiteren offenen Drohung Präsident Nassers, Ägypten werde einen Präventivkrieg führen, falls Israel sich nukleare Waffen zulege, in der libanesischen Zeitschrift „Al-Jaum“⁵⁹ erschien. Sadat habe, so hieß es in diesem ägyptisch inspirierten Bericht, Johnson gesagt, daß Israel, nach den Informationen, „die Ägypten erhalte“, noch immer auf die Entwicklung nuklearer Waffen hinarbeite und daß General de Gaulle, in einer Unterhaltung mit dem ägyptischen Kriegsminister Feldmarschall Abd el Hakim Amer, der kürzlich in Paris gewesen sei, eingeräumt habe, Israel sei in der Lage, nukleare Waffen herzustellen. Danach und weil sich Israel weigere, amerikanischen Beobachtern die Inspektion der Anlage in Dimona zu erlauben, eine Tatsache, die angeblich Kairo Informationsstand bestätige, sei „Präsident Johnson verblüfft gewesen“ und habe Sadat gebeten, „in seinem Namen das Versprechen zu übermitteln, das zugleich eine offizielle Verpflichtung sei, daß die USA unter keinen Umständen Israel gestatten würden, eine Bombe herzustellen, und dazu falls notwendig sogar Gewalt anwenden würden [...] aber Ägypten, das den Wert amerikanischer Versprechungen kennt, vor allem wenn sie mit Israel zu tun haben, kann nicht auf sie bauen. Daher hat Präsident Nasser eine offene und klare Warnung ausgesprochen, als er von einem Präventivkrieg sprach.“

In einem Gespräch mit Außenminister Dean Rusk hat Sadat diese Warnung am 25. Februar 1966 sogar wiederholt, wobei er konstatierte, das einzige Hindernis, das der Verbesserung der amerikanisch-ägyptischen Beziehungen im Wege stehe, sei Israel⁶⁰. Sadat wurde ferner mit den Worten zitiert, die „Israel-plus-Politik, die jüdische Einwanderung ermutige, mache Expansion unvermeidlich. Die VAR

⁵⁸ Ebenda, Dok. 274.

⁵⁹ Israelische Übersetzung durch die militärische Abwehr (HAZAV) der Israelischen Armee, Sonderappendix zur Zusammenfassung der Arabischen Presse, Nr. 23, vom 26. 2. 1966.

⁶⁰ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 277 (Telegramm des State Department, gez. Rusk, an US-Botschaft in den VAR, 28. 2. 1966).

(Ägypten) hasse es, knappe Devisen für Waffen auszugeben, wolle aber nicht eine Nation von Flüchtlingen werden wie Palästina.“ Der Minister fragte, ob die ägyptische Haltung von der Furcht vor israelischer Expansion bestimmt werde oder schon von der Existenz Israels. Sadat sagte, beides wirke. „Der Minister bemerkte, ob nicht bei ersterem etwas getan werden könne, wenngleich letzteres auch ungewiß sei.“ Rusk betonte auch, daß die USA unwandelbar auf Opposition gegen die Verbreitung von Atomwaffen festgelegt seien. „Gilt weltweit für alle Länder. Die Einführung nuklearer Waffen in das Wettrüsten im Nahen Osten würde die USA veranlassen, sehr hart zu reagieren.“ So war ein libanesischer Pressebericht, Präsident Johnson habe versprochen, Gewalt gegen Israel anzuwenden, falls es Atomwaffen besitze, die etwas überspitzte Interpretation der von Rusk gebrauchten Formel „sehr hart reagieren“, auf die Sadat erwidert hatte, Ägypten „sei von der gleichen Sorge erfüllt und werde sich zur Führung eines Präventivkriegs gezwungen sehen, wenn Israel die Bombe erwerbe“. Außenminister Rusk sprach dann von seiner Hoffnung auf effektive Präventivmaßnahmen ohne Krieg. So wurden die Vereinigten Staaten in ägyptischen wie auch in amerikanischen Augen verantwortlich dafür, einen gerechtfertigten ägyptischen Präventivkrieg, falls Israel Atommacht werden wollte, abzuwenden.

Das nächste Dokument hält eine Zusammenkunft des amerikanischen Botschafters in Israel, Walworth Barbour, mit Ministerpräsident Eshkol fest, die am 24. Mai 1966 stattfand. Barbour hatte am 10. Mai die Weisung erhalten, auf die amerikanisch-israelischen Raketengespräche vom April 1964 zurückzukommen; vor allem sollte er versuchen, die Lieferung jener 30 Raketen an Israel anzuhalten, die der ursprüngliche israelisch-französische Vertrag vorgesehen hatte⁶¹. Eshkol gab Barbour die Versicherung, daß Israel keine strategischen Raketen besitze und daß es „in Israel auch keine solchen Raketen in den nächsten zwei oder sogar drei Jahren, von jetzt an gerechnet, geben“ werde. Diese Erklärung stand in eindeutigen Gegensatz zu der Bemerkung, die General Jariv, wie erwähnt, gegenüber den Briten machte, wonach Israel die französischen IRBMs so bald wie möglich aufstellen wolle. Eshkol jedoch „gab zu verstehen“, daß seine Regierung nicht daran denke, „mehr als ‚zwei Dutzend, vielleicht nur ein Dutzend, mehr oder weniger‘ zu kaufen [...]“. Er implizierte, daß sie Entwicklungsprobleme hätten und die Kosten fast prohibitiv fänden. Einerseits „wünschte [der Ministerpräsident] brennend eine weitere qualitative Eskalation der Rüstung im [nahöstlichen] Raum zu vermeiden“, doch blieb es andererseits eine offene Frage, ob er auf die Raketen im Augenblick nur deshalb verzichte, weil es reale Entwicklungsprobleme oder Komplikationen mit Frankreich – im Gefolge der Ben-Barka-Affäre – gab.

Derzeit stehen keine israelischen Quellen zur Verfügung, mit deren Hilfe der Widerspruch aufgelöst werden könnte. Wenn Israel sich aber Sorgen wegen der sowjetischen Garantie Anfang 1966 für die Araber machte – falls es selber Atombomben erwarb und die IRBM aufstellte –, so war die Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Rusk und dem sowjetischen Botschafter Anatolij Dobrynin,

⁶¹ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 293.

das am 26. Mai 1966 stattfand, nicht geeignet, solche Befürchtungen zu zerstreuen. Rusk schlug vor, daß die beiden Supermächte von ihren Verbündeten im Nahen Osten private Zusicherungen, keine Atomwaffen zu produzieren, einholen und dann gegenseitig über das Versprechen unterrichten sollten; er halte es für gewiß, fügte er hinzu, daß Israel, weil es das bereits versprochen habe, von einer derartigen Produktion Abstand nehmen werde. Dobrynyn nahm das mit Skepsis auf, sagte jedoch seinerseits zu, daß die Sowjetunion kein Land in der Region mit nuklearen Waffen ausrüsten werde. Allerdings betonte er, daß es, solange die Großmächte nicht selbst Schritte in Richtung Abrüstung unternähmen und ein Beispiel gäben, „schwierig sein werde“, die Nationen des Nahen Ostens vom Verzicht auf Atomwaffen zu überzeugen⁶². So könnten israelische IRBMs vom Westen als ein Grund für die Sowjets angesehen worden sein, den Arabern Raketen zu liefern, ihnen jedenfalls eine nukleare Garantie zu geben, und als ein Grund für die Araber, Raketen erwerben zu wollen oder einen vom Kreml unterstützten Präventivkrieg zu suchen, was wiederum Eshkol zu einem seiner Kompromisse veranlaßt haben mochte: Dimona ja, so undurchsichtig wie möglich – IRBMs nein, was Israel dazu nötigte, sich statt dessen auf Flugzeuge zu stützen, die als Abschreckung weniger glaubwürdig waren, denn sie waren kaum in der Lage, mit Nukleargefechtköpfen wichtige Ziele wie den Assuan-Damm zu erreichen, von Objekten in der Sowjetunion ganz zu schweigen.

Zur gleichen Zeit versuchte der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen Arthur Goldberg, früher Richter am Obersten Bundesgericht, sein Glück mit einem Versuch, das palästinensische Flüchtlingsproblem zu lösen. Er schien hier bei „Mr. Ebans Sonderstab“ auf positive Reaktionen gestoßen zu sein – wobei auch Eshkol völlig zustimmte. „Sie suchen nach Wegen, die Vorstellung von der ‚Festung Israel‘ abzubauen und Brücken zu den Arabern zu schlagen.“⁶³ Den Israelis bereitete das arabische Flüchtlingsproblem tatsächlich ebenso große Sorgen wie die Entstehung von Fatah und PLO, die miteinander rivalisierten, wobei Fatah von Stützpunkten in Syrien aus – über Libanon und Jordanien – Kommando-Unternehmen gegen Israel durchführte. Die von Ägypten unterstützte PLO unter Achmed Schukeiry gab sich ebenfalls sehr militant und warf sich zum beredtesten Advokaten eines Präventivkriegs auf, der verhindern sollte, daß sich Israel Atomwaffen zulegte⁶⁴. Die Argumentation war recht überzeugend: Kein arabischer Staat würde einen nuklearen Holocaust riskieren, nur um den Palästinensern beizustehen, den einzigen Arabern, die ihre Heimat verloren hatten.

Das State Department kehrte freilich rasch wieder zum Nuklearproblem zurück⁶⁵; ausgehend von einer kurz zuvor stattgefundenen Inspektion Dimonas

⁶² FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 294.

⁶³ Walt W. Rostow an Präsident Johnson, 31. 5. 1966, in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 297. Das State Department betrachtete die ganze Initiative, die von Johnson persönlich ausging, mit Skepsis.

⁶⁴ Wie Anm. 48.

⁶⁵ Außenminister Rusk an US-Botschaft in Tel-Aviv, 11. 6. 1966, in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 298.

wiederholte Außenminister Rusk in einer Unterredung mit seinem Kollegen Eban, die amerikanische Regierung halte es für außerordentlich wichtig, daß der israelischen Regierung klar sei, mit welchem Ernst man in Washington, auf höchster Ebene, die Verhinderung nuklearer Proliferation im Nahen Osten ansehe. „Der Minister sagte Eban, dies sei für die amerikanisch-israelischen Beziehungen eine Sache von fundamentaler Bedeutung.“ Danach forderte Rusk aus technischen Gründen, daß „die Periodizität halbjährlich sein müsse [...]. Was wir wollen, ist, wie schon bei mehreren Gelegenheiten erklärt, daß wir alle sechs Monate uneingeschränkten Zugang zu Dimonas Anlagen und Unterlagen haben.“

Ein großes Problem stellte für Israel die Haltung der Sowjetunion dar, die ja nicht nur als Schutzmacht Ägyptens und Syriens fungierte, sondern beiden Staaten und dem Irak konventionelle Waffen lieferte, was deren Feuerkraft erheblich steigerte und damit möglicherweise auch die Bereitschaft, von dieser Kraft Gebrauch zu machen. Gegen den israelischen Verzicht auf die nukleare Option sowjetische Zurückhaltung bei der Lieferung konventioneller Waffen an die Araber einzuhandeln, war eine entfernte Möglichkeit. Sie tauchte aber nur in einem ziemlich unangenehmen Gespräch zwischen Botschafter Gideon Rafael vom israelischen Außenministerium und Dean Rusk auf, wie es am 28. Juli 1966 der amerikanischen Botschaft in Tel-Aviv mitgeteilt wurde⁶⁶. Demzufolge hat der amerikanische Außenminister, nach der Erörterung eines israelischen Vorschlags zum Flüchtlingsproblem⁶⁷, die Frage der nuklearen Absichten Israels berührt. Er sprach vom sowjetischen Interesse an Entnuklearisierung (nicht gerade eine wahrheitsgetreue Schilderung seiner vorhergegangenen Zusammenkunft mit Dobrynin, jedoch möglicherweise die Verwendung einer sowjetischen Drohung, um Israel nachgiebig zu stimmen) und sagte dann, wenn Israel IAEA-Sicherungen akzeptieren würde, so würden, wie er glaube, die arabischen Nachbarn zustimmen und auch die sowjetischen Führer einverstanden sein. Botschafter Rafael hielt dem entgegen, die Sowjets hätten den Israelis in Genf kein Zeichen gegeben, daß sie willens seien, gegen den Bann der Atomwaffen die konventionellen Waffen in der Region zu beschränken. Israel habe aber, so fuhr er fort, klargemacht, daß es nicht als erster Staat nukleare Waffen in den Nahen Osten einführen werde. Rusk sprach von der amerikanischen „Annahme, daß die Regierung Israels aus dem Land keine Atommacht machen wolle“, und setzte hinzu: „Wenn Ihr das doch tut, werdet Ihr die Unterstützung der USA verlieren.“ Mit anderen Worten: Sollte Israel Atomwaffen erwerben, werde es allein stehen – wie das ja im Mai 1967 auch der Fall gewesen zu sein scheint. „Wenn Ihr andererseits die Nuklearsperre akzeptiert [...], werden Eure Nachbarn folgen, und das wäre der erste Schritt zur Verringerung der Spannungen. Der Minister sagte, wir könnten das sowjetische Interesse an der Limitierung konventioneller Waffen nicht

⁶⁶ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 312.

⁶⁷ Botschafter Rafael lehnte jede Repatriierung arabischer Flüchtlinge nach Israel „in diesem Stadium“ ab, da „Repatriierung ein Symbol arabischer Feindschaft gegen Israel ist“; FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 310. Man hoffte vor allem auf König Husseins Politik der Integration von Palästinensern.

garantieren, doch könne die Nuklearfrage separiert werden, und diese Überlegung sei für die amerikanische Position fundamental. Der Minister sagte [...] weiterhin, für die Regierung Israels wäre nichts unheilvoller, als das Feld der Nuklearwaffen zu betreten, und drängte darauf, internationalen Sicherungen zuzustimmen. Als Rafael protestierte, eine Nuklearsperre schaffe Israels Problem mit den konventionellen Waffen nicht aus der Welt, sagte der Minister: Das bedeutet aber, daß Ihr an der Drohung mit nuklearen Waffen festhalten wollt. Rafael erwiderte: Nein. Die Regierung Israels habe ihren Standpunkt in der Knesseth klargemacht, doch gebe es Leute in Israel – nicht in der Regierung –, die sagen, Israel solle Atommacht werden.⁶⁸ Rusk antwortete: „Entweder ist diese Karte in Eurem Blatt oder sie ist es nicht. Ist sie es nicht, dann werft sie weg und akzeptiert internationale Sicherungen.“ Er wies abermals darauf hin, daß Israel, falls es sich die nukleare Option offenhalten wolle, nicht mehr an amerikanische Unterstützung denken dürfe. „Wir wären nicht an Eurer Seite.“ Zu dieser Zeit verzichtete Präsident Nasser öffentlich auf amerikanische Getreidehilfen, und sein Sprecher Mohammed Heikal kündigte „einen heißen Sommer“ im Nahen Osten an. Kurz zuvor hatte in Damaskus eine militante baathistische Gruppe die Macht übernommen, und ihr Außenminister Ibrahim Mahus propagierte einen „algerischen“ oder einen dem nordvietnamesischen Muster folgenden und unter der Nuklearschwelle bleibenden Befreiungskrieg gegen Israel, was den Israelis die sorgenvolle Frage bescherte, wie einer solchen Strategie zu begegnen sei.⁶⁹ Mittlerweile nahm auch der Krieg in Vietnam an Intensität zu, und die Kritik an der amerikanischen Intervention, die nicht zuletzt von jüdischen Amerikanern geübt wurde, machte Präsident Johnson solche Sorgen, daß er am 2. August 1966 in einer Unterredung mit dem israelischen Staatspräsidenten Zalman Shazar vor allem über „den amerikanischen Widerstand gegen die Aggression in Vietnam“ sprach und über „dessen Auswirkung auf die amerikanischen Zusicherungen, daß die USA Aggressionen abwehren und verhindern werden, die gegen kleinere Staaten“ wie Israel gerichtet seien. Johnson wollte Israels Hilfe bei der Dämpfung der amerikanisch-jüdischen Kritik am Vietnamkrieg, erhielt aber von Shazar die Antwort, er sei Präsident von Israel, nicht des Weltjudentums⁷⁰. Israels nukleare Option scheint überhaupt nicht erwähnt worden zu sein, was zu dem Schluß verleiten könnte, daß der amerikanische Präsident an dieser Frage viel weniger interessiert war als sein Außenminister und etliche Angehörige des Nationalen Sicherheitsrats. Doch bei einer Zusammenkunft mit dem rastlos tätigen ägyptischen Botschafter Mustafa Kamel am 12. August warf Johnson ein, „die USA seien nach wie vor strikt gegen die Proliferation von Nuklearwaffen im Nahen Osten“, als Kamel erklärte, die VAR sei bereit, IAEA-Sicherungen zu akzeptieren, und indi-

⁶⁸ Wie etwa David Ben-Gurion, General Moshe Dayan und Shimon Peres, die Führer der oppositionellen Rafi-Partei. Dayan und Peres äußerten sich sogar öffentlich gegen jede Verständigung mit den USA, die das Nuklearprojekt gefährden konnte. Vgl. Shlomo Aronson, *Conflict and Bargaining in the Middle East. An Israeli Perspective*, Baltimore 1978, S. 56–58.

⁶⁹ Siehe Uzi Narkiss, *A Soldier of Jerusalem*, Tel-Aviv 1991, S. 130–246.

⁷⁰ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 314.

rekt die israelische Nuklearoption als eine der großen Gefährdungen der Stabilität im Nahen Osten hinstellte – angesichts ansonsten vielversprechender ägyptisch-amerikanischen Beziehungen⁷¹.

Botschafter Barbour versuchte am 14. September 1966 erneut sein Glück mit Außenminister Abba Eban, ehe Eban zur Jahresversammlung der UN-Vollversammlung aufbrach, wo er Dean Rusk treffen sollte⁷². Barbour verstärkte die bisherigen Argumente, indem er Rusks großes Interesse am Problem der israelischen Nuklearoption betonte und darauf hinwies, es sei doch offenkundig, nachdem über die Inspektion von Dimona einiges durchgesickert sei, daß Israel tatsächlich nicht mit der Produktion von Atomwaffen begonnen habe, weshalb die Regierung Israels nichts verliere, wenn sie die ihr nahegelegte Geste mache (und IAEA-Sicherungen akzeptiere). Eban äußerte die Meinung, daß „ein Atomwaffenrennen in der Region nun eine etwas entferntere Möglichkeit darstelle, weniger unmittelbar bedrängend als zum Beispiel ein Zusammenstoß mit Syrien“. Auch fragte er, ob Außenminister Rusk für den Fall, daß Israel an der Nuklearoption festhalte, Sanktionen androhe, worauf er die Antwort erhielt, es gehe nicht um Sanktionen, sondern um den Verlust der amerikanischen Unterstützung. Barbour hegte einige Hoffnung, daß Eban autorisiert werde, „in die Richtung“ zu gehen, „die wir wünschen“, als er aber Eban am 3. November 1966 erneut traf, wurde ihm lediglich ein Packen widersprüchlicher Argumente vorgesetzt⁷³.

Eban sagte, nach „allen Erkenntnissen der Regierung Israels sei Ägypten nun, was die israelischen Absichten hinsichtlich nuklearer Waffen angehe, ziemlich beruhigt. [...] Präsident Johnson habe ja auch den Ministerpräsidenten davon überzeugt, daß Anstrengungen, Nasser über die israelischen Absichten im Ungewissen zu halten, nicht länger das Risiko einer ägyptischen Waffenescalation wert seien. Auf Grund der ägyptischen Vorliebe für Sabotage und Komplote müsse die Regierung Israels jedoch einen mittleren Kurs finden zwischen der Zusage an Ägypten, daß Israel keine Bombe herstelle, und der vollständigen Information Ägyptens über Israels wissenschaftliche nukleare Einrichtungen. [...] Daher könne die Regierung Israels das IAEA-Kontrollsystem nicht akzeptieren, zu dem die Ägypter auf allen Ebenen Zugang haben, und [...] sie möchte sicher sein, daß wir (und vermutlich auch andere) den Ägyptern nicht Spezifika über die Lage und die Funktionen israelischer Einrichtungen geben. [...] Auch die Israelis hoffen, bald an einem allgemeinen Sperrvertrag beteiligt zu werden; sie würden das ihrer Heraushebung durch eine spezielle Vereinbarung [das heißt durch die amerikanische Inspektion von Dimona] vorziehen, die dem souveränen Status Israels widerspräche.“ Botschafter Barbour erwiderte, ein Sperrvertrag sei „noch nicht Realität, und so fest wir alle für ihn eintreten, wissen wir doch nicht, wann er Realität sein wird“.

So können wir ferner sagen, daß Israel, wenn es sich damals insgeheim in den Besitz nuklearer Waffen gesetzt hätte, Jahre vor der erst von 1968 bis 1970 erfol-

⁷¹ Das Treffen fand am 22. 8. 1966 statt. Vgl. FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 315.

⁷² FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 322.

⁷³ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 331.

genden Unterzeichnung und Ratifizierung des Sperrvertrags de facto in den Klub der Atomkräfte eingetreten wäre. Aber die Amerikaner sahen in einer solchen Entwicklung eine unmittelbare Gefahr und konstatierten: „Da wir in einer unvollkommenen Welt leben, würde eine israelische Geste, die den mißtrauischen Nachbarn zeigt, daß Israel nicht auf dem Weg zu nuklearen Waffen ist, den Frieden in der Region fördern.“ Mit anderen Worten: Die Vereinigten Staaten nahmen die arabischen – namentlich die ägyptischen – Drohungen, wegen Dimona einen Präventivkrieg führen zu wollen, ernst und erweckten sogar den Eindruck, als sähen sie die Araber im Recht und in Israel die Ursache der Instabilität in der Region – was es ja allein schon durch seine Existenz auch war. Der amerikanische Botschafter kam dann wieder auf die Raketenfrage zu sprechen und erinnerte seinen Gesprächspartner daran, daß Ministerpräsident Eshkol „erklärt hat, mit den Raketen werde es noch mindestens zwei Jahre dauern [...]“; er schlug dann vor, auch für diese Art moderner Waffen [Israels hauptsächliche Hoffnung, seine Feinde abzuschrecken], da die VAR bei der Raketenentwicklung auf Schwierigkeiten stoße, eine Kontrollvereinbarung zu treffen“. Eban behauptete, über „die Geschichte unserer Raketendiskussionen nicht informiert zu sein“, sagte aber zu, die Frage mit Eshkol zu besprechen; Barbour zog daraus den Schluß, daß „wir Fortschritte machen“ und daß Präsident Johnson den Ministerpräsidenten in der Tat davon überzeugt habe, „daß die Taktik, Nasser über die Absichten der Regierung Israels [re Dimona] im Ungewissen zu halten, gefährlich ist“.

Das Samu'-Unternehmen: Öffnung des Weges zur Eskalation

Am 13. November 1966 entsandte Generalleutnant Jitzhak Rabin, der israelische Generalstabschef, am hellen Tag eine Heeresbrigade in damals jordanisches Territorium, um dort gegen das von Palästinensern bewohnte Dorf Samu' an der Südspitze der Westbank eine Vergeltungsaktion durchzuführen. Samu' stand unter dem Verdacht, Fatah-Guerillas Unterstützung oder Unterschlupf gewährt zu haben, die von Syrien auf israelisches Gebiet vorgedrungen waren, um dort Minen zu legen, die etliche Offiziere und Mannschaften getötet hatten. Die Israelis rechneten mit einer jordanischen Intervention und konnten tatsächlich nach Samu' geschickte jordanische Truppen aus dem Hinterhalt überfallen und ihnen schwere Verluste zufügen, wobei die Operation auch noch zu einem Luftgefecht führte.

Niemals war in Ben-Gurions Tagen ein derartiges Unternehmen autorisiert worden, da man ein arabisches Regime nicht so weit herausfordern wollte und König Hussein von Jordanien sein Bestes tat, um Guerilla-Aktionen von seinem Gebiet nach Israel zu unterbinden. Hussein war freilich relativ schwach und westlich orientiert, im Gegensatz zum militanten und von der Sowjetunion gestützten Baath-Regime in Damaskus, und seine palästinensische Bevölkerung stand unter der konstanten Propaganda der von Achmed Shukeiry geleiteten PLO. Einmal einem derart harten Schlag Israels ausgesetzt, explodierte die Westbank, was die Stabilität des haschemitischen Staates gefährdete, der die Palästinenser mit Pan-

zern zur Ruhe bringen mußte. Jedermann wunderte sich darüber, daß der gemäßigte Eshkol einen Semi-Alliierten dermaßen abstrafte und gleichzeitig seine Furcht vor den stärkeren Syrern verriet, die, von den Sowjets gedeckt, der Fatah erlaubten, gegen Israel zu operieren, und sich in einer direkten Auseinandersetzung um die israelisch-syrische Grenze befanden⁷⁴. Der Samu'-Zwischenfall provozierte außerdem eine überaus zornige amerikanische Reaktion und große Anstrengungen, das Regime Husseins zu retten, der seinerseits genötigt war, gegen Israel feindseliger aufzutreten als bisher.

In Israel folgten auf Eshkols Wahlsieg von 1965 ökonomische Maßnahmen zur Kontrolle der Wirtschaft, die alsbald zu einer ernsten Rezession führten; was wiederum mehr amerikanische Wirtschaftshilfe erforderte. Die Abhängigkeit von solcher Hilfe scheint nun Eshkols Regierung zu einer defensiven Haltung gegenüber Jordanien veranlaßt zu haben, während Rabin jetzt seine volle Aufmerksamkeit Syrien zuwandte. In Israel selbst genügte indes das Zusammentreffen der Wirtschaftsrezession sowohl mit den Guerilla-Angriffen aus Syrien und aus Jordanien wie mit den Kollisionen an der israelisch-syrischen Grenze, um Eshkols Ansehen in der Öffentlichkeit ernstlich zu schädigen; dazu kamen noch Ben-Gurions dunkle Anklagen hinsichtlich Dimonas und der Ben-Barka-Affäre. Zur gleichen Zeit bat der ägyptische Botschafter in Washington flehentlich um amerikanische Lebensmittelhilfe: „Der Schlüssel zu Frieden und Stabilität im Nahen Osten sei die Fortsetzung effektiverer Beziehungen zwischen VAR und USA“, erklärte Kamel und versicherte seinen Gesprächspartnern überdies, daß Nasser nicht auf König Husseins Sturz hinarbeite⁷⁵. Die Amerikaner wiederum gaben zu bedenken, daß es doch nicht im Interesse der VAR liege, sich von Shukeiry „an der Nase herumführen zu lassen“⁷⁶.

Mit der Frage auf der Seele, wie die rapide wachsenden und gegensätzlichen Kräfte im Nahen Osten unter Kontrolle zu halten seien, kamen die Amerikaner auf das als dringlich empfundene Problem Dimona zurück. Auf seine angebliche frühere Verständigung mit Eshkol bauend, es sei „gefährlich“, Nasser über die wahre Natur von Dimona im Ungewissen zu lassen, bat Botschafter Barbour Außenminister Eban am 29. November 1966 um einen Termin beim Ministerpräsidenten⁷⁷ und fügte hinzu, „gemäß unserer Verständigung hätten wir gerne wieder eine Inspektion Dimonas; die AEC [Atomenergiekommission der USA]-Mannschaft stehe dazu in den nächsten drei Wochen jederzeit bereit. Ich begleitete das mit der Bemerkung, daß seit dem letzten Besuch fast acht Monate vergangen seien.“ Eban sagte zu, die Sache Eshkol vorzutragen, aber zwei Wochen später traf der israelische Außenminister mit Nicholas Katzenbach zusammen⁷⁸, dem geschäftsführenden Leiter des State Department, und äußerte dabei Sorge über Israels neue strategische Lage, womit er ohne Zweifel die in Rabins General-

⁷⁴ Einzelheiten in: Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

⁷⁵ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 350.

⁷⁶ Ebenda, Dok. 348.

⁷⁷ Ebenda, Dok. 351.

⁷⁸ Ebenda, Dok. 366.

stab vorherrschenden Auffassungen wiedergab: „Israels Abschreckungsfähigkeit habe insofern ein brauchbares Gleichgewicht geschaffen, als kein Nachbarstaat eine militärische Konfrontation wolle. Er [der israelische Außenminister] lobte verschiedene Warnungen Nassers und dessen Sprechers Heikal, Ägypten werde sich nicht von Syrien in verfrühte Feindseligkeiten hineinziehen lassen“, aber, so setzte er hinzu, „Israels Feinde wendeten nun eine neue Methode an, ihre Feindschaft aktiv zum Ausdruck zu bringen, den Guerillakrieg wie in Algerien, Vietnam etc. [...] Diese Technik plus der Ideologie, zu den fünf arabischen Staaten müsse eine ‚sechste Wesenheit‘ treten, nämlich die palästinensische Nation, schaffe ein großes Problem“; damit suchte Eban den Samu'-Raid zu erklären und zugleich Nasser zu beschuldigen, König Husseins Regime untergraben zu wollen. Dimona wurde in diesem Gespräch nicht erwähnt.

Am 10. Januar 1967 erhob jedoch Barbour die Forderung nach IAEA-Sicherungen, und nun gab ihm Eban eine ausführliche Antwort⁷⁹. Der israelische Außenminister „sah keine Neigung seitens der VAR“ zu sehen, „eine solche elementare Konzession im Falle Israels zu machen. Statt dessen höre man nur von einem Befreiungskrieg reden. Er frage sich, ob die Regierung der USA nicht zuviel tue, um die Sicherheit für die VAR zu erweitern, hingegen die Sorgen Israels nicht genügend berücksichtige. Er [Eban] sagte, Israels Hoffnung auf Fortschritte bei diesem Problem beruhe vornehmlich auf der Annahme, daß ein allgemeiner Sperrvertrag erreicht werde.“ Barbour erwiderte, Israel würde seinem eigenen Interesse und „dem weiteren Interesse des Weltfriedens dienen, wenn es die IAEA-Sicherungen“ akzeptiere, da „die nukleare Ungewißheit dem Wettrüsten im Nahen Osten eine ganz neue Dimension gebe und von uns mit größtem Ernst betrachtet werde; Ägyptens nukleare Anstrengung sei dagegen praktisch nicht existent“. Barbour lehnte es ab, bis zum Abschluß eines Sperrvertrags zu warten, und bemerkte zu den innenpolitischen Widerständen in Israel, die Eban ebenfalls angeführt hatte: „daß das israelische Volk eine derartige Aktion sehr wohl ebenso verstehen könne wie wir, nämlich als einen logischen Schritt im Rahmen der unilateralen Zusicherungen, die Israel der Welt hinsichtlich seiner nuklearen Absichten bereits gegeben habe“. Gegenüber seinen Vorgesetzten kommentierte Barbour freilich, „die Arbeit sei mühsam“, und er erwähnte dabei auch, daß Moshe Bitan, ein stellvertretender Generaldirektor in Ebans Ministerium, gesagt habe, „er glaube, daß Fortschritte in der Richtung, in die wir drängen, unwahrscheinlich seien“.

Zur gleichen Zeit nahmen die Zwischenfälle an der Grenze zu Syrien so sehr an Intensität zu, daß Eshkol die Amerikaner „vorsichtshalber“ warnte, „ihre [der Israelis] Geduld mit Syrien sei fast zu Ende“⁸⁰. Er verzichte noch auf konkrete Schritte, und zwar auf Grund „unserer [der Amerikaner] Reaktion auf ihren Raid gegen Jordanien, die sie böse getroffen hat“. Außenminister Rusk war im Begriff, Lebensmittelhilfe für Nassers Ägypten zu autorisieren, um angesichts der rapide instabil werdenden Lage im Nahen Osten wenigstens ein gewisses Maß an Kon-

⁷⁹ Ebenda, Dok. 377.

⁸⁰ Rostow an Präsident Johnson, 16. 1. 1967, in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 380.

trolle über den ägyptischen Staatschef zu behalten; Nasser hatte die USA ja schon öffentlich beschuldigt, einen „Aushungerungskrieg“ gegen Ägypten zu führen⁸¹, und schließlich mußte auch die Kairo angebotene sowjetische Hilfe pariert werden. Die wichtigste offene Frage war jedoch Nassers Engagement im Jemen, das dort zu militärischen Aktionen Ägyptens geführt hatte, welche Saudi-Arabien direkt oder indirekt betrafen⁸².

Während die Amerikaner noch überlegten, was mit Nasser zu tun sei, noch immer „die stärkste Figur im Nahen Osten“, wie Walt Rostow vom Nationalen Sicherheitsrat sagte, antwortete Dean Rusk am 23. Februar 1967 auf ein Telegramm der amerikanischen Botschaft in Tel-Aviv folgendermaßen⁸³: „Ihr A-478⁸⁴, das Konversationen mit zwei israelischen Kontaktpersonen wiedergibt, deutet darauf hin, daß Israel der nuklearen Bewaffnung viel näher sein könnte, als wir bisher annehmen.“ In der Tat: Die von Shimon Peres angeführte israelische „Nuklear-Lobby“ wahrte über Dimona ja keineswegs Schweigen und von Peres wußte man, daß er diese Taktik anwandte, um „seine“ Art von Abschreckung weit aus sichtbarer zu machen, als das Eshkol zu tun gewillt war. Eshkol hoffte auf ein Maß an Zweideutigkeit, das einerseits die israelisch-amerikanischen Beziehungen nicht ruinieren, sondern möglicherweise sogar, im Tausch gegen die – bislang ineffektiven – amerikanischen Inspektionen und den Verzicht auf die Aufstellung von Raketen, [Meereswasser-]Entsalzungsanlagen einbringen, auf der anderen Seite aber die Araber im Dunkel über die tatsächliche nukleare Situation Israels lassen würde. Aber dieses komplizierte Konzept, das Peres vielleicht wirklich als Traumgebilde entlarvte, brachte Außenminister Rusk dazu, dem amerikanischen Botschafter folgende Mahnung an den israelischen Ministerpräsidenten aufzutragen: Die Spitzen der amerikanischen Regierung seien sich durchaus bewußt, daß er, Barbour, die Zustimmung zu einem Besuch von Dimona schon im November erbeten habe, und sie seien über den Mangel an Entgegenkommen der Regierung Israels aufrichtig besorgt.

⁸¹ Memorandum Rusk für den Präsidenten (Entwurf), in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 384.

⁸² Lucius D. Battle, amerikanischer Botschafter in Ägypten an State Department, 1. 2. 1967, über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Vizepräsidenten Zakaria Muhieddin, in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 386.

⁸³ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 391.

⁸⁴ Ebenda, Anm. 2 zu Airgram A-478 von Tel-Aviv, 7. 2., das einem Memorandum von Rusk, 22. 2., beigegeben ist. Es faßt Berichte zusammen, die darauf hindeuten, daß Israels Nuklearprogramm raschere Fortschritte machen könnte als bislang angenommen. In der gleichen Anmerkung ist ein Memorandum für Botschafter Ellsworth Bunker, der für die Israel – und Ägypten – bei Akzeptierung von IAEA-Sicherungen zugesagten Entsalzungsgeräte zuständig war, zitiert, in dem die Einstellung der Nahostabteilung des State Department zu Israels Entsalzungsprojekt umrissen und außerdem festgehalten wird, daß „Israel vielleicht eine chemische Spaltanlage baut und mit der Produktion von Teilen einer Bombe so weit fortschreitet, daß der Zusammenbau einer Nuklearwaffe in sechs bis acht Wochen erfolgen könnte“. Die Abteilung beurteilte das jedoch zurückhaltend, und Botschafter Barbour begrüßte diese Vorsicht, wobei er hinzufügte, „von den uns zugänglichen Informationen habe ich den Eindruck, daß Dimona nicht auf vollen Touren läuft“.

Nassers Dilemmata

Am 22. Februar 1967 übte Präsident Nasser eine Art Generalkritik an den Vereinigten Staaten wegen „der Schaffung, der Unterstützung, der Bewaffnung und der Protektion Israels, wegen der Unterstützung arabischer ‚Reaktionäre‘ wie Jordaniens König Hussein, König Feisal von Saudi-Arabien und wegen der Ausübung wirtschaftlichen und psychologischen Drucks auf Ägypten“; sogar die schon ein rundes Jahrzehnt zurückliegende Weigerung der USA, Ägypten mit Waffen zu beliefern, kam noch einmal zur Sprache⁸⁵. In einem Abschiedsgespräch mit Nasser mußte sich Botschafter Lucius D. Battle eine hoch emotionale Rede des ägyptischen Präsidenten anhören. Nasser sagte offen, daß das Jemen-Problem für ihn eine Prestigefrage sei, daß es aber auch mit der Zukunft Adens zusammenhänge, dessen Räumung durch die Briten bevorstand. Er wies dann wütend amerikanischen Weizen zurück, beklagte sich über die Behandlung seines Landes durch den Internationalen Währungsfond (IWF) und drohte seine Kooperation mit dem sowjetischen Wirtschaftsblock oder auch mit China an. „Was Israel betreffe, seien seine Auffassungen wohlbekannt. Er hoffe auf die Rückkehr der Araber.“⁸⁶

Damit kann er gemeint haben, daß die Palästinenser selber kämpfen werden, möglicherweise mit Hilfe der arabischen Staaten. Aber in dieser Hinsicht war seine Lage recht kompliziert. Ägypten sah sich auf Grund seiner Kontrolle des Gazastreifens direkt in das Palästinenserproblem verwickelt. Aber seit Israels Rückzug vom Sinai und dem Gazastreifen 1957 waren Truppen der Vereinten Nationen entlang des Streifens und in Sharm El Sheikh stationiert⁸⁷. Solange die UN-Verbände blieben, war dort kein militärisches Vorgehen möglich. Nassers Rivalen begannen ihm vorzuwerfen, „sich hinter den UN zu verstecken“, statt seine eigene aufreizende Rhetorik gegen Israel und für die Rechte der Palästinenser in Taten umzusetzen, wogegen Syrien der Fatah erlaube, wirklich zu kämpfen, und die eigene direkte Konfrontation mit Israel verschärfte⁸⁸. Die Aktion gegen Samu' zeigte Nasser als einen Mann, der die Hände in den Schoß lege und Israel gestatte, harte Schläge gegen die Palästinenser der Westbank auszuteilen.

Während sie noch überlegten, wie Nassers Lebensmittelproblemen beizukommen und seine Klage über den IWF zu behandeln sei, fanden sich die Amerikaner mit israelischen Bitten um militärische und wirtschaftliche Hilfe konfrontiert – die freilich auch den Zweck hatten, eine mögliche Annäherung der USA an die Araber zu konterkarieren. Aber hier erwiesen sich die Frage der Dimona-Sicherheiten und die „Geheimniskrämerei israelischer Funktionäre über die israelische Raketenentwicklung“ als Stolpersteine⁸⁹. So hat Präsident Johnson in einer

⁸⁵ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 392, Anm. 2.

⁸⁶ Ebenda, Dok. 393.

⁸⁷ Eine knappe Zusammenfassung der Vereinbarungen von 1957 über die UN-Truppen, in: Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Memorandum Rostow für Präsident Johnson, 15. 3. 1967, in: FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 395.

Unterhaltung mit Abe Feinberg, einem amerikanisch-jüdischen Mittelsmann⁹⁰, „darauf hingewiesen, daß 1. wir vor unserem Eingehen auf die israelische Wunschliste gerne ein Datum für einen Dimona-Besuch festgesetzt sähen“. Johnson machte das nicht „ausdrücklich zur Bedingung“, erwähnte aber immerhin, daß „Eshkol auf das Schreiben des Präsidenten vom März [Mai] 1965, in dem empfohlen wurde, IAEA-Sicherheiten zu akzeptieren, nicht reagiert habe“; im übrigen wies er Walt Rostow, seinen Sicherheitsberater, an, dafür zu sorgen, daß das State Department, das Verteidigungsministerium – das entschieden gegen eine Militärhilfe war – und die Agency for International Development (AID) sich enger über ein Paket für Israel verständigten.

Am 7. April 1967 verschärfte Israel die Zwischenfälle an der Grenze zu Syrien zu einem größeren Luftgefecht, in dem die Israelis sieben MiG-21 abschossen. Einige wurden bis zu den Vorstädten von Damaskus verfolgt und dort zum Absturz gebracht. Der Vorfall begann, als die Syrer das Feuer auf einen israelischen Traktor eröffneten, der in der Entmilitarisierten Zone entlang der israelisch-syrischen Grenze pflügte; diese Zone war nach syrischer Auffassung für Kultivierung durch Israel gesperrt⁹¹. Das anschließende Scharmützel dauerte fast den ganzen Tag; es wurden Granatwerfer, Artillerie und Panzer eingesetzt. Von den Führern der Opposition in Israel, Ben-Gurion und General Dayan, wurde der Zusammenstoß als ein großer Schritt zum Krieg gewertet⁹², während der Chef des israelischen Generalstabs, Jitzhak Rabin, den Regierungschef vermutlich davon überzeugte, eine Operation dieser Art werde die Syrer abschrecken. Indes schienen sich Nassers Dilemmata – vielleicht auch seine Chancen – auf eine kontrollierte Konfrontation mit Israel zu reduzieren, und zwar mit ausreichender sowjetischer Rückendeckung, jetzt da ihr syrischer Verbündeter Schutz benötigte. Damit war Nasser die Möglichkeit gegeben, sowohl gegenüber den Amerikanern, die ihn quasi „aushungerten“ und seine „reaktionären“ Rivalen Hussein von Jordanien und Feisal von Saudi-Arabien unterstützten, als auch gegenüber seinen radikalen arabischen Konkurrenten besser zu manövrieren.

Während sich dem ägyptischen Führer solche Optionen eröffneten, wurde im amerikanischen Geheimdienstbericht zur nationalen Sicherheit vom 13. April 1967 konstatiert, daß „Rivalitäten und Streitigkeiten unter den Arabern [...] die Gefahr von Krisen heraufbeschwören, aus denen sich größere arabisch-israelische Feindseligkeiten entwickeln können“⁹³. Hauptgründe für eine arabische Militäraktion blieben aber das israelische Nuklearprogramm und israelische Raketen: „Wenn und sobald die Araber zu der Überzeugung kommen, daß die Israelis im Begriff stehen, strategische Raketen aufzustellen“⁹⁴, wird wahrscheinlich eine

⁹⁰ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 397.

⁹¹ Siehe dazu Aronson, *Israel's Nuclear Programme*.

⁹² Vgl. ebenda.

⁹³ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 404.

⁹⁴ Eine Anmerkung in: Ebenda, S. 792, definiert „strategische“ Raketen als solche, die in der Lage sind, größere Bevölkerungszentren oder militärische Anlagen des Feindes zu treffen, also Raketen mit einer Reichweite zwischen etwa 160 und 800 Kilometern.

Phase verschärfter arabisch-israelischer Spannungen beginnen. Vermutlich wird das in den nächsten zwei bis drei Jahren geschehen. In diesem Falle werden die Ägypter wohl die Sowjets um Hilfe angehen.“ Was in der ansonsten abgewogenen Lagebeurteilung fehlte, war die Annahme – oder eigentlich der seit etlichen Jahren bestehende israelische Verdacht –, daß die Araber zuschlagen, bevor die Raketen aufgestellt werden. Eine arabische Aktion schien nicht unmittelbar bevorzuzustehen, da Ägypten ja noch im Jemen engagiert war, doch etwa einen Monat später ließ Nasser seine Truppen in das Sinaigebiet einmarschieren. In dem Bericht des Nachrichtendienstes wird die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Sowjets in Reaktion auf eine israelische Herausforderung den Ägyptern Nuklearraketen zur Verfügung stellen könnten, aber „Raketensysteme“ mochten immerhin geliefert werden. Andererseits „sehen beide Seiten offenbar ein, daß militärische Aktionen großen Stils erhebliche Risiken mit sich bringen, ohne die Sicherheit, zu einer Lösung zu führen. Jedenfalls stehen die Chancen gut, daß die drohende Intervention der Großmächte beide Seiten davon abhalten wird, eine Lösung der Sache mit militärischer Gewalt zu versuchen.“ Nasser konnte hingegen aus den Gegebenheiten herauslesen, daß sie ihm Raum für eine begrenzte Aktion boten und daß eine heftigere israelische Reaktion ihm dann wiederum die Rechtfertigung für eigenes Vorgehen – etwa für einen Angriff auf Dimona – liefern werde, wonach die Supermächte und ihre Alliierten in aller Welt einen israelischen Gegenschlag stoppen würden.

Auf alle Fälle hatten die Israelis so zu kalkulieren, und das taten sie denn auch, wenngleich sie ihre Zweifel an der amerikanischen Unterstützung hegten, die nicht allein durch das Interesse der USA an der arabischen Welt gefährdet schien, sondern ebenso durch Dimona – durch jenen Faktor also, der Israel von amerikanischer Hilfe unabhängig machen und den israelisch-arabischen Konflikt ein für allemal entscheiden sollte.

Am 20. April 1967 erinnerte Sicherheitsberater Rostow – vor Johnsons Treffen mit Abe Feinberg – den Präsidenten daran⁹⁵, daß „der Hauptgrund für ein Zurückhalten [des Hilfspakets für Israel] darin besteht zu zeigen, daß Sie es mit der nuklearen Non-Proliferation ernst meinen. Allerdings würde das ganze Paket für dieses Jahr nicht ausreichen, um in dieser Lebensfrage (wie sie von den Israelis gesehen wird) als Handelsobjekt zu dienen. Jedoch müssen wir uns, da die Zeit kommt, wenn wir vielleicht genötigt sind, Israel zur Unterzeichnung des NPT [Non-Proliferation Treaty] zu drängen, überlegen, welchen Hebel wir in Reserve haben sollten. Bis jetzt ist es den Israelis gelungen, dies von den übrigen Elementen unseres Verhältnisses getrennt zu halten.“ Rostows Feststellung war insofern ungenau, als Eshkol ja den Inspektionen zugestimmt hatte, was die Illegitimität einer israelischen nuklearen Abschreckung zeigte und mithin den Abschreckungswert des israelischen Nuklearprogramms fragwürdig machte, während gleichzeitig das Programm selbst weiter verfolgt und somit den Arabern ein Casus belli geliefert wurde, der nach den Prinzipien der amerikanischen Non-

⁹⁵ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 407.

Proliferations-Politik legitim war. Außerdem verzögerte Eshkol die Komplettierung des Abschreckungsprogramms, indem er dem amerikanischen Druck nachgab und die in Frankreich produzierten Raketen nicht aufstellte, sollten deren Entwicklungsprobleme überhaupt einmal behoben werden können.

Sobald aber Ägypten in das Sinai-Gebiet einmarschierte wie im Mai 1967, die UN-Soldaten aus dem Gazastreifen und vom Sharm El Sheikh entfernte und schließlich noch die Straße von Tiran sperrte, ohne daß amerikanische Gegenmaßnahmen kamen, mußten Eshkols Nuklear- und Raketenkonzessionen an Washington manchen Israelis als schlechtes Geschäft erscheinen. Mehr noch: das mußte Ben-Gurion dazu bringen, eine öffentliche Kampagne zum Sturz Eshkols zu starten, und Peres veranlassen, einen interessanten Ausweg aus der Mai-Juni-Krise von 1967 ins Gespräch zu bringen, nämlich einen Nukleartest in der Wüste Negev, der Israel offiziell zu einem Mitglied des Klubs der Atomkräfte machen und zugleich den gemeinsamen Nenner der amerikanischen und der ägyptischen Politik, die Illegalität von Dimona, beseitigen würde⁹⁶.

Seine eigene Ansicht in der Sache formulierte Rostow in dem Memorandum für Johnson folgendermaßen: „Der einzige Hebel, der stark genug ist, Eshkol zu bewegen, ist, scheint mir, das amerikanisch-israelische Verhältnis selbst. [...] Ich sehe durchaus, daß dies ein innenpolitisches Dilemma schafft, doch würde ich meinen, daß für die jüdische Gemeinde mit ihren liberalen Tendenzen der NPT eine starke Anziehungskraft besitzen muß.“ Rostow wiederholte seine „ernste Sorge“ über die französischen Raketen, und in einer Beilage zu seinem Memorandum vom 20. April 1967 schilderte er das Nuklearproblem mit den Worten⁹⁷: „Dies ist für größere amerikanische Interessen von kritischer Bedeutung. Wir haben mit der zweideutigen israelischen Verteidigungspolitik leben können, solange über konventionelle Waffen gesprochen wurde. Sollten die Israelis aber beides haben wollen, eine nationale Nuklearkapazität und amerikanische Garantien, wären wir in einer unmöglichen Position. Überdies könnte das, wenn sie darauf bestehen sollten, sehr wohl die Möglichkeit eines Non-Proliferation Treaty weltweit zerstören.“

Wenn er so das amerikanische Dilemma beschrieb, hätte Rostow auch Eshkols Taktik definieren können: Der Ministerpräsident schein eine Anstrengung autorisiert zu haben, die Dimona-Bombe fertigzustellen, weil der NPT Realität zu werden drohte, weil sich die Situation im Nahen Osten verschlechterte und weil die Gruppe um Ben-Gurion Druck ausübte. Zugleich hoffe Eshkol, den Amerikanern mit den Inspektionen und in der Raketenfrage genügend gegeben zu haben, um eine informelle amerikanische Garantie zu bekommen. Nun brachten Nassers Schritte im Mai und im Juni 1967 sowohl Eshkol wie die Amerikaner in eine schwierige Lage, da Ägypten Israel nicht direkt angriff. Nasser eröffnete keinen offenen Krieg, und wenn Israel jetzt zuschlug, konnte daher Nassers Antwort in einem Angriff auf das wichtigste Ziel, Dimona, bestehen. Das erklärt besser als bisherige Interpretationen die langen Deliberationen des Kabinetts Eshkol nach

⁹⁶ Siehe Dan Margalit, *I have Seen Them All*, Tel-Aviv 1997, S. 60.

⁹⁷ FRUS, 1964-1968, Bd. XVIII, Dok. 408.

Beginn der Maikrise, die schließlich sein öffentliches Ansehen zerstörte, General Dayan zurück zu einer nationalen Notstandskoalition brachte und dann – unter Dayans Einfluß – zu der Entscheidung führte, gegen Ägypten loszuschlagen⁹⁸.

Der einschlägige Band der FRUS bringt uns nicht ganz so weit. Aber das letzte aus diesem Band zitierte Dokument trifft sich mit den bereits angeführten britischen Quellen insofern, als Unterstaatssekretär Nicholas Katzenbach am 1. Mai 1967, zwei Wochen bevor Nasser das zum Sechs-Tage-Krieg führende Drama zu inszenieren begann, an Präsident Johnson schrieb⁹⁹: „Nuklearwaffen. In der Sorge, daß die Araber auf lange Sicht die Überlegenheit in konventionellen Waffen gewinnen werden, hält sich Israel sorgsam die Option für modernste Waffen einschließlich, wie wir glauben, nukleare Waffen, offen. Wir haben keinen Beweis dafür, daß Israel tatsächlich eine Bombe herstellt, doch nehmen wir an, daß Israel in der Lage sein will, dies rasch zu tun, falls es notwendig werden sollte. [...] Unser Verdacht, daß wir nicht die ganze Geschichte kennen, ist durch die fehlende Bereitschaft der Israelis bestärkt worden, uns zu sagen, was mit 80–100 Tonnen unbewachtem angereichertem Uran geschehen ist, das sie vor vier Jahren von Argentinien gekauft haben. [...] Die Israelis haben uns gegenüber ihre Sorge betont, daß von IAEA-Inspektoren eingeholte Informationen, die der VAR vielleicht zugänglich sind, letzteren helfen könnten, eine militärische oder Sabotageaktion gegen Dimona zu planen.“¹⁰⁰ In der Tat waren eine Militäraktion gegen Dimona und die Sperrung der Straße von Tiran für Eshkol die beunruhigendsten Möglichkeiten, als er Nassers Ziele nach der Maikrise erwog. Ein ägyptischer Aufklärungsflug über Dimona am 17. Mai, nachdem der Einmarsch ägyptischer Truppen in das Sinaigebiet die Krise eröffnet hatte, führte zu der von General Rabin empfohlenen Entscheidung, Reserven einzuberufen – um die offene israelisch-ägyptische Grenze zu schließen. Aber die israelische Mobilmachung brachte wiederum für Nasser ein innenpolitisches Prestigeproblem und damit eine weitere Eskalation der Krise, bis schließlich alle involvierten Parteien die Kontrolle über sie verloren.

Schlußbetrachtung

In dem eben erwähnten Dokument hat sich Unterstaatssekretär Katzenbach auch mit Israels längerfristigen Raketenplänen beschäftigt. Der Band der FRUS, in dem das Dokument abgedruckt ist, enthält nichts über Präsident Johnsons Reaktion auf die dringenden Ratschläge seiner Mitarbeiter. Doch haben ehemalige israelische Diplomaten wie Efraim Evron dem Verfasser gesagt, Johnson sei weniger als die Bürokraten geneigt gewesen, Israel unter Druck zu setzen, da seine innenpolitischen Schwierigkeiten ständig zunahmen. Aber Nasser ergriff selbst

⁹⁸ Vgl. Arie Baron, *Moshe Dayan and the Six Day War*, Tel Aviv 1997.

⁹⁹ FRUS, 1964–1968, Bd. XVIII, Dok. 415.

¹⁰⁰ In diesem Dokument fehlt ein Hinweis darauf, daß Israel eine bestimmte Menge von angereichertem Uran aus einer Nuklearanlage in Pennsylvania „abzweigte“; die Sache wurde zum Gegenstand einer – noch immer geheimen – Untersuchung des Kongresses.

die Initiative. Zu seinen Hauptgründen müssen seine Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten gehört haben, in der Lebensmittelfrage, hinsichtlich des Jemen und der damit zusammenhängenden Krise mit Hussein und Feisal. Daß er hinsichtlich Israels Existenzberechtigung verbal einen radikalen Standpunkt vertrat, andererseits aber seit Samu' als einer dastand, der angesichts der konventionellen Abschreckungsstrategie Rabins nichts unternommen hatte, dürfte den ägyptischen Präsidenten ebenfalls zu seinem Einmarsch ins Sinaigebiet bewogen haben.

In meinen Augen beruhte Nassers Zug auf der Annahme, er könne unter erheblicher Publizität in das Sinaigebiet einmarschieren und werde damit den israelischen Druck auf Syrien verringern. Er mag dabei den Segen der Sowjetunion gehabt oder nach den Ereignissen des 7. April und nach offenen Drohungen Rabins gegen Syrien zu bekommen gehofft haben¹⁰¹. Tatsächlich hat im März 2001 eine russische Nachrichtenagentur den Inhalt bislang streng geheimer KGB-Akten veröffentlicht, denen zufolge der Kreml genaue Informationen über Dimona erhalten hatte und hier eine strategische Bedrohung der Sowjetunion sah¹⁰². Auch behauptete ein ehemaliger Leiter der Mittelost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, der Kreml habe seit Mitte der sechziger Jahre Israels Nuklearprogramm gekannt und Ägypten falsche Nachrichten über Israels Bedrohung Syriens geliefert, um Kairo in einen Krieg zu treiben, unter dessen Hauptzielen Dimona sein mußte¹⁰³. Jedenfalls durften die Israelis hinter Nassers Aktion die Sowjets – und als Objekt Dimona – vermuten, aber die daraus folgenden Überlegungen gingen in zwei – entgegengesetzte – Richtungen.

Die ägyptische Armee rückte in ihre normalerweise unbesetzten Stellungen im nördlichen Sinai ein. Da man in Kairo annahm, ein ihnen geltender israelischer Angriff werde in den ägyptischen Verteidigungslinien steckenbleiben, was nach dem ersten israelischen Schuß mehrere und dann gerechtfertigte Reaktionen zulassen würde, blieb die Masse der ägyptischen Offensivstreitkräfte – die Panzer – im Kanalgebiet in defensiver Aufstellung. Später marschierte noch eine aus Panzern bestehende Spezialeinheit gegen den isolierten südlichen Hafen von Eilat auf. Soweit operierte Nasser auf ägyptischem Territorium. Doch mußte er auch etwas gegen seine größte Schwäche unternehmen, nämlich gegen die von

¹⁰¹ Vgl. hierzu Rabin, *A Service Record*, S. 150, wonach David Ben-Gurion nach Samu' alle Handlungen Rabins bis hin zur Mobilmachung im Mai 1967 kritisiert, und Bar-Zohar, *Ben Gurion*, Bd. III, S. 1588 f. Dayan übte im Außenpolitischen und Sicherheits-Ausschuß der Knesset die gleiche Kritik: „Ihr [die Regierung Eschkol] habt etliche unangemessene Entscheidungen getroffen: Ihr seid über Damaskus geflogen. Ihr habt Samu' am hellen Tag angegriffen“, in: Ezer Weizmann, *Himmel und Erde gehören Dir*, Tel Aviv 1995, S. 207, als ob er, wie Rabin, *A Service Record*, S. 137, bemerkt, „sagen wollte, ‚Ihr habt uns selber dieses Übel eingebrockt‘“. Doch als der Eskalationsprozeß weiterging, war Dayans Rolle entscheidend für den Präventivschlag gegen Ägypten; indem er sich einer Nationalen Notstandscoalition anschloß, ließ er Ben-Gurion allein, der die Aktion auf die Öffnung der Meerenge beschränken wollte.

¹⁰² Vgl. Isabel Ginor, *The Soviet Plan – to Bomb Dimona and Land in Haifa*, in: *Yediot-Aharonot supplement* vom 27. 5. 2001.

¹⁰³ Vgl. ebenda.

Hussein und seinen anderen arabischen Widersachern erhobene Beschuldigung, er „versteckte sich hinter“ den UN-Truppen entlang des Gazastreifens und in Sharm El Sheikh. Daher forderte er den UN-Befehlshaber auf, seine Verbände aus ihren Stellungen in ihre permanenten Quartiere zurückzuziehen. Dies und das Eintreffen einer palästinensischen Einheit bei der ägyptischen Gaza-Armee hätten den Streifen in eine Basis für Guerilla-Operationen verwandelt, in eine von den ägyptischen Streitkräften im Sinai gedeckte Basis.

UN-Generalsekretär U Thant konfrontierte Nasser daraufhin mit der Alternative: Belassung der UN-Soldaten in ihren Stellungen oder völliger Abzug, womit er den ägyptischen Präsidenten dazu trieb, nun in der Tat den Abzug zu verlangen; Palästinenser-Aktionen aus dem Streifen waren danach selbstverständlich. Nachdem auch noch die Aufklärungsflüge über Dimona stattfanden und mit der israelischen Mobilmachung beantwortet wurden, sorgte wiederum Nasser für eine weitere Eskalation, indem er die Straße von Tiran sperrte. Das israelische Dilemma bestand nun, wie ich es sehe, darin: Wenn Nasser Israel zu einem offenen Krieg provozieren wollte, der einen Angriff auf Dimona rechtfertigen würde, warum sollte man ihm dann den Gefallen tun? Daher mußte sich Israel dafür entscheiden, von den Vereinigten Staaten die Beseitigung der – offensichtlich illegalen – ägyptischen Blockade der Straße von Tiran zu verlangen. Sollten die USA mit der Ausschaltung dieses offiziellen Casus belli Erfolg haben, bliebe es Israel erspart, das selbst zu tun, was bedeutet hätte, allein einen offenen Krieg zu beginnen. Aber Präsident Johnson – der seinen jüdischen Mitarbeiter Walt Rostow durch dessen nichtjüdischen Vorgänger McGeorge Bundy ersetzte – wollte sich, zusätzlich zu seinen wachsenden Bedrängnissen in Vietnam, auf Derartiges nicht allein einlassen.

Paradoxerweise fand sich also Israel, wie stets befürchtet, allein in einer Situation, in der sein einziges langfristiges Mittel gegen einen solchen Fall von Isolation die wechselseitige ägyptisch-amerikanische Verständigung darüber war, daß es kein Recht auf den Besitz von Nuklearwaffen habe. Es besaß sie jedoch, wenn auch nicht genügend entwickelt, um Nasser abzuschrecken, dessen Sprung nach vorne, wenn er straflos blieb, die Amerikaner erst recht dazu bringen mußte, ihn als „die Schlüsselfigur im Nahen Osten“ anzuerkennen. Während er überlegte, was zu tun sei, hoffte Eshkol noch immer darauf, daß die Amerikaner Abhilfe schaffen würden, und seine Tatenlosigkeit kostete ihn bei der anscheinend zwecklos mobilisierten Nation unwiderruflich jegliches Ansehen. Als ihn seine Koalitionspartner aufforderten, das Verteidigungsministerium abzugeben, und dabei Ben-Gurions Name fiel, sagte er, „diese beiden Pferde würden nicht den gleichen Wagen ziehen“, und setzte dann noch hinzu, auch die Amerikaner würden Ben-Gurion nicht haben wollen, offensichtlich wegen dessen Standpunkt in der Nuklearfrage.

Indes war es, wiederum paradoxerweise, gerade Ben-Gurions Interesse an der atomaren Entwicklung Israels, das ihn bestimmte, sich einem Präventivkrieg zu widersetzen, da er bei einem von Israel initiierten Krieg einen ägyptischen Vergeltungsschlag gegen Dimona befürchtete. Jedoch verließen ihn seine bisherigen Stützen, erst General Dayan und dann auch Peres. Dayans Prioritäten sahen ganz

anders aus: Jetzt eine defensive Haltung einzunehmen, wenn sich Nasser über fast alle seit 1957 geltenden Normen hinwegsetzte, ohne Widerstand zu finden, mußte bedeuten, daß die strategische Initiative in der ganzen Region an ihn überging und daß ihn die Amerikaner hofieren würden wie nie zuvor; außerdem sähen sie in ihm dann den Führer der ganzen in Aufruhr befindlichen arabischen Welt.

Die jetzt in der Tat eintretende Sammlung hinter Nassers Flagge – selbst Jordanien schloß sich an – verdrängte schließlich Eshkol aus dem Verteidigungsministerium und zwang ihm eine nationale Notstandskoalition auf, in der General Dayan als Verteidigungsminister fungierte. Dayan optierte alsbald für einen umfassenden Schlag gegen Ägypten, verlor aber, nach König Husseins Eingreifen in den israelisch-ägyptischen Krieg, die Kontrolle über die Streitkräfte, die die gesamte Westbank – ohne vorherige Regierungsentscheidung – eroberten. Dimona überlebte, und als es später von der Nixon-Kissinger-Administration stillschweigend toleriert wurde, sofern Israel nicht offen in den Kreis der Atom-mächte eintrat, verfügte Israel über einen strategischen Raum, der es erlaubte, die Bombe im Keller zu verstecken. Aber den Arabern war nun ein wirkliches – und legitimes – Kriegsziel gegeben, vor der Liquidierung Israels oder der Zerstörung Dimonas: die Befreiung besetzter Gebiete auf der Westbank, auf den Golan-Höhen und der Halbinsel Sinai, die Israel im Sechs-Tage-Krieg an sich riß. Der Weg zum Yom-Kippur-Krieg von 1973 – eines begrenzten ägyptisch-syrischen Vorstoßes in den besetzten Territorien – gegen ein nukleares Israel und zum nachfolgenden Friedensprozeß mit Ägypten wurde offen, nachdem Ägypten schließlich das Sinaigebiet zurückerhalten hatte und Kairo von amerikanischer Unterstützung abhängig geworden war. Israels Nuklearoption mag – neben anderen Gründen – erklären, warum Ägypten bis zum heutigen Tag zögert, den Palästinensern während der jüngsten Intifada von 2001 und 2002 zu Hilfe zu kommen. Doch der Charakter der Intifada, die Nähe der palästinensischen Regionen zu Israels Herz und die palästinensischen Methoden können andererseits Israels konventionelle Dilemmata verständlich machen, wenn es mit palästinensischen Interessen und Kampfweisen konfrontiert ist. Gleichermaßen können die Okkupation der Westbank und des Gazastreifens – unbeabsichtigte Nebenprodukte eines Krieges mit Ägypten, bei dem es um Dimona ging –, dazu die damit zusammenhängenden Probleme, Hoffnungen und bitteren Enttäuschungen die ironischen Resultate von Ben-Gurions anfänglicher Hoffnung gewesen sein, mit der Bombe und nicht mit Territorium Sicherheit zu gewinnen.

(Übersetzung: Hermann Graml)

Ernst Jünger und die Geiseln, der Dichter und die deutsche Gewaltherrschaft in Frankreich. Wie ist Jüngers Position in der Geiselfrage, wie die seines obersten Vorgesetzten, des Generals von Stülpnagel? Jüngers Denkschrift – erstmals publiziert im Juliheft 2003 – eröffnet nur eine Perspektive auf dieses Drama. Daneben aber existieren noch andere Quellen, die mehr sind als nur eine Ergänzung.

Ahlich Meyer

Kleistische Prosa oder Polizeibericht?

Anmerkungen zu Ernst Jüngers Denkschrift „Zur Geiselfrage“

Die Veröffentlichung der „Geiseldenkschrift“ Ernst Jüngers im Juliheft 2003 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte hat zu Recht große Beachtung gefunden. Bislang mußte der Text wenn nicht als verloren, so doch als unzugänglich für die historische Forschung gelten. In den sechziger Jahren war Jünger anlässlich einer Vernehmung auch nach jenen „Geheimakten“ gefragt worden, die er – einem Eintrag im Pariser Tagebuch vom 23. Februar 1942 zufolge – auf Anordnung des Chefs des Kommandostabs beim Militärbefehlshaber in Frankreich, Hans Speidel, zwischen Oktober 1941 und Frühjahr 1942 geführt hatte. Jünger teilte dem Staatsanwalt mit, „daß er nicht wisse, wo er die Akten unter seinen umfangreichen Papieren aufbewahre“¹. Nun liegt die Denkschrift über die von der deutschen Militärverwaltung verhängten Massenerschießungen in einer überaus sorgfältigen, mit den nötigen Erläuterungen versehenen Edition von Sven Olaf Berggötz vor. In seinem einleitenden Kommentar liefert der Herausgeber eine knappe, aber differenzierte Darstellung der historischen Sachverhalte und bemüht sich um ein ausgewogenes Urteil über die Person des Militärbefehlshabers Otto von Stülpnagel. Der edierte Text und die anhaltende Diskussion unter Historikern um die Bewertung der Rolle Stülpnagels bei der Eskalation der deutschen Repressionspolitik im besetzten Frankreich machen jedoch einige ergänzende Anmerkungen nötig.

Bei der Lektüre der Jüngerschen Chronik drängt sich ein widersprüchlicher Eindruck auf: Man glaubt, ein Stück Literatur vor sich zu haben, und fragt sich zugleich, woher der Autor sein detailliertes Wissen um die Tathergänge bezog. Der Rezensent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zitiert die Eingangssätze: „Am Vormittag des 21. August 1941 begab sich der Marinehilfsassistent Moser von seinem Quartier, dem am Montmartre gelegenen Hotel Carlton, zur Untergrundstation Barbès-Rochechouart ...“ – und fährt mit der Feststellung fort, was „so kleistisch“ beginne, sei keine Novelle, sondern eine amtliche Schrift². Daran

¹ Vermerk über die Vernehmung des Zeugen Ernst Jünger, 12. 7. 1966, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Gerichte Rep. 158, Nr. 1550, Bl. 1201–1203.

² Lorenz Jäger, Würde des Feindes. Ernst Jüngers Schrift über die Geiselerchießungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 7. 2003.

ist mehr Wahrheit, als der Rezensent ahnt. Daß Jünger eine genaue Schilderung der Geiselfrage „für spätere Zeiten“ (so der Tagebucheintrag vom 23. Februar 1942) im Auftrag der Pariser Militärs und zu deren Rechtfertigung vor der Geschichte beginnen konnte, setzte den Zugang zu den einschlägigen Polizeiberichten voraus. Unmittelbar nach dem Anschlag auf den Hilfs-Assistenten Alfons Moser – dem ersten tödlichen Attentat auf einen Wehrmachtangehörigen in der französischen Hauptstadt – hatte die zuständige Abteilung der Militärverwaltung ein Dossier angelegt, in dem sich eine von Speidel verfaßte handschriftliche Notiz folgenden Inhalts findet: „Ich bitte, den Fall Moser griffbereit bei Ic zu den Akten zu nehmen.“³ Dieses Dossier, das überliefert ist, enthält unter anderem die Berichte der Gruppe 610 der Geheimen Feldpolizei, die anderthalb Stunden nach dem Anschlag Beamte an den Tatort entsandt hatte, und der Mordkommission der GFP-Gruppe 11, die den Fall am Mittag des 21. August übernahm. Hier sind wir an der Quelle der kleistischen Prosa:

„Am heutigen Vormittag 8.05 Uhr wurde auf der unterirdischen Metro-Station Barbès-Rochechouart (Montmartre) in Paris der Marinehilfsassistent Alfons Moser, geb. 28. 8. 1910, Baden-Baden, Feldpostnummer 01099 MB vom Marinebekleidungsmagazin Paris, 2, rue Paul Cézanne, wohnhaft in Paris, Carlton-Hotel, 65 Bvd. Rochechouart, Paris IX., der sich in Marinefeldwebeluniform auf einer Dienstfahrt befand, beim Einsteigen in einen Metrowagen 1. Klasse der Linie 4 Nr. 185 (Richtung Port[e] d'Orleans) durch zwei Einschüsse unter beiden Schulterblättern in die Lunge auf eine Entfernung von ca. 2 mtr. erschossen. Moser war durch einen Kameraden bis zum Bahnhof begleitet worden, ohne besondere Vorkommnisse oder Beobachtungen. Nach Zeugenaussagen hat er dann gemeinsam mit zwei Leuten die automatische Türsperre zum Bahnsteig betreten. Moser war in die erste Tür des Waggons eingestiegen, beide Täter hatten vor der zweiten Tür gestanden und gaben anscheinend durch die Rocktasche zwei Schüsse ab und flüchteten dann durch den Metro-Ausgang zum Bvd. Rochechouart.“⁴

Es ist hier nicht der Platz, einen philologischen Vergleich anzustellen. Was auf Ungenauigkeiten Jüngers bei der Abschrift dieses Berichts, was auf besseres Sprachvermögen des Dichters zurückgeht, läßt sich nicht mehr klären. Jedenfalls wird deutlich, daß der Autor eine Kompilation angefertigt hat, deren literarische Qualität im polizeilichen Rapportwesen ihren Ursprung findet. Dafür sei noch ein zweites Beispiel angeführt, der Fall Hoffmann⁵:

„Hoffmann hatte am 3. September 1941 in Begleitung seiner Braut, der Reichsdeutschen Maria Camps, ein Kino in der Avenue Bonne Nouvelle besucht. Nach Schluß der Vorstellung begaben sich die beiden gegen 22 Uhr nach ihrer gemeinsamen Unterkunft, dem Hotel Terminus in der Rue de Strassbourg. Etwa hundert Meter vor ihrem Ziele kamen sie an drei oder vier jungen Burschen, die abseits

³ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RW 35/539, Bl. 19.

⁴ Geheime Feldpolizei Gruppe 11, „Zwischenbericht betr. Mord an Alfons Moser in der Metro-Station Barbès-Rochechouart am 21. 8. 1941“, in: BA-MA, RW 35/539, Bl. 67–69.

⁵ Sven Olaf Berggötz, Ernst Jünger und die Geiseln. Die Denkschrift von Ernst Jünger über die Geiselschließungen in Frankreich 1941/42, in: VfZ 51 (2003), S. 405–472, hier S. 421 ff.

auf dem Gehsteig in der Nähe ein[e]s Kaffeehauses standen, vorbei. Diese Burschen folgten ihnen, ohne sichtbare Veranlassung, und zwei von ihnen rückten immer dichter auf, so daß sie unmittelbar vor dem Hoteleingange nur noch drei oder vier Meter von ihnen entfernt waren. Als Hoffmann und seine Braut sich in dem erleuchteten Eingange befanden, fiel von draußen ein Schuß. Hoffmann, der im Rücken getroffen wurde, taumelte noch einige Schritte nach vorn in die Hotelhalle und brach dort zusammen.“

Die Vorlage Jüngers lautet:

„Am 3. 9. 1941, um 22.35 Uhr wurde Uffz. Ernst Hoffmann in Begleitung seiner Braut, der Reichsdeutschen Maria, Theresia, Henriette Camps, [...] auf dem Nachhauseweg vom Kinobesuch beim Betreten der gemeinsamen Unterkunft, Hotel Terminus Est, 5, rue de Strassbourg, durch noch unbek. Täter ohne jegliche Veranlassung von rückwärts angeschossen. Der Schuß (Steckschuß) ging durch den rechten Schulterblattwinkel und sitzt im Bereich des dritten Halswirbels. Lebensgefahr besteht nicht. Hergang der Tat: Hoffmann und die Camps gingen nach beendigter Vorstellung vom Kino ‚Rex‘, Blvd. Bonne Nouvelle durch die rue Faubourg Poissonnière [...] in die rue Strassbourg Nr. 5 zu ihrem Hotel. Im Blvd. Strassbourg, etwa 80 m vor ihrer Unterkunft, gingen sie an 3 oder 4 Burschen, die abseits auf dem Gehsteig, in der Nähe eines Kaffeehauses standen, vorbei. Diese Burschen folgten ihnen, ohne jegliche Veranlassung und ohne hörbare Unterhaltung. Die Camps beobachtete das Nachfolgen der Burschen und schaute wiederholt zurück, ohne jedoch ihrem Verlobten etwas davon zu sagen. Zwei der Burschen rückten immer dichter auf, so daß sie unmittelbar vor der Unterkunft noch 3 bis 4 m von den beiden entfernt waren. Hoffmann und die Camps betreten ohne Stehen zu bleiben den Eingang des Hotels ‚Terminus Est‘. Die beiden Türen des Hoteleingangs standen nach innen offen und der Eingang war beleuchtet, ebenso der sich anschließende größere Vorraum. Als sich die beiden innerhalb des Eingangs, vom Gehsteig aus gesehen, ca. 3.50 m befanden, fiel plötzlich vom Eingang her ein Schuß. Hoffmann, der links direkt neben seiner Braut in gleicher Höhe war, taumelte sofort gegen die Wand, bewegte sich aber unter Stöhnen noch etwa 3.50 m weiter und bog in den anschließenden Vorraum ein, wo er zusammenbrach.“⁶

Die Parallelen setzen sich über Seiten hinweg fort. Dabei griff Jünger auch auf Vorgänge zurück, die nicht nur mit kriminalistischen Mitteln aufgeklärte Attentatsfälle behandelten, sondern in die Informationen eingegangen waren, die das im Herbst 1941 eingerichtete Sonderkommando der Geheimen Feldpolizei für Kapitalverbrechen und Sabotage festgenommenen Tatverdächtigen abgepreßt hatte. Nicht für alle Passagen der Denkschrift werden sich allerdings die zugrundeliegenden Polizeiberichte noch auffinden lassen, denn der größte Teil der Bestände der Abwehr wurde bei Kriegsende vernichtet. Zudem hat Jünger weitere Dokumente herangezogen, darunter den Schriftverkehr des Militärbefehlshabers,

⁶ Geheime Feldpolizei Gruppe 11, „Mordanschlag auf Uffz. Ernst Hoffmann, 14. 8. 14 in Marienbad geb., z. Zt. Transportkommandantur Paris“, 4. 9. 1941, in: Archives Nationales Paris, AJ/40/869, dr. 3, fol. 315-317.

die Handakten Otto von Stülpnagels, die Vollzugsberichte der Exekutionskommandos und – was jetzt wieder hervorgehoben wird – die Abschiedsbriefe der in Reaktion auf die Attentate von Nantes und Bordeaux im Herbst 1941 erschossenen Geiseln. Erstaunlich ist, wie sehr Jünger der den Quellen entnommenen, akribischen Beschreibung des Geschehens vertraut und sich – so betont auch der Herausgeber – eines Kommentars weitgehend enthält, anders gesagt, wie distanziert sein Text bleibt, der immerhin dazu dienen sollte, den Standpunkt der Militärs in der Auseinandersetzung mit Keitel und Hitler und den „Kampf gegen die Botschaft und die Partei in Frankreich“ zu dokumentieren. Mit derselben Distanziertheit, gleichsam nebenbei, wird die Ankündigung des Militärbefehlshabers vom Dezember 1941 wiedergegeben, als Vergeltungsmaßnahme für Attentate „eine größere Anzahl jener Juden“ nach dem Osten zu deportieren, „die sich in kriminellen oder deutschfeindlichen Zusammenhängen bemerkbar gemacht hatten“⁷. War sich Jünger zum damaligen Zeitpunkt nicht bewußt, wie folgenreich dieser Schritt war, der den Umschlag von der Repressionspolitik in das Programm der „Endlösung“ markiert? Oder hielt er sich an die offizielle Propagandaver-sion?

Schon die gedruckte Fassung des Pariser Tagebuchs läßt an einigen Stellen erkennen, daß der Widerstand Stülpnagels gegen Massenexekutionen in Frankreich – wie auch sein Vorschlag, statt dessen Juden und Kommunisten zu deportieren – vor allem taktische Gründe hatte. Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn man das im Deutschen Literaturarchiv Marbach aufbewahrte Originalmanuskript, das den Titel „Journal“ trägt, und weitere Kalendernotizen Jüngers zu Rate zieht. Die handschriftliche Aufzeichnung vom 23. Februar 1942, die jenes berühmte Teegespräch zwischen dem scheidenden Militärbefehlshaber und Jünger festhielt, wurde für den Druck nach dem Kriege wohl nicht ohne Grund redigiert und zusammengestrichen, wie sich Jünger auch sonst, beispielsweise im Briefwechsel mit ehemaligen Angehörigen der Militärverwaltung, in der Beurteilung Otto von Stülpnagels vorsichtig zurückhielt⁸. In der deutschen Historiographie hat sich ein Bild des ersten Militärbefehlshabers in Frankreich durchgesetzt, das ihn von „Tragik“ umgeben hält oder das seinem Bemühen um ein Ende der Geislerschießungen „honorige Motive“ zubilligt. Jüngers „Journal“ hingegen enthüllt ein aberwitziges Kalkül:

„Er hatte mich wegen der Geiselfrage rufen lassen, deren genaue Schilderung ihm am Herzen liegt. Erfahre von ihm, daß er nicht, wie ich angenommen hatte, grundsätzlich gegen Erschießungen von Geiseln gewesen war. Er stellte seinen Widerstand vielmehr als Folge politischer Erwägung dar. Maß zu halten sei beson-

⁷ Berggötz, Ernst Jünger und die Geiseln, S. 440 f.

⁸ „Was die Dynastie Stülpnagel betrifft, so schadet der schwarze dem roten oder besser dem weißen sehr. [...] Es zeigt sich, daß jene Mitglieder des Pariser Stabes recht hatten, die die Ansicht vertraten, Otto müsse sofort und ohne um Köpfe zu feilschen, die Konsequenzen ziehen. Ich möchte dem Andenken Heinrichs wünschen, daß es still um den Namen wird.“ Jünger an Speidel, 23. 1. 1947, in: Deutsches Literaturarchiv Marbach (künftig: DLA), Nachlaß Jünger.

ders notwendig im Hinblick auf das Kriegspotential. Die Fabriken würden umso besser liefern [...]“

Es folgt eine Passage, die in der Druckfassung erhalten blieb; daran schließt sich ein Argumentationsgang an, der Jünger die Sprache verschlagen haben muß und den er nach dem Krieg umdeutete, indem er ihn als begründeten Einwand gegen die Eskalation von Repressalien formulierte⁹:

„[...] von Schwäche, wie sie ihm die politische Führung vorwerfe, könne nicht die Rede sein. [...] verblüffte mich, daß er sagte, er hätte nach den Erschießungen von Nantes und Bordeaux die weiteren hundert Erschießungen in Paris angeordnet, um die Dinge sich überschlagen zu lassen und ad absurdum zu führen. Indessen hatte ich den Eindruck, daß ihm das Ganze auf die Nerven gegangen war.“¹⁰

Jünger hatte sich offenbar sofort nach der Unterredung erste Stichworte für diesen Tagebucheintrag notiert, weil ihm Stülpnagels freimütige Erläuterung seiner Motive überlieferungsbedürftig erschien. In einer kleinen Taschenagenda findet sich das Gerüst für den Journaleintrag: „23. 2. 1942 Keine Schwäche Politische Auswirkung sehen. [...] Mass zu halten. Kriegspotential [...] Fortsetzung des Krieges – Alle Fabriken sind eingespant [...] Passive Resistenz [...] Steiger[n]! [...] Deportation nach dem Osten [...] S.D. Veröffentlicht. Keitel, geschrieben. [...] wohlerwogen – Wehrmacht geht hoch –.“¹¹

Um es zusammenzufassen: Stülpnagel war, soweit wir Jüngers Wiedergabe für korrekt halten wollen, nicht nur kein grundsätzlicher Gegner von Geiseler-schießungen, sondern er ordnete – nachdem er im Oktober 1941 aufgrund der Vorgaben Hitlers und Keitels achtundneunzig aus verschiedenen Haftanstalten ausgewählte politische Gefangene, überwiegend Kommunisten oder wegen „Feindbegünstigung“ Verurteilte¹², als Geiseln hatte hinrichten lassen und gegen die Befehle protestiert hatte – zwei Monate später auf eigene Initiative und ohne erkennbaren Druck aus Berlin eine erneute Massenexekution an, der am 15.

⁹ Im Druck heißt es: „Daher versuchte er vor allem zu betonen, daß man durch Kollektivmaßnahmen der *résistance* den größten Gefallen tut. Daher auch in seinen Blitzsprüchen an das Oberkommando so oft der Satz: ‚Die Repressalien überschlagen sich.‘“ Ernst Jünger, *Das erste Pariser Tagebuch*, 23. 2. 1942, in: Ders., *Sämtliche Werke*, Band 2: *Strahlungen I*, Stuttgart 1979, S. 308.

¹⁰ *Journal* 1942, 23. 2. 1942, in: DLA, *Nachlaß Jünger*. Das Manuskript ist nicht immer zweifelsfrei zu entziffern; der besseren Lesbarkeit wegen wird hier auf den Nachweis von Varianten und Streichungen verzichtet. Ich danke den Mitarbeitern der Handschriftenabteilung des Marbacher Literaturarchivs, welche die Einsichtnahme gestatteten, und Frau Dr. Liselotte Jünger für die freundliche Genehmigung zum Abdruck. Vgl. in diesem Zusammenhang den hs. Zusatz Stülpnagels, in: Berggötz, *Ernst Jünger und die Geiseln*, S. 443, Anm. 142.

¹¹ *Kalender 1942 (Agenda)*, in: DLA, *Nachlaß Jünger*; die mit Auslassungszeichen markierten Stellen sind überwiegend unleserlich.

¹² Jünger gibt an, daß bei den Erschießungen in Nantes und Bordeaux außer Kommunisten auch Geiseln aus dem nationalistischen bzw. gaullistischen Lager ausgewählt wurden; die überlieferten Dokumente enthalten dazu keine explizite Auskunft. Unter den 98 hingerichteten Geiseln befanden sich keine Juden, wie in der jetzigen Diskussion um Jüngers Denkschrift fälschlich vermutet.

Dezember 1941 fünfundneunzig Geiseln, darunter mehr als die Hälfte Juden aus dem Internierungslager Drancy, zum Opfer fielen, um – wie er sagte – „die Dinge sich überschlagen zu lassen und ad absurdum zu führen“. Was genau das heißen sollte, ist nicht erkennbar, es zeugt allerdings nicht von honorigen Erwägungen, sondern eher von Zynismus. Zudem erwartete Stülpnagel offenbar, sein Rücktritt werde kritische Reaktionen in der Wehrmacht auslösen. Jünger jedenfalls kommentierte dies Kalkül mit den Worten: „So sprechen die kleinen Schüler, die vor der Prüfung sagen: ‚In Mathematik bin ich gut.‘ Ich denke dabei an die Hunderte, die auf der Strecke geblieben sind.“¹³

Abschließend noch ein Wort zu den Briefen der als Geiseln Erschossenen. Es ist bekannt, daß Jünger im Mai 1941 bei der Erschießung eines wegen Fahnenflucht kriegsgerichtlich zum Tode verurteilten deutschen Soldaten zugegen war. Sein Bericht darüber legt Zeugnis ab von eigener Neugier auf den Augenblick des Sterbens und vom Zwang des Hinsiehens auf das grauenhafte Geschehen, das Jünger durch die mehrfach eingblendete Beobachtung der Fliegen auf dem Richtplatz zugleich ästhetisch überhöht¹⁴. Wie sein Notizbuch ausweist, war er mehr in die mörderische Routine dieser Hinrichtung eingebunden, als deren literarische Verarbeitung glauben macht. In Absprache mit einem für die technischen Einzelheiten von Exekutionen zuständigen Militärverwaltungsbeamten namens Freise traf Jünger die Vorbereitungen. Er hielt wiederholt fest: „Freise: Sarg besorgen (dazu Größe) Fahrer für L.K.W. bestellen! – Zug stellt 2 Korps“; „Sarg kaufen! übliche Größe [...] Paris-Fresnes (Gefängnis [...]) von Fresnes fahren zum Schießplatz [...]“¹⁵.

Am Ende des Jahres 1941, während der Übersetzung der Abschiedsbriefe der in Nantes erschossenen Geiseln, notierte Jünger, die Lektüre kräftige ihn¹⁶. Auch hier treffen wir auf eine Todesmetaphysik, die von der Realität in dem besetzten Land und von den Geiselmorden weit wegführt. Die Briefe werden zur Literatur, der angekündigte Tod wird zum Wohltäter. Jünger, das ist keine neue Einsicht, hielt sich durch sein Schreiben die Zeit vom Leib. So dürfte die Annahme des Rezensenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fehlgehen, der meint, genau dort, wo er die Erschießungen schildere, werde Jüngers Absicht deutlich, „dem Feind die Würde zurückzugeben“¹⁷. Eine solche Lesart der Denkschrift reproduziert ihrerseits nolens volens jenes „ältere Krieger-Ideal“, das Jünger unterstellt wird, anstatt daß sie den Terror der deutschen Besatzer in den Blick bekäme.

¹³ Journal 1942, 23. 2. 1942, in: DLA, Nachlaß Jünger.

¹⁴ Vgl. Jünger, Das erste Pariser Tagebuch, 29. 5. 1941, in: Ders., Sämtliche Werke, Band 2, S. 244 ff.

¹⁵ Notizbuch, undatiert [29. 5. 1941], in: DLA, Nachlaß Jünger.

¹⁶ Vgl. Jünger, Das erste Pariser Tagebuch, 8. 12. 1941, in: Ders., Sämtliche Werke, Band 2, S. 282.

¹⁷ Jäger, Würde des Feindes.

Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937

»Gleiche« Partner unter »ungleichen« Bedingungen

Herausgegeben von Bernd Martin

Quellen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen 1897-1995

Herausgeben von Mechthild Leutner

2003. 552 S. – 170 x 240 mm Gb, € 118,00

ISBN 3-05-002985-4

Die Zeit zwischen 1928 und 1937 brachte für die beiden Verlierer von Versailles bedeutsame politische Veränderungen mit sich. China wurde durch die Machtübernahme der nationalrevolutionären Regierung Jiang Jieshis zumindest nominell geeint. In Deutschland kamen nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik 1933 die Nationalsozialisten an die Macht. In der Folge wurden die wirtschaftlichen Beziehungen – bisher hauptsächlich eine Domäne der Kaufleute – in den Rang einer zwischenstaatlichen Angelegenheit erhoben. Der Abschluß des Austauschvertrages 1934 zwischen dem rohstoffreichen China und dem devisenschwachen Deutschland ermöglichte beiden Partnern die von militärischen Kreisen forciert vorangetriebene militärische Modernisierung. Daneben kam es auf ideologischem Gebiet zu einer Annäherung, denn die chinesischen Machthaber waren auf der Suche nach einem Modell für die gesellschaftliche Modernisierung ihres Landes. Die autoritär-militaristische, auf den Führer konzentrierte Ordnung und das Ideal der deutschen Volksgemeinschaft boten sich hierfür ebenso an wie das auf Elitenbildung ausgerichtete deutsche Erziehungssystem. Adolf Hitler und Jiang Jieshi tauschten Telegramme aus und hielten persönlichen Kontakt. Erst mit dem Abschluß des Antikominternpaktes 1936 wandte sich das nationalsozialistische Deutsche Reich allmählich Japan zu und von China ab.

Aus dem Inhalt:

- Kapitel 1: Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Warenaustausches
- Kapitel 2: Deutsche Militärberater in den chinesischen Kriegen
- Kapitel 3: Primat der Rüstung: Waffenhandel im Spannungsfeld von politischen und militärischen Interessen
- Kapitel 4: Diplomatische Interaktion zwischen China und Deutschland: Der sowjetisch-chinesische Eisenbahnzwischenfall 1929 und die Mandschureikrise 1931/32
- Kapitel 5: Kulturbeziehungen zwischen Wirtschaftsinteressen und Expertenhilfe sowie Elitenbildung und Massenausbildung
- Kapitel 6: Die deutsche Volksgemeinschaft als Modell für China
- Kapitel 7: Nationalsozialistische Ostasienpolitik: Abwendung von China und Hinwendung zu Japan

Bestellungen richten Sie bitte an
Ihre Buchhandlung



Akademie Verlag
www.akademie-verlag.de

Von vielen deutschen Generälen des Zweiten Weltkriegs sind häufig nur die Laufbahndaten bekannt; Briefe und Tagebücher liegen nur wenige vor. Für die Forschung sind sie oft genug nur eingeschränkt zugänglich. So fällt es nach wie vor schwer, zu beurteilen, wie die Generäle selbst die militärischen und politischen Geschehnisse der Zeit zwischen 1939 und 1945 rezipiert haben und welche Folgerungen sie daraus zogen. Wichtige Aufschlüsse über ihre Kenntnisse von den nationalsozialistischen Massenmorden oder ihr Urteil über den deutschen Widerstand gegen Hitler bieten jedoch die Abhörprotokolle deutscher Stabsoffiziere in britischer Kriegsgefangenschaft.

Sönke Neitzel

Deutsche Generäle in britischer Gefangenschaft 1942–1945

Eine Auswahledition der Abhörprotokolle
des Combined Services Detailed Interrogation Centre UK

Die deutsche Generalität hat sich der öffentlichen Reflexion über ihre Rolle während des Zweiten Weltkrieges weitgehend verschlossen. Das Bild, das sie vor allem in ihren Memoiren von sich selbst zeichnete, läßt sich verkürzt auf die Formel bringen: Sie hat einen sauberen Krieg geführt, hatte von Kriegsverbrechen größeren Ausmaßes keine oder kaum Kenntnis, und die militärische Niederlage war zu einem Gutteil den dilettantischen Eingriffen Hitlers als Obersten Befehlshaber in die Kriegführung zuzuschreiben.

Es erübrigt sich näher darauf einzugehen, daß dieses Bild von der Geschichtswissenschaft längst gründlich widerlegt worden ist. Aber nach wie vor wissen wir wenig darüber, wie die Generäle die Zeit zwischen 1939 und 1945 rezipiert haben, welche Kenntnis sie von den militärischen und politischen Geschehnissen hatten, die über ihren engen Arbeitsbereich hinausgingen, und welche Schlußfolgerungen sie hieraus zogen. Zur Durchleuchtung dieses Komplexes ist vor allem der Rückgriff auf persönliche Quellen wie Briefe und Tagebücher notwendig, die allerdings nur von einem kleinen Personenkreis vorliegen und zudem oft auch nur beschränkt zugänglich sind, da sie sich in Privatbesitz befinden¹. Die Forschung kann die Fragen, inwieweit ein aufgrund seiner herausgehobenen militärischen Stellung zu tieferen Einblicken prädestinierter militärischer Führer das Beziehungsgeflecht von Politik und Verbrechen in diesem Krieg durchschaut hat, was er wußte, was er erahnte, was er zu wissen ablehnte, somit nach wie vor nur schwer und nur in Einzelfällen besonders guter Quellenlage hinreichend gründlich analy-

¹ Hier sei nur auf die Tagebücher und Briefe Generalfeldmarschall Erich von Mansteins hingewiesen, die der Sohn, Rüdiger von Manstein, verwahrt.

VfZ 2/2004 © Oldenbourg 2004

sieren². Dies gilt selbst für hochrangige militärische Persönlichkeiten. So ist mittlerweile zwar bekannt, daß etwa Großadmiral Karl Dönitz von anderen Marineoffizieren Mitteilung über Massenerschießungen an der Ostfront erhalten hat. Wie er aber persönlich mit diesen Informationen umging, wie er sie interpretierte, welche Schlußfolgerungen er daraus zog, darüber können allenfalls Vermutungen angestellt werden³.

Im Londoner Public Record Office liegt freilich eine Quelle, die zur Erforschung des persönlichen Reflexionshorizontes zahlreicher Generäle noch nicht herangezogen worden ist: die Abhörprotokolle deutscher Stabsoffiziere in britischer Kriegsgefangenschaft, die einen unmittelbaren Einblick in deren Gedanken- und Erfahrungswelt geben. Im Gegensatz zu den Dokumenten über die *Befragung* von Kriegsgefangenen, deren Ergebnisse immer dem Vorbehalt unterliegen, daß den Verhöroffizieren möglicherweise nicht die Wahrheit gesagt worden ist, war das unbemerkte *Abhören* ein sicherer Weg, einen weitgehend unverfälschten Einblick in die Gedankenwelt deutscher Kriegsgefangener zu erhalten, da im Gespräch untereinander kaum Rücksichten genommen werden mußten.

Anhand dieser Quellen läßt sich zuverlässig ermitteln, über welche Themen sich die prominentesten Gefangenen in England unterhalten haben. Wichtige Fragen können nunmehr aufgeklärt werden: Wie beurteilten sie die allgemeine Kriegslage, ab wann hielten sie den Kampf für verloren? Wie reagierten sie auf den 20. Juli 1944? Welche Kenntnis hatten sie von Kriegsverbrechen, sei es aus eigenem Erleben oder durch Berichte anderer? Welchen Stellenwert hatten diese brisanten Themen im Lagerleben? Gab es Meinungsverschiedenheiten oder gar sachlich bedingte Feindschaften zwischen einzelnen Personen, möglicherweise auch Generationskonflikte? Antworten darauf geben die vorliegenden Dokumente, die unser Bild von der deutschen Generalität zu schärfen helfen.

Der Umstand, daß die Briten im großen Stil ihre Kriegsgefangenen belauscht haben, ist bislang weitgehend im Dunkeln geblieben. Bekannt war lediglich, daß die in Farm Hall internierten deutschen Atomwissenschaftler abgehört wurden, um ihnen das Geheimnis zu entlocken, wie weit Deutschland mit dem Bau der

² Johannes Hürter wird sich in seiner biographischen Studie, *Die deutschen Oberbefehlshaber an der Ostfront 1941/42*, näher mit diesem Problem auseinandersetzen. Er hat für den General Heinrici bereits überaus interessante Einblicke erarbeiten und publizieren können. Vgl. Johannes Hürter, *Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gothard Heinrici 1941/42*, Erfurt 2001. Als gut erforscht kann auch Franz Halder gelten; vgl. Christian Hartmann, *Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942*, Paderborn (u.a.) 1991.

³ Interview mit dem ehemaligen Hafen- und Festungsarzt von Ymuiden, Stabsarzt Dr. Hans Lautenbach, November 1994. Ein gravierendes Problem zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen ist, daß – wie bei vielen anderen hohen Offizieren – von Dönitz keine privaten Aufzeichnungen aus der Kriegszeit vorliegen. Zum weiteren Problemkomplex vgl. Eberhard Ruschenbusch, *Dönitz, die Konzentrationslager und der Mord an den Juden*; in: Schiff und Zeit 52 (2000), S. 20–26; Herbert Kraus, *Karl Dönitz und das Ende des Dritten Reiches*, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München/Zürich 1995, S. 1–23.

Atombombe vorangeschritten war⁴. Richard Overy hat kürzlich Lauschprotokolle der Verhöre von NS-Eliten 1945 publiziert⁵.

Derartige Methoden der Informationsbeschaffung sind seit Kriegsbeginn systematisch angewandt worden. Das Befragen und Abhören von Kriegsgefangenen wurde in Großbritannien vom Combined Services Detailed Interrogation Centre vorgenommen, das zunächst dem MI 9, ab Dezember 1941 der neugegründeten Abteilung MI 19 des War Office, d. h. der Zuständigkeit des Heeres, unterstand und je eine Abteilung in Großbritannien selber und eine in Nordafrika (Middle East) unterhielt. Die Berichte wurden dem Naval Intelligence Department der Admiralty und der Air Intelligence Abteilung des Air Ministry weitergegeben. Hier konnten sie zusammen mit anderen Informationen, etwa aus der Funkaufklärung oder der Luftaufklärung, zu einem Intelligence-Gesamtbild zusammengefügt werden⁶.

Zum Belauschen deutscher Kriegsgefangener gab es spezielle Verhörlager: Wilton Park und Latimer House in Buckinghamshire und Trent Park in Middlesex, alle drei westlich von London⁷. Hinzu kam 1944 ein Verhörzentrum im Londoner Stadtteil Kensington, genannt London District Cage (LDC), das vor allem für Gefangene vorgesehen war, die in irgendeinem Zusammenhang mit Kriegsverbrechen standen, sei es als Täter oder als Mitwisser⁸. Während die Gefangenen in den anderen Verhörlagern ein vergleichsweise angenehmes Leben hatten, wurden sie im LDC auch psychischer Gewalt unterzogen, wobei hier nicht heimlich abgehört wurde⁹.

Das erste Verhörlager war Trent Park. Erst mit den größeren Gefangenzahlen ab Herbst 1942 wurden Latimer House und Wilton Park zum Belauschen der „normalen“ Gefangenen aufgebaut, während Trent Park ab November 1942 zum Langzeitverhörlager (POW Camp 11) für Generäle und Stabsoffiziere umgewandelt wurde. Die dorthin verbrachten hochrangigen Soldaten sollten für längere Zeit hier verbleiben, da man hoffte, sie würden in der entspannten Atmosphäre

⁴ Vgl. *Hitler's uranium club: the secret recordings at Farm Hall*, annotated by Jeremy Bernstein, New York 2001; Dieter Hoffmann (Hrsg.), *Operation Epsilon: die Farm-Hall-Protokolle oder die Angst der Alliierten vor der deutschen Atombombe*, Berlin 1993.

⁵ Vgl. Richard Overy, *Verhöre. Die NS-Elite in den Händen der Alliierten 1945*, Berlin 2002.

⁶ Die zusammenfassenden Intelligence-Berichte, *Weekly Intelligence Summaries*, befinden sich für den Bereich des Air Ministry in dem Aktenbestand Public Record Office (künftig: PRO), AIR 22, für die Admiralty in dem Bestand ADM 223. Den Wert der Kriegsgefangenen für das Intelligence-Gesamtbild am Beispiel der Luftschlacht um England arbeitet Kevin Jones, *From the Horse's Mouth: Luftwaffe POWs as Source for Air Ministry Intelligence During the Battle of Britain*, in: *Intelligence and National Security* 15 (2000) 4, S. 60–80, heraus. Er geht dabei auch kurz auf das Abhören der gefangenen Luftwaffenbesatzungen ein.

⁷ Vgl. Matthew Barry Sullivan, *Auf der Schwelle zum Frieden. Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien*, Wien/Hamburg 1981, S. 66 f.

⁸ So wurden einige Gefangene der 12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend im LDC befragt und abgehört, die in die Ermordung kanadischer Kriegsgefangener in der Normandie im Juni 1944 verwickelt waren. Edliche dieser Berichte befinden sich in: PRO, WO 208/4295.

⁹ Vgl. Sullivan, *Auf der Schwelle zum Frieden*, S. 57 u. S. 63–65.

im gegenseitigen Gespräch Geheimnisse preisgeben¹⁰. Zunächst befanden sich in Trent Park dauerhaft wohl nur die beiden in Nordafrika gefangenen Generäle Ludwig Crüwell und Wilhelm Ritter von Thoma. Im Mai 1943 kam dann ein Schub von neuen Offizieren, die in Tunesien von den Briten gefangengenommen worden waren, ab Sommer 1944 folgten permanent neue Gefangene aus dem Feldzug in Frankreich¹¹.

Die Mikrofone waren sowohl in den Zellen als auch im Kasino versteckt, so daß Diskussionen in größerem Kreis ebenfalls aufgenommen werden konnten. Über Kopfhörer verfolgten deutsche und österreichische Exilanten die Gespräche, und sobald etwas Wichtiges gesagt wurde, erfolgte die Aufnahme auf Platten, wovon später ein Wortprotokoll in Deutsch und in englischer Übersetzung angefertigt wurde¹². Bedingt durch diese Vorauswahl finden sich in den Unterlagen keine alltäglichen Gespräche über das Wetter oder die Qualität des Essens. Gespräche rein privater Natur, etwa über die Familienverhältnisse, sind ebenfalls nicht aufgezeichnet worden.

Seit Mai 1943 sind in Trent Park 1725 Abhörprotokolle von unterschiedlicher Länge entstanden. Diese umfassen zum Teil nur wenige Zeilen, zum Teil bis zu mehreren Seiten. Zusammen füllen sie elf dicke Aktenordner¹³. Der Bestand umfaßt damit nur etwa zehn Prozent der Abhörakten des Combined Services Detailed Interrogation Centre UK¹⁴. Für den Historiker sind allerdings gerade

¹⁰ Die Verweildauer in den normalen Verhörslagern war in der Regel nur kurz, sie reichte von einigen Tagen bis hin zu einigen Wochen. Sobald man glaubte, daß die Gefangenen ihr Wissen preisgegeben hatten, wurden sie zur dauerhaften Verwahrung in ein Gefangenenlager überführt, das bis 1944 in der Regel nicht in Großbritannien selber lag. Die Masse der deutschen Soldaten wurde in Lagern in Kanada und im Nahen Osten untergebracht. Im Vereinigten Königreich variierte die Zahl der Kriegsgefangenen bis Ende 1943 zwischen 300 und 1850 Mann. Die Zahlen stiegen erst im Verlauf der Befreiung Frankreichs in der zweiten Jahreshälfte 1944 sprunghaft an und umfaßten im Dezember 1944 bereits 144450 Mann. Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges vgl. Helmut Wolff, Die deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand. Ein Überblick, München 1974, S. 20 f.

¹¹ Eine Belegungsliste von Trent Park existiert nur für Frühjahr 1945. Wilhelm Ritter von Thoma hat in seinem Tagebuch vermerkt, daß er bei seiner Ankunft am 19. 11. 1942 lediglich auf General Crüwell stieß. Am 23. 12. 1942 wurde der in Kreta in Gefangenschaft geratene Fallschirmjägermajor Burkhardt, Kdr. II/FsJ Rgt 1, ins Lager verlegt, am 20. 1. 1943 folgte Kapitänleutnant Hans-Dietrich Tiesenhausen – Kommandant des am 17. 11. 1942 versenkten U-Bootes U 331. Es ist allerdings nicht bekannt, wie lange Burkhardt und Tiesenhausen im Lager blieben. Vgl. Tagebuch Thoma, Eintragungen vom 23. 12. 1942 u. 20. 1. 1943, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (künftig: BA-MA), N 2/3.

¹² Vgl. Sullivan, Auf der Schwelle zum Frieden, S. 67.

¹³ PRO, WO 208/4165-4170, 4177, 4178, 4363-4365.

¹⁴ Die Abhörprotokolle von Heeresangehörigen weisen die Berichtsnummern S.R.M. auf. Die Berichte S.R.M. 1-1264 verteilen sich auf fünf Aktenordner (PRO, WO 208/4136-4140), nur zwei behandeln den Zeitraum vor der Invasion und umfassen vor allem Gespräche der wenigen hochrangigen, vor Mai 1943 in Gefangenschaft gekommenen deutschen Heeresoffiziere. Die Protokolle der Luftwaffenangehörigen (S.R.A. 1-5836) füllen 19, die der Marine (S.R.N. 1-4857) 17 Aktenordner. Daneben existieren noch die Berichte S.R.X 1-2141 (sieben Aktenordner), in denen gemischt Heeres-, Luftwaffen- und Marineangehörige zu Wort kommen, sowie ein eigener Bestand mit Abhörprotokollen italienischer Kriegsgefangener.

diese Akten von besonderem Wert. Das Reflexionsniveau der Gespräche ist hier ungleich höher als bei den Mannschaften, Unteroffizieren und den niedrigen Offizierdienstgraden. Dies dürfte nicht nur am höheren Bildungsgrad, dem Lebensalter und an der militärischen Position gelegen haben, sondern auch an der Tatsache, daß die Herren in Trent Park unendlich viel Zeit hatten¹⁵. Sie arbeiteten nicht und befanden sich in einer angenehmen Atmosphäre, ohne Not zu leiden.

Trent Park war ein Gut von etwa 700 Hektar Größe inmitten einer von Viehweiden, Ackerflächen und alten Wäldern durchzogenen Landschaft. Die deutschen Gefangenen waren in dem schloßartigen Wohngebäude untergebracht. Die dienstälteren deutschen Generäle hatten einen eigenen Wohnraum, die dienstjüngeren lagen zu zweit auf einem Zimmer. Es gab außerdem einen gemeinschaftlichen Aufenthaltsbereich, bestückt mit einem Radio, und ein gemeinsames Eßzimmer. Die Fenster waren überall vergittert. Die Gefangenen konnten in dem von einem Stacheldrahtzaun umgebenen Schloßhof vor der Südfront und auf einem umzäunten Stück Rasenfläche von 120 × 70 Meter an der West- und Nordseite ins Freie treten. An mehreren Tagen in der Woche gab es einen längeren Spaziergang durch die Wälder und Felder des Gutes in Begleitung eines englischen Offiziers.

Das tägliche Leben spielte sich vom Wecken um 6.30 Uhr bis zur Abendrunde um 8 Uhr nach einer genauen Tagesroutine ab. Für Unterhaltung und Fortbildung gab es Spiele und die sehr gute Bibliothek aus der ehemaligen deutschen Botschaft in London¹⁶. Zwei englische Offiziere erteilten Sprachunterricht. Den Gefangenen stand ein bescheidener monatlicher Wehrsold zu, von dem sie sich Genußmittel, Gebrauchsgegenstände, auch Wäsche und Bücher kaufen konnten¹⁷.

Es gab somit genug Möglichkeiten, über den Krieg und das eigene Erleben intensiv nachzudenken und diese Gedanken mit den anderen Gefangenen auszutauschen. Im Mittelpunkt der überlieferten Gespräche stand meist nicht ein konkreter militärischer Einsatz, wie man ihn in den Abhörakten der anderen Marine-, Luftwaffen- und Heeresangehörigen wiederfindet. So stößt man insbesondere bei den Generälen der Panzerarmee Afrika nur selten auf detaillierte Informationen über Schlachten und Gefechte. Da die Gefangennahme meist

¹⁵ So auch die Aussage Ludwig Crüwells am 16. 5. 1943 in Dokument 3.

¹⁶ In den ersten Tagen seiner Gefangenschaft in Trent Park hat Wilhelm Ritter von Thoma noch vergleichsweise ausführliche Notizen über seinen Tagesablauf gemacht. Ende Januar 1943 werden die Aufzeichnungen dann summarischer. Demnach hat er von November 1942 bis Januar 1943 u. a. folgende Werke gelesen: Clausewitz, Vom Kriege; Goethes Briefe seit seiner Jugend; die Erinnerungen von Alfred von Tirpitz; die Moorsoldaten von Wolfgang Langhoff; Bismarcks Gedanken und Erinnerungen; Heinrich Friedjung, Zeitalter des Imperialismus. Vgl. Tagebuch Thoma, Eintragungen vom 20. 11., 27. 12. 1942, 1., 11. u. 17. 1. 1943, in: BA-MA, N 2/3.

¹⁷ Eine anschauliche Beschreibung von Trent Park findet sich in: Bernhard Ramcke, Fallschirmjäger. Damals und danach, Frankfurt a. M. 1951, S. 79–82. Vgl. auch Friedrich August Freiherr von der Heydte, „muß ich sterben – will ich fallen ...“. Ein Zeitzeuge erinnert sich, Berg am See 1987, S. 185. Heute ist Trent Park Teil der Universität Middlesex.

Monate zurücklag, unterhielt man sich offenbar lieber über allgemeinere Themen. Gerade dieser Umstand macht die Quelle für den Historiker so interessant, weil sich jenseits militärischer Detailinformationen ein unverfälschter Einblick in die Gedankenwelt eines ausgewählten Kreises hoher deutscher Offiziere ergibt.

Inwieweit Trent Park seinen eigentlichen Zweck erfüllte und die Briten aus den Lauschaktionen der Langzeitgefangenen konkrete militärische Vorteile gezogen haben, ist nur in einem Fall näher bekannt. Demnach hat das War Office Ende März 1943 aus einem abgehörten Gespräch zwischen den Generälen Wilhelm Ritter von Thoma und Ludwig Crüwell Gewißheit über die Entwicklung der V-2-Rakete erhalten¹⁸. Ansonsten haben lediglich die Herren, die in den Kanalfestungen in Gefangenschaft geraten waren, ausführlich über militärische Details berichtet. Hieraus dürften die Alliierten aber allenfalls gelernt haben, daß etwa Cherbourg nicht mit Langzeitminen verseucht war¹⁹. Der militärische Wert der Abhöraktionen deutscher Stabsoffiziere dürfte summa summarum also begrenzt gewesen sein. Weit erfolgreicher war man beim Abhören von Unteroffizier- und unteren Offizierdienstgraden der Luftwaffe und der Marine, da man von diesen viel über neue Waffen, Einsatztaktiken, Funk- und Funkmeßgeräte erfuhr²⁰.

Während die Abhörprotokolle deutscher U-Boot-Besatzungen in jüngster Zeit von der Forschung herangezogen worden sind²¹, blieben die Lauschberichte der Stabsoffiziere bislang praktisch unbeachtet²². Hier wird erstmals eine exemplari-

¹⁸ Vgl. Francis H. Hinsley, *British Intelligence in the Second World War. Its Influence on Strategy and Operations*, Bd. III, 1, London 1984, S. 362f. Hinsley schreibt hier irrtümlich, daß Crüwell und Thoma am 22. 3. 1943 zum ersten Mal zusammengebracht worden sind. Thoma vermerkt hingegen in seinem Tagebuch, daß Crüwell ihn bei seiner Ankunft in Trent Park am Abend des 19. 11. 1942 empfing und beide bis 2.00 Uhr nachts zusammensaßen. Tagebuch Thoma, Eintragung vom 20. 11. 1942, in: BA-MA, N 2/3.

¹⁹ Eine weitere Ausnahme bildet ein ausführlicher Vortrag von August Freiherr von der Heydte über seinen Fallschirmeinsatz bei der Ardennenoffensive. Es handelt sich dabei um eine detaillierte Schilderung, vermutlich die genaueste, die es überhaupt gibt. In gewisser Weise mag für die Alliierten auch der Vortrag des Geschwaderkommodore des Jagdgeschwaders 6, Oberstleutnant Kogler, über die Entwicklung des Luftkrieges der letzten zwei Jahre nützlich gewesen sein. Kogler war am 1. 1. 1945 bei dem Unternehmen Bodenplatte abgeschossen worden. Vgl. PRO, WO 208/4169.

²⁰ In allen Einzelheiten hierzu Francis H. Hinsley, *British Intelligence in the Second World War. Its influence on strategy and operations*, 5 Bde, London 1979–1990.

²¹ Michael Gannon, *Black May*, New York 1998, S. 334–383, hat eine Auswahl von Abhörprotokollen aus der Zeit von März bis August 1943 abgedruckt. Abhörunterlagen aus amerikanischen Lagern hat auch Clay Blair, *Der U-Boot-Krieg. Die Gejagten 1942–1945*, München 1999, S. 949, verwendet.

²² Zu den wenigen, die diese Quelle genutzt haben, gehört Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß. Botengang eines Toren? Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf 1997, S. 328. Er wertet den Abhörbericht S.R.G.G. 1236 v. 20. 5. 1945, in: PRO, WO 208/4170 aus, in dem Karl Bodenschatz (1890–1979), General der Flieger, ständiger Vertreter der Luftwaffe im Führerhauptquartier, von der Reaktion Hitlers auf die Nachricht vom Heß-Flug berichtete. Peter Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München/Zürich 1985, S. 913, hat den Bericht S.R.G.G. 1219 v. 15. 5. 1945, in: PRO, WO 208/4170 herangezogen, in dem Bodenschatz einem RAF-Offizier detailliert den Verlauf des Attentates vom 20. Juli schilderte. Beide Berichte sind nicht mehr in Trent Park, sondern in

sche Auswahl von 21 dieser Abhörprotokolle vorgelegt, von denen 20 aus dem Langzeitlager Trent Park²³ stammen. Ein weiterer Bericht ist vermutlich in Latimer House entstanden. Er gibt Aufschluß über das Gespräch zweier Majore im Generalstab, die im August 1944 in Frankreich in Gefangenschaft kamen und sich angesichts des Attentates auf Hitler über die allgemeine Kriegslage unterhielten. Dieser Bericht ist insofern ein Novum, weil von den in der Normandie gefangengenommenen Offizieren nur selten Gesprächsmitschnitte zu allgemeinen politischen Fragen vorliegen²⁴. Dies gilt im übrigen auch für die 1944 in Frankreich in Gefangenschaft geratenen Generäle. Aus ihren Gesprächen läßt sich manches Detail der Kämpfe in der Normandie entnehmen. Äußerungen zu allgemeineren militärisch-politischen Fragen sind bei den Afrika-Generälen aber weit häufiger zu finden. Darum liegt auf ihren Berichten – insgesamt 18 von 21 Protokollen – auch der deutliche Schwerpunkt des ausgewählten Quellenmaterials.

Inhaltlich wird ein breiter Strauß an Meinungen und Themen dargeboten. Fünf Berichte befassen sich mit den verschiedensten Äußerungen zur Kriegslage und dem Kriegsausgang. Zwölf Berichte können dem Bereich Kriegsverbrechen zugeordnet werden, wobei hier vor allem die Massenerschießungen an der Ostfront diskutiert wurden. Vier Protokolle haben Reaktionen auf den 20. Juli zum Gegenstand. Dabei schalteten sich in zwei Fällen Verhöroffiziere ein, die versuchten, über die Hintergründe des Attentates auf Hitler Näheres zu erfahren. Die Offenheit des Gespräches – und damit ihr Quellenwert – hat unter ihrer Anwesenheit aber nicht gelitten. Der Gesprächsverlauf zeigt deutlich, wie wenig die hier anwesenden deutschen Generäle bemüht waren, den Briten Informationen vorzuenthalten und wie sehr sie durch die Brisanz der Nachricht zum Reden gebracht worden sind (vgl. die Dokumente 17 und 18).

Natürlich können diese Stimmen nur einen Ausschnitt des reichhaltigen Materials darstellen. Sie sind aber für diesen Quellenbestand, zumindest was die Meinungsvielfalt der besprochenen Themen anbelangt, repräsentativ. In den hier exemplarisch abgedruckten Dokumenten kommen 18 Stabsoffiziere zu Wort, wobei die zwölf Generäle in den Gesprächen quantitativ deutlich hervortraten. 15 Offiziere gehörten zum Heer, drei zur Luftwaffe. Darunter befand sich ein Generaloberst, vier Generäle der Panzertruppe, fünf Generalleutnante, zwei

Latimer House aufgenommen worden, da man nach der Kapitulation hochrangige Luftwaffen- gefangene von den hier anwesenden Experten hat verhören lassen. Vgl. dazu Raymond E. Toliver/Trevor J. Constable, Adolf Galland. General der Jagdflieger. Biographie, München/Berlin 1992, S. 307–311; David Irving, Die Tragödie der deutschen Luftwaffe. Aus den Akten und Erinnerungen von Feldmarschall Milch, Frankfurt a. M./Berlin 1970, S. 373 f.

²³ Die genaue Zahl der Abhörprotokolle hoher deutscher Stabsoffiziere in Trent Park ist nicht bekannt. Wie bereits erwähnt, entstanden hier seit Mai 1943 1725 Berichte. Hinzu kommen aber noch etliche sogenannte S.R.M. Reports – vielleicht einige Dutzend –, die seit November 1942 angefertigt wurden, als das Lager nur spärlich belegt war. Insgesamt liegen im PRO 1264 S.R.M. Reports vor, die aber nur zu einem kleinen Teil aus Trent Park stammen.

²⁴ Die Akten in: PRO, WO 208/4138 und 4139 enthalten die Lauschprotokolle von Gefangenen aus der Normandieschlacht. Diese Quelle dürfte für die noch ausstehende Gesamtdarstellung dieser Kämpfe von besonderem Wert sein.

Generalmajore, zwei Obristen, ein Oberstleutnant und drei Majore. Die Generäle wurden zwischen 1886 und 1897 geboren, wobei die Hälfte den Jahrgängen 1895 bis 1897, drei Viertel den Jahrgängen 1891 bis 1897 angehörten. Regional läßt sich kein Muster feststellen, die Geburtsorte reichen von Schlesien bis Straßburg, es fehlt lediglich der norddeutsche Raum²⁵.

Der militärische Lebenslauf ist bei den Generälen hingegen überaus ähnlich verlaufen: Den Ersten Weltkrieg erlebten sie als junge Frontoffiziere, beendeten ihn meist im Rang eines Oberleutnants, wurden dann in die Reichswehr übernommen, waren bei Kriegsbeginn zu Regimentskommandeuren im Rang eines Oberstleutnants oder Oberst aufgerückt. Mit einer Ausnahme (Alfred Gutknecht²⁶) standen sie zum Zeitpunkt der Gefangennahme alle seit mehreren Jahren im Fronteinsatz, hatten in der Regel Polen-, Frankreich- und Rußlandfeldzug miterlebt, bevor sie in Nordafrika oder Frankreich in die Hände der britischen Armee geraten waren. Nur ein General, Generalmajor Gerhard Bassenge²⁷, kannte die Ostfront nicht aus eigenem Erleben²⁸. 12 von 18 Personen trugen

²⁵ Die Geburtsjahre und -orte der 15 Generäle verteilen sich wie folgt: 1886 Mergentheim; 1888 Badingen (Krs. Stendal); 1889 Ernsdorf (Schlesien); 1891 Parsberg (Bayern); 1891 Dachau; 1892 Dortmund, 1895 Stuttgart; 1895 Steinbach (Oberpfalz); 1896 Minden; 1896 Offenburg; 1896 Straßburg; 1897 Etlingen.

²⁶ Generalmajor Alfred Gutknecht (20. 6. 1888–12. 11. 1946 (Freitod)), Eintritt ins Heer 19. 3. 1908, von April 1914 bis November 1917 als Kompaniechef bei der Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika, britische Kriegsgefangenschaft, 1920 Eintritt in die Polizei, 16. 3. 1936 Übertritt zum Heer, 3. 10. 1939–5. 3. 1940 beim Stab des Grenzabschnittskommandos Nord, verschiedene Verwendungen als Höherer Offizier des Kraftfahrwesens, seit 20. 9. 1942 Höherer Kommandeur der Kraftfahrtruppen West, 29. 8. 1944 in Gefangenschaft, offenbar repatriiert und im April 1945 als Kraftfahrzeug-Inspizient beim OB Süd eingesetzt. Gutknecht wurde am 7. 11. 1939 vom Stab des Grenzabschnittskommandos Nord in den Stab des AOK 16 im Westen kommandiert. Hier führte er ein „Theater“ auf, weil seine Frau schwer erkrankt sei und er wieder nach Ostpreußen zurückversetzt werden müsse. Dabei standen ihm die Tränen in den Augen. Wenige Monate später beschwerte er sich, warum er seit April 1939 mit der Beförderung übergangen werde. Dazu schrieb Oberstleutnant Linnarz vom Heerespersonalamt: „Das PA stand auf dem Standpunkt, wenn es sich schon nicht verhindern läßt, daß wir weinende Obersten haben, so kommt eine Beförderung zum weinenden General nicht in Frage.“ Gutknecht ist dann aber sowohl vom Oberbefehlshaber der 15. Armee (10. 3. 1943) als auch vom Oberbefehlshaber West (10. 3. 1944) überaus positiv beurteilt worden. Vgl. BA-MA, Pers 6/1318. Die Umstände und Beweggründe für seinen Freitod sind nicht bekannt.

²⁷ Generalmajor Dipl.-Ing. Gerhard Bassenge (18. 11. 1897–13. 3. 1977), Eintritt ins Heer am 4. 10. 1914, zunächst im Infanterieregiment 29, ab April 1916 als Jagdflieger in der Jagdstaffel „Boelcke“. Von 1922 bis 1927 Studium an der TH Hannover. In der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Verwendungen zuletzt als Kompaniechef im I.R. 6. I. I. 1934 Übertritt zur Luftwaffe. Seit 1938 verschiedene Stabsverwendungen u. a. als Chef des Stabes der Luftflotten 2 (30. 1.–31. 7. 1940) und 5 (1. 8.–4. 10. 1940). Seit 1. 2. 1943 Kommandant des Festungsbereiches Tunis – Bizerta. Hier am 10. 5. 1943 in britische Kriegsgefangenschaft, 27. 7. 1942 Deutsches Kreuz in Gold.

²⁸ Ob die drei Majore Ostfronterfahrungen hatten, konnte nicht geklärt werden. Die Verwendung von Oberstleutnant d. R. Kurt Köhncke (18. 9. 1896), zuletzt Kommandeur der schweren Flakabteilung 372 während des Krieges, ist nicht bekannt. Er selber sagte Oberst Reimann, daß er nicht in Rußland gewesen sei. S.R.C.G. 674 v. 19. 12. 1943, in: PRO, WO 208/4167.

hohe Tapferkeitsauszeichnungen, zwei Eichenlaubträger, acht Ritterkreuzträger und zwei Träger des Deutschen Kreuzes in Gold befanden sich darunter.

Verfolgt man die Gespräche der Offiziere in Trent Park, so fällt auf, daß die Gefangenen sich rasch in zwei Gruppen aufspalteten: Die einen hielten den Krieg für verloren, verurteilten die Massaker an der russischen Zivilbevölkerung, schenken auch den Informationen über den millionenfachen Mord an den Juden Glauben und äußerten sich abfällig über Hitler und den Nationalsozialismus. Wortführer dieser Gruppe war Wilhelm Ritter von Thoma²⁹, unterstützt vor allem von Friedrich Freiherr von Broich³⁰ und den beiden Luftwaffengenerälen Georg Neuffer³¹ und Gerhard Bassenge. Auch Oberst Hans Reimann³² kann zu dieser Gruppe gezählt werden. Der andere Kreis um Ludwig Crüwell³³ und einen

²⁹ Wilhelm Ritter von Thoma (11. 9. 1891–30. 4. 1948), Eintritt ins Heer am 23. 9. 1912, erlebte den Ersten Weltkrieg u. a. beim 3. königlich bayerischen Infanterie-Regiment an der Westfront, wurde in die Reichswehr übernommen und diente in der 7. bayerischen Infanterie-Division. Von September 1936 bis Mai 1939 Kommandeur der Bodentruppen der Legion Condor, im Polenfeldzug Kommandeur des Panzerregiments 3 der 2. Panzerdivision, von März 1940 bis Juli 1941 General der Schnellen Truppen beim OKH, 17. 7.–30. 9. 1941 Kommandeur 17. Panzerdivision, 14. 10. 1941–21. 7. 1942 Kommandeur 20. Panzerdivision, 1. 9. bis 4. 11. 1942 kommandierender General des Deutschen Afrika-Korps. Am 4. 11. 1942 bei El Alamein in britische Kriegsgefangenschaft, Ritterkreuz am 31. 12. 1941.

³⁰ Generalleutnant Friedrich [Fritz] Freiherr von Broich (1. 1. 1896–24. 9. 1974), Eintritt ins Heer am 2. 7. 1914, im Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Reiterregimentern. Von 1939 bis Ende 1941 Kommandeur der Kavallerie-Regimenter 21, 22 und 1. Nach der Umgliederung der 1. Kavalleriedivision zur 24. Panzerdivision von 1. 12. 1941–31. 10. 1942 Kommandeur der 24. Schützenbrigade, vom 10. 11. 1942 bis 5. 2. 1943 Kommandeur der Brigade von Broich, ab 5. 2. 1943 Kommandeur 10. Panzerdivision. Am 12. 5. 1943 bei Gombalia in Tunesien in britische Gefangenschaft, Ritterkreuz am 29. 8. 1942.

³¹ Generalleutnant Georg Neuffer (18. 4. 1895–11. 5. 1977), Eintritt ins Heer am 2. 8. 1914, Verwendung erst in verschiedenen bayerischen Artillerieregimentern, ab Juli 1917 Chef einer Flak-Batterie, in der Zwischenkriegszeit Verwendung in verschiedenen Artillerieregimentern, 1935 Übertritt zur Luftwaffe, 1937 Kommandeur der Flakabteilung 88 der Legion Condor, seit August 1939 als Chef des Stabes in verschiedenen Verwendungen. Vom 1. 12. 1941–17. 4. 1942 Chef des Stabes im Luftgaukommando Moskau, vom 18. 4.–11. 11. 1942 Kommandeur der 5. Flak-Division in Darmstadt, seit 12. 11. 1942 Kommandeur der 20. Flak-Division in Tunesien. Hier am 10. 5. 1943 in Gefangenschaft. Dort Beförderung zum Generalleutnant (1. 7. 1943) und Verleihung des Ritterkreuzes (1. 8. 1943).

³² Oberst Hans Reimann (28. 3. 1899), Kommandeur des Panzergrenadierregiments 86 der 10. Panzerdivision, Deutsches Kreuz in Gold 8. 5. 1943. Nähere Daten zum Lebenslauf sind leider nicht bekannt, da die Personalakte im Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle in Kornelimünster noch geschlossen ist.

³³ General der Panzertruppe Ludwig Crüwell (20. 3. 1892–25. 9. 1958), Eintritt ins Heer 6. 3. 1911, im Ersten Weltkrieg verschiedene Stabs- und Frontverwendungen, in der Zwischenkriegszeit dominierten Stabsverwendungen. 1. 8. 1940–15. 8. 1941 Kommandeur 11. Panzerdivision, anschließend kommandierender General des Deutschen Afrikakorps. Crüwell ist am 29. 5. 1942 auf einem Erkundungsflug abgeschossen worden und in britische Gefangenschaft geraten, aus der er im April 1947 entlassen wurde, Ritterkreuz am 14. 5. 1941, Eichenlaub am 1. 9. 1941. Seine Vorgesetzten beurteilten ihn außergewöhnlich positiv, so General Werner Kempf am 28. 10. 1941: „Überr. Pers. Beispielhaft tapfer. Groß. Tak. Wissen u. Können. groß. Umsicht, schnellste Entschlußkraft. Unermüdlich tätig. Hervorr. geführt u. größte Erfolge erreicht.“ Rommel schloß sich in seiner Beurteilung vom 12. 4. 1942 dieser Meinung an. BA-MA, Pers

nicht identifizierten Major aus dem Stab der 90. leichten Division sah die Lage allenfalls als kritisch, keinesfalls aber als hoffnungslos an, versuchte die Verblichen zu rechtfertigen, herunterzuspielen oder bezweifelte sie schlicht. Diese Soldaten verteidigten zudem den Nationalsozialismus.

Auffällig ist, daß die Gruppenbildung keine Frage der Generationen war. Sie wurde vielmehr altersunabhängig von den persönlichen Erfahrungen und politischen Einstellungen bestimmt. Die Meinungsverschiedenheiten prägten das Klima im Lager von Anfang an ganz entscheidend mit. Bereits im Februar 1943 wurden die Differenzen zwischen Thoma und Crüwell in einem Gespräch überdeutlich (Dokument 2)³⁴. Nach der Ankunft der neuen Gefangenen aus Tunesien suchte sich Crüwell „Verbündete“, da ihm das „ewige Meckern“ von Thoma auf die Nerven fiel und er es für unanständig hielt, „jetzt alles auf den Führer zu schmeißen“³⁵. Crüwell fand in Heinrich-Hermann von Hülsen³⁶, Gotthart Frantz³⁷ und bedingt

8-114. Crüwell ist in den fünfziger Jahren als aussichtsreicher Kandidat zur Führung des deutschen EVG-Kontingentes bzw. für den Posten des Generalinspektors der Bundeswehr gehandelt worden. Vgl. Georg Meyer, Adolf Heusinger: Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg (u.a.) 2001, S. 556.

³⁴ Es gab offenbar nur einen Punkt, in dem Crüwell und Thoma einer Meinung waren: das Unverständnis, daß sich Generalfeldmarschall Friedrich Paulus in Stalingrad ergeben hat. Crüwell bemerkte hierzu: „Ich hätte mir eine Kugel durch den Kopf geschossen. Also, mich enttäuscht das bitter!“ Thoma stimmte ihm zu und bemerkte, daß es furchtbar sei, daß so viele Generäle in Stalingrad in Gefangenschaft gegangen seien. S.R.M. 160, v. 4. 2. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

³⁵ S.R.G.G. 156 v. 26. 6. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

³⁶ Generalmajor Heinrich-Hermann von Hülsen (8. 7. 1895–6. 6. 1982), Eintritt ins Heer 13. 8. 1914, im Ersten Weltkrieg vor allem als Truppenoffizier im 4. Garde-Regiment zu Fuß, in der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Reiterregimentern, 1. 4.–17. 8. 1941 Kommandeur Reiter-Regiment 2, 25. 5.–15. 12. 1942 Kommandeur 9. Schützenbrigade der 9. Panzerdivision, ab 25. 4. 1943 als Oberst mit der Führung der 21. Panzerdivision in Tunesien beauftragt. Am 13. 5. 1943 in Gefangenschaft, Deutsches Kreuz in Gold am 2. 11. 1941. Hülsen litt offenbar sehr darunter, daß er im Mai 1943 noch immer Oberst war und keine Division offiziell kommandiert hatte. In Rußland hatte er im Sommer 1942 für wenige Tage die 9. Panzerdivision geführt, nachdem der Divisionskommandeur verwundet worden war. Ein Streit mit Oberst Wilhelm Schmalz – einem der Regimentskommandeure – führte dazu, daß er diesen Posten kurze Zeit nach Amtsantritt wieder loswurde. Nachdem er auch in Nordafrika nicht befördert worden war, konnte er in der Gefangenschaft zunächst Ludwig Crüwell dafür gewinnen, sich für seine Beförderung einzusetzen, „damit ich dann noch während der Gefangenschaft Generalleutnant werden kann“. Dieser sprach mit Generaloberst von Arnim, der schriftlich über die Schweizer Botschaft Hülsens Beförderung beim OKW beantragte. Diese wurde am 9. 7. 1943 mit Wirkung vom 1. 5. 1943 ausgesprochen. Ob Hülsen aus opportunistischen Gründen Crüwells Vorgehen gegen Thoma unterstützt hat, kann nicht beurteilt werden. Offensichtlich ist jedoch, daß Widerstand gegen Crüwells und Arnims Ansichten ihm gewiß nicht zu seiner Beförderung verholfen hätte. Vgl. S.R.G.G. 143 v. 19. 6. 1943 u. S.R.G.G. 157 v. 26. 6. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

³⁷ Generalleutnant Gotthart Frantz (5. 5. 1888–21. 1. 1973), Eintritt ins Heer 4. 3. 1907, im Ersten Weltkrieg vor allem Truppenkommandos bei der Feldartillerie, am 23. 8. 1921 entlassen, am 1. 11. 1937 aktiviert bei der Luftwaffe, seitdem vor allem Kommandeur von Flak-Einheiten. Vom 20. 12. 1941–28. 2. 1942 in den Stab der 12. Flak-Division in Rußland kommandiert, vom 28. 2.–20. 12. 1942 deren Kommandeur. Seit 21. 12. 1942 Kommandeur der 19. Flak-Division in Tunesien. Am 13. 5. 1943 in Gefangenschaft, am 1. 2. 1945 aus gesundheitlichen Gründen ent-

auch Paul Meixner³⁸ Verbündete, die sich ebenfalls gegen den „Defätismus“ der Gruppe um Thoma verwahrten. Crüwell konnte Generaloberst Hans-Jürgen von Arnim³⁹ als ranghöchsten Offizier schließlich davon überzeugen, gegen den „bösen Geist“ Thoma vorzugehen und der Kritik Einhalt zu gebieten⁴⁰. Arnim forderte am 9. Juli 1943 die Gefangenen dazu auf, „Unterhaltungen, die in irgendeiner Form die Kameraden belasten könnten“, zu unterlassen. Schwarzsehen würde nicht helfen, das Schicksal der Gefangenschaft zu tragen. Zudem sei man es der Heimat schuldig, Zuversicht auszustrahlen und den Menschen zuhause damit zu helfen. Arnim verwies auch darauf, daß im Lager Mikrofone versteckt sein könnten. Man dürfe schon allein aus diesem Grund derartige Gespräche nicht führen, um dem Gegner keine Mittel in die Hände zu geben, die er im Propagandakrieg ausnützen könnte.

Arnim war also daran gelegen, die Geschlossenheit im Lager zu bewahren und die „etwas schwankende“ Stimmung wieder aufzurichten⁴¹. Er selber war in seinen Ansichten nicht eindeutig und lavierte zwischen beiden Gruppen hin und her: Gegenüber Crüwell bemerkte er, daß die SS Kommissare erschossen habe – „was eben eine blöde Dummheit war“ (Dokument 9) – und daß es wohl auch vorgekommen sei, „normale“ Gefangene zu erschießen. Während Crüwell an der gängigen Praxis, für einen Anschlag auf deutsche Soldaten unschuldige Geiseln zu erschießen, nichts Anstößiges erkennen konnte – ja diese Praxis fälschlicherweise vom internationalen Kriegsrecht als gedeckt ansah –, warf Arnim ein, daß ihm diese Praxis „unsympathisch“ sei und man doch nur diejenigen zur Rechenschaft ziehen solle, welche die Morde begangen hätten (Dokument 11). Trotz dieser Vorbehalte vermochte es Arnim nicht, sich klar vom NS-System zu distan-

lassen, von April 1945 bis 2. 11. 1949 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, am 18. 5. 1943 Ritterkreuz. Die Position von Frantz im Disput zwischen Thoma und Crüwell wird deutlich in: S.R.G.G. 161 v. 27. 6. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

³⁸ Konteradmiral Dr. jur. Paul Meixner (4. 6. 1891–8. 6. 1950). Der in Wien geborene Meixner trat am 18. 6. 1910 in die österreichisch-ungarische Marine ein und geriet am 18. 10. 1916 als II. WO von U 16 in Gefangenschaft. Am 1. 1. 1920 aus der Marine entlassen, am 23. 5. 1940 wieder zum Dienst herangezogen, seit Januar 1941 in Marinekommandos im Mittelmeer eingesetzt, zuletzt als Chef des Deutschen Marinekommandos Tunesien. Am 11. 5. 1943 in Gefangenschaft, am 11. 2. 1943 Deutsches Kreuz in Gold. Meixner wurde am 12. 6. 1944 zum Konteradmiral befördert. Am 27. 6. 1943 versicherte Meixner Crüwell, daß er ihn unterstützen wolle, „denn das ist mir eine Selbstverständlichkeit“. S.R.G.G. 163 v. 27. 6. 1943, in: PRO, WO 208/4165. Bereits hier kritisierte er aber scharf die Korruption in der Partei und hielt wenige Wochen später den Krieg für verloren.

³⁹ Generaloberst Hans-Jürgen von Arnim (4. 4. 1889–1. 9. 1962), Eintritt ins Heer 1. 4. 1908, im Ersten Weltkrieg verschiedene Stabs- und Frontkommandos, zuletzt als Bataillonskommandeur im Reserve-I.R. 93, in der Zwischenkriegszeit verschiedene Stabs- und Truppenverwendungen, 12. 9. 1939–11. 10. 1940 Kommandeur der 12. Infanterie-Division, ab 12. 10. 1940–11. 11. 1941 [mit Unterbrechungen] Kommandeur 17. Panzerdivision, danach Kommandierender General des XXXIX. Panzer-Korps, 3. 12. 1942 Oberbefehlshaber der 5. Panzerarmee in Tunesien, ab 9. 3. 1943 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Afrika. Am 12. 5. 1943 bei Tunis in Gefangenschaft, Ritterkreuz am 4. 9. 1941.

⁴⁰ S.R.G.G. 191 v. 4. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

⁴¹ Die Ansprache Arnims ist abgedruckt in: S.R.G.G. 204 v. 9. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

zieren. Ein weiterer Beleg für seine indifferente Haltung ist ein Schreiben, das er am 11. Januar 1944 an Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel richtete, um diesen davon in Kenntnis zu setzen, daß Rudolf Heß das Lager nicht besucht habe, so wie dies im Daily Express zu lesen gewesen war. Er schloß seinen Bericht mit den Zeilen: „Voll tiefstem Vertrauen in unsere Führung blicken wir voll Stolz auf den Heldenkampf von Heimat und Front, wehmütig nur darin, daß uns das Schicksal nicht vergönnt hat, noch mitzutun und mitzuhelfen! Meine besten Wünsche für 1944 Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, und allen, die mich noch kennen. Gott segne den Führer in seiner schweren Aufgabe! Gez. v. Arnim.“⁴²

Den ersten hier zitierten Satz hätte Arnim zweifellos nicht so schreiben müssen, wenn er nicht seinem Empfinden entsprochen hätte. Im gleichen Tenor hatte er schon die Ansprache an die Gefangenen vom 9. Juli 1943 gehalten. Auffällig ist hingegen, daß er sein Schreiben nicht mit dem üblichen „Heil Hitler“ schloß und zudem anführte, „Gott segne den Führer“ – eine überaus zweideutige Bemerkung.

Arnims Appell hatte nicht die beabsichtigte Wirkung. Thoma ließ sich keinen Maulkorb anlegen, und Crüwell echauffierte sich weiterhin wegen dessen Schadenfreude über deutsche Niederlagen⁴³. Am 12. September 1943 bemerkte Thoma im Gespräch mit Oberst Rudolf Buhse⁴⁴, daß für ihn „jede Bombe, jedes Stück von Material und jedes Menschenleben, was noch in diesem sinnlosen Kriege verschwendet wird, zu schade [sei]. Der einzige Gewinn, den der Krieg uns bringt, ist daß [...] die zehnjährige Gangsterregierung zu Ende kommt“ (Dokument 8). „Deshalb werde ich von den anderen als ein Verbrecher angesehen.“ Thoma ergänzte noch, daß man „Adolf Hitler in die Gummizelle stecken“ solle.

Er hat derartige Äußerungen gewiß nicht getan, um sich ein „bißchen interessant“ zu machen, so wie ihm dies von Arnim unterstellte⁴⁵. Die Eintragungen in Thomas Tagebuch belegen, daß er seine ehrliche Überzeugung kundtat. Bereits am 17. Januar 1943 notierte er: „Es ist, wenn man das Kriegspotential der ganzen gegen uns stehenden Welt betrachtet, nur ein Hinausschieben, kein Abwenden der Entscheidung. Ein langer Krieg ist für das – in der Weltlage gemessen – kleine Deutschland unmöglich und da wir jetzt schon einen mehrjährigen Krieg haben, kann es für uns nicht glücklich enden, das ahnte ich, als Amerika offen in den Krieg trat und die Lage ähnelt sehr der Zeit des Eintritts Amerikas in den ersten Weltkrieg.“⁴⁶

⁴² BA-MA, Pers 6/18.

⁴³ S.R.G.G. 654 v. 14. 12. 1943, in: PRO, WO 208/4167.

⁴⁴ Oberst Rudolf Gustav Buhse (10. 4. 1905–26. 11. 1997), Eintritt ins Heer 1. 4. 1924, seit 1937 im Infanterie(Grenadier)-Regiment 47 der 22. Luftlandedivision, mit dem er die Feldzüge in Frankreich und Rußland erlebte. Im Oktober 1942 erfolgte die Überführung des Regimentes unter seinem Kommando von Kreta nach Afrika und die Unterstellung unter die 21. Panzerdivision. Am 9. 5. 1943 geriet er in Tunesien in Gefangenschaft, Ritterkreuz am 17. 8. 1942, 1956–1962 bei der Bundeswehr, letzter Dienstgrad Brigadegeneral.

⁴⁵ S.R.G.G. 191 v. 4. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

⁴⁶ Tagebuch Thoma, in: BA-MA, N 2/3. Vgl. auch seine Eintragung vom 1. 1. 1943: „Ein trüber regnerischer Morgen, noch um 10.00 Uhr trübe, daß man Licht braucht – so sieht das Jahr für Deutschland aus, das sein wirtschaftliches Kriegspotential nicht mehr steigern kann, während

Die Kritik am NS-System, die Thoma im Gespräch mit Buhse äußerte, läßt sich mit einer noch süffisanteren Bemerkung aus seinem Tagebuch stützen. Am 20. Januar 1943, mehr als acht Monate vor der Unterhaltung mit Buhse, notierte er: „Das Gespenst dieses Krieges muß ein für allemal aus der Welt geschafft werden. Die Staatsphilosophie der Axenmächte [sic] basiert auf einer prinzipiellen Verachtung des einzelnen Menschen, der Freiheit und aufrechter Gesinnungsbekundung. Wenn wir je uns diese Philosophie zu eigen machten, würde unser Sieg zu einer Niederlage für die ganze Menschheit werden. [...] Ich kann nicht prophezeien, wann der Krieg beendet sein wird, aber eines kann ich sagen: das Jahr 1943 wird uns ein tüchtiges Stück weiterbringen auf dem Wege nach Berlin, Rom und Tokio.“⁴⁷

Thoma war sich vollkommen darüber im klaren, daß seine offene Ablehnung des NS-Systems und sein fester Glaube an die deutsche Niederlage von den meisten seiner Mitgefangenen nicht geteilt wurde. Selbst diejenigen, die offen von deutschen Kriegsverbrechen sprachen (z.B. Neuffer und Bassenge), äußerten sich kaum zur Gesamtlage des Dritten Reiches. Lediglich Friedrich Freiherr von Broich teilte – soweit man das aus den Abhörprotokollen ersehen kann – voll und ganz die kritische Haltung über das NS-System und den Kriegsausgang (vgl. Dokument 4).

„Man kann sich nur wundern“, schrieb Thoma am 17. Februar 1944 in sein Tagebuch, daß „immer noch die Mehrzahl sich ein Wunder erwarten [sic], sich beleidigt fühlen [sic], wenn einer vernünftig eine Beurteilung der Lage gibt. Das ist dann eine persönliche Kränkung und sie fühlen [sic] sich vor den Kopf gestoßen. Was wird denen für ein Schlag vor den Kopf am Ende versetzt werden. Sicher ist viel der restlose Mangel an Zivilcourage, die noch seltener wie Tapferkeit ist, daran Schuld und die Angst für antinazi [sic] zu gelten. Ich lache darüber und sage jedem meine Meinung über das bittere Ende und daß meine Meinung durchaus etwas anderes wie des Goebbels Meinung ist, der jede Woche dümmter und frecher in seinen Artikeln im ‚Reich‘ daherredet; die Leute merken gar nicht, [für] wie dumm der die anderen hält.“⁴⁸

Die interessante Frage, ob Thoma seine Haltung erst in der Kriegsgefangenschaft entwickelt oder ob er bereits während des Krieges das politische System und den Fortgang der Kämpfe kritisch beurteilt hat, kann nicht abschließend beantwortet werden. Thoma erwähnt am 8. September 1943, daß er im Oktober 1940 eine 16seitige Denkschrift an den Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, verfaßt habe, in der er „alles vorausgesehen“ habe (Dokument 8). Da die Aktenbestände des Generals der Schnellen Truppen und des Oberbe-

die anderen monatlich eine Steigerung haben. Die Lage ähnelt sehr der des Weltkrieges, nachdem auch 3 Jahre Kriege gewesen war.“ Ebenda.

⁴⁷ Tagebuch Thoma, in: BA-MA, N 2/3.

⁴⁸ Bereits am 23. 10. 1943 vermerkte Thoma, daß trotz aller Nachrichten, die man durch Zeitungen und Radio bekommen kann, „es immer noch ausgewachsene Leute gibt, die unentwegte Optimisten bleiben, was nun auf ihre Ängstlichkeit oder Dummheit zurückzuführen ist. Ein Überblick über die militärische und vor allem kriegswirtschaftliche Lage ist ihnen unmöglich. Sie hoffen – und das nennen sie nüchterne Beurteilung der Lage, als ob da eine Hoffnung dazu gehört!“ Tagebuch Thoma, in: BA-MA, N 2/3.

fehlshaber des Heeres nur rudimentär überliefert sind, konnte das Schriftstück nicht ermittelt werden. Gleiches gilt für das zweiseitige Protestschreiben an das OKW, in dem Thoma gegen die Massenerschießungen in Weißrußland protestiert haben will (Dokument 2)⁴⁹. Zwar ist für die Jahre 1941 und 1942 sein Taschenkalender erhalten geblieben, in dem er Tag für Tag Notizen eingetragen hat. Hier sind aber keine bewertenden Eintragungen über Politik oder die Kriegslage vorgenommen worden. Meist wurde nur das Wetter und der Aufenthaltsort festgehalten⁵⁰. Erst in der Kriegsgefangenschaft wurden seine Aufzeichnungen ausführlicher, und er reflektierte hier, daß er ein „schlimmes Gefühl“ hatte, als im Oktober 1940 die Vorbereitungen für den Rußlandkrieg begannen – wie jeder andere auch, der noch selbst habe denken können. „Als im Herbst 1941 der Krieg im Osten nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, gab ich bei Besprechungen jederzeit meine Auffassung, daß die ganze Lage für Deutschland höchst kritisch wird, da die Zeit gegen uns arbeitet und vor allem Amerika ganz bestimmt auf der anderen Seite nach der nötigen wirtschaftlichen Vorbereitung stehen werde. Als das Jahr 1942 Erfolge aber kein Ende brachte im Osten wußte ich, daß der Krieg für uns nicht mehr zu gewinnen war.“⁵¹

Folgt man Thomas eigenen Aufzeichnungen, so hat er gegenüber den Mitgefangenen seine Prophezeiungen also geschönt, im Herbst 1940 hat er den Ausgang des Krieges gewiß noch nicht vorausgesehen. Aber von diesem Zeitpunkt an begann bei Thoma offenbar ein Reflexionsprozeß, der innerhalb der folgenden zwei Jahre mit der Erkenntnis endete, daß der Krieg verloren war. Es gibt zwei Indizien, daß Thoma in seinem Tagebuch die eigenen Einschätzungen aus der Zeit vor der Gefangennahme korrekt wiedergibt. Bereits im November 1939 bewertete er die taktischen Erfahrungen aus dem Polenfeldzug ungewöhnlich kritisch und warnte, daß sich erst zeigen müsse, ob Panzerdivisionen auch ohne absolute Luftüberlegenheit gegen einen modern ausgerüsteten und gut geführten Gegner ihre Ziele erreichen könnten⁵². Zudem: Als General der Schnellen

⁴⁹ Die überlieferten Akten des Generals der Schnellen Truppen, der 17. Panzerdivision, die Thoma am 19. 7. 1941 übernommen hatte, und des OKW enthalten kein derartiges Schriftstück.

⁵⁰ Thoma hat keine Eindrücke vom Rußlandfeldzug in seinen Taschenkalendern festgehalten. Nur zum Zeitpunkt der schwersten Krise im Winter 1941/42 durchbrach er an zwei Tagen dieses Prinzip. Am 20. 1. 1942 notierte er: „Ein scheußlicher Tag, größte Schwierigkeiten in allem, was zu erleben ist. Viele Leute kopflos, brechen zusammen, 40° Kälte. Alle Motive brechen, man muß die Ruhe bewahren, sonst ist Panik und ein unermeßliches Debakel da. Schlechter kann es nicht mehr kommen.“ Und am 21. 1. 1942: „Über Nacht, morgens 5.00 hat es 48° Kälte. Erfrierungen in Masse! Habe Auftrag persönlich vom Armeoberbefehlshaber [der 4. Panzerarmee, General Richard Ruoff] die rechte Flanke der Armee mit meinen Resten zu decken. Aber wie? Irgend etwas werde ich finden und ich gebe es nicht auf. Viele haben Kopf und Herz verloren. So eine Lage habe ich in meinen 12 Jahren Krieg nie erlebt. Das Ende weiß niemand, es kann und ich bin kein Pessimist ganz scheußlich sich entwickeln. Napoleon Winter in Rußland.“ Taschenkalender Thoma, in: BA-MA, N 2/2.

⁵¹ Tagebuch Thoma, Eintragung vom 23. 10. 1943, in: BA-MA, N 2/3.

⁵² Vgl. Jürgen Förster, *The Dynamics of Volksgemeinschaft: The Effectiveness of the German Military Establishment in the Second World War*, in: Allan R. Millet/Williamson Murray (Hrsg.), *Military Effectiveness, Vol. III: The Second World War*, London (u. a.) 1988, S. 204 f.

Truppen im OKH – Thoma bekleidete diesen Posten immerhin von März 1940 bis Juli 1941 – bekam er tiefe Einblicke in die allgemeine Lage. Dies bestätigte auch von Arnim, übrigens nicht nur für Thoma, sondern auch für General Hans Cramer⁵³, der von April 1942 bis Januar 1943 erst als Chef des Stabes und dann als Befehlshaber diesen Posten bekleidete. Ohne einen endgültigen Beweis führen zu können, erscheint es somit sehr wahrscheinlich, daß Thomas kritische Überlegungen nicht erst in der Kriegsgefangenschaft eingesetzt haben.

Thoma hat die Gruppe um Crüwell ganz richtig charakterisiert: Hier herrschte ein starres Festhalten am Prinzip Hoffnung vor. Am 12. August 1943 bemerkte Crüwell, daß es mit dem Ausgang des Krieges nicht so sicher sei (Dokument 7). Er hielt aber dennoch am „preußischen Standpunkt“ fest, Führer und Vaterland gegen jegliche Anfeindungen zu verteidigen⁵⁴. Crüwells Haltung scheint aus einer Mischung von Pflichtbewußtsein und persönlicher Überzeugung hervorgegangen zu sein. Da er bereits am 15. August 1941 aus Rußland abkommandiert wurde, hat er zweifellos viel weniger von den gewaltigen Verlusten der Wehrmacht und von den Kriegsverbrechen mitbekommen als viele seiner Mitgefangenen. Die Tatsache allerdings, daß bei seiner 11. Panzerdivision ein sowjetischer Kommissar erschossen wurde, vermochte er nicht als besonders „schlimm“ zu bewerten (Dokument 9). Neben einem anderen Erfahrungshorizont hatte Crüwell offenbar auch eine völlig andere politische Überzeugung als Thoma. Er hielt schon den Krieg für unvermeidbar (Dokument 3) und hetzte als einziger Gefangener gegen Juden⁵⁵. Er glaubte zu erkennen, daß die Vereinigten Staaten vom „jüdischen Bazillus“ angetrieben wurden und daß dieser Bazillus auch hinter den verheerenden Bombardements auf Hamburg im Juli 1943 steckte. Dies sei ein Beweis – so Crüwell –, daß die Juden „uns Mann für Mann vernichten wollen“ (Dokument 7). Am heftigsten wurde Crüwell von einem Major aus dem Stab der 90. leichten Division unterstützt, der aus seinem Haß gegen die Engländer keinen Hehl machte (Dokument 11). Überaus aufschlußreich für die Haltung dieses Offiziers ist ein in den Abhörprotokollen erhaltenes Gespräch, das er mit Generalmajor Friedrich Freiherr von Broich und einem nicht identifizierten Oberst

⁵³ S.R.G.G. 191 v. 4. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4165. General der Panzertruppe Hans Cramer (13. 7. 1896–28. 10. 1968), Eintritt ins Heer 10. 8. 1914, im Ersten Weltkrieg die längste Zeit als Kompaniechef im I.R. 15, in der Zwischenkriegszeit in verschiedenen Stabs- und Truppenkommandos bei Kavallerieeinheiten, seit 22. 3. 1941 Kommandeur des Panzerregiments 8, 1. 4. 1942 Chef des Stabes des Generals der Schnellen Truppen, von 1. 9. 1942–22. 1. 1943 General der Schnellen Truppen, dabei von 20. 11.–10. 12. 1942 mit der stellv. Führung des XXXXVIII. Armeekorps beauftragt, 22. 1.–10. 2. 1943 Führung des Generalkommandos zbV Cramer, seit 13. 3. 1943 Führung des Deutschen Afrikakorps, 12. 5. 1943 in Gefangenschaft, 23. 5. 1944 repatriert und am 20. 7. 1944 aus dem Dienst entlassen, im Mai 1945 erneut in Gefangenschaft, Ritterkreuz am 27. 6. 1941.

⁵⁴ S.R.G.G. 156 v. 26. 6. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

⁵⁵ Zu den etwas verklausulierten Äußerungen Thomas über die jüdische Einwanderung nach Deutschland in der Zwischenkriegszeit gegenüber einem englischen Offizier siehe S.R.G.G. 301 v. 28. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4166. Äußerungen Thomas und vor allem Sponecks über die nicht zutreffende NS-Propaganda über Juden in G.R.G.G. 175 v. 17. u. 18. 8. 1944, in: PRO, WO 208/4363. Für diesen Hinweis danke ich Peter Lieb, München.

am 21. Oktober 1943 führte. Der Major wurde von beiden mit der Tatsache konfrontiert, daß die Deutschen versucht hätten, „ganze Völkerschaften auszurotten“, und wand sich wie ein Aal, dieser schrecklichen Erkenntnis auszuweichen⁵⁶.

Kriegsverbrechen spielten in den dokumentierten Gesprächen somit eine wichtige Rolle. Die Kenntnis der Massenerschießungen in Rußland war unter den Gefangenen weit verbreitet. Thoma und Neuffer berichten, selber bei Exekutionen zugegen gewesen zu sein, ein anderer Offizier erzählt, Greuelthaten in Griechenland beobachtet zu haben⁵⁷, Oberst Reimann bekam von einem Polizeibeamten die Massaker im ukrainischen Beridchev geschildert (Dokumente 2, 5 und 12). Heute kann nicht mehr mit Sicherheit ermittelt werden, was die Gefangenen selber konkret beobachtet haben. Offensichtlich ist, daß ein Teil der in Trent Park inhaftierten Offiziere sich sehr bewußt war, was in deutschem Namen geschah. Andere ließen diese Informationen nicht an sich heran, bezweifelten sie oder versuchten sie zu relativieren. Bemerkenswert ist jedoch, daß als Verantwortliche stets nur die SS und Hitler genannt werden (etwa Dokument 2). Die Verstrickung der Wehrmacht und der eigenen Person in Untaten und Unrechtsstaat wurde von niemandem thematisiert.

Neben den Äußerungen über die allgemeine Kriegslage und die Kriegsverbrechen erlauben die Reaktionen auf das Attentat vom 20. Juli 1944 interessante Rückschlüsse auf die Haltung der Generalität. Leider sind diese nur von einem ausgewählten Kreis von Gefangenen überliefert⁵⁸. Die Briten dokumentierten vor allem die Äußerungen der Generäle, von denen sie sich Hintergrundinformationen über die Attentäter erhofften. Thoma, Broich und Theodor Graf von Sponeck⁵⁹ reagierte allesamt positiv, bedauerten nur, daß Claus Graf Schenk von Stauffenberg sein Ziel, Hitler zu töten, nicht erreicht hatte (Dokument 17). General Heinrich Eberbach⁶⁰ attestierte Stauffenberg und Friedrich Olbricht

⁵⁶ S.R.G.G. 495 v. 21. 10. 1943, in: PRO, WO 208/4166.

⁵⁷ Ebenda. Über deutsche Verbrechen in Griechenland berichtet auch der Höhere Artilleriekommandeur der Heeresgruppe Afrika, Generalmajor Fritz Krause (2. 1. 1895). S.R.G.G. 739 v. 1. 1. 1944, in: PRO, WO 208/4167.

⁵⁸ Etliche Gefangene äußerten sich nur am Rande zu diesem Thema. Konteradmiral Walter Hennecke bemerkte am 21. Juli lediglich, daß er befürchte, daß es infolge des Attentates möglicherweise zu einem Bürgerkrieg komme. Falls Deutschland den Krieg verliere, werde der Kommunismus in Deutschland Einzug halten. S.R.G.G. 963 v. 21. 7. 1944, in: PRO, WO 208/4168.

⁵⁹ Generalleutnant Theodor Graf von Sponeck (24. 1. 1896), Eintritt in das Heer 12. 8. 1914, kämpfte im Ersten Weltkrieg u. a. im Garde-Grenadier-Regiment, 1. 1. 10. 1938–15. 2. 1940 Ia XV. Armeekorps, danach bis zum 26. 1. 1942 Kommandeur Schützen-Regiment 11, seit 1. 11. 1942 Kommandeur 90. leichte Division. 12. 5. 1943 in Tunesien in Gefangenschaft, Ritterkreuz am 12. 9. 1941. Sponeck war sich der Dimension der Kriegsverbrechen, die in deutschem Namen geschahen, voll bewußt. Er nannte sie beim Namen und versuchte nicht, irgend etwas zu verharmlosen. Insofern ist er unbedingt zur Gruppe um Thoma zu zählen, die die Dinge kritisch betrachtete, eine konkrete Schuldzuweisung an das eigene Verhalten oder die Wehrmacht als Institution freilich aber nicht vornahm. Vgl. S.R.G.G. 216 v. 12. 7. 1943, in: PRO, WO 208/4165.

⁶⁰ General der Panzertruppe Heinrich Eberbach (24. 11. 1895–13. 7. 1992), Eintritt ins Heer 1. 7. 1914, 25. 9. 1915 in französische Kriegsgefangenschaft, 1917 über die Schweiz zurück nach Deutschland, 1918 bei der 8. türkischen Armee in Palästina eingesetzt, 13. 12. 1919 Eintritt in die Polizei, 1. 8. 1935 Übertritt zum Heer, 1939 bis 1942 Kommandeur von Panzerregi-

Handeln aus Idealismus, kritisierte aber die anscheinend dilettantischen Pläne (Dokument 20). Aufschlußreich ist auch die Reaktion von Generalleutnant Karl Spang⁶¹ (Dokument 18): Einerseits war er erschüttert, daß ihm gut bekannte Generäle, wie Ludwig Beck und Erwin von Witzleben, hingerichtet worden waren. Dann kritisierte er die Attentäter, weil sie viel *zu spät* gehandelt hätten, als klar gewesen sei, daß man nichts mehr habe erreichen können, sondern nur Uneinigkeit in die Truppe hereintragen würde. Deutlich betonte Spang, daß das Attentat keine Auswirkungen auf seine Einheit, die 266. Infanteriedivision, gehabt habe.

Noch deutlicher verurteilten die jungen Majore i. G. Rudolf Beck⁶², ein Vetter von Ludwig Beck, und Hasso Viebig⁶³ den Anschlag. „Das kann ich nicht mit meiner Ehre vereinbaren“, bemerkte Viebig. Obwohl beide die heftigen Kämpfe in der Normandie als Generalstabsoffiziere mitgemacht hatten, waren sie sich über die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage offenbar nicht im klaren (Dokument 19).

Die vorgelegten Dokumente zeigen, wie unterschiedlich die Generäle auf militärische und politische Extremsituationen reagierten und welche unterschiedlichen Schlußfolgerungen sie aus ähnlichen Erlebnissen zogen. Sie belegen auch, wie sehr der Charakter des Krieges und des nationalsozialistischen Systems zumindest einem Teil der in Trent Park inhaftierten Generalität bewußt war und wie sehr Fragen von Moral und Verbrechen Gegenstand des Nachdenkens über die Kriegszeit gewesen sind. Obgleich die eigene Schuld bzw. Mitverantwortung nicht kritisch reflektiert wurde, nannte die Gruppe um Wilhelm Ritter von Thoma den Unrechtscharakter des NS-Staates beim Namen. Damit war sie ungleich kritischer eingestellt als die Mehrheit um Ludwig Crüwell, die sich beharrlich weigerte, irgendwelche substantiell negativen Seiten an System und Kriegführung auszumachen. Die Abhörprotokolle zeigen somit, daß es eine Geschlossenheit in der deut-

mentern, der 4. Panzerdivision und des XXXXVIII. Panzerkorps, seit 3. 8. 1944 verschiedene hohe Kommandoposten in Frankreich, zuletzt mit der Führung der 7. Armee beauftragt. Am 31. 8. 1944 in britische Gefangenschaft, Ritterkreuz am 4. 7. 1940, Eichenlaub am 31. 12. 1941.

⁶¹ Generalleutnant Karl Spang (22. 1. 1886), Eintritt ins Heer 21. 8. 1905, im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit verschiedene Stabs- und Truppenkommandos vor allem bei Artillerieeinheiten. 1. 4. 1939 vom Kdr. A. R. 19 zum Kdt. der Befestig. b. Aachen ernannt, 24. 9. 1939 Kommandant der Befestigungen Niederrhein und Kdr. Div. Spang, 31. 5.–15. 9. 1940 Führerreserve, 16. 9.–15. 11. im Stabe AOK 1, 16. 11. 1940–13. 5. 1941 Kommandeur 337. Inf. Div., 14. 5.–7. 12. 1941 Führerreserve, 8. 12.–30. 12. 1941 Kommandant von Poltawa; 31. 12. 1941–24. 5. 1942 Befehlshaber der Landungen an der Krim, 25. 5.–5. 10. 1942 Kommandant Rückw. Armeegebiet 585, 6. 10.–20. 11. 1942 Kommandant Rückw. Armeegebiet 593, 21. 11.–30. 12. 1942 Führer der Kampfgruppe Spang, 21. 12. 1942–14. 1. 1943 Stellv. Befehlshaber Heeresgruppe Don und Kdr. Gen. Sich. Tr. 15. 1.–1. 6. 1943 Führerreserve, seit 1. 6. 1943 Kommandeur 266. I.D.

⁶² Major i. G. Rudolf Beck, Februar bis Mai 1943 Ia der Division von Manteuffel in Tunesien, seit Dezember 1943 Ia des LVIII. Panzerkorps in Frankreich.

⁶³ Major i. G. Hasso Viebig (21. 5. 1914–16. 9. 1993), Eintritt ins Heer 21. 5. 1934, Kriegseinsatz im Polen-, Frankreich- und Rußlandfeldzug, 1. 8. 1943 Ib der 24. Inf.Div., zuletzt Ia des LXXXIV. Korps. Im Kessel von Falaise am 21. 8. 1944 in Gefangenschaft. 1947 Eintritt in die Organisation Gehlen, 1958 in die Bundeswehr, am 30. 9. 1970 als Brigadegeneral in den Ruhestand versetzt.

schen Generalität nicht gab, daß es sich vielmehr in allen Bereichen des Denkens und Handelns um eine ausgesprochen heterogene Gruppe handelte. Entsprechend differenziert gilt es auch sie zu beurteilen.

Dokumente⁶⁴

Dokument 1

S. R. M. 145 v. 5. Dezember 42, P.R.O. WO 208/4165

Ludwig Crüwell⁶⁵ – General der Panzertruppe,

Captured Middle East 29. Mai 1942

Wilhelm Ritter von Thoma⁶⁶ – General der Panzertruppe,

Captured Middle East 4. November 1942

Thoma: Im November/Dezember ist da befohlen worden, da ist 'runtergekommen von der Heeresgruppe: „Die Regierungskommissare, die müsste man bringen.“⁶⁷ Und das ist natürlich sehr rasch bekannt gewesen und deswegen waren diese Kommissare ‚pièce de resistance‘, die haben gewußt, – fanatisch waren sie, absolut – die haben gesagt: „Entweder halte ich bis zuletzt aus und packe eben meine Leute dafür an, denn ich werde doch umgelegt.“ Ich habe einen gehabt, der war in der TUKHACHEVSKI-Zeit in BERLIN⁶⁸: War angeblich der Verbindungsmann von dieser eingeschlossenen Heeresgruppe, von dem Korps, das wir da gehabt

⁶⁴ Die Wiedergabe erfolgt ganz nach den Vorlagen. Nur offensichtliche Schreibfehler wurden stillschweigend korrigiert. Dabei ist zu beachten, daß die Gespräche Wort für Wort dokumentiert wurden, dementsprechend holprig erscheinen die Dialoge oftmals. Hieraus sollten freilich keine Rückschlüsse auf eine berufsspezifische Sprache vorgenommen werden. Auslassungen des Protokollanten sind mit runden Klammern gekennzeichnet. Eigene Kürzungen sind mit eckigen Klammern ausgewiesen. Die Namen der Personen sind in den Originalprotokollen mit Sigeln abgekürzt, die zum besseren Verständnis aufgelöst wurden. Folgende Abkürzungen sind in der Vorlage verwendet worden: P/W: Prisoner of War, G.O.C.: General Officer Commanding, O.C.: Officer Commanding, A.D.C.: aide de camp (Adjutant), BAO: British Army Officer, AAO: American Army Officer.

⁶⁵ Für Crüwell wurde in den Protokollen das Sigel M 154 verwendet.

⁶⁶ Für Thoma wurde in den Protokollen das Sigel M 159 verwendet.

⁶⁷ Thoma bezieht sich vermutlich auf einen OKH-Erlaß von Ende August 1941, nicht nur die Kommissare, die nur bis zur Ebene der Divisionen eingesetzt wurden, sondern auch deren Gehilfen, die Politischen Führer (Politrucks), die für die Regimentsebene abwärts zuständig waren, zu exekutieren. Ein hier erwähnter gesonderter Befehl über Regimentskommissare vom November/Dezember 1941 ist nicht bekannt. Vgl. Jürgen Förster, Die Sicherung des Lebensraumes, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig DRZW), Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 1067f. Von der Truppe wurde bald erkannt, daß der Kommissarbefehl zum verschärften Widerstand der Roten Armee beitrug. Entsprechende Aktenbelege sind zit. in: Ebenda, S. 1068.

haben und von dem Partisanenmann General Below (?)⁶⁹, und dieser, ein Oberst, war der Verbindungsmann. Der hat so ein bißchen deutsch gesprochen und dann sagte ich zu ihm: „Sie waren doch in DEUTSCHLAND; glauben Sie wirklich, daß wir die Leute kaputt machen? Schauen Sie hinaus“ – da ist gerade so eine Menge Russen vorbeigegangen – wir haben so Arbeiter gehabt, die haben wir gut behandelt, die Leute haben so nett fleißig gearbeitet – sage ich: „Schauen Sie hinaus, den Leuten geht's ja gar nicht schlecht.“⁷⁰

Da sagt er: „Ja, kann schon sein, die brauchen Sie als Arbeitskräfte, aber Kommissare, die werden ja bei Ihnen erschossen, wir haben ja die Befehle von Ihnen.“ Ich hab's abgeleugnet, natürlich, sagte ich: „Da irren Sie sich.“ Sagte er: „Nein, da können wir uns gar nicht irren, da sind ja auch eine Anzahl dieser Befehle gefunden worden.“⁷¹ Da sagte ich: „Wir haben aber keine Kommissare.“ „Ja, bei Ihnen sind eben Offiziere und Kommissare gleich“, hat er gesagt. Ich habe es damals auch gemeldet. Wenige

⁶⁸ Michail Nikolaevič Tuchačevskij (16. 2. 1893–11. 6. 1937), war von 1925 bis 1928 Generalstabschef der Roten Armee, ab 1931 Leiter des Rüstungswesens. Neben der rüstungstechnischen Kooperation gab es seit 1925 gegenseitige Manöverbesuche und Inspektionsreisen. So besuchten etwa fünf Sowjetkommandeure 1928/29 den 3. Führergehilfenlehrgang und hielten sich bis zu einem Jahr in Berlin auf. Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, insbesondere S. 224–227; Sergej A. Gorlow, Geheimsache Moskau Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933, in: VIZ 44 (1996), S. 133–165, hier S. 156.

⁶⁹ Generalmajor Pavel Alekseevič Belov, Kommandeur einer aus Teilen des I. Gardekavalleriekorps, Luftlandetruppen und Partisanen zusammengesetzten Kampfgruppe in Stärke von circa 20 000 Mann, der im Zuge der sowjetischen Winteroffensive im Raum zwischen Smolensk und Kirov hinter den deutschen Linien eingeschlossen worden war. Thomas 20. Panzerdivision hat im März und April 1942 an der Beseitigung dieses Kessels mitgewirkt, die freilich erst bis Anfang Juni 1942 gelang. Die Partisaneneinheiten wurden in eigenständige Divisionen gegliedert, wobei der hier erwähnte, mit Namen nicht bekannte Oberst offenbar der Verbindungsmann der Partisaneneinheiten zu Belovs Stab war. Vgl. Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: DRZW, Bd. 6: Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943, Stuttgart 1990, S. 865 f.; Rolf Stoves, Die gepanzerten und motorisierten deutschen Großverbände 1935–1945. Divisionen und selbständige Brigaden 1935–1945, Friedberg 1986, S. 138; Rolf Hinze, Hitze, Frost und Pulverdampf. Der Schicksalsweg der 20. Panzer-Division, Bochum 1981, S. 124–128. Zur Organisation der Verbände Belovs vgl. John A. Armstrong (Hrsg.), Soviet Partisans in World War II, Madison 1964, S. 177 f.

⁷⁰ Von Sommer 1941 an haben sich die deutschen Einheiten zahlreiche sogenannte russische Hilfspwillige eingereiht, die vor allem bei den Versorgungsdiensten gute Dienste leisteten. Ihre Zahl wird für Mai 1943 auf 600 000 geschätzt. Vgl. Joachim Hoffmann, Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg 1984, S. 14.

⁷¹ Der Kommissarbefehl selber kann kaum in die Hände der Roten Armee gelangt sein, da er schriftlich nur bis zur Ebene der Armee weitergegeben wurde. Es erscheint allenfalls denkbar, daß Akten, die auf Divisionsebene entstanden und in denen auf den Kommissarbefehl Bezug genommen worden ist, erbeutet wurden. Vgl. Jürgen Förster, Das Unternehmen Barbarossa als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: DRZW, Bd. 4, S. 438.

Wochen drauf hatten wir zwei Hauptleute verloren, ganz prächtige Kompanieführer, die aus lauter Übereifer zu weit vorgegangen waren, und dann gekappt worden sind. Und da haben wir erst nach einigen Wochen wieder dieses Dorf bekommen, bei VLASITCHI (?)⁷² war's, und haben gleich die Bauern gefragt, und die haben gesagt, die sind ins nächste Dorf gekommen, da haben wir im nächsten Dorf mit dem Dolmetscher fragen lassen: „Ja, die sind mit dem Schlitten hereingebracht worden und hier, hinter der Scheune, sind sie erschossen worden.“ Und da hat man das Grab aufgegraben und da waren die drin, alle mit Nakenerschuss. „Ja“, das hat der in aller Ruhe gesagt, „bei Ihnen sind eben die Kommissare zugleich die Offiziere.“ Ich weiß, daß der Befehl also absolut innerste Ablehnung überall gefunden hat, bei HALDER, BRAUCHITSCH, bei allen, große Ablehnung⁷³.

Crüwell: Da müssen Sie noch im Hauptquartier gewesen sein?

Thoma: Ja gerade in den Tagen⁷⁴. Da ist lange debattiert worden über die Sache – das sind FÜHRERBefehle – das ist ja das Berühmte. Das sind die Sachen, die ich vor allem dem Feldmarschall KEITEL so verüble. Da hätte er sagen müssen: „Mein FÜHRER, das überschlafen wir bis morgen“, denn das sind nur spontane Sachen die er hat. „Wenn das gemacht wird, geht's ja unseren Leuten auch so, und es kommt ja aus disziplinären Gründen – die Leute werden ‚rowdies‘“. Hernach, in dieser Form hätte er sich wenigstens, wenn auch unwillig, überzeugen lassen. Aber so ist's bloß: „Zu Befehl.“ Und was sind in der letzten Zeit Sachen gekommen, wo man sich hätte ekeln können, und überall stand darunter: „KEITEL, Feldmarschall“.

⁷² Ein Ort mit dieser Schreibweise konnte in dem Russischen Geographischen Namenbuch nicht nachgewiesen werden.

⁷³ Der Kommissarbefehl ist von Walther von Brauchitsch und Franz Halder gewiß nicht abgelehnt worden, wenngleich Brauchitsch am 8. 6. 1941 die Umsetzung mit erklärenden Zusätzen versah, um ein Verwildern der Truppe zu verhindern. Erhebliche Proteste einiger Truppenkommandeure gegen den Kommissarbefehl sind hingegen belegt. Allerdings ist nach wie vor heftig umstritten, in welcher Dimension er umgesetzt worden ist. Detlef Siebert, Die Durchführung des Kommissarbefehls in den Frontverbänden des Heeres. Eine quantifizierende Auswertung der Forschung, Februar 2000 (MS, Archiv Förster), geht davon aus, daß er in mindestens 45,5 % der Divisionen und 80 % der Korps durchgeführt worden ist. Vgl. auch Förster, Unternehmen Barbarossa, in: DRZW, Bd. 4, S. 438 u. S. 1069 f. Vgl. dagegen Horst Rohde, Politische Indoktrination in höheren Stäben und in der Truppe – untersucht am Beispiel des Kommissarbefehls, in: Hans Poeppl u. a. (Hrsg.), Die Soldaten der Wehrmacht, München 1998, S. 124–158. Zu Halders Haltung vgl. Hartmann, Halder, S. 241–254.

⁷⁴ Thoma versah bis zum Juli 1941 als General der Schnellen Truppen seinen Dienst in Zossen, das er nur zu kurzen Inspektionsreisen verließ. Er dürfte also die internen Debatten um den Kommissarbefehl direkt mitbekommen haben. Sein Taschenkalender enthält darüber allerdings keine Eintragungen. Vgl. BA-MA, N 2/2.

Dokument 2

S. R. M. 175 v. 14. Februar 43, P.R.O. WO 208/4165

Ludwig Crüwell – General der Panzertruppe

(G. O. C. German AFRIKAKORPS), Captured Middle East 29. Mai 1942

Wilhelm Ritter von Thoma – General der Panzertruppe

(G. O. C. German AFRIKAKORPS), Captured Middle East 4. November 1942

Thoma: Zu mir ist im März⁷⁵ ein Staatsanwalt von MINSK – also seines Zeichens Staatsanwalt in BERLIN – ein Mann in den 40ern gekommen, und der hatte mich gebeten, ich möchte alles versuchen, daß er als Soldat, ganz gleich – er war Unteroffizier der Reserve – eintreten kann. Sagte er: „Ich kann es nicht mehr aushalten, was da alles passiert.“ Er hat mir dann diese Sachen da erzählt, ich weiß selber, daß z. B. tatsächlich solche Rohlinge, so ganz verrohte Burschen da waren, die also schwangeren Frauen auf den Bauch getreten haben und solches Zeug gemacht haben.

Crüwell: Nun ja, das sind aber will ich mal sagen, so absolute Ausnahmen, die man also der SS nicht in die Schuhe schieben kann. Das kann ich nicht glauben, daß das Deutsche tun!

Thoma: Ich glaube ich hätte es auch nicht geglaubt; ich habe es ja gesehen. Ich habe es zwei Mal schriftlich gegeben. Ich fühle mich da wirklich von einer Schuld, daß ich etwa dahinter gesteckt hätte, frei.

Crüwell: Was schriftlich gegeben?

Thoma: Schriftlich über diese Schweinereien der SS – über Erschießungen und der Reihenerschießungen damals in PSKIP(?) und damals in MINSK – schriftlich zwei Seiten Schreibmaschine und zwar ans O. K. W.⁷⁶

Keine Antwort gekriegt. Ich habe überall festgestellt, daß keine Soldaten dabei waren, aber die SS Sondergruppe. Sie haben den

⁷⁵ 1942.

⁷⁶ Der hier erwähnte Bericht Thomas an das OKW ist nicht nachgewiesen. In Minsk sind im August 1941 und im November 1941 zusammen 24000 Juden ermordet worden. Von diesen Massentötungen kann Thoma aufgrund der Dislozierung seiner Division etliche hundert Kilometer weiter östlich nur indirekt Kenntnis gehabt haben. Thoma hat sich bei einer Frontreise am 1. Juli und 17. Juli im Raum Minsk aufgehalten. Als er am 21. Juli die 17. Panzerdivision übernahm, lag diese bereits südöstlich von Smolensk. Somit ist es wahrscheinlicher, daß er sich auf kleinere Mordaktionen ab Anfang Juli 1941 bezieht. Vgl. Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–1944*, Hamburg 1999, S. 549; *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung der europäischen Juden*, hrsg. v. Israel Gutman, Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius H. Schoeps, Bd. II, Zürich/München ²1998, S. 950 f. Vgl. auch *Taschenkalender Thoma, Eintragungen vom 1. 7., 17. 7. u. 21. 7. 1941*, in: BA-MA, N2/2. Ein Ort mit dem Namen PSKIP ist in dem Russischen Geographischen Namenbuch nicht nachgewiesen.

Namen aufgebracht „Rollkommando“. Das läßt sich nicht wegleugnen. Diese Leute sind ja natürlich durch diesen monatelangen Umgang in dieser Art vollkommen vertiert.

Crüwell: Ich bin der Letzte der solche Schweinereien verteidigen will, aber im ganzen gesehen muß man natürlich auch sagen, daß wir zu den unerhörtesten scharfen Mitteln greifen mußten, um den illegalen Partisanenkampf in diesen Riesenstrecken zu bekämpfen.

Thoma: Ja, die haben aber gar nichts damit zu tun gehabt, die Weiber. Die Weisung ist ja tatsächlich da gewesen, daß alle Juden aus den besetzten Gebieten – das ist die fixe Idee. Natürlich im Osten sind es so viele, daß man da gar nicht anfangen kann⁷⁷.

Dokument 3

S. R. G. G. 5 v. 16. Mai 1943, P.R.O. WO 208/4165

*Ludwig Crüwell – General der Panzertruppe (G. O. C. German AFRIKAKORPS),
Captured Middle East 29. Mai 1942*

*Hans Cramer⁷⁸ – General der Panzertruppe (G. O. C. German AFRIKAKORPS),
Captured Tunisia 12. Mai 1943*

Cramer: Das ist immer bedenklich für uns Ältere, die den Weltkrieg kennen und diese ganze Sache hier verfolgen. Ich persönlich sehe so entsetzlich viele Parallelen, daß ich immer sage: „Es kann eigentlich gar nicht gut gehen, aber das ist um Gottes willen (...) gar nicht denken“. Herr General, ich meine es ist doch eigentlich alles so geworden, wie es damals auch (...) aber ganz langsam. Wenn man das hier sieht – AMERIKA wird immer stärker. Ich möchte wirklich gerne Optimist sein, aber ich weiß nicht – und das Schlimme passiert, daß ich gerade aus dem Zusammenbruch komme von CHARKOW. Ich habe diesen Zusammenbruch mitge-

⁷⁷ Crüwell versucht hier die deutschen Massenmorde hinter der Front als Reaktion auf einen illegalen Partisanenkampf zu rechtfertigen. Er übersieht dabei geflissentlich, daß die Wehrmacht unabhängig von der teilweise gewiß vorhandenen Gefahr, die von versprengten Rotarmisten ausging, mit einer sinnlosen Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vorging und Heereinheiten unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung zehntausende Zivilisten töteten, von den 700 000 bis 750 000 Opfern der Einsatzgruppen in der Zeit bis Frühjahr 1942, die Crüwell hier ebenfalls zu verharmlosen sucht, ganz zu schweigen. Vgl. Förster, Die Sicherung des Lebensraumes, in: DRZW, Bd. 4, S. 1030–1078; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 620. Interessant ist auch, daß Thoma offenbar davon Kenntnis hatte, daß alle Juden aus den besetzten Gebieten umgebracht werden sollten. Zum Massenmord an der jüdischen Zivilbevölkerung in der Sowjetunion vgl. zusammenfassend Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München/Zürich 1998, S. 293–418.

⁷⁸ Für Cramer wurde in den Protokollen das Sigel M 166 verwendet.

macht von den Rumänen, von den Italienern, von den Ungarn, ich war ja bei der ungarischen Armee kommandiert (?) und habe diese Sache jetzt wieder gesehen – ich mache also jetzt Rückzug seit (...) Herbst (?)⁷⁹.

- Crüwell: Ich sehe die Lage nicht als hoffnungslos an. Sie ist kritisch, aber –
- Cramer: Nein, nein, nicht hoffnungslos. Ich sage immer wieder – man urteilt immer zu leicht mit den Augen und mit der Erinnerung von 1918.
- [...]
- Crüwell: Wenn wir verlieren, da ist es aus.
- Cramer: Da ist es aus, völlig aus. Also ich war jetzt in ITALIEN kürzlich⁸⁰, diese wahnsinnig unsicheren Italiener (...) die sehr viel Schwierigkeiten auf dem BALKAN haben.
- [...]
- Crüwell: Der FÜHRER ist also wirklich noch ganz – gut beieinander?
- Cramer: Ja, ja, ja!
- Crüwell: Die Rede hier, am Heldengedenktag gerade klang seine Stimme so ganz – gar nicht so –⁸¹

⁷⁹ Hans Cramer war am 20. 11. 1942 das Kommando über das schwache XXXXVIII. Panzerkorps des Generalleutnants Ferdinand Heim übertragen worden, das mit der 1. rumänischen Panzerdivision und der 22. deutschen Panzerdivision hinter der Front der 3. rumänischen Armee lag. Cramer erlebte somit den sowjetischen Zangenangriff auf Stalingrad und den Zusammenbruch der Donfront mit. Später kommandierte er die Gruppe Cramer im Raum Charkov und versuchte hier vergeblich, den weiteren sowjetischen Vormarsch aufzuhalten. Cramer wurde am 10. Februar in die Führereserve versetzt, war bei Mansteins Gegenoffensive, die schließlich zur Wiedereroberung Charkovs führte, somit nicht mehr zugegen. Am 13. 3. 1943 kam er als Kommandierender General des Deutschen Afrikakorps nach Tunesien und verblieb hier bis zum Untergang der Heeresgruppe Afrika. Somit ist nachvollziehbar, daß Cramer im Bewußtsein zweier verheerender Niederlagen der Wehrmacht kritisch über den weiteren Kriegsverlauf nachdachte. Vgl. auch S.R.G.G. 59 v. 22. 5. 1943, in: PRO, WO 208/4165. Cramer glaubte den Erzählungen seiner Mitgefangenen, daß es in Rußland große „Schweinerereien“ gegeben habe, bemerkte aber zugleich, daß er noch niemand gefunden habe, der zugegeben hat, daß er es persönlich gesehen hat. S.R.G.G. 647 v. 10. 12. 1943, in: PRO, WO 208/4167. Thoma und Neuffer haben in Trent Park zumindest gegenüber anderen Gefangenen behauptet, daß sie Augenzeugen von Massenerschießungen gewesen seien. Ob sie mit Cramer nicht darüber gesprochen haben oder er sich an ihre Aussagen bewußt nicht erinnern wollte, ist nicht bekannt.

⁸⁰ Cramer hatte kein Kommando in Italien. Er kann sich hier nur auf seine Durchreise nach Afrika beziehen. Dabei wird er im März 1943 in Rom höchst wahrscheinlich verschiedene Besprechungen im italienischen Oberkommando gehabt haben. Einzelheiten sind hierüber jedoch nicht bekannt.

⁸¹ Hitlers Rede zum Heldengedenktag vom 21. 3. 1943 ist abgedruckt in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 4, Leonberg 1973, S. 1999–2002. Die Rede war ver-

312 Dokumentation

- Cramer: Ja, aber er ist ja doch der Mann, der also, durch seine Sturheit also doch durchschlägt, der also an seine Sendung glaubt, muß er auch. Und der hat leider im Volk so ein bißchen (...), weil der immer zu Unrecht – oder auch durch Ungeschicklichkeit nur als FÜHRER, als Feldherr, auftritt. Und wenn wir mal ehrlich sind, und wenn wir mal ganz rein militärisch beurteilen (...) von dem Augenblick an ist es schief gegangen, wo er nun führt.
- Crüwell: Na ja, wir haben ja auch gelernt.
- Cramer: Ja.
- Crüwell: Man weiß ja nur eben nicht, woran es liegt – aber ich bin – man hat ja so viel Zeit zum Nachgrübeln.
- Cramer: Ja, ja!
- Crüwell: Hat's nun daran gelegen, daß HALDER und BRAUCHITSCH sich nicht richtig mit ihm stellen konnten, oder ist es – war es gar nicht möglich – das hat daran gelegen, daß der Russe uns eben einen größeren Widerstand bereitet hat, wie wir erwartet haben.
- Cramer: Dann RIBBENTROP mit seiner Politik.
- Crüwell: Na ja, aber wissen Sie, ich meine wir haben letzten Endes die Lösung gehabt, na, ich möchte sagen, mit BRÜNING-System zu Ende wursteln, oder aber einen unvermeidlichen zweiten Krieg.
- Cramer: Ja, aber ich habe das Gefühl, ein bißchen bescheidener – !
- [...]

Dokument 4

S. R. G. G. 126 v. 11. Juni 1943, P. R. O. WO 208/4165

Friedrich Freiherr von Broich⁸² – Generalmajor

(G. O. C. 10th Panzer Division), Captured Tunisia 12. Mai 1943

M 182 – Hauptmann (Captain A. D. C. to M 180⁸³),

Captured Tunisia 11. Mai 1943

M 184 – Leutnant (2/Lt. A. D. C. to Broich), Captured Tunisia 12. Mai 1943

Broich: Nach dem letzten Krieg sagte man: „Wenn DEUTSCHLAND den Krieg gewinnt, dann bleibt das wilhelmische System und dann ist das Leben unmöglich.“ Jetzt sagen wir: „Wenn DEUTSCHLAND

gleichsweise sachlich gehalten und resümierte die große Gefahr, die Deutschland in der Winteroffensive der Roten Armee 1942/43 durchzustehen hatte, die nun aber überstanden sei. Entsprechend der mittlerweile immer angespannteren Kriegslage war die Rede keinesfalls von übermäßigem Optimismus durchsetzt.

⁸² Broich wurde in den Protokollen mit dem Sigel M 179 geführt.

⁸³ Welche Person sich hinter dem Kürzel M 180 verbirgt, ist nicht bekannt.

den Krieg gewinnt, dann bleibt das nationalsozialistische System und dann wird das Leben unmöglich sein.“ Unsere Lage ist hoffnungslos, denn es hat keinen Sinn, daß wir den Krieg weiter führen. Es ist ganz gleich, wo wir angreifen, wir können nicht mehr vorwärts und wir gewinnen nichts. Unser Menschenmaterial in RUSSLAND ist nicht mehr dasselbe, wie es am Anfang der Offensive war. Was verloren ist, ist nicht mehr zu ersetzen. Selbst wenn die Leute heute irgendwo vorstoßen – machen einen tiefen Keil, dann sitzen sie da drin, dann sagen sie sich ja: „Es geht uns ja genau wie allen anderen; wir werden ja nachher wieder sitzen gelassen, wenn die Sache etwas schlechter geht.“⁸⁴

Dokument 5

S. R. G. G. 209 v. 10. Juli 1943, P. R. O. WO 208/4165

Georg Neuffer⁸⁵ – Generalmajor (G. O. C. 20th Flak Division),
Captured Tunisia 9. Mai 1943

Gerhard Bassenge⁸⁶ – Generalmajor (G. O. C. Air Defences Tunis and Bizerta),
Captured Tunisia 9. Mai 1943

Neuffer: Was werden sie sagen, wenn sie unsere Gräber in Polen finden? Schlimmer kann es die O.G.P.U.⁸⁷ nicht betrieben haben. Ich habe selbst einen Zug gesehen in LUDOWICE (?)⁸⁸, direkt an MINSK. Ich muß schon sagen, es war scheußlich, ein übler Anblick. Da waren so Lastautos voll Männer, Weiber und Kinder –

⁸⁴ Diese düstere Lageeinschätzung, die der Realität sehr nahe kam, ist überaus bemerkenswert, zumal Broich die für die Wehrmacht so verheerende sowjetische Winteroffensive 1942/43 gar nicht mitgemacht hat. Er hatte bis zum 31. 10. 1942 eine Schützenbrigade der 24. Panzerdivision kommandiert, die zuletzt in Stalingrad eingesetzt war, und kam im November 1942 nach Tunesien.

⁸⁵ Für Neuffer wurde in den Protokollen das Sigel A 1200 verwendet.

⁸⁶ Bassenge wurde in den Protokollen mit dem Sigel A 1201 geführt.

⁸⁷ Gemeint ist: O.G.P.U. = Ob-edinennoe gosudarstvennoe politiceskoe upravlenie (Vereinigte Staatliche Politische Verwaltung, Geheimdienst der Sowjetunion von 1922 bis 1924). Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs hieß der sowjetische Geheimdienst NKVD (Narodnyj komissariat vnutrennich del, dt.: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten). Zu den hier wahrscheinlich gemeinten Erschießungen des NKVD in Polen siehe Bogdan Musial, Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin/München 2000.

⁸⁸ Ein Ort mit der Schreibweise Ludowice ist im Russischen Geographischen Namenbuch nicht aufgeführt. Neuffer hat offiziell erst am 1. 12. 1941 den Posten des Chef des Stabes des Luftgaukommandos Moskau übernommen. Er wird daher die Exekutionen in Minsk vom 20. 11. 1941, bei denen 7000 Juden ermordet worden sind, nicht mitbekommen haben. Seine Schilderungen beziehen sich höchst wahrscheinlich auf die Exekutionen im März 1942, denen mehr als 5000 Juden zum Opfer fielen. Im April 1942 ist Neuffer dann aus Rußland abkommandiert worden. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II, S. 951.

richtige kleine Kinder. Das ist nämlich ein Schaudern, dieses Bild. Die Weiber, die kleinen Kinder, die natürlich völlig ahnungslos waren – scheußlich! Ich habe natürlich nicht zugesehen, wie sie dann gemordet wurden. Da stand deutsche Polizei herum mit Maschinenpistolen und wissen Sie was sie da hatten? Litauer, oder so was, in der braunen Uniform⁸⁹, die machten das. Die deutschen Juden, die kamen doch auch so in die Gegend von MINSK und wurden auch so langsam abgeschossen, soweit sie nicht durch die sonstige Behandlung draufgingen. Also, ich meine mit Behandlung: Unterbringung, Essen und so. Es ist ja so gemacht worden: wenn so in FRANKFURT irgendwelche Juden wegtransportiert wurden – das kriegten sie unmittelbar vorher, dann durften sie ganz wenig mitnehmen, ein bißchen was, hundert Mark, sonst nichts, und die hundert Mark wurden ihnen dann auf dem Bahnhof als Fahrgeld abverlangt⁹⁰. Aber die Sachen sind ja bekannt also wenn das mal in die Weltöffentlichkeit – darum habe ich mich schon so gewundert, daß wir uns über den Fall von KATYN so furchtbar aufregen⁹¹.

Bassenge: Ja.

Neuffer: Denn das ist ja also eine Kleinigkeit im Vergleich zu dem, was wir uns da geleistet haben.

Dokument 6

S. R. G. G. 303 v. 12. August 1943, P. R. O. WO 208/4166

Kurt Köhncke⁹² – Oberstleutnant (O. C. 372 Heavy Flak Battery),

⁸⁹ Zur Verwicklung von litauischen Hilfstruppen in die Massenerschießungen an der Ostfront vgl. Martin Dean, *Collaboration and the Holocaust. Crimes of the local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–1944*, New York 2000; Knut Stang, *Hilfspolizisten und Soldaten. Das 2./12. litauische Schutzmannschaftsbataillon in Kaunas und Weißrußland*, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, München 1999, S. 858–878.

⁹⁰ Neuffer war von April bis November 1942 Kommandeur der 5. Flak-Division in Darmstadt. In dieser Zeit gab es sieben größere Judendeportationen in Frankfurt a. M., die Neuffer offenbar nicht entgangen sind. Vgl. *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden: 1933–1945*, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963, S. 532 f.

⁹¹ In dem 20 Kilometer westlich von Smolensk gelegenen Katyn entdeckten im Frühjahr 1943 deutsche Soldaten Massengräber von 4363 polnischen Offizieren, die 1940 von der Roten Armee exekutiert worden waren. Der Vorfall ist von der NS-Propaganda reichlich ausgeschlachtet worden. Vgl. hierzu vor allem: *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: *Diktate 1941–1945*, Bd. 8, München 1993, Eintragungen vom 16. 4. 1943, S. 110; 17. 4. 1943, S. 115 f. u. S. 119; 18. 4. 1943, S. 122–124; 19. 4. 1943, S. 130; 20. 4. 1943, S. 135; 23. 4. 1943, S. 153 f.; 24. 4. 1943, S. 159 f.; 28. 4. 1943, S. 175 f.

⁹² Für Köhncke wurde in den Protokollen das Sigel A 1221 verwendet.

*Captured Tunisia 8. Mai 1943 and a number of German senior officer P/W one of whom may be: Hans Reimann*⁹³ – Oberst (O. C. Pz. Gr. Regt 86), *Captured Tunisia 12. Mai 1943*

- Köhncke:** Der Oberst HEYM (P/W)⁹⁴ sagt: „Ich würde jetzt in ITALIEN jedes Dorf und jede Stadt anzünden, und würde mich langsam auf den BRENNER zurückziehen, als Führer der deutschen Truppen, als Antwort darauf, daß die Italiener jetzt scheinbar Divisionen an den BRENNER geschickt haben, um da die Bahn zu bewachen.“ Ja, das ist eine schöne Auffassung, völlig sinnlos, aber so sind wir.
- ?: Ja. (laughing)
- Köhncke:** So sind wir: „Ich werde jetzt alles zerstören, ich ziehe mich jetzt zurück.“
- ?: Das ist der alte Vandalengeist.
- Reimann:** Wenn wir das machen, werden uns die Leute prompt den Krieg erklären.
- ?: Wie damals im Westfeldzug die württembergischen Pioniere sagten: „Herr Hauptmann, sollen wir das Dorf leicht anbrennen oder völlig devastieren?“ (laughter)⁹⁵
- ?: Ich denke noch an die Leute, wie wir in REGGIO waren – dieses widerwillige Herausrücken von Quartieren. Das hat mir den Rest gegeben.
- ?: Dann wo wir wirklich in ITALIEN waren, da ist die ganze Stimmung gegen, das Ganze.
- ?: Es war ja gespalten in drei Teile, in ganz ITALIEN.
- Köhncke:** Der Faschismus?
- ?: Ja, und das waren nicht die Besten, diese Faschisten.
- Köhncke:** Nein, Faschismus und Kirchentum (...).

⁹³ Für Reimann wurde in den Protokollen das Sigel M 199 verwendet.

⁹⁴ Oberst Johannes Heym (6. 10. 1894) war während des Krieges Kommandant mehrerer Fliegerhorste. Er ist wahrscheinlich in Tunesien in Gefangenschaft gekommen. Näheres ist hierüber aber nicht bekannt.

⁹⁵ Beim Einmarsch nach Belgien im Sommer und Herbst 1914 verbreitete sich unter den deutschen Truppen rasch eine kaum erklärbare Angst vor Franktireurs, weshalb sie überaus brutal gegen die Zivilbevölkerung vorgingen. Insgesamt sind 1914 rund 6500 Zivilisten und über 20000 Häuser diesem Wahn zum Opfer gefallen, der sich mit dem Erstarren der Front rasch auflöste. Vgl. John Horne/Alan Kramer, *German Atrocities. A History of Denial*, New Haven/London 2001.

316 Dokumentation

- ?: Die Faschisten waren ja nur Leute, die nichts zu verlieren hatten.
- ?: Die Royalisten waren jedenfalls sehr ordentliche Leute, die wollten mit denen gar nichts zu tun haben: „Wir müssen die Schnauze halten und wir mögen euch auch gut leiden, aber warum macht ihr den Krieg? Wir mögen ja gar keinen, unsere Leute wollen ihre Familie haben, wollen für ihre Kinder leben, sind auch sehr anspruchslos.“
- ?: Ja, wir wollen ja auch keinen Krieg, ich habe ihn nicht gewollt, bin auch nicht gefragt worden.
- ?: Die Stimmung beim Kriegsbeginn war ja in DEUTSCHLAND: bleich, aber gefaßt.
- ?: Bleich, aber gefaßt – man muß ehrlich sein.

Dokument 7

S. R. G. G. 342 v. 12. August 1943, P. R. O. WO 208/4166

Ludwig Crüwell – General der Panzertruppe

(G. O. C. German AFRIKAKORPS), Captured

Middle East 29. Mai 1942

Gotthart Frantz – Generalleutnant (G. O. C. 19th Flak Division),

Captured Tunisia 12. Mai 1943

Crüwell: Wenn nächstes Jahr keine Entscheidung gefallen ist – und darin sehe ich unsere größte Hoffnung – dann treten die Amerikaner aus dem europäischen Krieg aus. Was wollen sie denn hier? Was liegt ihnen an ITALIEN? Was hat ihnen DEUTSCHLAND getan? Viel Geld haben sie, wie immer, eingesteckt – sie lieben ja den Engländer nicht – und vor allem erkennen sie den jüdischen Bazillus, der in ihrem Volke treibt – von dem ihre führenden Männer erpreßt werden. Wir sehen ja den jüdischen Bazillus in diesem wichtigen Angriff auf HAMBURG⁹⁶. Es sind die Juden, die uns Mann für Mann vernichten wollen. Die wissen, daß der nationalsozialistische Gedanke sich in der ganzen Welt ausbreiten wird. Sie wollen sich krampfhaft vor ihrem unumgänglichen Untergang retten.

⁹⁶ In der Operation Gomorrha von 24./25. 7. bis zum 2./3. 8. 1943 wurde Hamburg von britischen Bombern vier Mal bei Nacht und von amerikanischen Bombern zwei Mal bei Tag angegriffen. Rund 40 000 Menschen fanden dabei den Tod. Vgl. Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Stuttgart 1994.

Dokument 8

S. R. G. G. 399 v. 12. September 1943, P. R. O. WO 208/4166

Wilhelm Ritter von Thoma – General der Panzertruppe

(G. O. C. German AFRIKAKORPS), Captured Middle East 4. Nov. 1942

Rudolf Buhse – Oberst (O. C. 47 Gr.Regt.⁹⁷), Captured Tunisia 9. Mai 1943

A 1237 – Oberst (O. C. Flak⁻⁹⁸), Captured Tunisia 9. Mai 1943

Thoma: (Re ITALY's surrender): Ich habe im Oktober 1940 einen Bericht von 16 Seiten an BRAUCHITSCH überreicht⁹⁹. Ich habe alles vorausgesehen. Ich habe das auch am 20. November 1942 bei meiner Ankunft in ENGLAND dem General CRÜWELL (P/W) gesagt. Deshalb werde ich von den anderen als ein Verbrecher angesehen. Für mich ist jede Bombe, jedes Stück von Material und jedes Menschenleben, was noch in diesem sinnlosen Kriege verschwendet wird, zu schade. Der einzige Gewinn, den der Krieg uns bringt, ist das, daß die zehnjährige Gangster-Regierung zu Ende kommt. Für mich ist der Zusammenbruch DEUTSCHLANDS selbstverständlich. Ich habe das erwartet, und ich hoffe nur, daß es rasch geht. Ich hoffe, daß noch in diesem Herbst der Schluß ist.

Buhse: Ich hoffe, daß die Russen mit uns zu einer Verständigung kommen.

Thoma: Das ist unmöglich. Das ist jetzt zu spät. Das wäre im vorigen Jahre möglich gewesen, aber unsere sogenannten Führer wollten das nicht¹⁰⁰. Jeder Tag der Fortsetzung des Krieges ist ein Verbrechen. Das müssen die Leute an der Spitze einsehen. Z. B. KEITEL und DÖNITZ, die sind die Männer. Sie müssen ADOLF HITLER in die Gummizelle stecken¹⁰¹. Ein Lumpenpack darf nicht auf die Dauer regieren. Es wäre schade, wenn jemand von denen

⁹⁷ Buhse wurde in den Protokollen unter dem Sigel M 185 geführt.

⁹⁸ Die Identität dieses Obersten konnte nicht aufgeklärt werden.

⁹⁹ Der Bericht ist nicht nachgewiesen.

¹⁰⁰ Für eine Bereitschaft zu einer diplomatischen Verständigung gab es bei Stalin durchaus Anzeichen. Hitler hat die über verschiedene Kanäle an ihn herangetragenen Vorschläge eines Ausgleiches jedoch immer abgelehnt. Vgl. Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995, S. 787–805.

¹⁰¹ Gerade der hier genannte Chef des OKW, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Karl Dönitz, waren Hitler derart ergeben, daß von ihnen keine Maßnahmen gegen den „Führer“ zu erwarten waren. Zu Keitel vgl. Gene Mueller, Wilhelm Keitel – Der gehorsame Soldat, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches, Berlin/Frankfurt a. M. 1995, S. 251–269. Zu Dönitz vgl. seit neuestem Heinrich Schwendemann, „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus retten“: Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Jörg Hillmann/John Zimmermann (Hrsg.), Kriegsende 1945 in Deutschland, München 2002, S. 9–33; Jörg Hillmann, Die „Reichsregierung“ in Flensburg, in: Ebenda, S. 35–65.

erschossen würde. Man soll sie so lange schwer arbeiten lassen, bis sie verrecken. Sie werden jetzt sehen, wie die Engländer und Amerikaner die italienischen Flugplätze besetzen. Sie werden SARDINIEN und KORSIKA besetzen und dann werden sie in FRANKREICH einmarschieren.

- Buhse: Ich glaube, daß wir ITALIEN eben planmäßig räumen werden.
 A 1237: Ich glaube das auch.

Dokument 9

S. R. G. G. 422 v. 15. September 43, P.R.O. WO 208/4166

*Ludwig Crüwell – General der Panzertruppe (G. O. C. German AFRIKAKORPS),
 Captured Middle East 29. Mai 1942*

*Hans-Jürgen von Arnim – Generaloberst (G. O. C. German Army Group AFRIKA),
 Captured Tunisia 12. Mai 1943*

- Crüwell: (Re shooting of Russian P/W by Germans): der LIEBENSTEIN (P/W)¹⁰² hat wieder bei Tisch gestänkert, wir hätten so viele russische Gefangenen erschossen. Bei uns haben sie nur einen Kommissar erschossen – war es denn so schlimm?¹⁰³
- Arnim: Die S.S. hat viel erschossen. Was eben eine blöde Dummheit war. Also abgesehen von den Ersten, die also noch überzeugte Kommunisten waren, waren die anderen ja rein dazukommandierte Soldaten, die gar nicht mal Parteimitglieder waren.
- Crüwell: Ja wurden denn vor allem nur Kommissare, oder wurden auch (...) x-beliebige Gefangene (...)?
- Arnim: Nein, nein, nur die Kommissare.
- Crüwell: Also er tut so, als ob die Gefangenen einfach umgelegt worden sind.

¹⁰² Gemeint ist hier Generalmajor Kurt Freiherr von Liebenstein (28. 2. 1899–3. 8. 1975), 1941 bis 20. 6. 1942 Generalstabschef der Panzergruppe 2, vom 19. 12. 1942 bis 12. 5. 1943 Kommandeur der 164. Infanterie-Division in Tunesien. Hier kam von Liebenstein auch in Gefangenschaft. Vom 4. 6. 1956 bis 30. 9. 1960 war er als Generalmajor der Bundeswehr Befehlshaber des Wehrbereiches V. Ein Nachweis, wie viele russische Gefangene bei der Panzergruppe 2 getötet worden sind, ist aufgrund der vorhandenen Quellen nicht zu führen. Belegt ist lediglich, daß bis Ende August 1941 172 Kommissare erschossen worden sind. Germany and the Second World War. Ed. by the Militärgeschichtliches Forschungsamt, Vol. 4: Horst Boog (u.a.), The attack on the Soviet Union, Oxford 1998, S. 1227 f.

¹⁰³ Ludwig Crüwell war bis zum 15. 8. 1941 Kommandeur der 11. Panzerdivision, die im Verband der Panzergruppe 1 bei der Heeresgruppe Süd eingesetzt war. Wie viele Kommissare bei dieser Division erschossen worden sind, läßt sich aus den Akten nicht ersehen.

- Arnim:** Also, ich würde nicht meine Hand dafür ins Feuer legen, daß wenn die Gefangenen abtransportiert wurden, und einer brach an der Straße zusammen, daß ihm der Mann nicht nachher, statt ihn nun mitzuschleifen, einen Genickschuß gegeben hat¹⁰⁴.
- Crüwell:** Ich finde das alles so lächerlich und unerhört, daß man hier so „rumrotzt so – und die Zigarette sich ansteckt – derartige Anwürfe im Gefangenenlager gegen die eigenen Leute zu erheben! Wie? Aber wenn es mal anders kommt, Herr Generaloberst, dann sprechen wir beide uns wieder. Dann haben die anderen nichts gesagt. Dann sind sie nur empört, daß die Generäle nicht en bloc, also vom FÜHRER gesagt bekommen: „Ihr seid die charmantesten Leute allesamt.“ Wenn man diese Leute sieht, muß man eben sagen, der FÜHRER hat mit seinem Mißtrauen völlig recht¹⁰⁵.

Dokument 10

S. R. G. G. 520 v. 3. November 1943, P. R. O. WO 208/4167

Ludwig Crüwell – General der Panzertruppe (G. O. C. German AFRIKAKORPS), Captured Middle East 29. Mai 1942

Hans-Jürgen von Arnim – Generaloberst (G. O. C. German Army Group, AFRIKA), Captured Tunisia 12. Mai 1943

- Crüwell:** Wenn man hier die Herren hört, dann haben wir doch nichts weiter getan, wie alle Leute umgelegt. Aber wenn man einen fragt, da sind sie nie dabei gewesen. Das haben sie alles von THOMA (P/W).
- Arnim:** Ich habe auch nie einen gesprochen, der es gesehen hat, einen Augenzeugen.
- Crüwell:** Ist doch THOMA, der hat sie alle gesehen, die Augenzeugen.

¹⁰⁴ Ein genauer Nachweis, wie viele Gefangene von der Truppe unmittelbar nach der Gefangennahme noch in der Gefechtszone getötet worden sind, ist kaum abschätzbar. Etliche Quellen belegen aber, daß es vielfach zu derartigen Exekutionen gekommen ist. Vgl. z.B. Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978, S. 106–109.

¹⁰⁵ Hitlers Mißtrauen gegen die Generalität äußerte sich bei zahlreichen Gelegenheiten. So etwa am 5. 11. 1939, als er dem zaudernden Brauchitsch vorwarf, er werde den Geist von Zossen ausrotten. Zu einer der größten Krisen kam es im Winter 1941/42 und im Herbst 1942, als die Generalität nicht in der Lage war, Hitlers unrealistische Befehle auszuführen. Vgl. z.B. Ian Kershaw, *Hitler 1936–1945*, Stuttgart 2000, S. 369 f., S. 605–611 u. S. 693–701; Hartmann, Halder, S. 331 ff. Einen seiner typischen Wutausbrüche gegen die adelige Generalität richtete sich gegen Generalleutnant Karl-Wilhelm v. Schlieben, der am 26. 6. 1944 auf seinem Gefechtsstand in der Festung Cherbourg kapituliert hatte. Vgl. Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 261, Anm. 345.

320 Dokumentation

- Arnim: Der THOMA hat's doch nicht selber gesehen?
- Crüwell: Nein, nein, aber er – er hat wenigstens angeblich Leute gesehen, die es gemacht haben.
- Arnim: Das glaube ich auch nicht.
- Crüwell: Nein, aber er ist doch mit allen diesen Schweinen d'accord. Das ist ja das Tolle! – Nicht? Der duzt sich doch beinahe mit Sepp DIETRICH¹⁰⁶.
- Arnim: Um so schöner, wenn er dann auf die Sache schimpft!
- Crüwell: Ja, das meine ich ja eben. Ja, wo will er denn diese Indizien (?) alle her haben, wenn die Leute ihm nicht blind vertrauen? Mir würden sie es nie erzählen, weil sie sagen (würden): „Dieser Mann, mag ja ein ganz leidlicher Soldat sein, aber sonst wollen wir nichts mit ihm zu tun haben.“
- Arnim: Dem haben sie es auch nicht erzählt.
- Crüwell: Na, das weiß ich nicht.
- Arnim: Der hat irgendwo mal was gehört von einem Fall.
Mir ist es ja auch schon immer unsympathisch, wenn man Geiseln umlegt. Wenn irgendwo ein paar Deutsche erschlagen sind, daß man dafür dann zehn Franzosen umlegt.
- Crüwell: Ja, Herr Gott, aber in der Not – das ist Kriegsrecht – das ist aber ein internationales Kriegsrecht¹⁰⁷.
- Arnim: Ich muß ehrlich sagen – ich würde mir dann die Leute aussuchen, die ich dazu nehmen würde, meinestwegen also Verbrecher dazu nehmen, oder so was.
- Crüwell: Ja Gott, aber man muß ja teilweise die Guten nehmen, daß das immerhin dann abschreckend wirkt. Ich meine, das ist aber nicht

¹⁰⁶ Oberstgruppenführer Sepp Dietrich (28. 5. 1892–21. 4. 1966) war ab März 1933 Chef der Stabswache der Reichskanzlei, die ab September 1933 „Leibstandarte Adolf Hitler“ hieß. Dietrich war in die Morde im Zusammenhang mit dem sogenannten „Röhm-Putsch“ verwickelt und machte im Krieg als Kommandeur der SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ Karriere. Ab 27. 7. 1943 kommandierte er das I. SS-Panzerkorps, ab 5. 11. 1944 die 6. SS-Panzerarmee. Vgl. Christopher Clark, Josef „Sepp“ Dietrich. Landsknecht im Dienste Hitlers, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die SS-Elite unter dem Totenkopf, Paderborn [u. a.] 2000, S. 119–133. Vgl. auch Dokument 14.

¹⁰⁷ Die hier kolportierte Meinung, das Töten von Geiseln sei durch das Kriegsrecht gedeckt, ist abwegig. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 hat diesbezüglich keine verbindlichen Vorschriften erlassen. Es blieb somit der Interpretation jedes Staates überlassen, wie er im Kriegsfall auf illegalen Widerstand reagieren wollte. Vgl. Zwischen „Hammer“ und „Sichel“: Bewaffneter Widerstand der Bevölkerung in Ostmitteleuropa während des Zweiten Weltkrieges und die Reaktion der deutschen und sowjetischen Besatzungsmacht, in: AHF, Nr. 71 v. 8. 11. 2001.

zu beanstanden, mir wäre das auch schauderbar, ich bin ja froh, daß ich nicht Gouverneur von PARIS bin. Ja, ja, aber was wollen Herr Generaloberst denn machen? Wenn Herr Generaloberst keine umlegen, dann werden wir umgelegt.

Arnim: Ja, diejenigen, die diese Morde selber begangen haben, also den ersten Mord selber begangen haben, die selber, mit Hilfe der Polizei oder mit Hilfe der Polizeitruppen fassen.

Crüwell: Ja, wenn man das könnte, dann wäre ja die ganze Geiselnwirtschaft nicht nötig, aber das ist doch nun mal so. Ich habe auch im Leben keine Geiseln umlegen lassen, weil – weil ich nicht in Verlegenheit gekommen bin – ich habe mal Geiseln genommen, aber ich habe sie, Gott sei Dank, nicht umlegen brauchen, aber das ist Kriegsrecht. Das ist ja auch wieder typisch englisch, sie sagen: „Diese Hunnen – was die alle machen!“ Und hinten ‘rum sagen sie den anderen: „Ihr müßt ordentlich gegen die vorgehen, ihr müßt alles hinten Untergrund [sic] machen.“

[...]

Dokument 11

S. R. G. G. 615 v. 4. Dezember 1943, P. R. O. WO 208/4167

M 188 – Major (Staff Officer to Generalleutnant von SPONECK (P/W)),
Captured Tunisia 9. Mai 1943

M 211 – Unteroffizier (Batman to Generalmajor von BROICH (P/W))¹⁰⁸,
Captured Tunisia 12. Mai 1943

M 188: Die Kräfte, die wir im deutschen Volk haben, sind, trotzdem wir den totalen Krieg (...) haben, noch lange nicht erschöpft. So lange wir noch keine Frauen einsetzen als Kraftfahrer an der Front, so lange haben wir noch keinen totalen Krieg. Wenn es um die Heimat geht, wenn es um unser Vaterland geht und wenn wir an der ODER kämpfen müssen (...) Es gibt gar kein Pardon (...). Wenn wir jetzt kapitulieren, dann ist DEUTSCHLAND ein für allemal ausradiert aus der Zeit und sie finden sich mit mir in SIBIRIEN wahrscheinlich wieder, zu irgendwelcher schönen Tätigkeit, wenn wir nicht auf dem Wege verrecken. Von unseren Familien hören wir niemals etwas wieder. Sie werden sich niemals verheiraten können und das deutsche Volk ist erledigt für alle Zeiten. Glauben Sie – man lacht ja – daß ein Scheißvolk von Engländern, von neunundvierzig oder wie vielen Millionen¹⁰⁹, mit

¹⁰⁸ Die Identität dieser Ordonnanz konnte nicht aufgeklärt werden.

¹⁰⁹ Großbritannien hatte 1943 48,789 Millionen Einwohner. Vgl. David Butler/Gareth Butler, British Political Facts 1900–1985, London (u. a.) 1986, S. 323.

ihrer hochnäsigen, aber vollkommen langsamen, unkultivierten Art, hier das deutsche Volk beherrschen wollen; das ist doch eine Anmaßung, die wir uns doch gar nicht bieten lassen dürfen: das sagt uns unser Nationalstolz, daß wir uns von solchen Scheißern doch nicht regieren lassen wollen.

- M 211: Das ist schon richtig.
- M 188: Die haben wir eben alle kennen gelernt. Wir wissen ja, wie es da aussieht, diese Straßen (...) da sind ein paar Großstädte, die sind vielleicht noch leidlich, aber sonst ist's doch ein Dreck und ein Sauvolk und wenn wir dagegen unsere deutschen Städte sehen oder unsere deutschen Eisenbahnen und unsere deutschen Verkehrseinrichtungen und alles das, dann sieht man, daß es ein eleganter Staat ist; da ist alles hervorragend. Was der GOEBBELS gestern sagte: „Selbstverständlich, man soll vom Feinde lernen, man soll aber nicht den Feind bewundern.“ Ich bewundere ihn lange nicht mehr, ich bewundere unser Volk¹¹⁰.
- M 211: Je mehr ich mir diese Geschichte ansehe, es ist tatsächlich wie Herr Major eben sagte, ihre Marine haben sie, das ist das Einzige.

Dokument 12

S. R. G. G. 674 v. 19. Dezember 1943, P. R. O. WO 208/4167

Hans Reimann – Oberst (OC Pz. Gren. Regt. 86), Captured Tunisia 12. Mai 1943

Kurt Köhncke – Oberstleutnant (OC 372 Heavy Flak Battery),

Captured Tunisia 8. Mai 1943

- Reimann: (Re Atrocities in RUSSIA): Diesmal ist es wahr. Sagen Sie 'mal eines, haben Sie 1914–1918 jemals im Innersten dran geglaubt, daß ein deutscher Soldat das fertig kriegt?
- Köhncke: Niemals.
- Reimann: Niemals – glauben Sie jetzt innerlich daran?
- Köhncke: Es ist mir so viel erzählt worden, daß ich das glauben muß. Ich selber bin ja nicht da gewesen, ich kann es nicht beurteilen.
- Reimann: Mir hat selbst ein höherer Polizeibeamter in der Bahn erzählt, daß sie in BERDICHEV UND IN ZHITOMIR Tausende von Juden und Frauen und Kindern totgeschossen haben¹¹¹ – der hat mir

¹¹⁰ Eine entsprechende Ansprache Goebbels' ist nicht nachgewiesen.

¹¹¹ Im ukrainischen Berditschew wurden am 4. 9. 1941 1500, am 15. 9. 1941 18600 und am 3. 11. 1941 weitere 2000 Juden von einer Einheit deutscher und ukrainischer Polizei erschossen. In Shitomir sind im Juli und August 1941 5000 und am 18. 9. 1941 nochmals 3145 Juden von deutscher und ukrainischer Polizei erschossen worden. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust,

das selbst erzählt, ohne daß ich ihn danach gefragt habe und er hat das so grausig und drastisch geschildert, daß ich in meinen Sack oben langte und eine Flasche Wodka herausholte. Und das Gespräch ableitete auf 'was anderes und mit dem Mann gesoffen habe. Von anderer Seite habe ich das auch noch gehört. Der erzählte das mit der geschäftsmäßigen Ruhe eines berufsmäßigen Mörders.

Dokument 13

S.R.G.G 676 v. 19. Dezember 1943, P.R.O. WO 208/4167

Georg Neuffer – Generalmajor (GOC Flak Division), Captured Tunisia 9. Mai 1943

Gerhard Bassenge – Generalmajor (GOC Air Defences Tunis and Bizerta),
Captured Tunisia 9. Mai 1943

Bassenge: (Re BBC midnight news in German¹¹²): Da haben sie also die ungeheuren Erschießungen von Juden in POLEN aufgetischt, und die schätzen hier insgesamt an polnischen, bulgarischen, holländischen, dänischen und norwegischen Juden fünf Millionen massakriert.

Neuffer: Wirklich? Ohne die deutschen?

Bd. 1, S. 185, u. Bd. 3, S. 1308. Der Name des hier erwähnten höheren Polizeibeamten ist nicht bekannt. Belegt ist lediglich, daß die letzten überlebenden Juden in Berditschew im Juli 1942 vom Leiter der örtlichen Sicherheitspolizei, Alois Hülsdünker, exekutiert worden sind. Vgl. Michel Mazon, La fin de Berditschew, in: Monde Juif 25 (1969), Nr. 55, S. 21–25. Reimann berichtete in der Gefangenschaft zudem kritisch über seine Fronterlebnisse in Rußland, wobei er vor allem die enormen Verluste der eigenen Einheiten während des Vormarsches 1941 herausstrich. S.R.G.G. 736 v. 3. 1. 1944 u. S.R.G.G. 745 v. 6. 1. 1944, in: PRO, WO 208/4167, S.R.G.G. 820 v. 7. 2. 1944, in: PRO, WO 208/4168.

¹¹² Bassenge bezieht sich auf die BBC midnight news vom 18. 12. 1943, in denen auf den sowjetischen Kriegsverbrecherprozeß in Charkov hingewiesen wurde. Die von ihm genannte Zahl von fünf Millionen getöteten Juden stammt aber nicht aus dieser Sendung. Der Text lautete vielmehr: „The trial of war criminals continued at Kharkov today with the questioning of the third accused German and the Russian traitor. The German – another member of the Secret Field Police, named Retzlaw – admitted his part in mass murders of Soviet civilians, but – like the others yesterday – said he was carrying out orders. He told the court of trumped-up accusations; of attempts to extort false evidence; of beatings and tortures; and said he knew of thousands of Russians who had been exterminated. Retzlaw gave details of the way many people had been suffocated in exhaust-gas lorries, their bodies being afterwards piled into a room at a barracks, soaked with petrol and burnt. When the court came to question the Russian traitor, he admitted that he had offered his services to the Gestapo in 1941 and said he was often present at the shooting of innocent people – even of children who, at one place, were brought out of a hospital, bundled into his lorry and told they were being taken to see relatives at Stalin-grad. Instead, the children – already starving and in rags – were driven to a grave already dug for them and were there shot by a Tommy-gunner. The accused was asked what he got in return for his services, and replied that the Germans had given him the equivalent of forty-five pounds; a soldier's ration card; and a few bits of stolen clothing. The trial will continue with the questioning of witnesses.“ BBC Written Archive Centre, Schreiben v. 24. 10. 2002.

324 Dokumentation

- Bassenge: Mit den deutschen Juden insgesamt, während der ganzen Zeit. Da wurden nun Beweise gebracht, daß eine Unmasse aus dem Lager sowieso, in der Zeit von sowieso bis sowieso, 15.000 da, 18.000 da, 12.000 da, 6.000 usw. – ich sage ja, wenn nur 10 % davon stimmt, dann muß man sich ja –
- Neuffer: Ja, so drei Millionen hätte ich auch gedacht.
- Bassenge: Ja, wissen Sie, das ist ja doch eine Schande.
- Neuffer: Na also, jetzt das mit dem Prozeß in CHARKOV, das ist auch sehr peinlich für HITLER¹¹³.
- Bassenge: Ja. Der Generaloberst¹¹⁴ (P/W) sprach heute von den SEYDLITZ-Leuten¹¹⁵. Da sagte er, man müßte ja menschliches Verstehen haben, daß die Leute, die das durchgemacht haben, jetzt versuchen wollten, die Gründe und die Schuldigen dafür zu finden. Wenn sie unter der seelischen Depression sich nun in diese Richtung wenden, so müßte man das menschlich verstehen können, trotzdem man das verurteilen müßte. Er wollte da irgendwie ein Ablenkungsmanöver machen.
- Neuffer: Er ist maßlos unsicher.
- Bassenge: Der erste, der hier mit der SEYDLITZ (...) mitmacht, das ist der von BROICH (P/W) todsicher. Der hat es heute schon gesagt: Sofort mache ich mit.

¹¹³ Vom 15. bis 18. 12. 1943 fand in Charkov der erste Prozeß gegen deutsche Militärangehörige statt. Angeklagt waren Wilhelm Langheld, Hauptmann der militärischen Abwehr, Hans Ritz, SS-Untersturmführer, Reinhard Retzlaff von der Geheimen Feldpolizei sowie ein russischer Kollaborateur. Die Männer wurden der massenhaften Tötung von russischen Gefangenen und Zivilisten beschuldigt. Auch die Tötung mittels Gaswagen stand auf der Anklageschrift. Die Beschuldigten wurden zum Tode verurteilt und öffentlich gehängt. Der Prozeß war öffentlich, es wurden Filmaufnahmen angefertigt und stenographische Protokolle in mehreren Sprachen publiziert. Vgl. Manfred Zeidler, *Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952*, Dresden 1996, S. 25–27. Vgl. auch Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall Barbarossa*, Karlsruhe 1981, S. 251–253.

¹¹⁴ Hans-Jürgen von Arnim.

¹¹⁵ General der Artillerie Walther von Seydlitz-Kurzbach (22. 8. 1888–28. 4. 1976) war Vorsitzender des Bundes Deutscher Offiziere und Vizepräsident des Nationalkomitees Freies Deutschland. Er war am 31. 1. 1943 in Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten und setzte sich hier für den Sturz Hitlers und die Beendigung des Krieges ein. Vgl. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, Frankfurt a. M. 1995. An älterer Literatur vgl. vor allem Karl-Heinz Frieser, *Krieg hinter Stacheldraht. Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und das Nationalkomitee Freies Deutschland*, Mainz 1981. Zu Seydlitz vgl. Leonid Reschin, *General zwischen den Fronten: Walter von Seydlitz in sowjetischer Kriegsgefangenschaft und Haft 1943–1955*, Berlin 1995; James Donald Carnes, *General zwischen Hitler und Stalin. Das Schicksal des Walther von Seydlitz*, Düsseldorf 1980.

Dokument 14

S. R. G. G. 681 v. 20. Dezember 1943, P. R. O. WO 208/4167

Wilhelm Ritter von Thoma – General der Panzertruppe

(GOC German AFRIKAKORPS), Captured Middle East 4. Nov. 1942

Georg Neuffer – Generalmajor (GOC 20th Flak Division),

Captured Tunisia 9. Mai 1943

Gerhard Bassenge – Generalmajor (GOC Air Defences Tunis and Bizerta),

Capt. Tunisia 9. Mai 1943

Thoma: Sepp DIETRICH sagte mir persönlich in Athen vor zwei Jahren ich kenne ihn doch seit zwanzig Jahren. Sag' ich ihm: „Das ist auch eine saubere Geschichte da werden die Leute einfach erschossen, die Zivilisten¹¹⁶? Das ist dieselbe Psychose, wie wir im Jahre 1914 – wo einfach alles erschossen wurde – zu Hause auch lauter Spione und das Zeug.“ Der sagte: „Ja, das ist mir ganz Wurst, wenn sie weg sind, da habe ich meine Ruhe.“ Da sage ich: „Ja, aber das ist eine Auswirkung, die gerade für diejenigen, die das befehlen, sehr gefährlich ist.“ Sagte er: „Das macht mir gar nichts aus, die letzte Kugel, die gehört mir.“ Der ist auch persönlich eine kolossal energische Erscheinung. Ich glaube kaum, daß der sich so ausliefern läßt. Er müßte höchstens durch einen Zufall geschnappt werden – aber darauf läßt er sich nicht ein. Aber es ist ja eine scheußliche Sache, wenn man so bedenkt, daß die Leute in Uniform das hier bestimmen.

Neuffer: Ich glaube das auch nicht. Ich glaube nicht, daß die Armee da ist. Da ist ja Propaganda (...).

Thoma: Die machen ja auch Propaganda, aber es kommt natürlich da – erstens einmal durch die Anschläge – steht dort: der Ortskommandant. Die haben doch hier liegen: Wer ist der Ortskomman-

¹¹⁶ Von Erschießungen der Leibstandarte 1941 in Griechenland ist nichts bekannt geworden. Die genauen Umstände, unter denen sich Thoma und Dietrich in den zwanziger Jahren kennengelernt haben, sind ebenfalls nicht bekannt. Thoma war seit 1920 in der 7. Bayerischen Kraftfahrt-Abteilung der 7. Bayerischen Reichswehrdivision tätig, Dietrich war Mitglied des Reichsbundes Oberland und will in diesem den Hitlerputsch mitgemacht haben. Insofern war eine räumliche Nähe gegeben. Das Gespräch zwischen Thoma und Dietrich kann sich nur am 3. 5. 1941 ereignet haben. Thoma hat vom 28. 4. bis 8. 5. 1941 eine Inspektionsreise nach Griechenland unternommen und nahm auch an der Siegesparade in Athen am 3. Mai teil. Hier dürfte er Sepp Dietrich getroffen haben, der Teile der Leibstandarte Adolf Hitler bei der Parade anführte. Siehe Taschenkalender Thoma, Eintragung vom 3. 5. 1941, in: BA-MA, N 2/2; Rudolf Lehmann, Die Leibstandarte, Bd. 1, Osnabrück 1984, S. 425 f. Thoma und Dietrich haben sich offenbar schon nach dem Frankreichfeldzug getroffen. Thoma berichtete hierüber: „Ich kann nur sagen, was mir Sepp Dietrich gegen Ende des Frankreichfeldzuges in der Normandie gesagt hat: ‚Sehen sie Herr General – Sie wissen ja was ich war, ich bin ein tüchtiger Soldat, das lasse ich mir nicht abstreiten, aber führen, das kann ich nicht.‘“ S.R.G.G. 953 v. 11. 7. 1944, in: PRO, WO 208/4168.

deur? Das ist der soundso, da haben sie ja das. Aber es ist eine furchtbare Schande. Das geht endlos.

Neuffer: Wir haben das vorgestern abend mal zusammengestellt und haben überschätzt, daß nach den ganzen Meldungen bis jetzt fünf Millionen Juden erschossen sein müssen, von uns umgebracht worden sind.

Thoma: Ich meine, es ist ja eine psychische Krankheit, die nicht die Armee befallen hat, sondern die Partei befallen hat, daß alles, was Jude ist, extürpiert werden muß – da sind die Weisungen da. Ich erinnere mich, Frühjahr 1942, wo immer da dieses Freiheitsblatt von Fliegern 'runtergeworfen wurde, da ist im Faksimile der Befehl drin gewesen, vom HITLER unterschrieben, wegen des Erschiessens der Kommissare und alles. Ich war nicht dort – da fragte ich den 1 A: „Ist denn der Befehl noch da?“ Da sagte er: „Nee, den haben wir vernichten müssen.“¹¹⁷

Dokument 15

S. R. G. G. 815, v. 2. Februar 1944, P. R. O. WO 208/4167

Georg Neuffer – Generalmajor (GOC 20th Flak Division),

Captured Tunisia 9. Mai 1943

Gerhard Bassenge – Generalmajor (GOC Air Defences Tunis & Bizerta),

Captured Tunisia 9. Mai 1943

Neuffer: Die Russen sind ja noch nicht wo die großen Massenmorde begangen worden sind.

¹¹⁷ Die Schilderung Thomas ist unzutreffend. Der Kommissarbefehl vom 6. 6. 1941 war eine OKW-Richtlinie, die von Walter Warlimont im Auftrag unterzeichnet war. Sie wurde vom Oberbefehlshaber des Heeres mit zwei einschränkenden Zusätzen versehen und in dieser Form den Heeresgruppen und Armeen bekanntgegeben. Hitler hat niemals einen Befehl über die Kommissare selber unterschrieben. Die Weiterleitung unterhalb der Armeebene war nicht vorgesehen. Der Kommissarbefehl ist abgedruckt z.B. in: Streim, Behandlung, S. 356 f.; Förster, Unternehmen „Barbarossa“, in: DRZW, Bd. 4, S. 437 f. Der Anstoß zum Kommissarbefehl ging allerdings von Hitler aus. Weder beim OKW noch beim OKH hat sich aber irgendein Widerstand dagegen geregt. Obgleich die Umsetzung genau nicht zu bestimmen ist, scheint seine Durchführung eher die Regel denn die Ausnahme gewesen zu sein. Vgl. ebenda, S. 440–447. Wenngleich die Vorstellung und die Anordnung, die Juden in Europa auszurotten, nicht von der Wehrmacht ausging, war diese doch in vielfältiger Weise in die Ermordung der Juden verstrickt und ist nicht nur als Mitwisser, sondern auch als aktiver Mittäter aufgetreten. Neben den Massenmorden in Rußland sei in diesem Zusammenhang nur auf die Ermordung der männlichen jüdischen Bevölkerung in Serbien verwiesen. Zur Verstrickung der Wehrmacht in den NS-Unrechtsstaat vgl. Müller/Volkman (Hrsg.), Die Wehrmacht, S. 739–966. Einen gelungenen Literaturüberblick zur Thematik bietet Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär, Hitlers Krieg im Osten 1941–1945. Ein Forschungsbericht, Darmstadt 2000, insbesondere S. 225–304. Ferner Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993.

- Bassenge:** Sind es so große gewesen?
- Neuffer:** Ja, an russischen Juden, ja, auch so an polnischen. Das war ja das wovon ich erzählt habe, daß sie da zu Tausenden umgelegt worden sind, mit allen möglichen üblen Begleiterscheinungen. Also da ist ja KATYN ein Waisenknabe dagegen.
- Bassenge:** Ach – sind das zahlenmäßig viel mehr?
- Neuffer:** Ja, natürlich! Von den deutschen Juden ganz abgesehen. Da sind sie noch gar nicht dahinter gekommen richtig. Ich meine, sie reden so manchmal in der Propaganda, aber – die haben z.B. Scherze gemacht, die haben deutsche Judenzüge heraus gefahren – im Winter – und in einem weiten Waldgelände – das weiß ich von BROICH (P/W), können Sie mal selbst fragen – der berühmte Frankfurter Jude, der den Rennstall gehabt hat, OPPENHEIM¹¹⁸, haben sie einfach den Zug halten lassen, den und die Leute aussteigen lassen und in der größten Kälte in die Wälder gejagt. Ich meine, wenn das einmal alles rauskommt! Das ist ja das Schlimme, das ist ja leider fast alles wahr. Im Gegenteil, die wissen doch gar nicht, was alles wirklich passiert ist.
- Bassenge:** Und dieser OPPENHEIM, der hat noch im Weltkrieg eines der größten Reservelazarette, die wir überhaupt in DEUTSCHLAND hatten, in FRANKFURT eingerichtet; das weiß ich zufällig.
- Neuffer:** Das spielt ja keine Rolle.
- Bassenge:** Seine Frau ist eine Arierin und ist eine Schulfreundin meiner Mutter, und ist mit meiner Mutter zusammen in FRANKFURT zur Schule gegangen.
- Neuffer:** Die lebt natürlich auch nicht mehr, wahrscheinlich, diese Frau.
- Bassenge:** Ja, ich hab' nie mehr etwas von ihr gehört.
- Neuffer:** Mit den polnischen und russischen Juden haben sie es unter dem Vorwand gemacht, der zweifellos bis zu einem gewissen Grad

¹¹⁸ Die Darstellung Neuffers weist einige Unebenheiten auf. Das führende deutsche Privatgestüt in Schlenderhan wurde 1869 von Eduard Oppenheim (1831–1909) aufgebaut und befand sich seitdem in Besitz der jüdischen Bankiersfamilie. Der Rennstall wurde von Simon Alfred Oppenheim (1864–1932) weitergeführt. Seine Frau Florence Flossy geb. Mathews Hutchins war – wie Neuffer ausführt – keine Jüdin. Simon Alfred Oppenheim verstarb allerdings schon 1932. Die hier erwähnten Mißhandlungen können sich somit nicht auf ihn beziehen. Seine beiden Söhne Waldemar (1894–1952) und Friedrich Carl (1900–1978) sind als Mischlinge 2. Grades von der Gestapo zunächst nur observiert worden und wurden erst nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. Da es in Frankfurt a.M. zahlreiche Familien mit dem Namen Oppenheim gab, verband Neuffer die ihm von Broich berichteten Vorkommnisse irrtümlicherweise mit Simon Alfred Oppenheim. Vgl. Michael Stürmer/Gabriele Teichmann/Wilhelm Treue, Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie, München/Zürich ³1994.

berechtigt war, daß die Juden den Partisanen Vorschub leisten würden oder geleistet hätten. Gott, erstens haben die Juden auch Angst und zweitens kann man es ihnen ja nicht übelnehmen, wenn sie gegen uns gearbeitet haben. Aber das ist ja bei uns so: es waren die reinsten Massenmorde¹¹⁹. Unser Luftgau hatte ja in SMOLENSK keinen Platz; so waren zwei Drittel in MINSK gelegen, u. a. auch die ganzen Werkstätten, Schneider und Schuster und was es so gibt. Es waren nur jüdische Handwerker da und die sind einfach teilweise immer weggeblieben – waren sie von der Gestapo erschossen. Das hat dazu geführt, daß die Leute nicht mehr weg wollten, daß sie die Arbeitsstelle nicht mehr verlassen wollten.

Bassenge: Und Ihr Luftwaffenkommandeur konnte sich da nicht die Handwerker reservieren?

Neuffer: Na ja, also der FISCHER¹²⁰ war ja eine Oberflasche erster Klasse in der Beziehung. Ich habe sonst nichts gegen ihn gehabt, aber der Mann hat von militärischen Dingen auch nicht die Bohne verstanden. Dann war er z. B. auch so ungeschickt in seinen Reden, hat seinem Fahrer gesagt, wenn er größeren Menschenmengen in SMOLENSK begegnet ist: „Ach, fahren Sie da zu, ist ja ganz Wurst, fahren Sie auch ein paar tot!“ und so. Der hatte überhaupt keinen Standpunkt in der Beziehung.

Dokument 16

S. R. G. G. 839 v. 15. Februar 1944, P. R. O. WO 208/4168

Hans Cramer – General der Panzertruppe (GOC German AFRIKAKORPS),

Captured Tunisia 12. Mai 1943

Kurt Köhncke – Oberstleutnant (OC 372 Heavy Flak Battery [Abteilung]),

Captured Tunisia 8. Mai 1943

Cramer: (Re GERMANY's war guilt): Das Schlimme ist, daß wir an dieser ganzen Entwicklung furchtbar viel Schuld haben.

Köhncke: Ja, natürlich.

Cramer: Im Weltkrieg konnten wir sagen: Wir waren die Anständigen und uns habt ihr 'reingerissen und betrogen und belogen¹²¹, und wir

¹¹⁹ Vgl. Anmerkung 88.

¹²⁰ General der Flieger Veit Fischer (18. 5. 1890–30. 10. 1966), vom 23. 10. 1941–31. 3. 1943 Kommandierender General und Befehlshaber im Luftgau Moskau, war von 1941 bis 1945 als Luftbefehlshaber eingesetzt. Er befand sich von Mai 1945 bis zum 7. 10. 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

¹²¹ Wenngleich im Zweiten Weltkrieg in deutschem Namen begangene Verbrechen eine ungeahnte Dimension erreichten, war das Kaiserreich im Ersten Weltkrieg keinesfalls ein

haben uns anständig geschlagen, aber in diesem Kriege ist das alles auf der anderen Seite. Wir sind die Angreifer, die Schreier, wir haben mit allem angefangen, wir haben uns benommen wie die Tiere .

Köhncke: Das ist ja das Deprimierende, Herr General!

Dokument 17

S. R. G. G. 962 v. 21. Juli 1944, P.R.O. WO 208/4168

*The following conversation took place between
General der Panzertruppe VON THOMA¹²² (GOC German AFRIKAKORPS),
Captured Middle East 4. Nov. 1942
Generalleutnant VON SPONECK (GOC 90th Lt Division),
Captured Tunisia 12. Mai 1943
Generalleutnant VON BROICH (GOC Pz. Division),
Captured Tunisia 12. Mai 1943
another German Senior Officer P/W, and a British Army Officer¹²³.*

BAO: Wer ist dieser STAUFFENBERG?

BROICH: Was ist denn passiert?

BAO: Der hat die Bombe geschmissen. Ein Graf von STAUFFENBERG, Oberst¹²⁴.

BROICH: Das ist mein I a!!

BAO: Er ist erschossen worden.

„Unschuldslamm“. Dies gilt bekanntermaßen für die Verantwortung am Kriegsausbruch ebenso wie für Kriegsverbrechen. Vgl. Sönke Neitzel, *Kriegsausbruch: Deutschlands Weg in den Ersten Weltkrieg*, Zürich 2003, sowie Gerd Henkel, *Deutsche Kriegsverbrechen des Weltkrieges 1914–18 vor deutschen Gerichten*, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001, S. 85–98.

¹²² Zu Thomas und Bassenges Reaktionen auf das Attentat vgl. auch S.R.G.G. 961 v. 21. 7. 1944, in: PRO, WO 208/4168. Beide glaubten zunächst an die Möglichkeit eines fingierten Anschlages, um einen Vorwand für innenpolitische Säuberungen zu haben. Thomas erste Reaktion war: „Jetzt ist es angegangen zu Hause. Ich sagte Ihnen ja immer (...) ich kenne den Stauffenberg sehr gut. Mit dem war ich beisammen im Hauptquartier, Graf Stauffenberg, und der hat immer ganz offen die Meinung vertreten, wie ich sie gehabt habe.“

¹²³ Die Identität dieses britischen Offiziers ist nicht bekannt.

¹²⁴ Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg (15. 11. 1907–20. 7. 1944), 1938–1940 Ib der 1. leichten Division, Mai 1940–Februar 1943 Organisationsabteilung des OKH, Februar 1943–April 1943 Ia der 10. Panzerdivision, 7. 4. 1943 schwere Verwundung durch Tieffliegerangriff, dabei verlor er ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand. Ab 1. 10. 1943 Chef des Stabes beim Allgemeinen Heeresamt, seit 1. 7. 1944 Chef des Stabes des Befehlshabers des Ersatzheeres. Zu Stauffenberg vgl. Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1992.

- BROICH:** Herrgott! Nein! So ein fabelhafter Mann! Er ist mein I a gewesen und vier Wochen vorher, hat er durch Tiefflieger ein Auge verloren und die beiden Finger hier – in TUNIS. Er ist schwer verwundet nach Hause gekommen. Er war immer – also wir haben uns oft unterhalten – schon im Jahre 1942 ist er bei den ganzen Feldmarschällen herumgefahren und hat versucht – also er sagte, wenn die Führung weiter so bleibe, dann gäbe es eine restlose Katastrophe, wie sie ja dann auch kam. Herrgott nochmal¹²⁵!
- SPONECK:** STAUFFENBERG hat die Sache gemacht, der ist erschossen worden natürlich, und ein Teil der Generalität hat sich also auf die andere Seite gestellt, HIMMLER hat die Armee übernommen, GUDERIAN soll Chef bei HIMMLER geworden sein¹²⁶!
- BROISCH:** Der HIMMLER hat die Armee übernommen?
- BAO:** Ja.
- SPONECK:** Und STUMPF die Luftwaffe. STUMPF ist ja ein Idiot, also der Dümme, den sie sich nehmen konnten¹²⁷. Das ist ja noch ein Glück! (Laughther) Die haben ja sowieso nichts mehr.
- BAO:** STAUFFENBERG ist erschossen worden. Hatte er eine Engländerin zur Frau?
- BROICH:** Nein. Er hat eine reizende Frau¹²⁸. Einer der klügsten Leute, ein enorm gebildeter Mensch, ein überaus kluger Kerl!
- BAO:** Wie alt war denn der?
- BROICH:** Der wird so achtunddreißig gewesen sein¹²⁹.

¹²⁵ Dieses Protokoll bestätigt die Angaben, die Broich im Jahre 1962 über seine Gespräche und sein Verhältnis zu Stauffenberg machte. Vgl. Hoffmann, Stauffenberg, S. 273 f. Zur seiner Reise zu hohen Frontkommandeuren vgl. Anmerkung 138.

¹²⁶ Heinrich Himmler wurde Befehlshaber des Ersatzheeres und Heinz Guderian Generalstabschef des Heeres. Sponeck hat vermutlich die Rede Adolf Hitlers in der Nacht vom 20./21. 7. 1944 im Radio gehört und falsch verstanden. Hier erwähnte Hitler, daß er Himmler zum Befehlshaber des Heimatheeres ernannt habe. Die Rede ist abgedruckt in: Domarus, Hitler, Bd. 4, S. 2127–2129.

¹²⁷ Generaloberst Hans Jürgen Stumpff (15. 6. 1888–9. 3. 1968). Stumpff war zu diesem Zeitpunkt Oberbefehlshaber der Luftflotte Reich. Seine Befehlsbefugnis wurde durch den 20. Juli nicht tangiert, sein Name wurde in Hitlers Rede auch nicht erwähnt. Da sich Sponeck und Stumpff aufgrund ihrer militärischen Verwendungen im Krieg kaum getroffen haben dürften, ist es wahrscheinlich, daß Sponeck von Gerhard Bassenge beeinflusst war, der von 1. 8. bis 4. 10. 1940 Stumpffs Generalstabschef bei der Luftflotte 5 war und sich an diesem 21. Juli überaus abfällig über ihn geäußert hat: „Stumpff, das ist der größte Trottel, den Sie sich vorstellen können. Ich bin selber Chef gewesen bei Stumpff. Also, ich war froh, wie ich wegkam von ihm, aber heilfroh. Furchtbar.“ S.R.G.G. 961 v. 21. 7. 1944, in: PRO, WO 208/4168.

¹²⁸ Nina Schenk Gräfin von Stauffenberg, geb. Freiin von Lerchenfeld (27. 8. 1913).

¹²⁹ Stauffenberg war im Juli 1944 37 Jahre alt.

- BAO:** Die Geschichte kommt mir so komisch vor. Wie sind diese Leute reingekommen?
- BROICH:** Es muß irgendeine Besprechung gewesen sein¹³⁰. Der ist ja im Generalstab gewesen. Er hat an sich schon wieder Dienst getan, glaube ich. Mag sein, er ist irgendwo bei der Besprechung dabei gewesen, er ist ja zwei Jahre in der Organisationsabteilung oben im Hauptquartier gewesen. Er hat mir ja viel erzählt, er sagte, ich mache mir gar nicht klar, wie es da überhaupt wäre.
- BAO:** Also der hat die Bombe geschmissen.
- BROICH:** Ja, das traue ich ihm glatt zu, das ist ein aufrechter Mann!
- SPONECK:** Nun wird natürlich jetzt in DEUTSCHLAND ein Blutbad einsetzen, von dem wir uns gar nichts vorstellen können.
- BROICH:** Ja.
- BAO:** Es hat schon angefangen.
- BROICH:** Eines natürlichen Todes stirbt keiner. Aber ich verstehe nicht, der STAUFFENBERG ist doch sonst so ein zuverlässiger Mann gewesen, daß er bloß so eine kleine Bombe genommen hat!¹³¹
- BAO:** Ich habe HITLER gehört im Rundfunk. Er hat gesagt, diese Bombe sei 2 m von ihm in die Luft geflogen. Und trotzdem ist er nicht verwundet worden¹³².
- BROICH:** Ist ja komisch.
- BAO:** Und das waren Generäle, die außer Dienst jetzt waren, die ihre Pflicht nicht getan hätten, die diesen Putsch gemacht haben, also wie der RUNDSTEDT¹³³ und alle diese Leute. Daher kommen

¹³⁰ Die Bombe wurde auf der Mittagslagebesprechung im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen gezündet, an der Stauffenberg teilnahm, weil er in seiner Eigenschaft als Chef des Stabes des Ersatzheeres über die Neuaufstellung von sogenannten Volksgrenadierdivisionen zu berichten hatte.

¹³¹ Stauffenberg hatte in seiner Aktentasche zwei Sprengsätze versteckt. Allerdings gelang es ihm nur, einen scharf zu machen. Daher war die Detonationswirkung schwächer als erwartet, „nur“ vier von 24 Personen kamen um und Hitler überlebte den Anschlag.

¹³² Rundfunkrede Hitlers, in: Domarus, Hitler, Bd. 4, S. 2127–2129.

¹³³ Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt (12. 12. 1875–24. 2. 1953) wurde am 2. 7. 1944 als Oberbefehlshaber West abgelöst und in die Führerreserve versetzt. Er hatte mit dem Attentat nichts zu tun, erwies sich weiterhin als treuer Gefolgsmann Hitlers, ließ sich am 5. 9. 1944 in seine alte Dienststellung berufen und war im August und September 1944 als Vorsitzender des „Ehrenhofes“ tätig, der die am Attentat auf Hitler beteiligten Offiziere aus der Wehrmacht austieß, damit sie vor dem Volksgerichtshof angeklagt werden konnten. Vgl. Earl F. Ziemke, Gerd von Rundstedt – Des „Führers“ gehorsamer Diener, in: Smesler/Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches, S. 476–496; Charles Messenger, The Last Prussian. A Biography of Field Marshal Gerd von Rundstedt, London 1991. Der britische Offizier bezieht sich vielmehr auf

auch bestimmt alle diese komischen Unfälle, die diese Generäle gehabt haben.

BROICH: Na, DOLLMANN hat einen Schlaganfall gehabt¹³⁴. DOLLMANN hatte schon vor zwei Jahren solch' einen Kopf, der hat immer viel Rotwein getrunken und Riesenzigarren geraucht und das wirkt sich ja im Laufe der Zeit dann aus.

SPONECK: Nein, nein, also das ist bestimmt nicht.

BROICH: Und der MARCKS ist im Auto – das stimmt auch, MARCKS hat nicht Selbstmord begangen¹³⁵.

[...]

BROICH: Sein Vater¹³⁶ war Hofmarschall vom König von WÜRTTEMBERG.

BAO: Aber STAUFFENBERG ist doch ein ganz berühmter Name?

SPONECK: Ja, ja. Graf SCHENK von STAUFFENBERG, eine ganz alte Familie. Herrgott dieser famose Kerl, der hätte es wenigstens richtig machen können!

BAO: Also Herr General, auf Wiedersehen. (BAO leaves).

SPONECK: Bürgerkrieg bedeutet das.

BROICH: Herrgott, der STAUFFENBERG! Keinem anderen hätte ich das zugetraut! Ich sage, der STAUFFENBERG ist ein aufrechter Mann, der ist der erste, der es selber tut. Ach, und der STAUFFENBERG war so ein reizender Kerl.

?: Jetzt geht eine Hetze gegen die Offiziere los, passen Sie mal auf.

BROICH: Ich meine, da sollen nun noch andere dabei sein, sagt er.

?: Jetzt werden sie natürlich, unter diesem Blickwinkel, jeden mißvergnügten General, bzw. also jeden, mit dessen Nase sie nicht

die Generäle Erich Hoepner, Erwin von Witzleben und Ludwig Beck, die alle außer Dienst waren und sich am Attentat beteiligt haben.

¹³⁴ Generaloberst Friedrich Dollmann (2. 2. 1882–28. 6. 1944), seit dem 25. 10. 1939 Oberbefehlshaber der 7. Armee, die im Juni 1944 in der Normandie disloziert war. Er erlag am 28. Juni auf dem Gefechtsstand einem Herzschlag. Einem Bericht des Chef des Stabes der 7. Armee, Generalmajor Max Pemsel, zufolge soll Dollmann aus Schuldgefühlen über die Niederlagen seiner Truppen Selbstmord begangen haben. Vgl. Dieter Ose, Entscheidung im Westen 1944. Der Oberbefehlshaber West und die Abwehr der alliierten Invasion, Stuttgart 1982, S. 152, Anm. 305.

¹³⁵ General der Artillerie Erich Marcks (6. 6. 1891–12. 6. 1944), Kommandierender General des LXXXIV. Armeekorps, fiel am 12. 6. 1944 auf einer Frontfahrt nördlich St. Lô durch Tieffliegerbeschuß.

¹³⁶ Alfred Schenk Graf von Stauffenberg (27. 6. 1860–20. 1. 1936) war von 1908 bis 1918 Major zD und Oberhofmarschall des württembergischen Königs.

einverstanden sind, liquidieren. Es werden noch Konzentrationslager für Generäle kommen.

BROICH: Das ist absolut möglich.

SPONECK: Ich glaube, das ist das Ende.

BROICH: Ich glaube es noch nicht.

SPONECK: Leider ist es ja nicht geglückt, ich kann nur sagen, daß dem STAUFFENBERG das nicht geglückt ist, das ist ein Jammer drum.

BROICH: Das ist ein Jammer – Herrgott nochmal, daß diese Bombe auch so klein gewesen ist!

?: Na, er wollte eben die anderen nicht mit umbringen¹³⁷.

SPONECK: Ja, das läßt sich eben dann nicht ändern. Es könnte eine Handgranate gewesen sein, weiter kann es nichts gewesen sein.

?: Aber meine Herren, das würde doch genügen, wenn eine Handgranate 2 m vor ihm platzt.

BROICH: Ja, aber bei einer Handgranate ist es manchmal Pech. Vielleicht hat da einer davor gestanden, oder zufällig ist der Kegel, daß er irgendwie so mehr nach der anderen Seite geht. Herrgott, der brave STAUFFENBERG! Na, der hat bestimmt – der ist wieder im OKH gewesen, er hat gearbeitet, er ist ja ein Mann, der 'ran kam an die Leute. Aber daß der FÜHRER im Rundfunk gesprochen hat, das ist allerhand!

?: Im Rundfunk gesprochen?

BROICH: Ja. Der BAO sagte soeben, er hätte ihn gehört.

?: THOMA (P/W) hat jetzt gerade eben gehört – (THOMA enters)

THOMA: Das ist eine saubere Geschichte, meine Herren!

BROICH: Ja, also es ist der STAUFFENBERG, der I a bei mir war. Dem hätte ich es immer zugetraut.

THOMA: Ja. Also der STAUFFENBERG – wir haben ja oft darüber gesprochen.

BROICH: Er ist ja der gewesen, der im Januar 1943, rumgefahren ist, bei den ganzen Feldmarschällen, Armeeführern, und hat gesagt, also, ob sie mitmachen würden. Und da sei der einzige, der nicht mitgemacht hat, der MANSTEIN gewesen. Alle anderen waren ein-

¹³⁷ Wenn Stauffenberg beide Sprengladungen zur Detonation gebracht hätte, wären wahrscheinlich alle in der Lagerbaracke anwesenden Personen getötet worden.

verstanden, sagte er, sie würden sofort mitmachen, aber sie wollten nicht die Führung übernehmen, aber wenn es dann einer machte, dann ständen sie sofort –

- THOMA:** Ja, aber sie wollten nicht die Führung übernehmen!
- BROICH:** Damals, glaube ich, war es noch nicht reif. Er sagte, der MANSTEIN hätte gesagt, die Sache käme noch gar nicht in Frage¹³⁸.
- ?: Ja, da war es nicht reif, denn das ganze deutsche Volk hätte aufgeheult, wie ein geschlagener Hund und hätte gesagt: „Unser geliebter FÜHRER“ und „auf diesen genialen Mann“ und „unsere Generäle, die haben uns das eingebrockt.“ Aber ich kann mir vorstellen, daß jetzt die Arbeiterschaft vielleicht doch –
- BROICH:** Und wer ist abgesetzt worden, die Generäle, oder was?
- THOMA:** Der ZEITZLER ist weg¹³⁹, und dann einer von den Verletzten, der wäre gestorben¹⁴⁰. Sie haben gar keine Namen genannt. Das Traurigste ist, der GUDERIAN macht den Stabschef vom HIMMLER.
- ?: Das ist ja haarsträubend!

¹³⁸ Stauffenberg hat im September 1942 General der Infanterie Georg von Sodenstern, den Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B, und den Kommandierenden General des XXXX. Panzerkorps, Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg, besucht und sie erfolglos für ein Attentat auf Hitler zu gewinnen versucht. Am 26. 1. 1943 sprach er mit Generalfeldmarschall Erich von Manstein und versuchte ihn zur Führung eines Staatsreiches zu bewegen, was dieser jedoch ablehnte. Man kann freilich nicht davon sprechen, daß Manstein der einzige Feldmarschall gewesen sei, „der nicht mitgemacht hätte“. Broich gibt hier die Vorstellungen Stauffenbergs zu pauschal wieder. Dieser konnte nach den Sondierungen von Henning von Tresckow lediglich davon ausgehen, daß Feldmarschall Hans Günther von Kluge einer Verschwörung nicht im Wege stehen, sich an ihr aber nicht beteiligen würde. Zu diesem Zeitpunkt dürfte Stauffenberg nur von der sicheren Teilnahme von Generalfeldmarschall a. D. Erwin von Witzleben gewußt haben. Nach dem Gespräch mit Manstein bemerkte Stauffenberg: „Die Kerle haben ja die Hosen voll oder Stroh im Kopf, sie wollen nicht“. Vgl. Hoffmann, Stauffenberg, S. 250, S. 252 f., S. 262 f. u. S. 265–268. Broich hat schon im Oktober 1943 in einem Gespräch mit Basenge berichtet, daß sich „alle bereit erklärt hätten“, aber nicht die Führung hätten übernehmen wollen. „Der Manstein ist der einzige gewesen, der gesagt hat (...) die Zeit ist überhaupt noch nicht gekommen und er lehne so was völlig ab und ‚das ist ein Wahnsinn‘.“ S.R.G.G. 506 v. 24. 10. 1943, in: PRO, WO 208/4166.

¹³⁹ General der Infanterie Kurt Zeitzler (9. 6. 1895–25. 9. 1963) war vom 24. 9. 1942 bis zum 20. 7. 1944 Generalstabschef des Heeres. Zeitzler hatte bereits vier Mal seinen Abschied erbeten und hatte den Bruch bereits durch seine Krankmeldung am 10. 7. 1944 provoziert. Vgl. Friedrich-Christian Stahl, Generaloberst Kurt Zeitzler, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers Militärelite, Bd. 2, Darmstadt 1998, S. 283–292.

¹⁴⁰ Bei dem Bombenanschlag kamen vier Personen ums Leben: Der Stenograph Dr. Heinrich Berger starb am Nachmittag des 20. Juli, Oberst i. G. Heinz Brandt, der Ia der Operationsabteilung des Heeres, und General der Flieger Günther Kortzen, Generalstabschef der Luftwaffe, verstarben am 22. Juli, Generalleutnant Rudolf Schmudt, Chef des Heerespersonalamts, am 1. Oktober. Vgl. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, S. 496.

- THOMA:** Damit ist er weg!
- SPONECK:** Es ist die Frage, ob GUDERIAN nicht unter diesen Umständen versucht, die Macht überhaupt an sich zu reißen.
- ?: Ja, denn der GUDERIAN war ja im allgemeinen ein anständiger Mann.
- BROICH:** Der war ein anständiger, energischer Mann – ich verstehe es nicht.
- SPONECK:** Mal abwarten, also das könnte ich mir vorstellen.
- ?: Na, mit dem HIMMLER.
- BROICH:** Was macht der HIMMLER?
- THOMA:** HIMMLER wäre zur Bereinigung der ganzen innerdeutschen Sachen da, und für die Fliegerei für Inner-DEUTSCHLAND – also es muß doch irgendetwas los sein, das ist nach dem deutschen Nachrichtendienst! – wurde STUMPF genannt.
- SPONECK:** Das ist der dämlichste, den es gibt.
- THOMA:** Der hat ja auch nichts mehr. Und dann ist noch gesagt worden, GÖRING und DÖNITZ haben sofort eine Ergebniseitsadresse für ihre Wehrmachtsteile an HITLER gegeben¹⁴¹.
- ?: Das spielt ja keine Rolle.
- BROICH:** Und ist sonst noch vom Hauptquartier jemand weg?
- THOMA:** Georg ZEITZLER¹⁴² – aber sonst ist nichts weiter gesagt von der ganzen Geschichte.
- ?: Aber es muß doch irgendwie irgendwas los sein zu Hause, sonst würden sie es nicht der Welt gegenüber –
- THOMA:** Ja, denn es ist vom deutschen Nachrichtendienst, allerdings vom Kurzwellensender. Um den STAUFFENBERG tut es mir ja sehr leid. Der wäre gleich erschossen worden.
- SPONECK:** Herrgott, daß der nicht getroffen hat, das ist ein Jammer.
- THOMA:** Ja, ja, kann man wirklich sagen.
- ?: Die Vorsehung wird HITLER für eine härtere Strafe –

¹⁴¹ Die Proklamationen von Großadmiral Dönitz sind u.a. abgedruckt in: Peter Padfield, Dönitz. Des Teufels Admiral, Frankfurt a. M. 1984, S. 431 u. S. 434. Das Ergebniseitstelegramm von Erhard Milch ist abgedruckt in: Irving, Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe, S. 365. Die Einführung des Deutschen Grußes in die Wehrmacht ging auf Görings Initiative zurück. Vgl. Horst Boog, Die deutsche Luftwaffenführung 1935–1945, Stuttgart 1982, S. 527.

¹⁴² Gemeint ist Kurt Zeitzler.

336 Dokumentation

- SPONECK:** Ich glaube, wenn der HITLER tot wäre, dann wäre die Sache wahrscheinlich mit HIMMLER genau so gekommen. Ich bin überzeugt, daß der HIMMLER sofort diese Sache abbiegt. Das war ja immer schon beabsichtigt.
- THOMA:** Ich meine, die haben sichtlich schon etwas in der Trasse (?) gehabt, daß so etwas passiert. HIMMLER ist ja erheblich unsicherer geworden, seitdem der HEYDRICH nicht mehr ist. HEYDRICH war ja blutigierig, HIMMLER ist ja nur ein (...). Ich habe es immer aus der Umgebung gehört, HIMMLER ist ein dummes Luder. Als Bub war er (...), sein Vater hat sich immer beklagt, so ein dummer Bub.
- SPONECK:** Also ich könnte mir vorstellen, daß GUDERIAN¹⁴³ die Sache gemacht hat, um, sagen wir mal, einigermaßen vielleicht zu versuchen Ordnung 'reinzubringen.
- THOMA:** Aber mit einem HIMMLER zusammen?!
- BROICH:** GUDERIAN ist ja auch ein aufrechter Mann.
- THOMA:** Ja, sicher, sicher. Aber er ist ja jetzt gebunden. Wenn er so beschimpft worden ist und sich dann vom HIMMLER – er hat ja da ein gestohlenen Landgut angenommen, damit ist er halt gebunden¹⁴⁴.
- SPONECK:** Das kann er ja nicht ablehnen.
- BROICH:** Das kann er ja nicht ablehnen, was sollte er denn machen?
- Thoma:** Ich meine, da muß er wenigstens sagen: „Ich warte bis der Krieg zu Ende ist.“
- SPONECK:** Ach, das ist furchtbar schwer.
- THOMA:** LEEB¹⁴⁵ und diese Leute haben es abgelehnt.

¹⁴³ Generaloberst Heinz Guderian (17. 6. 1888–14. 5. 1954) trat während des Polen-, Frankreich- und Rußlandfeldzuges als Führer von Panzerverbänden hervor, wurde im Dezember 1941 von seinem Kommando über die 2. Panzerarmee enthoben, im Februar 1943 als Inspekteur der Panzertruppen wieder berufen. Er war vom 20. 7. 1944 bis zum 28. 3. 1945 Generalstabschef des Heeres.

¹⁴⁴ Heinz Guderian wurde im Februar 1944 das polnische Gut Deipenhof im Reichsgau Wartheland in einem Gegenwert von 1,24 Millionen RM übereignet. Die polnischen Besitzer wurden vom Deutschen Reich enteignet. Vgl. Gerd R. Ueberschär/Winfried Vogel, Dien und Verdien. Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt a. M. 1999, S. 169–172.

¹⁴⁵ Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb (5. 9. 1876–29. 4. 1956) erhielt 1941 und 1943 von Hitler zwei Dotationen in Höhe von insgesamt 888000 RM, für die er im August 1944 einen Waldbesitz nördlich von Passau in der Größe von rund 214000 ha erwarb. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß Leeb eine Dotation abgelehnt hätte. Vgl. ebenda, S. 151–157. Leeb führte 1941 während des Rußlandfeldzuges die Heeresgruppe Nord. Am 6. 1. 1942 von Hitler abgelöst, wurde er nicht mehr verwendet. Leeb war entschieden gegen den deut-

- ?: Nun ja, die sind aber auch weg gewesen.
- THOMA: Die haben es aber abgelehnt!
- SPONECK: Der GUDERIAN wollte eben doch noch eine Rolle spielen, das möchte ich glauben.
- THOMA: Aber jetzt spielt er sie nicht mehr.
- SPONECK: Wir wollen nochmal abwarten, zu GUDERIAN habe ich Vertrauen.
- THOMA: Mit HIMMLER nicht! Die werden also jetzt kolossal umeinander wüten, bei allem und jedem.
- ?: Na klar, die werden jetzt also gegen die ganzen Generäle losgehen.
- SPONECK: Ich möchte mal sagen, so grausam es ist, die Wut der Nazis gegen die Generäle ist ja für die kommende Zeit vielleicht gar nicht schlecht. Die Nazis dampfen eines schönen Tages ab, dann sind diese Leute, die also in Wut verfolgt werden von den Nazis, sind (...).
- ?: Ja, ja, das ist richtig.
- SPONECK: Die Herren vom Offiziers-Lager. Im Großen gesehen sind alle die, die jetzt verfolgt werden von der Gestapo, für eine kommende Zeit besser 'raus. Vielleicht ist diese Tat doch so etwas, was das Volk, sagen wir einmal, uns gutschreiben wird¹⁴⁶.
- ?: Ja, also das Volk wird sagen, das war unser Heer, haben wir immer gehofft, sie haben's versucht. (Laughter)

Dokument 18

S. R. G. G. 969 v. 10. August 1944, P. R. O. WO 208/4168

The following conversation took place between: CS/145 – Generalleutnant SPANG

schen Angriff auf Frankreich und war als einziger Heeresgruppenbefehlshaber zu einem Staatsstreich unter Halders Führung bereit. Nachdem dieser sich am 5. 11. 1939 von Hitler ertappt wähnte und die Vorbereitungen abbrach, handelte auch Leeb nicht und befolgte Hitlers Angriffsbefehle. Er unterhielt danach keine Verbindungen mehr zur Opposition. Vgl. Hoffmann, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat*, S. 161–165, S. 175, S. 179–183 u. S. 188 f.; Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*, hrsg. v. Georg Meyer, Stuttgart 1976, insbesondere S. 50–54.

¹⁴⁶ Damit erfaßte Sponeck das Motiv der Verschwörer, trotz geringer Erfolgsaussichten, den Coup zu wagen, um zu beweisen, daß die deutsche Widerstandsbewegung den entscheidenden Wurf gewagt hat, so wie dies Henning von Tresckow ausgedrückt hatte. Freilich ging es nicht darum, das Heer oder sein Offizierskorps als ganzes moralisch reinzuwaschen, sondern die Gruppe der Verschwörer. Vgl. Joachim Fest, *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*, Berlin 1994, S. 240.

*(Divisional Commander 266 ID), Captured near Brest 8. Aug. 1944
and a British Army Officer and an American Army Officer.*

- BAO: Haben sie in FRANKREICH gehört von diesem WITZLEBEN?¹⁴⁷
- SPANG: Der ist ein sehr guter Freund von mir.
- BAO: Sie wissen, was mit dem geschehen ist?
- SPANG: Nein.
- BAO: Der ist gehängt worden von HITLER, mit acht andren¹⁴⁸.
- SPANG: Ist das tatsächlich wahr?
- BAO: Das ist im Deutschen Radio angesagt worden.
- SPANG: Ach nein! Der Generalfeldmarschall von WITZLEBEN war mein Vorgesetzter vor dem Kriege. Ich war in KÖLN und habe diese sogenannte ‚Führerstellung‘ ausgebaut. Der hat mich immer im Flugzeug besucht und hat mir immer seine Anerkennung ausgesprochen. Da war ich im Krieg bei der I. Armee als General¹⁴⁹. Der Generalfeldmarschall von WITZLEBEN ist einer unserer korrektesten, vornehmsten, untadeligsten Generäle, der hochanständig, vornehm denkt, der sehr beliebt war bei seinen Soldaten und

¹⁴⁷ Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben (4. 2. 1881–8. 8. 1944), am 2. 10. 1938 Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos in Frankfurt a. M., ab 1. 9. 1939 der I. Armee, am 26. 10. 1940–28. 2. 1942 Oberbefehlshaber West. Vgl. auch Peter Steinbach, Zwischen Gefolgschaft, Gehorsam und Widerstand, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Hitlers Militärelite, Bd. 1, Darmstadt 1998, S. 272–285.

¹⁴⁸ Am 8. 8. 1944 wurden in der Hinrichtungsstätte die folgenden acht Teilnehmer des Umsturzversuches vom 20. Juli in Berlin-Plötzensee gehängt: Robert Bernardis, Albrecht von Hagen, Paul von Hase, Erich Hoepner, Friedrich Karl Klausling, Hellmuth Stieff, Erwin von Witzleben, Peter Graf Yorck von Wartenburg. Vgl. Fest, Staatsstreich, S. 300–304.

¹⁴⁹ Spang war seit dem 1. 4. 1939 Kommandeur der Befestigungen am Niederrhein und unterstand in dieser Eigenschaft dem Kommando des damaligen Generals der Infanterie Erwin von Witzleben. Spang war vom 16. 9. bis 15. 11. 1940 bei der I. Armee als Chef des Stabes eingesetzt und hat hier direkt mit Witzleben zusammengearbeitet. Spang galt als „schwieriger Mann“, dessen Beurteilungen von „Ein Mann, der nichts anderes kennt als seine Pflicht“ (Generaloberst Erich von Manstein, 5. 4. 1942) bis „Sehr nervös von fast krankhaftem Ehrgeiz“ (General Wachenfeld, April 1941) reichten. Eine Beschwerde seines Ia, Major i. G. Graf Pückler-Burghaus vom 2. 4. 1941, in der er Spang vorwarf, daß „er akut darunter leide, dass er als aktiver General eine Division [der] 14. Welle bekam, die Spange zum EK I nicht hat und sich gegenüber den wiederverwendeten Generälen zurückgesetzt fühlt“, führte offenbar dazu, daß er das Kommando über die 337. Infanterie-Division verlor. Interessanterweise hatte ihn Witzleben am 7. 2. 1941 positiv beurteilt: „Charakterfeste, starke Persönlichkeit, die an sich höchste Anforderungen stellt und strenge Maßstäbe anlegt. Seine zeitweilige Neigung zur Nervosität, die auf einen schweren Unfall zurückzuführen ist, weiß er mit sichtbarem Erfolg zu bekämpfen.“ Das Heerespersonalamt konnte sich lange Zeit nicht dazu entschließen, Spang wieder das Kommando einer Division zu übertragen. Schließlich gab man ihm 1943 eine bodenständige Division im Westen (266. Infanteriedivision). BA-MA, Pers 6/876.

noch mehr beliebt bei seinem Stab. Er war verehrt von uns. Dann habe ich noch etwas gehört von Generaloberst BECK¹⁵⁰.

AAO: Das ist ja schon am 20. Juli geschehen. Daß er tot ist, ist ganz bestimmt.

SPANG: Darf ich noch zu dem Generaloberst BECK sagen, damit Sie auch ein Charakteristikum haben: Generaloberst BECK war mein Regimentskommandeur, wie ich eine Artillerie-Abteilung gehabt habe im Jahre 1927–28¹⁵¹. Der Generaloberst BECK ist geistig dem Generalfeldmarschall von WITZLEBEN überlegen. Er ist ein herausragend vornehmer Charakter. Ein ungeheurer Arbeiter, der nur das Beste will. Der war als Regimentskommandeur mein Vorbild. Da ich früher im Generalstab dreizehn Jahre war, bin ich immer zu diesen Regimentsübungen als Hilfe mit herangezogen worden, für die Ausarbeitung der Lagen und für diese ganzen Vorbereitungen, und auch wie ich Batteriechef war. Der Generaloberst BECK ist ein ganz, ganz vornehmer anständiger Mann. Wir haben mal einen Prozeß gehabt, LUDIN, SCHERINGER; das war so eine nationalsozialistische Affäre vor dem Krieg, wo die beiden Offiziere aus der Armee ausgestoßen wurden, weil sie sich nationalsozialistisch betätigt haben. Da hat der Oberst BECK als Regimentskommandeur sogar die Lanze über die beiden gebrochen¹⁵². Das ist ein ganz untadeliger Mann, der ein sehr hohes Können und Wissen besitzt und von lauterstem Wesen, der Generaloberst BECK. Ich würde Ihnen das nicht sagen, wenn ich sie nicht persönlich so genau kennen würde, beide Herren (WITZLEBEN und BECK).

Die Front ist Gott sei Dank unberührt von dieser Sache. Ich habe mein Offizierskorps zusammengenommen, gesprochen und ihnen meine Ansicht gesagt: „Wir sind unberührt von diesen Sachen.“

¹⁵⁰ Generaloberst Ludwig Beck (29. 6. 1880–20. 7. 1944), 1. 7. 1935–18. 8. 1938 Chef des Generalstabes des Heeres.

¹⁵¹ Spang diente von 1925 bis 1934 in verschiedenen Funktionen im Artillerie-Regiment 5, dessen Kommandeur Ludwig Beck vom 1. 2. 1929 bis 1. 10. 1931 war.

¹⁵² Leutnant Hanns Ludin, Leutnant Richard Scheringer und Oberleutnant Hans Friedrich Wendt haben 1929 Kontakt zur NSDAP aufgenommen, um in der Reichswehr nationalsozialistische Zellen zu bilden. Sie verfaßten ferner ein Flugblatt, in dem sie zur „nationalen Revolution“ aufriefen. Die drei Offiziere wurden am 10. und 11. 3. 1930 verhaftet, wegen Vorbereitung eines Hochverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig angeklagt und am 4. 10. 1930 zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt. Beck hat als Regimentkommandeur im Prozeß Verständnis für die Motive der jungen Offiziere geäußert, die aus nationalem Idealismus heraus gehandelt hätten. Er verurteilte ihr Handeln lediglich aus disziplinarischen Gründen. Vgl. ausführlich Peter Bucher, Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30, Boppard 1967, sowie Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938, München 1980, S. 61 f. u. S. 331–334.

Ich kann mir das gar nicht denken: WITZLEBEN gehängt. Ein General-Feldmarschall gehängt! WITZLEBEN – darf ich mal so sagen – Witzleben war gar nicht so tätig. WITZLEBEN war ein ‚Grandseigneur‘, ein vornehmer, anständiger Mann, der selbst sehr klug war, aber der sich nicht so – möchte ich sagen – ins Zeug gelegt hat. Das hat er nicht getan, er war mehr ‚Grandseigneur‘. Deshalb kann ich gar nicht glauben, daß er – eines ist unmöglich, daß die Offiziere für eigene Tasche und für sich selbst was gewollt haben. Es ist völlig unmöglich, daß die Offiziere aus Machtstreben so etwas getan haben. Ganz ausgeschlossen.

- AAO: Nein, wissen Sie, ich bin viel in DEUTSCHLAND gereist. Ich habe immer den Unterschied zwischen der Wehrmacht und dieser anderen Sache betont.
- SPANG: Es ist sehr schwer für mich, Ihnen da (...) zu sagen, ich darf das nicht. Ich könnte Ihnen sehr viel sagen als Wehrmachtsoffizier, aber Sie werden verstehen, daß ich darüber nicht sprechen kann.
- AAO: Ja, sicher, das können Sie nicht tun, das erkennen wir ja vollkommen.
- BAO: Aber, für Sie, Herr General, in diesem Moment ist der Krieg vorbei; und für alle Deutschen fast vorbei. Aber das ist nicht der Fehler der Wehrmacht, das ist der Fehler dieses Mannes (...).
- SPANG: Ich habe darüber wohl auch ein sehr klares Urteil, aber der FÜHRER ist mein Oberbefehlshaber. Man sollte darüber nicht sprechen.
Der Generalfeldmarschall von RUNDSTEDT¹⁵³ ist Präsident des Ehrenhofs geworden und der Generalfeldmarschall von WITZLEBEN ist dem unterstellt gewesen, das heißt, der Generalfeldmarschall von RUNDSTEDT ist Nachfolger geworden von Generalfeldmarschall WITZLEBEN. Die standen auf sehr, sehr guter Basis, sehr befreundet. Das ist für den Generalfeldmarschall von RUNDSTEDT eine unglaubliche (...).
- AAO: Ich glaube, das ist auch der Grund, warum man von RUNDSTEDT auf dieses Gericht gestellt hat. Deswegen weil er so gut befreundet war.
- SPANG: Nein, weil er der Älteste war, von den ganzen Generälen. Er ist 68 Jahre und ist untadelig und auch so ein vornehmer, anständiger Mann. Der ist auch von der französischen Bevölkerung sehr anerkannt gewesen, RUNDSTEDT, weil er ein sehr vornehmer Mann

¹⁵³ Rundstedt war vom 1. 3. 1942–2. 7. 1944 und 5. 9. 1944–10. 3. 1945 Oberbefehlshaber West. Er hat Feldmarschall Erwin von Witzleben in dieser Position abgelöst.

war, und immer die französische Bevölkerung, wo er konnte, schonte¹⁵⁴. Ich kann mir nicht denken, daß der General von RUNDSTEDT das gewollt hat, oder daß er damit einverstanden gewesen ist.

- AAO: (translates newspaper report of trial against rebel officers)
- SPANG: HOEPNER und ich, wir waren zusammen junge Generalstabsoffiziere¹⁵⁵, HOEPNER ist ein sehr tüchtiger Mann, aber er ist einer von denen, der einen scharfen eigenen Willen hat, ganz scharf denkt. Der ist degradiert zum Reiter vorher gewesen. Als Generaloberst degradiert zum Reiter¹⁵⁶. Paul von HASE war mein bester Freund, Kommandant von BERLIN. Wir waren 1905 auf der Kriegsschule in METZ zusammen. ‚Paulchen‘ von HASE, der keinem Menschen was tat, ein Gardeoffizier – 3tes Garderegiment, früher ALEXANDER Grenadier, ein bildhübscher Mensch, groß schlank. Wir waren befreundet und wir waren nachher auch Generalstabsoffiziere geworden; im letzten Krieg wurde er mir unterstellt. Hat eine Deutschbaltin zur Frau, hat neun Kinder, glaube ich¹⁵⁷. Wissen Sie, das ist eine sehr schwere Sache für mich, weil ich diese Kameraden alle gut kenne und die Denkweise dieser Herren alle gut kenne.
- AAO: Glauben Sie, daß diese Offiziere eigentlich an diesem Versuch teilgenommen haben?
- SPANG: An diesem Attentat, an der Vorbereitung, an der Ausführung – ich kann mir auch nicht denken, daß der FÜHRER und damit

¹⁵⁴ Gerd von Rundstedt sprach ausgezeichnet französisch und verkehrte freundschaftlich mit Marschall Pétain. Ob die Aussage zutrifft, daß er die französische Bevölkerung zu schonen suchte, erscheint aufgrund des bisherigen Wissensstandes zweifelhaft. Vgl. Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten, in: DRZW, Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, 2. Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen 1942–1944, Stuttgart 1999, S. 174–181. Zu Rundstedt mit weiteren Literaturhinweisen Ziemke, Gerd von Rundstedt, in: Smelser/Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches, S. 476–496. Abschließend wird dieser Sachverhalt von der in Arbeit befindlichen Münchner Dissertation von Peter Lieb, „Das deutsche Westheer und die Eskalation der Gewalt. Kriegführung und Besatzungspolitik in Frankreich 1943/44“ aufgeklärt werden.

¹⁵⁵ Generaloberst Erich Hoepner (14. 9. 1886–8. 8. 1944) traf mit Spang wahrscheinlich während des Ersten Weltkrieges bei einem seiner zahlreichen Stabskommandos zusammen.

¹⁵⁶ Hoepner ist am 8. 1. 1942 wegen Feigheit und Ungehorsams degradiert und aus der Armee entlassen worden. Das Recht zum Tragen der Uniform und der Orden ist ihm aberkannt worden.

¹⁵⁷ Paul von Hase (24. 7. 1885–8. 8. 1944) vom 15. 11. 1940 bis zum 20. 7. 1944 Stadtkommandant von Berlin und maßgeblich am Umsturzversuch beteiligt. Er trat im Oktober 1905 in das Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 ein, heiratete 1921 Margerethe Frein von Funck aus dem lettischen Mitau. Hase hatte vier Kinder (Alexander, Ina, Maria, Friedrich-Wilhelm). Vgl. Roland Kopp, Paul von Hase. Von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee. Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944, Münster 2001.

die Regierungsgewalt, die jetzt vorhanden ist, die nun verurteilen kann, wenn sie (...).

- AAO: Ohne Gründe – das kann ich mir auch nicht denken.
- SPANG: Aber wenn sie so etwas gemacht haben, dann sind die Beweggründe meiner Ansicht nach von lauterstem Wollen. Im Interesse des großen deutschen Vaterlandes haben sie so etwas gemacht. Niemals aus Machtstreben oder Eigennutz.
- AAO: Es ist wohl ihre Absicht gewesen, den Krieg so bald als möglich zu Ende zu bringen, und dadurch noch etwas für das deutsche Volk zu retten.
- SPANG: Ich sehe natürlich in diesen Sachen nicht so sehr klar, aber jedenfalls, wenn sie es gemacht haben, haben sie es aus tiefstem inneren Bedürfnis heraus getan für das Vaterland.
Ich will Ihnen verraten, daß ich natürlich im ganzen Kriege mit den Herren nicht immer zusammengekommen bin und alles, was so hinten war, das haben wir nie gehört, und ich bin seit Februar letzten Jahres nicht mehr auf Urlaub gewesen. Da habe ich auch niemanden mehr gesprochen, und an der Front unterhält man sich nicht über solche Sachen. Man darf sich ja auch nicht darüber unterhalten. Ich habe mit meinem Stab kein Wort über dieses ich habe nur mein Offizierskorps zusammen genommen und habe das schärfstens verurteilt, das Attentat. Das ist auch jetzt noch meine Überzeugung. Ich verurteile dieses Attentat, jawohl! Ich verurteile dieses Attentat, weil es gemacht worden ist – viel zu spät. Wo man genau wußte, daß man nichts mehr erreichen würde, daß noch etwas anderes damit verbunden ist, mit einem solchen Attentat, daß jetzt, wo wir in einer gewissen Krise drinnen sind unter Umständen eine Uneinigkeit in die Front hereingetragen wird, und daß dadurch unter Umständen der Kampfwille gelähmt wird. Aus diesen Gründen verurteile ich als Offizier und als Führer. So habe ich mein Offizierskorps zusammen genommen und habe gesagt: „Wenn uns vom Schicksal bestimmt ist, unterzugehen, dann wollen wir bis zum Schluß aushalten, damit wir wenigstens ehrenvoll zu Grunde gehen, aber nicht, daß wir die Waffen niederlegen und uns alles mögliche versprochen wird, und wir nachher ehrlos zu Grunde gehen.“ Das ist jetzt noch mein Standpunkt, ich würde nie anders denken, nie anders handeln. Mein Offizierskorps hat mich vollkommen verstanden. Es hat bei uns nicht ein einziges Moment etwas gegeben, daß ein Herr irgendwie 'mal überhaupt darüber gesprochen hat oder ich einen Unmut gemerkt habe oder sonst etwas, weil ich meinen ganzen Stab ganz genau gekannt habe und ein großes Vertrauensverhältnis zwischen meinem Offizierskorps und mir ge-

wesen ist. Ich habe hervorragende Mitarbeiter gehabt, die sich bis zum Schluß eingesetzt haben. Ich habe so viele Vertrauensoffiziere gehabt bei mir, die also mit mir durch dick und dünn gegangen wären und habe sie auch verpflichtet, wenn ‚mal eine Uneinigkeit im Stab ist oder mal irgendwas ist, dann bitte sagen Sie mir das. Ich werde diese Sache ausgleichen, denn es darf nicht sein, daß im Stab irgendjemand da ist, der vielleicht ‚mal auf die Seite geht oder ‚mal nörgelt oder sowas derartiges. Also, wir sind gezwungen in jeder Form eine Spitze zu bilden. So habe ich meinen Stab erzogen. Ich weiß ganz bestimmt, daß wenn etwas in meinem Stab oder meiner Division der Fall gewesen wäre, dann hätten mir sofort soundso viele Offiziere gesagt: „Sie müssen da und da aufpassen, da ist das und das gesprochen worden, oder es ist das vorgekommen.“ Dann wäre ich sofort losgefahren und hätte das in Ordnung gebracht. Bei uns, in unserer Front, hat das Attentat nicht die geringste Rückwirkung gehabt.

Dokument 19

S. R. M. 837 v. 26. August 1944, P. R. O. WO 208/4139

Major i. G. BECK (IA, LVIII Pz. Korps), Captured Sairies 16. Aug. 1944

Major i. G. VIEBIG (IA, LXXXIV Korps), Captured St. Lambert 21. Aug. 1944

- VIEBIG:** Während des ganzen Krieges hatte ich mich als Nationalsozialist gezeigt und sogar zu Hause, nicht als politischer Mensch, sondern hauptsächlich als Soldat. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man als Soldat seinen obersten Kriegsherrn auf alle Fälle gehorchen muß; ich mich auch bei dieser Revolte am 20sten auf den Standpunkt gestellt habe und auch noch jetzt auf dem Standpunkt stehe, daß so etwas auf keinen Fall gemacht werden darf.
- BECK:** Das ist auch meine Auffassung.
- VIEBIG:** Das kann ich nicht mit meiner Ehre vereinbaren, daß ich eine Revolte gegen meinen obersten Kriegsherrn mache. Das hat mit der politischen Einstellung gar nichts zu tun.
- BECK:** Als ich in ITALIEN war, waren die Leute geradezu entsetzt, daß wir da waren, weil wir doch nun Leute waren, die was erzählen konnten. Wie ich zum General BREITH z. B. ging in BERLIN, zu dem ‚Artillerieschulen BREITH‘¹⁵⁸, der sagte: „BECK, ich gebe

¹⁵⁸ Generalleutnant Friedrich Breith (25. 5. 1892–9. 7. 1982) kommandierte vom 5. 4. 1943 bis zum 24. 5. 1944 die Artillerie-Schule I in Berlin, die die Ausbildung von Artillerie- und Regimentskommandeuren vornahm.

Ihnen einen guten Rat. Erzählen sie nicht viel, sie fallen nur selbst dabei herein. Ich weiß von zwei Offizieren, die von STALINGRAD rausgekommen sind, die so viel erzählt haben, die sitzen beide hinter Schloß und Riegel.“

Kannten sie LÖFFELHOLZ-KOLBERG (?)¹⁵⁹? Der war also völlig durchgedreht. Der hat einen Tropenkoller gehabt. Der konnte überhaupt keine klaren Antworten mehr geben. Den hatten sie ursprünglich vorgesehen als Ia für diese Division in SIZILIEN, weil ich zu jung wäre.

LATTMANN¹⁶⁰ war für uns alle der Inbegriff des anständigen, urpreußischen Kommandeurs, der auch schon vom Nationalsozialismus insofern infiziert war, als er etwas ähnliches tat wie „blind glauben“. Er hat damals jede Woche ein oder zwei Stunden lang Ansprachen gehalten an die Fahnenjunker, und alles, was er da gesagt hat, war – nach meinem Eindruck – absolut seine Überzeugung. Er war öfter bei mir zu Hause – man hat das immer wieder bestätigt gefunden, daß er in der Beziehung tatsächlich aus Überzeugung redete. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Mann lediglich durch das Erlebnis STALINGRAD's um 80 Grad gedreht worden ist. Ich glaube deshalb auch, daß diese ganze komische Sache mit dem Befreiungskomitee in MOSKAU jedenfalls auch nicht so ganz klar ist.

VIEBIG: In den Kämpfen um die Öffnung des Kessels von DEMIANSK¹⁶¹ war SEYDLITZ unser Gruppenkommandeur, daher kenne ich ihn sehr gut.

BECK: Er ist ein wahnsinnig netter Mann, ein imponierender Kopf. Aber auch damals schon, trotzdem er doch in gewaltigem Vormarsch

¹⁵⁹ Wahrscheinlich ist hier Burkhard Freiherr Loeffelholz von Colberg (6. 5. 1913–30. 10. 2000) gemeint, der seit 1942 in Nordafrika eingesetzt war, zuletzt als Ia der 334. Inf. Div. Er ist aus Tunesien ausgeflogen worden und war dann in verschiedenen Stabsdienststellen eingesetzt, beendete den Krieg als Oberstleutnant i. G. und war nach dem Krieg bis zum 30. 9. 1971 bei der Bundeswehr tätig, zuletzt als Oberst i. G.

¹⁶⁰ Generalmajor Martin Lattmann (1896–1976) kam als Kommandeur der 14. Panzerdivision in Stalingrad in Gefangenschaft. Er war vom 25. 8. 1940 bis zum 15. 4. 1942 Kommandeur des Lehrstabes der Artillerieschule in Jüterbog (ab 26. 1. 1942 Artillerieschule II genannt) und als solcher auch für die Waffenschullehrgänge der jungen Offiziers- und Reserveoffiziersanwärter zuständig. Er war als „wilder Nazi-General“ verschrien, der in der Gefangenschaft aber eine ideologische Kehrtwende vollzog, sich dem Bunde Deutscher Offiziere anschloß, hier zum linken Flügel zählte. Er war später als Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei im Innenministerium der DDR und für verschiedene Wirtschaftskommissionen tätig. Vgl. Frieser, Krieg hinter Stacheldraht, S. 193 u. S. 371.

¹⁶¹ In Demjansk waren vom 8. 2. 1942 bis zum 28. 4. 1942 knapp 100 000 deutsche Soldaten eingeschlossen, bevor die 16. Armee einen Korridor zu ihnen freikämpfen konnte. Der damalige Generalleutnant Walther von Seydlitz-Kurzbach kommandierte die Einsatzverbände des X. Armeekorps. Vgl. hierzu DRZW, Bd. 4, S. 639–641.

auf STALINGRAD war – von CHUGUEV¹⁶² bei KARKOV¹⁶³ ging das ja in einem Ruck durch bis KALATCH – selbst damals war SEYDLITZ doch schon sehr pessimistischer Auffassung hinsichtlich des Ausgangs des ganzen Krieges, so daß es möglich ist, daß SEYDLITZ tatsächlich so von sich spricht.

VIEBIG: Den LATTMANN kenne ich, da habe ich Bedenken.

BECK: Ich sprach mit dem Bruder von LATTMAN¹⁶⁴, der bei der Heeresgruppe B ist, vor kurzem erst, Anfang Juli. Da war ich doch erstaunt, daß er mir sagte: „Ich bin überzeugt, daß mein Bruder da ist, daß er auch wirklich so spricht und denkt. Denn ich habe ihn selbst im Radio gehört und letzten Endes muß man ja sagen, er sagt nur das, was wir ja alle denken.“ (laughs) Da sage ich: „Herr Oberst, es ist vielleicht nicht ganz so, wie Herr Oberst sagen, daß wir alle so denken, denn ich bin überzeugt, daß ein großer Teil des Offizierskorps in keiner Weise so denkt, sondern nach wie vor an den guten Ausgang der Sache glaubt, aber ich bin erstaunt, vor allen Dingen, daß Herr Oberst glauben, daß Herr General LATTMANN aus innerster Überzeugung so spricht, weil ich ihn ganz anders kenne.“ Aber ich muß sagen, selbst ein Mann wie Sepp DIETRICH, mit dem ich mich lange unterhalten habe, der trat aber wirklich von einem Fuß auf den anderen und sagte: „Wie soll das enden hier!“ Am erschütterndsten war mein Besuch bei General SPEIDEL¹⁶⁵. Die ganze, dreistündige Unterhaltung war getragen von einem absoluten Pessimismus. Der sagte – „es kommt genau so hier jetzt zum Ausdruck, wie Ihr Onkel das immer vorausgesagt hat, der immer schon gesagt hat, in den ersten drei Kriegsjahren phantastische Erfolge und dann ist es aus mit den Erfolgen und es endet schließlich mit einer Katastrophe.“ Es ist merkwürdig, als der 20. Juli zum ersten Mal bekannt wurde, hatte ich von vornherein, wie ich das hörte, große Sorgen, daß mein Onkel irgendwie in die Sache verwickelt sei, weil ich wußte, daß er ein absoluter Gegner immer war. Ich sprach darüber mit dem Chef¹⁶⁶ und auch mit dem Kommandie-

¹⁶² Cuguev, Stadt am Severnyj Donec. Siehe Russisches Geographisches Namenbuch, hrsg. v. Max Vasmer und Herbert Bräuer, Bd. 10, Wiesbaden 1988, S. 170.

¹⁶³ Charkov.

¹⁶⁴ Gemeint ist Oberst Hans Lattmann (24. 12. 1894), im Sommer 1944 Stabsoffizier der Artillerie bei der Heeresgruppe B.

¹⁶⁵ Generalleutnant Hans Speidel (28. 10. 1897–28. 11. 1984), 14. 4. bis 5. 9. 1944 Stabschef der Heeresgruppe B in Frankreich. Er war Mitwisser des Umsturzversuches vom 20. Juli, wurde am 5. September verhaftet, konnte seine Mitwisserschaft aber geschickt verschleiern, so daß er dem Galgen entging und bis Kriegsende in Haft blieb.

¹⁶⁶ Oberst i.G. Hans-Jürgen Dingler (30. 3. 1904), vom 12. 2. 1944 bis April 1945 Stabschef des LVIII. Res. Pz. Korps, seit 1946 bei der Organisation Gehlen/BND tätig.

renden – „ich hätte also da große Sorgen, könnte mir vorstellen, daß er, wenn vielleicht auch nicht aktiv, so doch irgendwie sonst in diese Geschichte verwickelt sei.“ Daraufhin sagte der General KRÜGER¹⁶⁷: „BECK, das glaube ich nicht und zwar aus folgendem Grunde: Ihr Onkel ist immer ein überaus vorsichtiger Mann gewesen, der sich niemals in irgendein Risiko eingelassen hat, ich kann mir nicht vorstellen, daß er auf einmal diese Haltung aufgegeben haben sollte, bei einem solchen enormen Risiko, das ja mit dieser Sache verbunden sein mußte.“

Der Einzige, der damals noch guten Mutes war, war der BAYERLEIN, weil er eben noch seinen Haufen zusammen hatte¹⁶⁸.

Dokument 20

S. R. G. G. 1018 (C) v. 2. September 1944, P.R.O. WO 208/4168

Generalmajor Alfred GUTKNECHT

(Höherer Kommandeur der Kraftfahrtruppen West),

Captured Soissons-Reims 29. Aug. 1944

General der Panzertruppen Heinrich EBERBACH (GOC VII Armee),

Captured Amiens 31. Aug. 1944

[...]

EBERBACH: Ich kenne STAUFFENBERG und OLBRIGHT näher von den Leuten, die da beteiligt waren und ich kann nur sagen, ich bin der festen Überzeugung, daß STAUFFENBERG und OLBRIGHT wirklich aus Idealismus, also aus Glauben, daß sie damit für das REICH das Beste tun würden, gehandelt haben. Davon abgesehen ist zweifellos die Art, wie sie es gemacht haben kindlich und dumm.

GUTKNECHT: Das natürlich. Das ist so ähnlich wie der KAPP-Putsch¹⁶⁹. Gar keine Vorbereitungen, daß es von vorneherein scheitern mußte.

¹⁶⁷ General der Panzertruppe Walter Krüger (23. 3. 1892–11. 7. 1973), Kommandierender General des LVIII. Res. Pz. Korps, war ein hochausgezeichneter Panzerführer, der von Beck wahrscheinlich aus seiner Verwendung vor dem Krieg – er wurde bereits 1937 Regimentskommandeur – einen allgemeinen Eindruck hatte. Es ist nicht bekannt, daß Beck und Krüger ein näheres Verhältnis zueinander gehabt hätten.

¹⁶⁸ Fritz Bayerlein bekam am 20. 7. 1944 die Schwerter zum Ritterkreuz mit Eichenlaub verliehen. Er hatte mit seiner Panzer-Lehr-Division westlich St. Lô seit dem 11. Juli mehrfach Angriffe amerikanischer Verbände abgewehrt. Dies mag erklären, warum er zu diesem Zeitpunkt noch guten Mutes war. Wenige Tage später zerschlug die amerikanische Großoffensive seine Einheit. Am 27. Juli meldete er die Vernichtung seiner Division. Vgl. Helmut Ritgen, *Die Geschichte der Panzer-Lehr-Division 1944–1945*, Stuttgart 1979, S. 155–170.

¹⁶⁹ Der schlecht vorbereitete Putschversuch des Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp zusammen mit dem General Walther Freiherr von Lüttwitz vom 13.–17. 3. 1920 war aufgrund der Rahmenbedingungen freilich nicht mit dem Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 zu ver-

EBERBACH: Von einer Harmlosigkeit, die man so intelligenten Menschen, wie die beiden sind, wirklich nicht zutrauen sollte.

GUTKNECHT: Ich überlegte mir nachher, was wäre denn gewesen, wollen mal annehmen das Attentat wäre geglückt. Was wäre dann geworden? Ich glaube, die Vorbereitungen waren dazu absolut nicht getroffen. In keiner Weise.

EBERBACH: Die waren ja so dämlich, daß sie nicht mal die Telefonzentralen besetzt hatten. So daß also, während sie die Geschichte machten, konnten Offiziere von BERLIN aus mit dem Führerhauptquartier telefonieren. So blödsinnig darf man ja solch eine Sache nicht aufziehen¹⁷⁰.

Dokument 21

S. R. G. G. 1203 (c) v. 6. Mai 1945, P.R.O. WO 208/4170

Generalleutnant SIRY¹⁷¹ (Comd., 347 ID),

Captured Friedrichsroda 10. April 1945

Generalstabsintendant PAUER¹⁷² (Formerly of the OKH),

Captured Kleinrinderfeld 7. April 1945

SIRY: Man darf ja das nicht laut sagen, aber wir waren ja viel zu weich. Wir sind ja jetzt in der Flasche mit den ganzen Grausamkeiten. Hätten wir aber die Grausamkeiten hundertprozentig durchgeführt – die Leute restlos verschwinden lassen, dann würde kein Mensch was sagen. Nur diese halben Maßnahmen, das ist immer das Falsche.

Im Osten habe ich mal beim Korps vorgeschlagen – da war doch die Sache so, daß Tausende von Gefangenen zurückkamen und kein Mensch hat die bewacht, weil ja keine Leute da waren. In

gleichen. Es liegt eine umfangreiche Dokumentation zum Kapp-Putsch vor. Vgl. Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch: Dokumente, hrsg. von Erwin Könnemann und Gerhard Schulze, München 2002. An älterer Literatur vgl. vor allem Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

¹⁷⁰ Selbstverständlich haben die Verschwörer versucht, die Nachrichtenverbindungen zu Hitlers Hauptquartier „Wolfsschanze“ zu unterbrechen, was freilich aufgrund der Komplexheit der Anlagen nicht gelingen konnte. Zudem gelang es auch nicht, das Leitungsnetz der Post lahmzulegen, vor allem auch, weil sich der Telegraphen-Oberinspektor Senor Wille verweigerte. Vgl. Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, S. 415–428, S. 504–506 u. S. 508–511.

¹⁷¹ Generalleutnant Maximilian Siry (19. 4. 1891), Eintritt in das Heer 25. 7. 1910, diente im Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit vor allem bei Artillerieeinheiten, 1. 4. 1940–10. 1. 1942 Höherer Artilleriekommandeur 125, 12. 1. 1942–15. 5. 1943 Kommandeur 246. Infanterie-Division, 16. 5. 1943–14. 2. 1945 Höherer Küstenartilleriekommandeur Nord, seit März 1945 Kommandeur 347. Infanterie-Division, 10. 4. 1945 in britische Gefangenschaft, Ritterkreuz am 13. 6. 1942.

¹⁷² Generalstabsintendent Friedrich Pauer war im OKH/Heeresverwaltungsamt 1944 Abteilungschef V 2.

FRANKREICH ist das ganz gut gegangen, denn der Franzose ist derartig degeneriert, daß, wenn man dem Mann gesagt hat: „Dort hinten meldest du dich an der Gefangenensammelstelle“, dann ist dieser dumme Affe tatsächlich dahin gegangen. Aber in RUSSLAND war ja zwischen der Panzerspitze und dem nachkommenden geschlossenen Ding, 50 bis 80 km Zwischenraum, also vielleicht 2 bis 3 Tagesmärsche. Da ist kein Russe hinter, sondern jeder Russe ist hintergetipelt und dann ist er rechts und links in die Wälder und da konnte er ohne weiteres leben. Da habe ich gesagt: „Das geht nicht so, wir müssen den Leuten ein Bein einfach abschlagen, ein Bein brechen oder den rechten Unterarm brechen, damit die in den nächsten 4 Wochen nicht kampffähig sind und damit die aufgesammelt werden können.“ Das hat ein Geschrei gekostet, wie ich gesagt habe, den Leuten muß man einfach mit dem Knüppel das Bein abschlagen. Ich habe damals das natürlich auch nicht voll erkannt, aber heute bekenne ich mich dazu. Wir haben es ja gesehen, wir können keinen Krieg führen, weil wir nicht hart genug sind, nicht barbarisch genug. Der Russe ist das ja ohne weiteres.

Klaus Hildebrand, *Wiedervereinigung* and international relations. Problems and perspectives of the academic research into the German unification of 1989/90.

In spite of the substantial differences between the founding of the German *Reich* in 1870/71 and the German reunification in 1989/90, there is a methodological parallel regarding their historiography: both in the 19th and in the 20th century, those major historic events immediately incited the interest of scholars, even before the official documents were made available to the public. Historians started right away to secure the heterogeneous source material, to reconstruct the course of events, and to interpret the complex causal relationships. The conditions of international relations and the reactions of the great powers were essential both for the founding of the *Reich* and for the reunification.

The academic and the public interest is focused on the following problems: First, there is the debate about how one should denote what happened in 1989/90 (German *Wiedervereinigung*, *Neuvereinigung*, *Vereinigung* or *Einheit*). Second, there is the question of the compatibility or incompatibility of national reunification and modern, or rather post-modern, development. Third, there is the attitude of the United States of America, the Soviet Union, France and Britain, and the two German states, towards the historic process of reunification. The states and their relations, power and ideas were the forming forces of German and European history during the course of the Germans' national reunification. Therefore, historical works will have to take greater notice of "the role of political history, of the reconstruction of the course of events, and also of biography" than has been done so far.

Manfred Zeidler, *The Minsk war crimes trial of January 1946. Some critical thoughts on a Soviet show trial against German prisoners of war.*

In the first years after 1945, trials against German *Wehrmacht* soldiers and civilians which dealt with war crimes and National Socialist crimes were held in many European countries that had become war zones or that had suffered a longer period of German occupation. By far most of these trials against German soldiers took place in the Soviet Union, which started a series of public trials against a total of 86 defendants in December 1945. This first series lasted until February 1946, and it was followed by a host of further trials, which went on until 1952. According to the *Tägliche Rundschau*, a newspaper published by the Soviet military administration in Germany, those first trials formed "a great unity with the [concurrent] Nuremberg trial".

Using this comparison, the Soviet Union claimed to observe the rules of law and postulated the standards of legal norms developed in Europe and North America to be valid for her own trials. By examining one of them, namely the Minsk trial (15th–19th January 1946), this paper tries to investigate their quality as regards the observance of the rules of law. Therefore, it does not focus on

those cases which are clear and unambiguous, but critically questions dubious and problematic ones. The result must not be taken for a definite or final answer, but one should think about the question to what extent the Minsk trial and, in the end, all trials of this series can be regarded as Stalinist show trials.

Shlomo Aronson, **Israeli Nuclear weapons and the Six-Day War of 1967.**

This article is based on newly available sources, and it suggests a new interpretation of the road leading to the 1967 Israeli-Arab Six-Day War.

Several factors should be considered in order to arrive at a better understanding of the 1967 crisis. First, there is the Israeli nuclear programme, which was launched in 1958 as a consequence of the Suez campaign of 1956. It became the Arab *casus belli* as well as the focus of Soviet and Anglo-American attention, when it was supposed to bear its initial fruits in 1967. Furthermore, internal discussions in Israel should be taken into consideration, as well as changes in the region resulting from the ascendance of a new Ba'ath regime in Syria and the emergence of two Palestinian organizations in the mid 1960s. The essay also deals with the deployment of French-made ballistic missiles of intermediate range in Israel, with the French-Israeli and the French-German-Israeli connections regarding defence, and with foreign relations at the time.

Abtrich Meyer, **Kleistian prose or police report? Some comments on Ernst Jünger's memorandum "On the hostage question".**

The publication of Ernst Jünger's "Hostage Memorandum" requires some further comments, which should be of interest both for the research on Ernst Jünger and for the historiography of the German occupation in France. The author has been able to prove that Jünger's text, which was drawn up on behalf of the German military administration in Paris, is chiefly based on the reports of the *Geheime Feldpolizei* and other contemporary documents, which Jünger copied for the most part. There are notes and calendar entries to be found in Jünger's unpublished literary bequest that show Otto von Stülpnagel, the first military commander in France, and his tactically motivated attitude towards the mass killings of French hostages in a different and much more critical light than the memorandum recently published.

Sönke Neitzel, **German generals in British captivity 1942–1945. A selection of minutes recorded by the Combined Services Detailed Interrogation Centre UK.**

Since the outbreak of World War II, the War Office had systematically bugged German prisoners of war in order to gain information of political and military

relevance. The extensive minutes of the bugging campaign are held at the Public Record Office in London, and they present a fascinating insight into the POWs' thoughts. The minutes of the conversations that were listened into at the Special Camp for Staff Officers in Trent Park, an estate west of London, are particularly interesting. Without knowing that they were being bugged, the German Generals talked about their war experience intensively and openly in a relaxed atmosphere. This documentation publishes a selection of minutes on conversations about war crimes, the bomb plot of July 1944, and the expected future course of the war. They show that the individual judgement of German generals concerning their experiences in Russia varied considerably, as well as their opinions on Hitler and the National Socialist system, and that their views on the current war situation in 1943 were very different from those held in 1944. Furthermore, they are proof that knowledge of war crimes in Russia was wide spread within the German military elite.

Rotarmisten schreiben aus Deutschland

Briefe von der Front (1945) und historische Analysen

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. von Elke Scherstjanoi
2004. XII, 449 S. Geb. € 110,- / sFr 189,-. ISBN 3-598-11656-X
(*Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Band 14*)

In Briefen von 85 sowjetischen Kriegsteilnehmern, meist im Zeitraum von Januar bis Mai 1945 auf deutschem Territorium geschrieben, werden individuelle Sichtweisen auf die Zivilwelt des Feindes deutlich. Im *Teil I* sind 161 ausgewählte Briefe zumeist vollständig abgedruckt. Der *Teil II* enthält Beiträge zum historischen Kontext von deutschen und russischen Historikern, eine ausführliche Bibliographie sowie ein Personen- und ein geographisches Register.

Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an.

www.saur.de

K·G·Saur Verlag

A Part of The Thomson Corporation

Postfach 70 16 20 · 81316 München · Germany
Tel. +49 (0) 89 7 69 02-300 · Fax +49 (0) 89 7 69 02-150/250
e-mail: saur.info@thomson.com <http://www.saur.de>

VfZ 2/2004

Jahrgang 52 (2004), Heft 2

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2004_2.pdf

VfZ-Recherche: <http://vz.ifz-muenchen.de>

Dr. **Klaus Hildebrand**, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Historisches Seminar, Konviktstraße 11, 53113 Bonn); veröffentlichte u.a.: „Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945“ (München 1969); „Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?“ (Stuttgart u.a. ²1990); „Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969“ (Stuttgart/Wiesbaden 1984); „Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982“ (Bonn 1991); „Deutsche Außenpolitik 1871–1918“ (München ²1994); „No Intervention. Die Pax Britannica und Preußen 1865/66–1869/70. Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert“ (München 1997); „Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945“ (Stuttgart ²1996); „Das Dritte Reich“ (München/Wien, 6. neubearbeitete Auflage 2003).



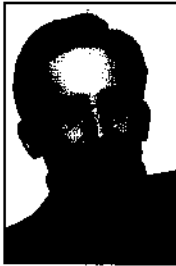
Dr. **Manfred Zeidler**, Historiker (Böttgerstraße 2, 60389 Frankfurt a. M.); veröffentlichte u.a.: „Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit“ (München ²1994); „Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45“ (München 1996); „Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme“ (Dresden 1996); „Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940“ (Dresden 1998).



Dr. **Shlomo Aronson**, Professor für Politische Wissenschaften an der Hebrew University Jerusalem (Mount Scopus, 91905 Jerusalem); veröffentlichte u.a.: „Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD“ (Stuttgart 1972); „Conflict and Bargaining in the Middle East: An Israeli Perspective“ (Baltimore/London 1978); „David Ben-Gurion. The Renaissance Leader and the Waning of an Age“ (Beer Sheva 1999); „Hitler, the Allies, and the Jews: The Multiple Trap“ (Cambridge 2004).



Dr. **Ahlich Meyer**, em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Oldenburg (Jahnstraße 13, 26122 Oldenburg); veröffentlichte zuletzt: „Die deutsche Besetzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung“ (Darmstadt 2000); zahlreiche Veröffentlichungen zur politischen Theorie und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts und zur deutschen Besetzung in Frankreich während des Zweiten Weltkriegs. Gegenwärtiger Forschungsschwerpunkt: Studien zur Deportation der Juden aus Frankreich und zur Nachkriegszeit.



Dr. **Sönke Neitzel**, Dozent an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches Seminar Abt. IV (Jakob-Welder-Weg 18, 55128 Mainz); veröffentlichte u.a.: „Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus“ (Paderborn u.a. 2000); „Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900–1914“ (Zürich 2002); „Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg“ (Zürich 2003); zusammen mit Wolfgang Elz als Herausgeber „Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag“ (Paderborn u.a. 2003).